

»1914-2014«

Vor 100 Jahren war der Erste Weltkrieg ausgebrochen.

Preis 4 Heller

Preis 4 Heller

Schriftleitung:
Wien, III., Sebgasse 8
Fernsprecher 3214.
Inverantw. eingetragene
Rassendirektoren werden
gesetzlich, auch wenn
Kilopost befreit, nicht
zurückgeführt.

Verwaltung
und
Anzeigen-Verwaltung:
Wien, III., Sebgasse 16
Fernsprecher 8701

Die Neue Zeitung

Illustriertes unabhängiges Tagblatt.

Das Blatt erscheint täglich einmal um 6 Uhr morgens. Montag erfolgt die Ausgabe um 12 Uhr mittags.

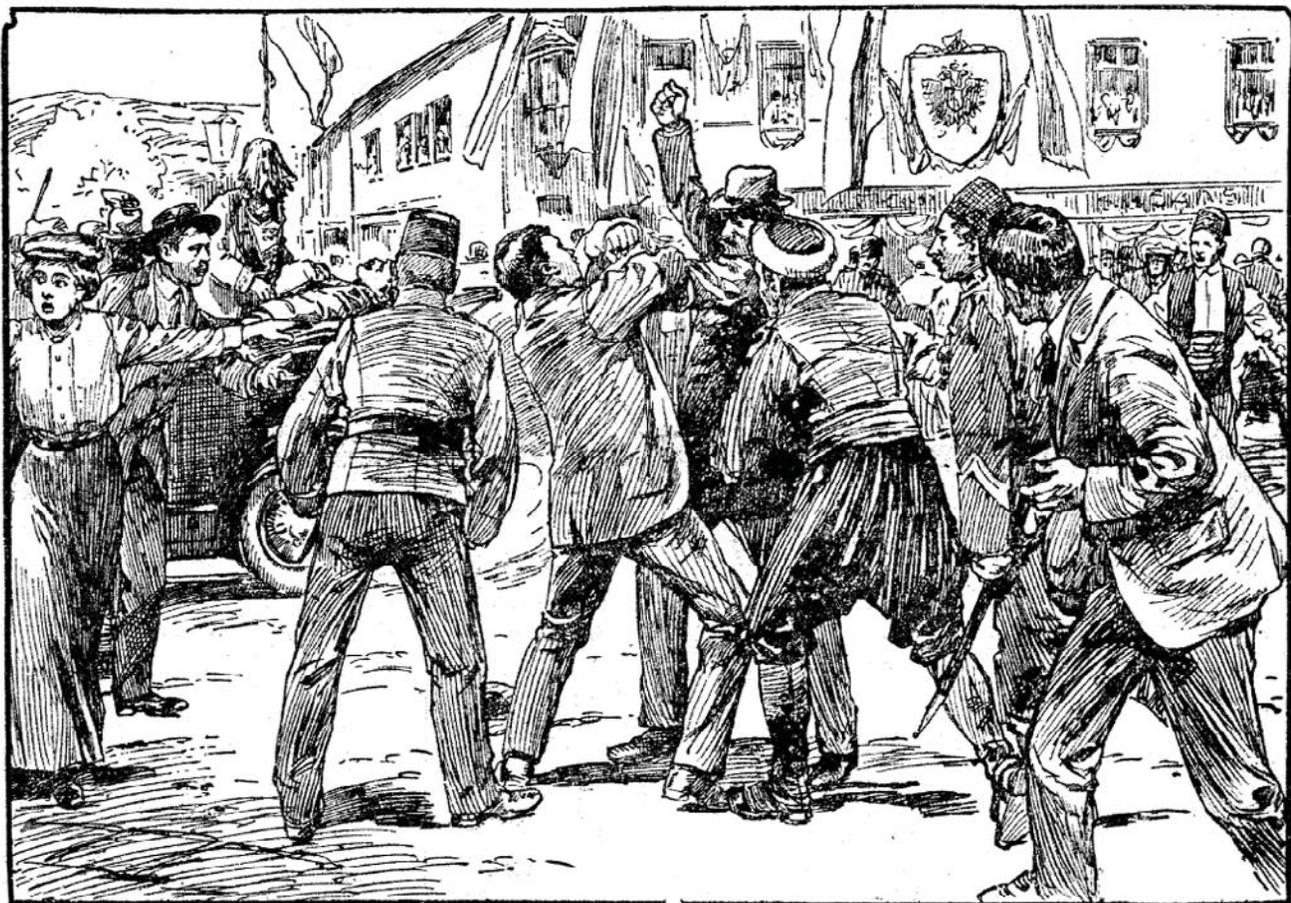
Stadtbureau
für „Steine Anzeigen“
und Abonnements:
Wien, I., Schulstr. 7
Fernsprecher 6211.
Abonnementpreis mit
Zurteilung ins Haus für
Wien K 1.20;
für die Provinz:
per Monat K 1.20, per
Jahr K 12.—, per 3 Jahre
K 33.—, per Jahr K 10.—,
eine Nummer 8 Heller;
für den Ausland um die
Postdifferenz mehr.

Nr. 177

Wien, Dienstag, den 30. Juni 1914

7. Jahrgang

Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Herzogin von Hohenberg von Serben ermordet.



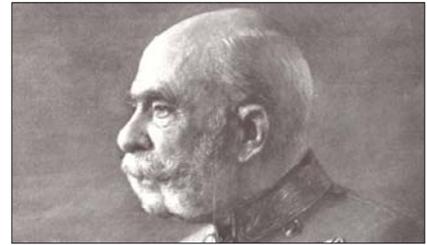
Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
 in der ersten Ausgabe in diesem Jahr müssen wir leider von zwei Todesfällen berichten: Am 11. Jänner ist mit Prof. Fritz Molden eine der profiliertesten Persönlichkeiten der Zweiten Republik gestorben. Ihm widmen wir auf der Seite 92 einen Nachruf. Knapp drei Wochen später, am 1. Feber, ist Schauspielerlegende Maximilian Schell gestorben. Lesen Sie in unserer nächsten Ausgabe einen ausführlichen Bericht über einen der größten Darsteller des deutschsprachigen Raums.

Liebe Grüße aus Wien
 Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 127

Serie zur Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!	3	Bischöflicher Besuch in Toronto	73
Faymann: Dürfen uns nicht an Armut und Arbeitslosigkeit gewöhnen	12	Historischer Gutshof als Genußkompetenzzentrum	76
Kurz: Die ersten Wochen des neuen Außenministers	14	Startschuß für die Offene Bühne Burgenland	77
Klug: Sicherheitspolitik darf kein Elitentema sein	21	-----	
Südtirols Landeshauptmann auf Antrittsbesuch in Wien	26	Führungswechsel in Südtirol	79
Österreich übernahm ZEI-Vorsitz	29	EU-Kommission: Freizügigkeit	80
Höchste französische Auszeichnung für B. Prammer	30	2014 im Zeichen der Konjunkturerholung	81
Premierminister-Gattin besucht Haus der Barmherzigkeit	31	Neue Tourismusrekorde	82
EU für Österreichs Jugend komplex, aber wichtig	32	Teuerung in Österreich	83
Europawahlordnung geändert	33	Rekordumsatz beim Weinexport	84
OÖ: Gelebte Nachbarschaft	34	Bargeldlose Gesellschaft?	85
NÖ: Grenzüberschreitende Fachhochschul-Studiengänge	36	100 Jahre Grazer Flughafen	87
39. Ratstagung der IMC in Venedig	40	NÖ Wirtshauskultur kürt die Top-Wirte des Landes	90
Porsche: Die Rückkehr des »P1«	44	Prof. Fritz Molden ist tot	92
»1914 – 2014« Gedenken an den Ersten Weltkrieg	45	Altbischof Krenn gestorben	93
Teil 1: Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick.	47	Suche nach der Neutronenwelle	94
Restriktives Budgetprovisorium auf dem Prüfstand	54	Erstmals Strahl von Anti- wasserstoff-atomen erzeugt	95
Burgenland sitzt Bundesrat und Landeshauptleutekonferenz vor	57	Wölfe lernen besser von Artgenossen als Hunde	96
Angelobungen im oö. Landtag	58	Die fünf Finger der Vögel	98
SPÖ: 125 Jahre Hainfeld	59	Promotionsrecht für Donau Universität Krems	100
-----		Skiflug-Weltcup gerettet	101
»Burgenland Journal«		Wien – Berlin Kunst zweier Metropolen	102
Niessl: Grundsatzklärung 2014	65	Die Welt von Febergé	104
Baukultur im Brennpunkt	64	Rens Veltman: Loop	105
LT-Präsident Steier zieht Bilanz	65	15 Jahre Essl Museum	107
Starke Allianz für regionalen Bau	66	Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks	109
Gesamtverkehrsstrategie	67	15. Internationales Akkordeon- festival Vienna	110
Burgenland soll zum Familien- Musterland werden	68	klangfruehling Burg Schlaining	111
Internationale Reiseveranstalter zu Gast	69	Österreichischer Filmpreis 2014	112
Starker Auftritt in der Slowakei	70	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: der Komponist Fritz Spielmann	114
Eisenstädter Neujahrsempfang	71	Ausgezeichnete Bergberührungen	118
Vorsitz im »Ländernetzwerk Weiterbildung«	72	Auf der sportlichen Spur ins Glück Langlaufen in Oberösterreich	119



Serie »1914 – 2014« S 45



SPÖ: 150 Jahre Hainfeld S 59



Prof. Fritz Molden ist tot S 92



Wien – Berlin Kunst zweier Metropolen S 102



Landlaufen in Oberösterreich S 119

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: Erschienen am 25. Nov. 1916 in »Sport & Salon«; SPÖ / Lehmann; ORF / Pammer Film/Esther Pruckner; Berlinische Galerie, Berlin / Bildrecht, Wien 2014; OÖ. Tourismus/Erber

Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!

Die europäischen BürgerInnen wählen im Mai 2014 ihr Europäisches Parlament und haben damit die Möglichkeit, den Kurs der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre mitzubestimmen. Teil 2: »Eine neue Finanzordnung zur Verhinderung zukünftiger Wirtschaftskrisen«

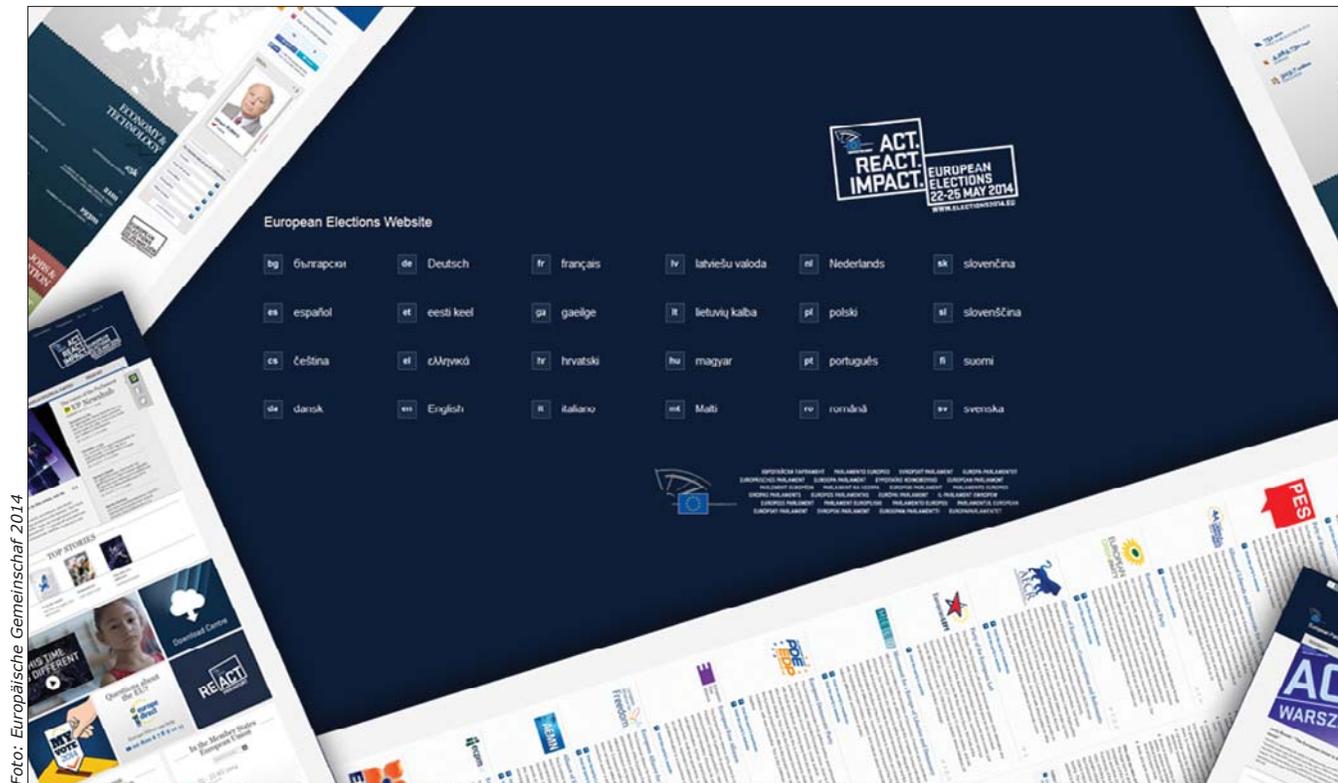


Foto: Europäische Gemeinschaft 2014

Europawahl 2014: neue Webseite zu Terminen, Ablauf und Inhalten

Im ersten Teil unserer kurzen Serie zur Europawahl 2014 haben wir uns in der Ausgabe 126 vom 23. Dezember 2013 mit den Themen: „Wie viele Europa-Abgeordnete werden insgesamt gewählt“, „Warum ist diese Europawahl anders“, „Welche Aufgaben hat das Parlament?“, „Fraktionen: die treibenden politischen Kräfte im Europäischen Parlament“ und „Einige Fakten über die bisherigen Europawahlen auseinandergesetzt.

Wirtschafts- und Finanzreform

Die Finanzkrise, die im Jahr 2007 begonnen hat, und die Krise in Ländern des Eurogebietes seit 2010 wirkten sich verheerend auf die Volkswirtschaften der EU aus. Klar wurde, daß es gravierende systemische Fehler gab und eine unzureichende Regulierung.

Es wurde deutlich, daß die Wirtschaftspolitiken der EU-Staaten und die Finanzmärkte umfassend reformiert werden mußten.

Das Europäische Parlament hatte eine zentrale Rolle einzunehmen, um die Krise bewältigen zu können und den Steuerzahler vor unkalkulierbaren Risiken zu schützen. Zudem wirkte es entscheidend dabei mit, sichere Strukturen für die Finanzmärkte zu schaffen. Der Druck von Interessensverbänden war dabei immens.

Zu den wichtigsten Erfolgen des EU-Parlaments gehören die Durchsetzung von verbindlichen Obergrenzen für Bonuszahlungen an Banker, eine bessere Kontrolle des Finanzsektors, ein Verbot hochspekulativer Credit Default Swaps (Kreditausfallversicherungen) und die Verankerung klarer Regeln für eine verantwortungsbewußtere Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Arbeit des EP im Überblick

In der Legislaturperiode 2009-2014 hatte der Ausschuß für Wirtschaft und Währung doppelt so viel Arbeit wie in der vorangehenden Legislaturperiode und veranstaltete zahlreiche Anhörungen mit einflußreichen Persönlichkeiten wie den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Eurogruppe sowie den zuständigen Europäischen Kommissaren und den verschiedenen Finanzministern.

Das Parlament hat neue Rechtsvorschriften maßgeblich mitgestaltet und sich dabei immer wieder für ein Finanzsystem ausgesprochen, das im Dienst der Realwirtschaft steht und dafür gesorgt, daß die Steuerzahler nie mehr alleine für die Konsequenzen der Krise haften müssen. Es trat wiederholt für eine gemeinsame europäische Lösung ein, da eine unvollständige und unzusam-

Österreich, Europa und die Welt

menhängende Wirtschaftsunion ohne jeden Zweifel unrentabel ist. Außerdem würde eine „Repatriierung“ der Wirtschaftspolitik dazu führen, daß sogar größere Mitgliedsstaaten der Globalisierung völlig schutzlos ausgeliefert wären.

Die Arbeit konzentrierte sich auf drei Hauptbereiche:

- die Errichtung eines neuen Systems der wirtschaftlichen Ordnungspolitik (Economic governance),
- die Beschränkung übergroßer Risikobereitschaft seitens der Finanzdienstleistungsindustrie und
- die Verbesserung der Bankenaufsicht und des Krisenmanagements.

Zur neuen wirtschaftlichen Ordnungspolitik

Das Parlament, das wirtschaftspolitische Vorschriften gemeinsam mit den nationalen Parlamenten verabschiedet, spielte eine Schlüsselrolle, als es darum ging, die Koordinierung der öffentlichen Mittel in der Eurozone neu zu gestalten.

Es war den Abgeordneten von Anfang an klar, daß die Volkswirtschaften enger aufeinander abgestimmt werden und die von ständigen Schulden angetriebenen Wirtschaftssysteme umgestaltet werden mußten.

Das Parlament forderte wiederholt wachstumsfördernde Maßnahmen anstelle von Sparpolitik und führte einen oft einsamen Kampf für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht als Grundlagen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration.

Die Abgeordneten setzten das Sechserpaket für die wirtschaftliche Ordnungspolitik mit schärferen Sanktionen gegen Staaten durch, die gegen die Regeln verstoßen. Darauf folgte das Zweierpaket aus Überwachungsvorschriften für eine Prüfung der Haushalte der Mitgliedsstaaten durch die EU und ein Fahrplan für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das Parlament setzte sich auch nachdrücklich für ein stärkeres und transparenteres sowie rechenschaftspflichtiges Koordinierungssystem der Wirtschaftspolitik ein, das derzeit durch das Europäische Semester entwickelt wird.

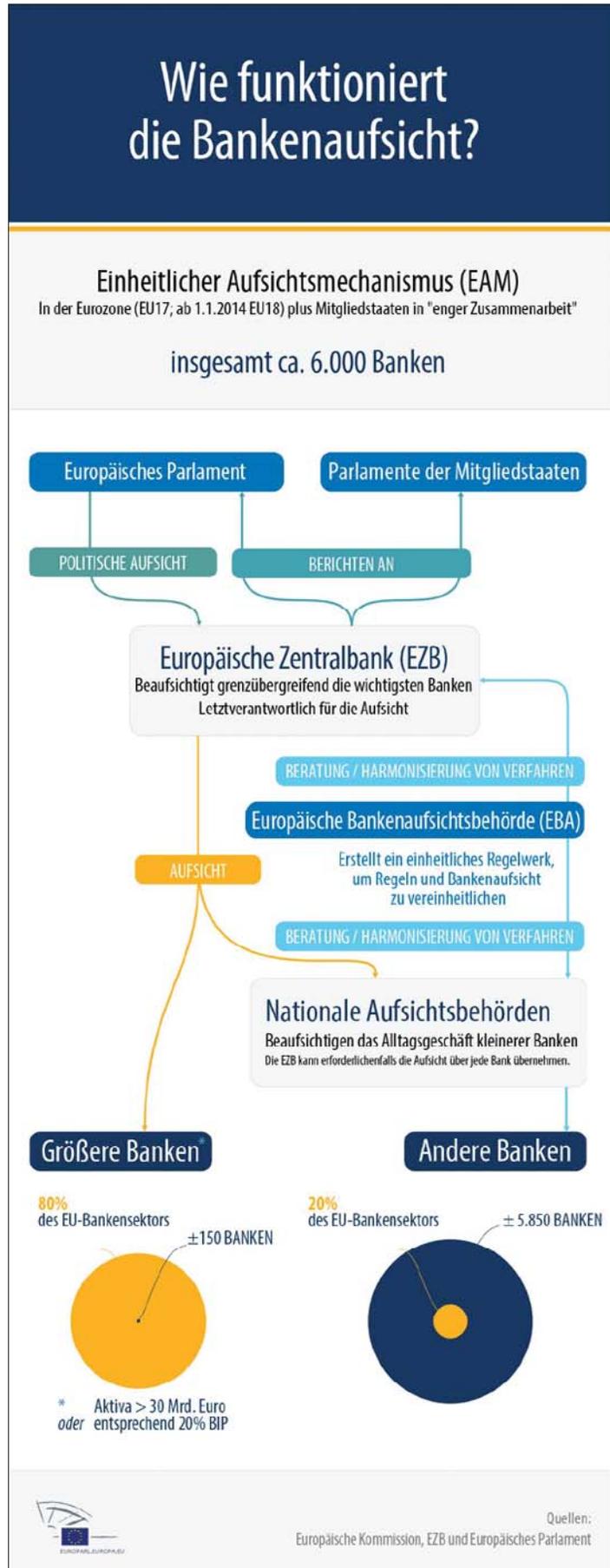
Neue Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen

Durch die Finanzkrise wurden die Menschen mit Begriffen vertraut, die vorher zur Welt der Finanzhändler gehörten. Credit Default Swaps, Derivate und Leerverkäufe waren plötzlich die Themen der Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit. Damit wurde gleichzeitig deutlich, wie hoch die Risikobereitschaft im Finanzsystem war.

Der Beitrag des Parlaments war entscheidend für die neuen Rechtsvorschriften, mit denen die Exzesse der Finanzdienstleistungsindustrie eingedämmt werden sollten, damit diese nicht nur für schnelle Gewinne, sondern vor allem im Interesse der Realwirtschaft arbeitet.

Während der fünfjährigen Legislaturperiode setzte der Finanzdienstleistungssektor die Abgeordneten massiv unter Druck. So starken Lobbyismus hatte das Parlament selten erlebt.

Einige der von der EU geprägten Rechtsvorschriften betreffen Regelungen über Leerverkäufe und Credit Default Swaps, Geschäfte mit Hedge-Fonds, Marktmißbrauch, Überwachung und Standards des Handels sowie Ratingagenturen. Das Europäische Parlament gehörte auch zu den führenden Verfechtern einer



Österreich, Europa und die Welt

Finanztransaktionssteuer und war jahrelang das einzige EU-Organ, das sich nachdrücklich für diese Abgabe einsetzte. Das Parlament wirkte allgemein als Antrieb bei der Ausarbeitung der neuen Aufsichtsstruktur für Finanzdienstleistungen.

Bankenaufsicht und Krisenmanagement

Seit 2010 forderte das Parlament grundlegende Änderungen der Art und Weise, wie Banken beaufsichtigt werden, und der Strukturen, die zur Bewältigung eventueller Bankkrisen notwendig sind. Leider wurde vielen Ländern diese Notwendigkeit erst in der Mitte des Jahres 2012 bewußt. In diesen zweieinhalb Jahren gab es in der EU mehrere spektakuläre Bankenzusammenbrüche, die ganze Volkswirtschaften ernsthaft bedrohten und die Steuerzahler in Bedrängnis brachten.

Die schließlich vereinbarten Vorschriften für den Bankensektor sorgen für eine deutliche Verstärkung der Aufsicht auf EU-Ebene und für strengere Regeln über die Höhe der Kapitalpolster, über die die Banken zur Absicherung von Risiken verfügen müssen. Vor allem aber wurden auch Systeme eingerichtet, die sicherstellen sollen, daß die Steuerzahler nie mehr alleine zur Abwehr gegen den Zusammenbruch der Bankenbranche herhalten müssen und daß herkömmliche Bankeinlagen ein hohes Maß an Schutz erhalten.

Bemerkenswerte Rechtsvorschriften, die das Europäische Parlament maßgeblich mitgestaltet hatte, umfassen Gesetze zur Bankenaufsicht, zum Kapitalbedarf, zu den Bonuszahlungen an Banker und zu Einlagensicherungssystemen. Das Parlament forderte auch mit Nachdruck eine umfassende Bankenreform und einen gemeinsamen Rahmen für die Abwicklung insolventer Banken. Schließlich bestand das Parlament wegweisend auf den Obergrenzen für die Bankerboni, ein Modell, das manche nun auch auf andere Bereiche der Finanzdienstleistungsbranche angewendet sehen wollen.

Wettbewerbsvorteile für Unternehmen und Schaffung neuer Arbeitsplätze

Der globale Wettbewerb und die Finanzkrise haben europäische Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt. Besonders in den von der Krise besonders stark betroffenen Ländern geht es vielen Unternehmen schlecht.

Das Parlament hat während der gesamten letzten Legislaturperiode daran gearbeitet, Unternehmen und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen. So wurden Mittel aus dem EU-Haushalt eingesetzt, damit europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt bestehen können und um den Aufbau von Beschäftigung zu fördern, insbesondere von jungen Menschen.

Gemeinsam mit den nationalen Parlamenten verabschiedete das EU-Parlament Gesetze, um den Patentschutz zu stärken sowie Zahlungsverzug durch Einführung einer allgemeinen 30-Tage-Frist für Zahlungen zu bekämpfen. Das Parlament hat entscheidend dazu beigetragen, die öffentliche Auftragsvergabe zu überarbeiten, um öffentliche Ausgaben ökologischer, sozialer und innovativer zu gestalten, und den Luft- und Eisenbahnverkehr zu modernisieren.

Die Abgeordneten spielten eine wichtige Rolle dabei, 325 Milliarden Euro für Investitionen in die regionale Entwicklung zu sichern, um Europa aus der Krise zu führen. Dazu gehören Projekte zur Ausbildung junger Menschen und entlassener Arbeitskräfte und zur Förderung kleiner, innovativer Unternehmen, die neue Geschäftsmöglichkeiten suchen. Weiterhin soll die Anbindung entlegener Regionen an das schnelle Internet sowie die europäische Forschung unterstützt werden.

Mittel für Wachstum und Beschäftigung

Das Parlament setzte sich während der Verhandlungen zum EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 dafür ein, Investitionen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung zu schützen. Die Abgeordneten bestanden auch darauf, daß es eine Möglichkeit zur Anpassung des Haushaltsrahmens geben muß, wenn vor Ende der Legislaturperiode etwas Unvorhergesehenes geschieht, damit die Mittel nicht an Stellen gebunden werden, an denen sie nicht notwendig sind, während sie in anderen Bereichen fehlen. Eine weitere Priorität des Parlaments war, dafür zu sorgen, daß die EU ihre Rechnungen pünktlich zahlen kann.

Das Europäische Parlament hat ebenfalls gewährleistet, daß in jedem der Jahreshaushalte der EU, die seit 2009 vom Parlament und den EU-Regierungen gemeinsam ausgearbeitet werden, genügend Mittel bereitstehen, um der EU bei der Bewältigung der Krise zu helfen, beispielsweise durch die Unterstützung ärmerer Regionen, arbeitsloser Jugendlicher oder entlassener Arbeits-

kräfte und durch Investitionen in Forschung und Infrastruktur.

Das Parlament ist außerdem jedes Jahr für den Abschluß der Abrechnungen aller EU-Organen verantwortlich und arbeitet dabei mit dem Europäischen Rechnungshof (der Finanzaufsicht der EU) zusammen.

Regionale Beihilfen für von der Rezession betroffene Gebiete

Etwa ein Drittel des EU-Budgets wird in Projekte zur Förderung der regionalen Entwicklung investiert, vor allem in den Gebieten, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Die Abgeordneten haben den neuen Struktur- und Investitionsfonds in Höhe von insgesamt 325 Milliarden Euro zugestimmt und dabei die Planung der regionalen Beihilfen für den Zeitraum 2014 bis 2020 verbessert. Beispielsweise sollen sich die lokalen und regionalen Partner stärker an der Einrichtung zukünftiger regionaler Hilfsprogramme beteiligen.

Die Abgeordneten haben auch eine Klausel abgeschwächt, die im Falle von Fehlern eines Landes bei makro-ökonomischen Fragen Kürzungen der Finanzmittel zur Folge hätte, etwa wenn das Land übermäßige Defizite aufweist. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dadurch würden die Regionen ungerechterweise für die Fehler bestraft, die ihre Zentralregierung begangen hat. Des Weiteren ist das Parlament nun bei der Anwendung dieser Klausel in den Entscheidungsprozeß einbezogen, und es müssen soziale und wirtschaftliche Umstände im betroffenen Mitgliedsstaat berücksichtigt werden.

Förderung von Innovation und Forschung

Das Parlament verabschiedete Rechtsvorschriften zur Unterstützung von Forschung, KMUs und Innovation im Zeitraum 2014 bis 2020. Zu den wichtigsten Prioritäten zählten die Vereinfachung der Regeln und kürzere Wartezeiten. Um Europa dabei zu helfen, die Finanzkrise schneller zu überwinden, konnte das Parlament die Mitgliedsstaaten dafür gewinnen, die Mittel für die beiden Hauptprogramme (Horizont 2020 für Forschung und Innovation und COSME für KMUs) in den ersten Jahren des Haushaltszeitraums 2014-2020 aufzustocken.

Weitere Maßnahmen, mit denen Unternehmen in Zukunft unterstützt werden sollen, schließen zum Beispiel einen besseren Zugang zu öffentlichen Daten ein, sowie einen Gesetzesvorschlag, der ermöglichen soll, elektronische Unterschriften grenzübergreifend zu nutzen.

Österreich, Europa und die Welt

Weniger Bürokratie, fairere Regeln und mehr Sicherheit für Unternehmen

Das Parlament hat in den letzten fünf Jahren eine Schlüsselrolle dabei gespielt, Gesetze auf den Weg zu bringen, die den Unternehmen in Europa das Leben einfacher machen sollen. Die Abgeordneten bemühen sich bei der Gesetzgebung darum, sicherzustellen, daß die neuen EU-Gesetze nicht zu einem noch höheren Verwaltungsaufwand führen. Dazu muß oft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen mehr Umwelt- oder Verbraucherschutz einerseits und weniger Regulierung andererseits gefunden werden.

Ein neues, einheitliches EU-Patent, das in 25 Mitgliedsstaaten gilt, wurde mithilfe des Parlaments durchgesetzt. Es wird nach über 30 Jahre währenden Bemühungen im Januar 2014 in Kraft treten. Nach der Einführung des neuen Systems wird eine einzige Patentanmeldung in 25 EU-Ländern Patentschutz bieten. Damit wird das EU-Patent um 85 Prozent günstiger als vorher, als die Erfinder die Anmeldung in jedem Staat getrennt durchführen mußten. In seinen Verhandlungen mit den Regierungen sorgte das Parlament für eine Rückerstattung der Übersetzungskosten für kleine Unternehmen und für die Verringerung der Verlängerungsgebühren.

Andere Gesetze in diesem Bereich umfassen Regeln zum Schutz kleiner Unternehmen, vor allem vor verspäteter Zahlung von Rechnungen durch die Einführung einer 30-Tage-Frist für Zahlungen, zu faireren öffentlichen Ausschreibungsverfahren und zur Beschleunigung des Zugriffs auf Standardlösungen für technische Probleme, wie z. B. elektronische Ladegeräte. Die Abgeordneten bemühten sich um eine Verschmelzung der nationalen Online-Märkte für Musik, um die Geschäftsentwicklung anzukurbeln, und stellten gleichzeitig sicher, daß die Musiker angemessen entlohnt werden und die lokale oder regionale Musik nicht im internationalen Musikgeschäft untergeht.

Schienerverkehr, Luftfahrt und Telekommunikation für das 21. Jahrhundert

Die Abgeordneten nahmen mehrere Gesetze an, um funktionierende und moderne Infrastrukturen, reibungslose und erschwingliche Verkehrsverbindungen und zuverlässige Telekommunikationsdienste zu schaffen. Bei der Feinabstimmung dieser Gesetze konzentrierten sich die Abgeordneten darauf, Unternehmen, die über nationale Grenzen hinweg Waren und Dienstleistungen kaufen und verkaufen, die Arbeit zu erleichtern.

Während der Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten bemühte sich das Parlament um eine Verbesserung der neuen Rechtsvorschriften zur Öffnung der Schienenverkehrsmärkte der EU-Länder für den Wettbewerb. Infolge dieser Anstrengungen werden alle Eisenbahnunternehmen einen fairen Zugang zum Schienennetz und zu Dienstleistungen und Infrastruktur erhalten. Die Abgeordneten haben sich ebenfalls weiter für bessere Schienenpersonenverkehrsdienste in den laufenden Verhandlungen über die Vorschläge zum 4. Eisenbahnpaket für ein einheitliches EU-Eisenbahnsystem eingesetzt.

Ebenso wichtig ist, daß das Parlament dafür gesorgt hat, die von der EU kofinanzierten Investitionen in Infrastrukturen auf eine solide Grundlage zu stellen.

Die Abgeordneten bemühten sich auch um die Förderung eines fairen Wettbewerbs im Straßenverkehrsmarkt und verab-

Das einheitliche Patent

Geld sparen für Innovationen

Durchschnittliche Kosten eines Gemeinschaftspatents vor der Einführung eines einheitlichen Patents ➔ €36.000

davon	
Übersetzungskosten	€23.000
Verwaltungskosten	€9.000
Verfahrenskosten	€4.000

Geschätzte Kosten eines einheitlichen Patents ➔ € 5.000

Ein attraktives Patent

Anzahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) 2012

148.494

Anzahl der erteilten Patente

65.687

Die Top 3 in der EU
(Anzahl der Patentanmeldungen)

①
27.295
Deutschland

②
9.879
Frankreich

③
5.067
Niederlande

Verkehr

Güter in Bewegung

Güterverkehr (EU-27 2010)

■ Tausend Millionen Tonnenkilometer

Luft 0,1%

3

Pipelines 3,1%

121

Schiene 10,2%

390

Straße 45,8%

1.756

Schiff 36,9%

1.415

Inland-Wasserstraßen 3,8%

148

Gesamt 100%

3.832

Quelle:
Europäische Kommission

Österreich, Europa und die Welt

schiedeten Gesetze, um sicherzustellen, daß alle Transportunternehmen wenigstens einige Mindeststandards für Sicherheit und Ruhezeiten einhalten.

Andere Maßnahmen umfassen Regeln für eine bessere Nutzung von Start- und Landezeitnischen auf stark frequentierten Flughäfen und für die Steigerung der Anzahl von Unternehmen, die Dienstleistungen wie Wartung, Betankung oder die Gepäckausgabe an großen Flughäfen anbieten, um dadurch bessere und schnellere Dienstleistungen zu ermöglichen.

Es wurden auch Gesetze verabschiedet, damit die Telekommunikation zuverlässiger, sicherer und günstiger wird. Neue Regelungen sollen beispielsweise sicherstellen, daß ausreichend Informationen über die Preise und Bedingungen für Telekommunikationsdienste zur Verfügung gestellt werden, daß die Benutzer leichter die Telefongesellschaft wechseln und dabei ihre Telefonnummer behalten können und daß es Maßnahmen zur Abwehr von Spam und Cyber-Angriffen gibt.

Die Telekommunikationsindustrie erhält einen besseren Zugang zum Frequenzspektrum (für Breitband-Internet, Mobilfunk, Systeme für die Satellitennavigation usw.). Die Abgeordneten arbeiten ebenfalls an neuen Gesetzen, um Hindernisse für die Entstehung eines wirklichen Binnenmarkts nationaler Telekommunikationsmärkte für digitale Inhalte für zu beseitigen.

Das Parlament drängt auch darauf, Roaming-Gebühren für Mobiltelefone ab 2015 abzuschaffen.

Sozialprogramme und Arbeitnehmerrechte

Das Parlament setzt sich seit 2009 für eine Unterstützung jener ein, die am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind. Es verteidigte die Sozial- und Fürsorgeleistungen bis 2020 und unterstützt die Menschen dabei, sich innerhalb der EU eine sichere Existenz aufzubauen. In der EU dürfen alle überall nach Arbeit suchen und sich dort niederlassen, wo sie für sich ihre besten Chancen sehen.

Die Abgeordneten setzten sich beispielsweise ein bei der Initiative für das Jugendgarantieprogramm zur beruflichen Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen.

Sie unterstützten Menschen, die in anderen Ländern arbeiten, und stellten sicher, daß Berufsqualifikationen europaweit anerkannt und ArbeitnehmerInnen weder durch Abstriche bei der Entlohnung noch bei den Arbeitsbedingungen benachteiligt werden, wenn sie ins Ausland versetzt werden. Sie setzten das Vorzeigeprojekt „ERASMUS+“ durch, das jungen Menschen im Ausland Stipendien gewährt.

Eines der Hauptanliegen des Parlaments war, die Arbeitsbedingungen erwerbstätiger Eltern und schwangerer Arbeitnehmerinnen zu verbessern sowie den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.

Es verbesserte auch die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für Bus- und Fernfahrer und für Arbeitnehmer, die elektromagnetischer Strahlung ausgesetzt sind.

EU-Beihilfen für Entlassene, Selbständige und Leiharbeiter sowie Unterstützung für arbeitslose Jugendliche

Das Parlament setzte sich gegen die Kürzung mehrerer wichtiger Sozialprogramme ein, die von der EU finanziert werden. Es

Beschäftigung und Soziales

Arbeitslosigkeit: eine Herausforderung für ganz Europa

EUROPA 28

508 Mio. GESAMTBEVÖLKERUNG

27 Mio. ARBEITSLOSE (11%*)

5,6 Mio. ARBEITSLOSE UNTER 25 (23,3%*)

EUROZONE

333 Mio. BEVÖLKERUNG DER EUROZONE

19 Mio. ARBEITSLOSE (12%*)

3,6 Mio. ARBEITSLOSE UNTER 25 (23,9%*)

* der Erwerbssfähigen, Eurostat, Mai 2013

Erasmus: die Zahlen für eine neue Generation

3 Mio. ERASMUS-STUDENTEN SEIT 1978

3.244 ERASMUS-STUDENTEN 1987

252.827 ERASMUS-STUDENTEN 2012

Häufigste Zielländer: GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND, FRANKREICH, ITALIEN, SPANIEN

Frauen: besser ausgebildet, stärker gefährdet

100% Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in der EU

88,2% Vertretung in Vorständen und Aufsichtsräten (2010)

84,2% (2012)

23,1% von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht

8% Teilzeitbeschäftigte 2011

70% Beschäftigungsquote 2011

40% Universitätsabschlüsse

67% Forscher

80%

11,8% (2012)

15,8%

25,3%

32%

59%

60%

33%

Quellen: Europäische Kommission und Eurostat

Österreich, Europa und die Welt

forderte, daß die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) ungefähr ein Viertel der regionalen EU-Hilfsmaßnahmen für den Zeitraum 2014-2020 betragen müssen. Die Abgeordneten bestanden darauf, daß die finanzielle Unterstützung für entlassene Arbeitskräfte auch nach 2014 fortgesetzt werden muß. Trotz des Widerstands einiger Mitgliedsstaaten gelang es den Abgeordneten auch, den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen beizubehalten, der das ehemalige Nahrungsmittelhilfeprogramm der EU ersetzt. Sie haben ebenfalls die eine Milliarde Euro wieder eingesetzt, um die die Kommission den Fonds ursprünglich kürzen wollte, sodaß die Mittel unverändert bei 3,5 Milliarden Euro bleiben.

Es ist dem Parlament zu verdanken, daß die Mittel für regionale Hilfgelder aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung der Globalisierung auf neue Gruppen von ArbeitnehmerInnen, wie Selbständige und ArbeitnehmerInnen mit befristeten Verträgen, ausgedehnt werden, da mit den Mitgliedsstaaten neue Vorschriften vereinbart wurden. Das Parlament stellte auch sicher, daß drei bestehende Programme im Rahmen des Programms für sozialen Wandel und soziale Innovation fortgeführt werden: das Progress-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität, das Europäische Beschäftigungsnetz EURES (European Employment Services) und das Mikrofinanzierungsinstrument.

Jugendgarantieprogramm

Die von den Staats- und Regierungschefs vereinbarten Jugendgarantie-Programme wurden erstmals von Europaabgeordneten für die Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, um sicherzustellen, daß kein Jugendlicher in der EU länger als vier Monate ohne Arbeit, Weiterbildung oder Ausbildung ist. Diese Programme sollten durch den Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

Arbeit und Studium im Ausland

Das Parlament wollte die EU-Bürger dabei unterstützen, sich zu Arbeits- oder Studienzwecken frei zwischen den Mitgliedsstaaten bewegen zu können. Es verabschiedete neue Vorschriften zur Anerkennung von Berufsqualifikationen und schlug die Einführung einer elektronischen Karte mit Informationen über Qualifikationen und berufliche Erfahrung vor.

Die Abgeordneten forderten die Umsetzung neuer Gesetze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern, die



Foto: European Parliament 2014

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments (l.), im Gespräch mit José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission

in ein anderes Land der EU entsandt werden. Ziel ist die Verhinderung von Sozialdumping und die Bekämpfung von „Briefkastenfirmen“.

Die europäischen Arbeitgeber und ihre ausländischen Arbeitnehmer können eine „kombinierte Erlaubnis“ nutzen, welche durch die Verknüpfung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung Bürokratie abbaut und die Verfahren sowohl für WanderarbeitnehmerInnen als auch für ihre ArbeitgeberInnen vereinfacht. Die nationalen Behörden der einzelnen Länder können weiterhin entscheiden, ob und wie viele ArbeitnehmerInnen aus Drittländern sie zulassen.

Das Parlament setzte sich auch für das neue „ERASMUS+“-Programm für Jugend, Bildung und Sport ein, in dem alle bestehenden EU-Programme in den Bereichen Ausbildung, Fortbildung und Sport mit dem Erasmus-Programm im Bereich der Hochschulbildung zusammengeschlossen werden. Das neue Programm wird mit 14,7 Milliarden Euro ausgestattet sein (ein Anstieg von 40 Prozent), sodaß über fünf Millionen Studenten aller Altersstufen im Ausland mehr Mobilität und Kooperation erwarten können.

Berufstätige Mütter und Frauen in Führungspositionen

Die Abgeordneten stimmten für eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 14 auf 20 Wochen bei vollem Lohnausgleich, wobei für Länder mit einem bereits geltenden familienbezogenen Urlaub eine flexible Regelung angewendet werden soll. Sie forderten einen Rechtsanspruch auf

einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen. Sie verabschiedeten auch Regeln, die die Kündigung schwangerer Arbeitnehmerinnen verbieten und ihnen das Recht zu sichern, an den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Das Parlament nahm Rechtsvorschriften an, die den Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen sollen, und legte einen Plan vor, damit mehr Frauen in die Betriebsführung gelangen.

Gesundheit und Sicherheit

Die Abgeordneten trugen dazu bei, die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu verbessern. Das Parlament sorgte für die Angleichung der Arbeitszeitregelung für selbständige Bus- und FernfahrerInnen an jene der Angestellten von Unternehmen. Dabei ging es den Abgeordneten um die Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen, um die Verkehrssicherheit und die Notwendigkeit eines fairen Wettbewerbs im Güterverkehrssektor.

Die Abgeordneten genehmigten auch ein Gesetz zur Verbesserung der Sicherheit von Arbeitnehmern, die hohen Strahlungsrisiken von elektromagnetischen Feldern ausgesetzt sind, beispielsweise in Schwerindustrien wie der Stahl- oder Metallverarbeitung, und von Menschen, die viele Stunden lang in der Nähe von Fernseh- oder Rundfunksendern, Radaranlagen oder Mobiltelefonmasten arbeiten. Dazu wurden Grenzwerte festgelegt und die ArbeitgeberInnen dazu verpflichtet, die Gefahren durch die Exposition abzuschätzen und Maßnahmen zu ihrer Reduzierung zu ergreifen.

Österreich, Europa und die Welt

Bürgerrechte: Schutz in Zeiten der Wirtschaftskrise

Seit dem Jahr 2009 hat sich das Parlament dafür eingesetzt, daß alle EinwohnerInnen der EU dieselben Grundrechte und dieselben Freiheiten genießen. Das EU-Parlament hat stets betont, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht als Ausrede dafür mißbraucht werden darf, diese Freiheiten einzuschränken.

Das Parlament hat dazu beigetragen, Kinder und Gewaltopfer besser zu schützen, und strengere strafrechtliche Sanktionen in ganz Europa gefordert.

Es hat sich für eine umfassende Überarbeitung der Datenschutzvorschriften zum Schutz der Privatsphäre eingesetzt, sowie dafür, daß Internetunternehmen ihre Kunden informieren müssen, wenn Regierungen aus Drittländern nach deren Daten verlangen. Die Abgeordneten haben ebenfalls eine Untersuchung der Programme zur Überwachung europäischer Bürger durch die USA und einige EU-Länder durchgesetzt.

Das Parlament erzwang Änderungen der Abkommen mit den USA zur Übermittlung von Fluggastdaten und Bankdaten und lehnte das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) wegen möglicher Einschränkungen der Privatsphäre und der Freiheit des Internets ab.

Ein wichtiger Erfolg war die Erweiterung von Grundrechten. AsylbewerberInnen muß so z.B. eine angemessene Unterkunft und ärztliche Versorgung garantiert werden. EU-Länder, in die besonders viele Asylbewerber kommen, erhalten Unterstützung.

Besserer Opferschutz

Während der Legislaturperiode verschärfen die Abgeordneten die EU-Gesetze zur Bekämpfung des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und der Kinderpornographie, des Menschenhandels und zum europaweiten Schutz von Verbrechenopfern.

Schutz für Kinder im Internet

Das Parlament drängte auf EU-weit geltende Regeln zur Prävention von Online-Mißbrauch, zur Strafverfolgung von Tätern und zum Schutz von Opfern im Kindesalter. Kinderschänder und Betrachter von kinderpornographischen Bildern im Internet müssen aufgrund der von den Abgeordneten unterstützten neuen Regeln mit drastischen Strafen rechnen. Dem Parlament gelang es in seinen Verhandlungen mit den nationalen Regierungen, die sofortige Entfernung von Webseiten durchzusetzen, die sich auf Servern in ihrem Hoheitsgebiet befinden und Kinderpornographie enthalten oder verbreiten.

Bekämpfung des Menschenhandels

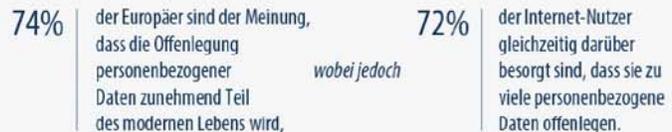
Menschenhändler werden durch die vom EP durchgesetzten Regelungen strenger bestraft. Diese Vorschriften gelten für den Menschenhandel in der Sexindustrie oder die Ausbeutung von Arbeitskräften, etwa in der Bauindustrie, im Agrarsektor oder im häuslichen Bereich. Durch die Bemühungen der Abgeordneten stehen den Opfern jetzt besserer Schutz und mehr Unterstützung zu, wie beispielsweise Unterbringung, Beratung und medizinische Behandlung.

EU-weiter Schutz für Kriminalitätstopfer

In allen Mitgliedsstaaten bestehen Maßnahmen zum Schutz von Verbrechenopfern vor Angreifern. Sie verlieren jedoch der-

Individuelle Rechte und Freiheiten / Justiz

Datenschutz – wie denkt die Öffentlichkeit darüber?



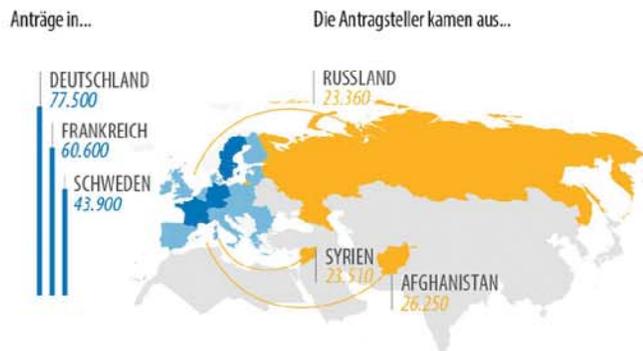
Wie groß sind die Internet-Giganten? (2012)



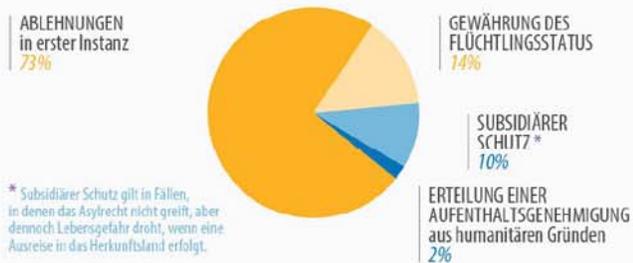
Asylbewerber in der EU

Als Asylbewerber gelten Menschen, die einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben.

Asylbewerber 2012
332.000



Ergebnisse von Asylverfahren in der EU im Jahr 2012



Quellen: Eurobarometer, Europäische Kommission, Europäisches Parlament

Österreich, Europa und die Welt

zeit ihre Gültigkeit, wenn ein Opfer in ein anderes Land zieht. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, durch das ab Januar 2015 jeder, der in einem EU-Land einen solchen Schutz genießt, ähnlichen Schutz erhält, wenn er in ein anderes EU-Land zieht. Die Abgeordneten konnten sicherstellen, daß die Vorschriften für alle Kriminalitätsoffer gelten würden, nicht nur für die Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt. Die Europäische Schutzanordnung zielt darauf ab, Opfer vor Verbrechen zu schützen, einschließlich Belästigung, Entführung, Stalking und Mordversuchen, zusätzlich zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt.

Schutz der Privatsphäre, personenbezogener Daten und Internetfreiheit

Die Einschränkung der massenhaften Erhebung von personenbezogenen Daten durch soziale Netzwerke, Suchmaschinen und andere Online-Dienstleister sowie der Bürokratieabbau für Unternehmen standen bei der gründlichen Überarbeitung der Datenschutzbestimmungen im Zentrum der Tätigkeit des Parlaments.

Die Abgeordneten unterstützten einen Vorschlag, durch den die Inhaber der personenbezogenen Daten in den Mittelpunkt der neuen Gesetze gerückt werden, um sicherzustellen, daß sie genau wissen, welche personenbezogenen Daten erfaßt werden und zu welchen Zwecken. Sie können auf ihre Daten zugreifen und sie berichtigen oder löschen lassen, auch im Internet, und müssen sich ausdrücklich mit einer Weiterverarbeitung ihrer Daten einverstanden erklären. Die Abgeordneten forderten, daß Geldstrafen gegen Unternehmen, die diese Vorschriften mißachten, erhöht werden und 5 Prozent ihres jährlichen weltweiten Umsatzes entsprechen sollten.

Das Parlament hat ebenfalls neue Schutzbestimmungen für Datenübertragungen in Drittländer eingeführt. Falls die Regierung eines Drittlandes ein Internet-Unternehmen um die Preisgabe persönlicher Daten ersucht, die in der EU verarbeitet werden, muß dieses Unternehmen die nationale Datenschutzbehörde um Erlaubnis bitten, bevor die Daten die EU verlassen. Das Unternehmen muß ebenfalls den betroffenen Inhaber der Daten benachrichtigen.

Um den Schutz der Privatsphäre zu verschärfen, setzte das Parlament eine Neuverhandlung des Abkommens mit den USA über den Zugang zu personenbezogenen Daten von Fluggästen durch und stimmte gegen die ursprüngliche Vereinbarung aufgrund



Foto: European Parliament 2014

Blick auf eine interparlamentarische Konferenz über die wirtschaftspolitische Governance in der Europäischen Union im Europäischen Parlament in Brüssel

eines entsprechenden neuen Vetorechts aus dem Jahr 2009.

Wenn EU-Passagiere in die USA, nach Australien oder Kanada reisen, dürfen die Behörden dieser Länder Details wie Namen, Adressen oder Kreditkartennummern speichern. Die Abgeordneten setzten jedoch strengere Begrenzungen für die Speicherdauer und wirksamere Vorkehrungen gegen Mißbrauch durch. Die Behörden haben beispielsweise keinen direkten Zugang zu den Datenbanken der Fluggesellschaften. Auch für die Daten der Fluggäste, die Europa verlassen oder dorthin einreisen, gelten strenge Auflagen.

Das Parlament konnte außerdem Änderungen des Abkommens mit den USA zum Austausch von Bankdaten – dem Programm zum Aufspüren der Finanzierung von Terrorismus (TFTP) – erreichen. Nachdem die Annahme des Abkommens sechs Monate lang verzögert wurde, handelten die Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten neue Bestimmungen aus, um den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz zu stärken. Dabei ließ das Parlament zum ersten Mal seine Muskeln spielen und setzte im Rahmen der neuen, im Jahre 2009 erhaltenen Befugnisse Änderungen an einem internationalen Abkommen durch.

Das EP stimmte gegen das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) zum Schutz des internationalen Urheberrechts, da es Bedenken hinsichtlich der Privatsphäre und der Beschränkung der Freiheit gewöhnlicher InternetnutzerInnen hatte, die sogar zu strafrechtlichen

Sanktionen für den Austausch von Filmen über das Internet führen könnte.

Dies war das erste internationale Abkommen, das vom Europäischen Parlament anhand der neuen, im Rahmen des Vertrags von Lissabon erhaltenen Befugnisse abgewiesen wurde.

Die EU hat auch Fortschritte bei der Verbesserung des Schutzes der Bürger vor im Internet begangenen Straftaten gemacht, indem es die Sanktionen gegen die Verantwortlichen von Cyber-Angriffen verstärkt und Großunternehmen verpflichtet hat, schwerwiegende Datenschutzverletzungen in ihren Systemen zu melden. Das EP ergriff die Führungsrolle, um sicherzustellen, daß die personenbezogenen Daten der InternetnutzerInnen nicht mißbraucht werden.

Rechte für Asylbewerber in der EU und Grenzkontrollen

Ein Mindestkatalog an Rechten für AsylbewerberInnen bei ihrer Ankunft in einem EU-Land, gemeinsame Verfahren, gemeinsame Fristen für die Bearbeitung von Asylanträgen und mehr Unterstützung für Länder, die dem Zustrom von AsylbewerberInnen ausgesetzt sind, waren die Haupterfolge des Parlaments für ein gemeinsames europäisches Asylsystem, das im Laufe des Jahres 2015 eingeführt werden soll.

Die Abgeordneten haben die neuen, mit den Mitgliedsstaaten ausgehandelten Vorschriften zur Aufnahme und zur Behandlung von AsylbewerberInnen wesentlich verbessert. Sie schränkten die Gründe für eine Inhaftierung von AsylbewerberInnen ein und

gewährten diesen ein Recht auf bessere Lebensbedingungen, einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt und eine frühzeitige Einschätzung von möglichen medizinischen oder psychologischen Bedürfnissen ein.

Das Parlament setzte bei den nationalen Regierungen auch durch, daß laut der überarbeiteten Dublin-II-Verordnung zur Überstellung von AsylbewerberInnen zwischen EU-Staaten die Überstellung in EU-Staaten verboten ist, in denen systemische Mängel des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen vorhanden sind, die die Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung zur Folge haben. Dies entspricht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Gleichzeitig verstärkte es die Solidarität mit den Mitgliedsstaaten, die durch eine hohe Zahl an Asylanträgen belastet werden, indem es sicherstellte, daß AsylbewerberInnen nicht in Länder überstellt werden, die dadurch überfordert werden.

EU-Mitglieder werden besser ausgestattet sein, um illegale Migration zu verhindern, zu entdecken und zu bekämpfen, aber auch, um MigrantInnen in lebensbedrohlichen Situationen beizustehen, dank des Beitrags des Parlaments zum neuen „Eurosur“-Grenzkontrollsystem.

Freizügigkeit

Eine der wichtigsten Errungenschaften der EU ist der grenzfreie Schengener Raum, in dem die BürgerInnen sich frei und ohne Grenzkontrollen bewegen können. Das Parlament möchte dies beibehalten. Versuche zur Wiedereinführung vorübergehender Kontrollen an den EU-Binnengrenzen lösten Bedenken bei den Abgeordneten aus, die betonten, daß solche Kontrollen nur als letztes Mittel eingesetzt werden dürfen.

Hinweis: Das Vereinigte Königreich und Irland nehmen nicht vollständig teil an der Gesetzgebung für den Bereich „Justiz und Inneres“. Sie können selbst entscheiden, welche Regeln sie anwenden. Beide Länder stehen ebenfalls außerhalb des grenzfreien Schengen-Raums. Dänemark hat sich komplett von den Vorschriften im Bereich „Justiz und Inneres“ ausschließen lassen und kann dies nur durch ein Referendum ändern. ■

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Quelle: Pressedienst des Europäischen Parlaments

Lesen Sie in der nächsten Folge über Verbraucherrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit in der „Österreich Journal“ pdf-Magazin-Ausgabe 128 (E: 27. Feber 2014)

Wählerevidenz bzw. Europa-Wählerevidenz

AuslandsösterreicherInnen, d.h. österreichische StaatsbürgerInnen mit Hauptwohnsitz im Ausland, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, haben zunächst einen Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz (für Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen gemäß § 2a Abs.6 des Wählerevidenzgesetzes 1973) bzw. die Europa-Wählerevidenz (für Europawahlen gemäß § 4 Abs. 6 des Europa-Wählerevidenzgesetzes) zu stellen. Dies kann frühestens in jenem Kalenderjahr erfolgen, in dem der/die Auslandsösterreicher/in 15 Jahre alt wird.

Der Antrag ist bei der zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich mittels des Formulars „Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz“ zu stellen (klicken Sie bitte auf den Link – auch wenn er nicht lesbar ist):

http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/0/es/2Themen/Wahlbuero/Antrag_Waehlerevidenz_gelb.pdf

Bitte füllen Sie den Antrag nur aus, wenn Sie derzeit nicht in der Wählerevidenz eingetragen sind. Beachten Sie dabei bitte genau die Ausfüllanleitung:

http://www.bmeia.gv.at/cms/BMI_wahlen/auslandsaesterr/files/Ausfuellanleitung.pdf

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde Ihres letzten Hauptwohnsitzes in Österreich (s. Punkt 7 des Formulars). Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil von Ihnen seinen Hauptwohnsitz hat oder hatte (s. Punkt 8 des Formulars). Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge in Punkt 9-15 des Formulars bestimmt. Es wäre daher insgesamt nur ein Anknüpfungspunkt anzugeben: derjenige, der von oben gesehen als erster zutrifft.

Sollten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen wollen, die Wahl- bzw. Stimmkarten für maximal 10 Jahre „im Voraus“ an die Ihrer Wählerevidenzgemeinde mitgeteilte Postadresse automatisch zugestellt zu erhalten, können Sie diesen Antrag auf demselben Formular – unter Punkt 18 – stellen (Details dazu finden Sie unter Wahlkarte/Stimmkarte).

Ihr Antrag kann **jederzeit** – d.h. unabhängig von bestimmten Wahlen – direkt an

die zuständige Gemeinde gestellt werden (Adressen siehe unter Kontakte „Österreich“. Wenn Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

Legen Sie bitte dem Antrag zumindest Kopien Ihres österreichischen Reisepasses oder, sofern Sie keinen österreichischen Reisepaß besitzen, eine Kopie Ihres österreichischen Personalausweises oder Staatsbürgerschaftsnachweises bei.

AuslandsösterreicherInnen, die in Wählerevidenzen eingetragen sind, sind verpflichtet, ihrer Wählerevidenzgemeinde jede Adreßänderung im Ausland – samt, wenn zutreffend, auch der E-Mail-Adresse – mitzuteilen.

Die Eintragung ist maximal zehn Jahre gültig. Vor Ablauf der Zehn-Jahres-Frist informiert die jeweils zuständige Gemeinde die Auslandsösterreicher/innen über die bevorstehende Streichung und erinnert an eine Verlängerungsmöglichkeit (für weitere zehn Jahre). Sollten Sie Zweifel an Ihrer Eintragung oder deren Datum haben, ist es zur Sicherheit ratsam, rechtzeitig vor einer kommenden Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung Kontakt mit Ihrer Wählerevidenzgemeinde aufzunehmen, um den Stand der Eintragung zu klären. Allenfalls wäre ein (neuer) Antrag zu stellen.

Mit diesem Formular kann auch – gleichzeitig oder separat – die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz beantragt (bzw. verlängert) werden. Für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz eines anderen EU-Landes – für jene AuslandsösterreicherInnen, die nicht die österreichischen EP-Mitglieder sondern diejenigen ihres Wohnsitzlandes wählen wollen –, bestehen in jedem Land eigene Formulare, die bei der dafür zuständigen lokalen Behörde erhältlich sind.

Österreichische StaatsbürgerInnen, die ihren dauernden Wohnsitz im Ausland haben, sollten sich anlässlich eines Kurzaufenthaltes in Österreich nicht mit Hauptwohnsitz anmelden, **da sie sonst automatisch und ohne gesonderte Verständigung aus der Wählerevidenz gelöscht werden könnten.** ■

Quelle: BMEIA

<http://auslandsaesterricher.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

Dürfen uns nicht an Armut und Arbeitslosigkeit gewöhnen

Rede von Bundeskanzler Werner Faymann vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 30. Jänner hielt Bundeskanzler Werner Faymann eine Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg.

Der Europarat hat in diesen schwierigen Zeiten eine große Bedeutung. Österreich als Vorsitzland fühlt sich besonders verpflichtet, am Friedensprojekt Europa mitzuwirken“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 30. Jänner in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Österreich hat derzeit den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates inne.

„2014 ist das Jahr der historischen Rückbesinnung auf die größten Menschheitskatastrophen der jüngeren Vergangenheit. Wer die Lektionen des 20. Jahrhunderts ernst nimmt, kann nicht zulassen, daß die Finanzkrise auf Dauer zu Massenarbeitslosigkeit, Armut und Perspektivenlosigkeit führt. Es

ist nur ein erster Schritt, daß wir in Europa Banken retten und Finanzkreisläufe stabilisieren. Wir müssen uns auch für ein neues, nachhaltiges Wachstum einsetzen, denn das ist die Basis für Beschäftigung und Wohlstand“, sagte der Kanzler.

Dazu müßten die Spekulation weiter eingedämmt, Steuerbetrug bekämpft und die Finanzmärkte an den Krisenkosten beteiligt werden. „Die Finanztransaktionssteuer ist ein wichtiger Puzzlestein, um zusätzliche Mittel für soziale Maßnahmen zu generieren, wie etwa eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche zu finanzieren.“

„Wir dürfen nicht zulassen, daß die Falschen den Preis für die Krise zahlen – die Jungen und die sozial Schwächsten. In manchen

Regionen Europas ist jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit und ohne Perspektive“, betonte Faymann. „Wir dürfen uns nicht an Armut und Massenarbeitslosigkeit gewöhnen. Es ist klar, daß kein europäisches Land diese Herausforderungen im Alleingang bewältigen kann, die Solidarität darf daher auch nicht an den Landesgrenzen enden.“

„Die Logik des Marktes nimmt keine Rücksicht darauf, ob der Wohlstand hier nicht mit Elend an anderer Stelle bezahlt wird. Dem müssen wir etwas entgegensetzen, ebenso dem Vormarsch von prekären Arbeitsverhältnissen, die neue Unsicherheiten bringen“, so Faymann weiter. „Ebenso müssen wir gemeinsam der Verhetzung etwas entgegensetzen, denn die Jugend soll die Werte der Demokratie, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit mittragen und nicht auf vermeintlich einfache Lösungen vertrauen. Aber die Enttäuschung junger Menschen, die keine Chance auf Zukunft haben, führt oft zu falschen Feindbildern. Daher bin ich überzeugt, daß nur die Versöhnung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Standards in Europa Frieden und Wohlstand auf Dauer sichern kann. Eine noch engere Zusammenarbeit von Europarat und Europäischer Union kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten“, schloß Faymann seine Rede.

Österreichischer Vorsitz im Europarat

Am 14. November 2013 übernahm Österreich in Straßburg den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Ministerkomitee. Der Außenminister des Vorsitzlandes spricht bei den vierteljährlich stattfindenden Tagungen der Parlamentarischen Versammlung sowie bei der halbjährlichen Tagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen. Auch der Staatschef und der Regierungschef des Vorsitzlandes haben die Möglichkeit, vor der PV zu sprechen. Am Ende des österreichischen Vorsitzes wird im Mai 2014 in Wien die jährliche Ministertagung des Europarates stattfinden.

Der Ständige Vertreter (= Botschafter) des Vorsitzstaates leitet die wöchentlichen Sitzungen des Ministerdelegiertenkomitees des Europarates.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Council of Europe / Sandro Weltin



Bundeskanzler Werner Faymann (l.) traf auch mit dem Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, zusammen.

Österreich setzt sich auf Basis der zahlreichen Instrumente und Mechanismen des Europarates besonders aktiv für eine verbesserte und nachhaltige Umsetzung der europäischen Standards in den Kernbereichen des Europarates ein. Im Vordergrund stehen dabei jene Themen, in denen die Rechts- und Politik-Instrumente des Europarates von besonderer Bedeutung und Aktualität sind:

- Kampf gegen den Menschenhandel;
- Sicherung der Meinungs- und Medienfreiheit, va. auch im Internet, sowie Schutz von Journalisten;
- Schutz von Frauen vor Gewalt;
- Fragen des sozialen Zusammenhalts, insbesondere in bezug auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen, und die Notwendigkeit, auf moderne

Lebensrealitäten gezielt durch eine bestmögliche Ausbildung und durch Erziehung zur demokratischen Teilhabe einzugehen.

In Vorbereitung des Vorsizes wurde ein Prioritätenpapier erstellt, um die österreichischen Schwerpunkte zu illustrieren. Dieses Dokument wurde unter Mitwirkung der zuständigen Ressorts und der Bundesländer erarbeitet und der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht. Es wurde als offizielles Dokument des Europarates zirkuliert. Zur Unterstützung dieser Schwerpunkte wird der österreichische Vorsitz durch ein dichtes Veranstaltungsprogramm begleitet. Sowohl in Österreich als auch in Straßburg wird eine Anzahl von Konferenzen, wissenschaftlichen Tagungen und Kampagnen abgehalten, um Experten, Entscheidungsträger und die Zivilbevölkerung zur Behandlung wichtiger Themen des österreichischen Vorsizes einzubinden.

Während der sechs Monate seines Vorsizes wird Österreich in Straßburg ein umfangreiches Kulturprogramm durchführen. Über 40 Veranstaltungen mit Beteiligung österreichischer Künstler werden bis Mai 2014 in der Stadt Straßburg abgehalten.

Quellen: <http://www.austria.gv.at> – <http://hub.coe.int>

Foto: Council of Europe / Candice Imbert



Ein Blick über die Mitglieder der Parlamentarischen Vollversammlung des Europarates im Europapalast in Straßburg

Die ersten Wochen des neuen Außenministers

Mit der Angelobung der neuen Bundesregierung am 16. Dezember ist Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz vom Innenministerium als neuer Minister ins Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres übersiedelt, wie das Außenministerium nun heißt.

In der Aufstellung des Hauses setzt Integrations- und Außenminister Sebastian Kurz ganz gezielt auf die Expertise des Ministeriums und auf einen kooperativen Arbeitsstil, indem die Sektionen stets eng eingebunden werden sollen. Besonderes Augenmerk legt der Minister dabei auf eine enge und gut abgestimmte Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär Michael Linhart als oberster Beamter des Außenministeriums.

Auch sein persönliches Büro besetzt der Minister neu. Kabinettschef ist Nikolaus Marschik, der bis dato Sektionsleiter für administrative Angelegenheiten und Infrastruktur war sowie bereits als Kabinettschef unter der damaligen Außenministerin Ursula Plassnik arbeitete. Pressesprecher des Ministers ist Gerald Fleischmann, der bisherige Sprecher des Integrationsstaatssekretärs. Unterstützt wird er von Etienne Berchtold, bisher Referent an der Österreichischen Ständigen Vertretung in Brüssel und davor für die Pressearbeit von Shell Austria zuständig.

Alexander Schallenberg, der die letzten acht Jahre als Sprecher der jeweiligen Bundesminister und zuletzt als stellvertretender Kabinettschef tätig war, leitet nun die strategische außenpolitische Planung im Außenministerium.

Die Integrationsagenden stehen weiterhin unter der bewährten Federführung von Sektionsleiter Stefan Steiner, der auf mehrjährige Erfahrung in diesem Bereich verweisen kann.

Die Funktion des Sprechers des Außenministeriums und Leiter der Pressestelle des Hauses bleibt in den bewährten Händen von Martin Weiss, der im Krisenkommunikationsmanagement erfahren ist.

Der erste Auslandsbesuch führte Kurz nach Zagreb

Außenminister Sebastian Kurz hat am 9. Dezember seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch nach Kroatien absolviert. Kurz hat dadurch die Bedeutung der Beziehungen Österreichs mit Kroatien unterstrichen,



Foto: BMeA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Am 9. Dezember hat Außenminister Kurz seinen ersten Auslandsbesuch absolviert und wurde auch vom kroatischen Staatspräsidenten Ivo Josipovic empfangen.

sowie die Bedeutung, die die Region für Österreich hat. In Zagreb wurde er von seiner Amtskollegin Vesna Pusic, von Parlamentspräsident Josip Leko und von Staatspräsident Ivo Josipovic empfangen.

„In dieser Region haben wir nicht nur starke historische und kulturelle Bande, sondern auch intensive wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen“, betonte der Minister, der in Zagreb auch österreichische Wirtschaftstreibende traf. Auch die menschliche Komponente dürfe nicht ausgeblendet werden, sagte der auch für Integrationsfragen zuständige Minister: „Wir haben rund 40.000 ÖsterreicherInnen mit kroatischen Wurzeln in Österreich.“

Außenministerin Pusic zeigte sich nach dem Treffen mit ihrem neuen Amtskollegen hörbar beeindruckt: „Ich kann Österreich nur gratulieren“ erklärte sie. „Ich habe einen energischen Mann mit Maß kennengelernt, der einen neuen Geist mitbringt.“

EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien wichtiges Signal an die Region

Außenminister Sebastian Kurz begrüßte am 18. Dezember den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen Serbiens mit 21. Jänner 2014. „Der gestrige Beschluß zur Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien ist ein wichtiges Signal am Ende eines ereignisreichen Jahres am Westbalkan. Ich gratuliere der serbischen Regierung zu diesem Durchbruch, der hochverdient ist“, äußerte sich der Außenminister zur Entscheidung des EU-Außenministerrates. Entscheidend für die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen ist der stetig voranschreitende Fortschritt im Normalisierungsprozeß zwischen Serbien und Kosovo. Mit der im April des Jahres beschlossenen Grundsatzvereinbarung zwischen Serbien und Kosovo wurde die stabile und friedliche Entwicklung der Beziehungen unter Beweis gestellt. Kurz appellierte in diesem Zusammenhang an beide

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMeIA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Außenminister Kurz im Gespräch mit seiner kroatischen Amtskollegin Vesna Pusic.

Seiten, „die Aussöhnung zügig und couragiert weiterzuverfolgen“.

Der Westbalkan spielt aufgrund der geographischen Nähe, der gemeinsamen Geschichte und der engen menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen eine besondere Rolle für Österreich. „Österreich ist nicht nur in Serbien der größte Auslandsinvestor, sondern auch in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. In Serbien etwa sind über 400 österreichische Firmen aktiv, die Fortführung des Reformprozeß durch Serbien wird für die heimische Wirtschaft noch viele weitere Möglichkeiten eröffnen“, so Kurz.

Was die weitere Entwicklung am Westbalkan anbelangt, sprach sich der Außenminister für eine Fortsetzung der Heranführungsstrategie an die EU aus: „Für Österreich ist eines ganz klar: der Westbalkan gehört zu Europa. Nach dem EU-Beitritt von Kroatien und den laufenden Beitrittsverhandlungen mit Montenegro ist die erste Beitrittskonferenz mit Serbien im Jänner 2014 der nächste logische Schritt der Heranführung der gesamten Region an die EU. Auch für Albanien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina hoffen wir, daß es 2014 klare Fortschritte im EU-Annäherungsprozeß gibt“, so der Außenminister.

Wichtige Signale für den weltweiten Schutz der Menschenrechte

„Mit der einstimmigen Annahme der Resolution zum Schutz der Privatsphäre hat die internationale Staatengemeinschaft einen wichtigen Akzent gesetzt, daß die Grundrechte online wie auch offline zu schützen

sind. Die Stärkung der Grundrechte im digitalen Zeitalter ist mir auch persönlich ein wichtiges Anliegen“, erklärte Außenminister Kurz am 19. Dezember aus Anlaß der Konsensannahme der Resolution durch die UNO-Generalversammlung am Tag zuvor, die auch von Österreich als Ko-Sponsor aktiv unterstützt wurde.

„Besonders freut es mich auch, daß mit der österreichischen Initiative zum Schutz von Minderheiten die Generalversammlung eine weitere wichtige Resolution im Interesse dieser Diskriminierung ausgesetzten Gruppe ebenfalls einstimmig angenommen hat“, so der Außenminister weiter. Der weltweite Schutz von Minderheiten ist ein Kernanliegen der österreichischen Menschenrechtspolitik und Österreich setzt seit Jahren in diesem Bereich zahlreiche Initiativen, wie etwa auch die Schaffung des Minderheitenforums in Genf. „Gerade in Zeiten, in denen die meisten Konflikte auf dem Rücken von besonders schutzbedürftigen Personen ausgetragen werden, sind klare Vorgaben an Staaten und die internationale Gemeinschaft zu deren Schutz unabdingbar.“ In diesem Zusammenhang ist die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, den Österreich besonders aktiv betreibt, ebenfalls von großer Bedeutung.

Die UNO-Generalversammlung nahm auch Resolutionen zu Nord-Korea, Iran und Syrien an, in denen die Lage der Menschenrechte besonders besorgniserregend ist. So konnte die Resolution zur Lage in Nord-Korea einstimmig beschlossen werden, während die Resolutionen zu Syrien (127 Ja- zu 13 Nein-Stimmen) und dem Iran

(86 Ja- zu 36 Nein-Stimmen) mit klaren Mehrheiten angenommen wurden. „Ich fordere die Staaten eindringlich zur vollen Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen auf. Um das Leiden der Menschen zu lindern müssen endlich Fortschritte bei der Verbesserung der Menschenrechtslage vor Ort erreicht werden“, betonte Außenminister Kurz.

Schließlich hat die UNO-Generalversammlung mit der Resolution über die Sicherheit von JournalistInnen neuerlich die Bedeutung des Kampfes gegen die Straflosigkeit im Fall von Verbrechen gegen JournalistInnen hervorgehoben. „Wir würdigen den mutigen Einsatz vieler Journalisten, die große Risiken bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in Kauf nehmen müssen. Ihr Beitrag für eine lebendige Demokratie ist gerade in Ländern, wo die Meinungsäußerungsfreiheit unter Druck ist, von grundlegender Bedeutung“, so der Außenminister.

„Die gestrige Annahme vieler wichtiger Resolutionen zum weltweiten Schutz der Menschenrechte durch die UNO-Generalversammlung hat neuerlich bewiesen, wie wichtig der Einsatz Österreichs und der Europäischen Union auf internationaler Ebene ist“, folgerte der Außenminister.

EU-Rat beschließt Ausarbeitung einer EU-Alpenraumstrategie

In seiner Sitzung am 20. Dezember 2013 erteilte der Europäische Rat der Europäischen Kommission den Auftrag, bis Juni 2015 eine makro-regionale Strategie der EU für den Alpenraum auszuarbeiten.

Außenminister Sebastian Kurz begrüßte diese Entscheidung und hob dabei insbesondere die Rolle der Regionen und der Zivilgesellschaft hervor: „Dank des Engagements der Regionen unter maßgeblicher Mitwirkung Tirols und von Vertretern der Zivilgesellschaft bietet diese Strategie neue Chancen für Österreich und Europa“, so Kurz. Dies gilt insbesondere für die Bewahrung der Biodiversität und der Naturräume sowie die nachhaltige Bewirtschaftung der Energieressourcen. Dadurch werden auch ein nachhaltiges und sozial gerechtes Wachstum durch eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie die Förderung der ökologischen Mobilität und digitalen Vernetzung ermöglicht.

Am 18. Oktober 2013 wurde auf Einladung Frankreichs in Grenoble bereits eine politische Erklärung der Alpenstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Slowe-

Österreich, Europa und die Welt



Außenminister Sebastian Kurz traf im Rahmen einer Vertragsunterzeichnung den IOM Generaldirektor William Lacy Swing.

nien, Liechtenstein, Schweiz) und Regionen angenommen, in der die Verabschiedung einer makro-regionalen Strategie der EU für den Alpenraum gefordert wird. „Dem mit dieser Erklärung bekräftigten starken politischen Willen der Staaten und Regionen des Alpenraumes trägt der Europäische Rat nun Rechnung. Im übrigen ist dies auch in einer Entschließung des Europaparlaments vom 23. Mai 2013, die dank des Einsatzes der österreichischen Abgeordneten Richard Seeber und Karin Kadenbach mit starker überparteilicher Unterstützung angenommen worden ist, zum Ausdruck gekommen“, so der Außenminister weiter.

„Wir freuen uns auf die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und allen anderen Partnern bei der Ausarbeitung der Strategie. Dabei ist es wichtig, bestehende Strukturen, insbesondere die Alpenkonvention mit Sitz in Innsbruck, optimal zu nutzen und positive Resultate für alle Bürgerinnen und Bürger im Alpenraum zu erzielen. Wir werden uns dabei stets für die vollwertige Einbindung der Zivilgesellschaft einsetzen, deren weitsichtige Anliegen nun in dieser neuen makro-regionalen Strategie aufgegriffen werden“, erklärte Kurz.

Verstärkte Zusammenarbeit mit Internationaler Organisation für Migration

Außenminister Sebastian Kurz und IOM-Generaldirektor William Lacy Swing unterzeichneten am 27. Dezember ein neues Amtssitzabkommen für die Internationale Organisation für Migration (IOM). „Wir wissen es sehr zu schätzen, in der IOM einen verlässlichen Partner zu haben“, betonte Kurz. „Migration ist kein neues Phänomen,

die Wanderungsbewegungen haben aber in jüngster Zeit weltweit deutlich zugenommen und sind vielschichtiger geworden. Auch Österreich sieht sich dabei neuen Herausforderungen gegenüber, denen wir uns verantwortungsvoll zu stellen haben.“

Die IOM, der gegenwärtig 155 Staaten angehören, gilt als die führende internationale Organisation, die sich auf weltweiter Ebene mit Migration auseinandersetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Staaten in Migrationsangelegenheiten und bei der Integration von MigrantInnen in ihren Gastländern zu unterstützen. Ein weiteres Ziel ist die Erhöhung des Verständnisses für Migrationsphänomene und ihre Wechselwirkungen mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, um damit zu einer menschenwürdigen Behandlung von MigrantInnen und einer Förderung von deren Wohlergehen beizutragen.

Im Jahr 1951 als „Internationales Komitee für Europäische Migration“ gegründet und 1989 umbenannt, verfügt die IOM seit 1954 über ein Länderbüro in Wien. Im Jahr 2011 unterstrich die IOM durch die Errichtung eines Regionalbüros für Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien die Bedeutung, die Wien als Amtssitz zahlreicher internationaler Organisationen zukommt.

„Es ist ungeheuer wichtig, daß sich Österreich auf die Zusammenarbeit mit einer fachkundig erfahrenen, von allen Ländern geachteten und anerkannten Organisation wie IOM stützen kann“, unterstrich Außenminister Kurz. Österreich greift in vielen Bereichen auf die Unterstützung der IOM zurück, bei Projekten zur Bekämpfung des Menschenhandels, bei Projekten, die MigrantInnen eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimatländer ermöglichen und jüngst bei der Abwicklung der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Krisenregion. Die IOM unterstützte Österreich bereits in vergangenen Jahrzehnten bei der Flüchtlingsaufnahme, etwa 1956/57, als tausende ungarische Flüchtlinge in unser Land kamen, genauso wie in den 1990er Jahren, als eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei uns Zuflucht suchten.

Kurzbesuch in Brüssel

Am 7. Jänner stattete der Außenminister seinen ersten offiziellen Besuch in Brüssel ab, wo er von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton, von der Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, und EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle empfangen wurde.

Asthon gegenüber hat Kurz umrissen, wie er sich eine künftige Rolle Österreichs in



EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton begrüßte den Außenminister in Brüssel.

Österreich, Europa und die Welt

Europa und der Welt vorstellt: „Ein Ziel der Außenpolitik sollte sein, daß unserem Land ein bißchen mehr Gewicht zukommt, als es vielleicht unserer Größe nach zustehen würde“, so Kurz, der beispielsweise in der Menschenrechtspolitik deutliche Akzente setzen will.

Ashton sagte, sie würde in ihren Bemühungen zur Annäherung zwischen Belgrad und Pristina auf die Unterstützung Österreichs bauen. „Ich habe vereinbart, daß eine meiner ersten größeren Reisen neben den bilateralen Antrittsbesuchen nach Serbien und Kosovo sein wird“, sagte Kurz im Rahmen einer Pressekonferenz vor österreichischen JournalistInnen. Mit diesem Besuch möchte er ein „Signal der Wertschätzung und Gesprächsbereitschaft“ gegenüber Belgrad und Pristina geben. Ashton habe, wie Kurz sagte, den Westbalkan-Schwerpunkt in der österreichischen Außenpolitik „sehr freudig zur Kenntnis genommen“. Nach diesem Treffen soll Ashton in einem Eintrag auf „Twitter“ „als großartig“ bezeichnet haben.

Kurz sieht, wie er erklärte, „Österreich als aktiven Teilhaber innerhalb der EU“ und er wolle die Rolle Österreichs mit Aktivitäten in Nischenbereichen wie dem Westbalkan oder Menschenrechtsfragen stärken.

Sein junges Alter sieht der neue Außenminister auch als Chance, denn so könne er auch auf Österreichs Anliegen aufmerksam machen, einen „jungen Blickwinkel“ in die EU-Politik bringen und Themen wie Teilhabe und Transparenz ansprechen immerhin ist er Europas jüngster Außenminister.

In einem vereinten Europa Partnerschaft mit Südtirol weiter ausbauen

Außenminister Sebastian Kurz gratulierte dem am 9. Jänner gewählten neuen Landeshauptmann Arno Kompatscher und dankte zugleich dem scheidenden: „Landeshauptmann Durnwalder hat fast 25 Jahren die Geschicke Südtirols gelenkt. Er kann mit Stolz sagen, daß Südtirol dank seines Einsatzes und seiner Visionen zu einer der wirtschaftlich und kulturell stärksten Regionen Europas wurde“, so Kurz, der sich darüber freut, daß Österreich und Südtirol heute Partner auf Augenhöhe im vereinten Europa sind. Der Außenminister hofft, daß Luis Durnwalder auch in Zukunft Österreich verbunden bleibt und seine Erfahrung – wenn auch in anderer Form – einbringen wird, etwa im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino.

Der neue Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher wurde als Spitzenkan-



Foto: BMeiA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Gemeinsame Pressekonferenz von Außenminister Sebastian Kurz mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier in Berlin

didat der Südtiroler Volkspartei bei den Landtagswahlen vom 27. Oktober 2013 mit 81.107 Vorzugsstimmen mit einem beeindruckenden Vertrauensvorschub ausgestattet. „Nun gilt es, die Stärken Südtirols weiter auszubauen und dabei die gesamte Südtiroler Bevölkerung mitzunehmen. Dies gilt auch für die Südtirol-Autonomie, die es an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen und dynamisch weiterzuentwickeln gilt. Die Republik Österreich ist und bleibt dabei ein verlässlicher Partner Südtirols“, betonte Kurz.

Österreich übernimmt den Vorsitz des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen

„Ich gratuliere Botschafter Martin Sajdik sehr herzlich zu seiner neuen Funktion. Seine Wahl ist ein Ausdruck des großen Ansehens und Vertrauens, das Österreich im Rahmen der Vereinten Nationen genießt“, freut sich Außenminister Sebastian Kurz anläßlich der einstimmigen Wahl des Ständigen Vertreters Österreichs bei den Vereinten Nationen zum neuen Vorsitzenden des UN Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) am 14. Jänner.

Der ECOSOC hat als eines der sechs UN-Charterorgane die Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben. In diesem Gremium werden die ersten Weichenstellungen zur post-2015 Agenda, die Fragen der nachhaltigen Entwicklung, des Nachfolgeinstruments der Millenniums-Entwicklungsziele und der Entwicklungsfinanzierung umfassen soll, erfolgen. „Österreich wird daher Akzente setzen können und auf eine post-2015 Agenda drängen, die einen menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgt. Ich werde mich besonders für die The-

men nachhaltige Energie und Jugend einsetzen, um diese wichtigen zukunftsweisenden Bereiche vermehrt in die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft zu rücken“, führte Außenminister Kurz aus.

„Österreich übernimmt diese Funktion in einer entscheidenden Phase zur Gestaltung der post-2015 Agenda“ so Kurz weiter. Die weiteren Überlegungen werden vor allem im neu gegründeten „High Level Political Forum“ erfolgen, das in diesem Jahr erstmals unter Schirmherrschaft des ECOSOC zusammentrifft. Der Beteiligung der Zivilgesellschaft wird ein großer Stellenwert eingeräumt, welche die Möglichkeit erhält, sich aktiv einzubringen. Unter österreichischer Präsidentschaft wird überdies die im September beschlossene Reform des ECOSOC umgesetzt werden und die Zusammenarbeit des ECOSOC mit anderen UN-Organisationen und Institutionen, wie beispielsweise WHO, ILO, UNCTAD, FAO, WFP gestärkt werden.

Berlin, Bratislava, Zürich

Die gemeinsame Pressekonferenz von Außenminister Sebastian Kurz mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier im Auswärtigen Amt in Berlin am 15. Jänner verlief demonstrativ harmonisch. Hauptthema des vorangegangenen Gesprächs war die Integration der Länder des Westbalkans in die Europäische Union – die Kurz ein großes Anliegen ist: „Wir haben starkes Interesse an der Integration der Westbalkanländer“, so Kurz, der dies auch zuvor schon bei seinen Aufenthalten in Zagreb und Brüssel verdeutlicht hatte. „Die ganze Region braucht Perspektiven“, so Kurz, der aber klarmachte, daß es für Serbien, Montenegro, Mazedonien, den Kosovo oder auch Alba-

Österreich, Europa und die Welt



Außenminister Sebastian Kurz mit seinem slowakischen Amtskollegen Miroslav Lajcak



Fotos: BMeiA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Außenminister Sebastian Kurz traf den Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Didier Burkhalter, in Wien.

nien keine Ausnahmen von den Aufnahme-Kriterien geben könne.

Statt des Begriffs „Sozialtourismus“ im Zusammenhang mit der Ost-Erweiterung spricht Kurz von „Armutsmigration“: „Die Niederlassungsfreiheit ist nicht infrage zu stellen.“ Es gehe darum, sich „das Land auszusuchen, in dem ich leben will – nicht aber das Sozialsystem, das mir am liebsten ist.“ Das österreichische Modell der Meldepflicht sei hier sinnvoll, denn das biete die Möglichkeit, „die Niederlassungsfreiheit sicherzustellen“, indem man prüfe, ob Zuwanderer „Erwerbsabsicht“ oder vor hätten, sich finanziell selbst zu erhalten. Jedenfalls würde, so Kurz, die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer in Österreich in das heimische Sozialsystem einzahlen – „und zwar wesentlich mehr, als sie aus dem System wieder erhält.“

Noch am gleichen Tag, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin, reiste Kurz nach Bratislava, um dort seinen Amtskollegen Miroslav Lajcak zu einem Gespräch zu treffen, in dem er seine Priorität zur Integration der Westbalkanländer verdeutlichte.

Von Berlin bzw. Bratislava zurückgekehrt, traf der Außenminister in Wien zu einem Arbeitsgespräch mit dem Bundespräsidenten und Außenminister der Schweiz, Didier Burkhalter zusammen. Kurz betonte zu diesem Anlaß: „Die bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind hervorragend. In vielen Bereichen arbeiten wir bereits intensiv zusammen und wünschen uns daher eine möglichst enge Einbindung der Schweiz in die EU-Alpenraumstrategie.“ Österreich erwartet sich von der EU-Alpenraumstrategie positive Impul-

se zur Stärkung von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Alpenregion.

Die Schweiz und Österreich arbeiten auch im Rahmen der UNO, in der OSZE und im Europarat sehr eng zusammen. Österreich führt im ersten Halbjahr 2014 den Vorsitz im Europarat, während die Schweiz dieses Jahr den OSZE-Vorsitz innehat. Beide Länder werden sich daher aktiv darum bemühen, Synergien zu nutzen und die Zusammenarbeit zwischen diesen maßgeblichen europäischen Organisationen zu verstärken.

Kurz betonte gegenüber Präsident Burkhalter, daß sich Österreich weiterhin besonders für die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU einsetzen wird: „In den Bemühungen um Reformen und Stabilität am Westbalkan ist die Schweiz ein wichtiger Partner für uns“, so Kurz.

Österreich reagiert auf die dramatische humanitäre Krise in der Zentralafrikanischen Republik

Österreich leistet einen solidarischen Beitrag zur Linderung der dramatischen humanitären Krise in der Zentralafrikanischen Republik. „Wir stellen 500 000 Euro an Soforthilfe aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung. Damit reagieren wir auf die Zuspitzung der humanitären Notlage mit rund 2,2 Millionen Hilfsbedürftigen“, erklärte Außenminister Sebastian Kurz am 15. Jänner nach dem Ministerrat.

Der Betrag – so der Außenminister – wird dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) für die Erstversorgung der betroffenen Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Material für Behelfsunterkünfte zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus zielt das Hilfsprogramm des IKRK auf die Stärkung der Selbsthilfe, etwa durch die Beistellung landwirtschaftlicher Geräte, und der medizinische Nothilfe sowie die Sicherstellung des Zuganges zu Trinkwasser ab.

Die humanitäre Krise trifft mit der Zentralafrikanischen Republik ein Land, das den von der Europäischen Kommission erstellten Vulnerabilitäts- und Krisenindex der am stärksten von lange anhaltenden, humanitären Notlagen betroffenen Ländern anführt und dessen staatliche und soziale Strukturen zusammengebrochen sind. Laut dem UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) belief sich die Zahl der intern Vertriebenen mit Anfang Jänner 2014 auf 935 000; Zehntausende sind in die Nachbarländer geflüchtet. 2,2 Mio. Personen benötigen humanitäre Hilfe.

Österreich, Europa und die Welt

Israels Außenminister Lieberman machte Umweg nach Wien

Auf seiner Heimreise von Genf nach Israel hatte Israels Außenminister Avigdor Lieberman einen Umweg auf sich genommen, um Außenminister Sebastian Kurz kennenzulernen. In Gespräch im Außenministerium zeigte sich Lieberman über den wachsenden Antisemitismus in Europa besorgt und plädierte dafür, daß Österreich „eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus einnehmen“ solle, wie das Außenministerium nach dem nicht-medienöffentlichen Treffen der APA mitteilte.

Liebermann sagte, sein Land hoffe, daß sich Israels und Österreichs Zusammenarbeit auf internationaler Ebene noch weiter verstärken ließe. Kurz erklärte, Israel sei „ein enger Freund Österreichs“ und daß „den israelischen Bedürfnissen vor dem Hintergrund unserer historischen Verantwortung besondere Beachtung“ geschenkt werden würde.



Fotos: BMeiA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Israels Außenminister Avigdor Lieberman stattete Außenminister Sebastian Kurz einen kurzfristigen Besuch im Wiener Außenministerium ab.

Neue Ideen für Europa

Der Außenminister begrüßt die Initiative des Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso „Ein neues Leitmotiv für Europa“: „Das 20. Jahrhundert war vor allem von nationalen Gegensätzen geprägt, es ging vielmehr um ein Gegeneinander statt ein Miteinander. Dank der EU konnten wir das überwinden. Ein friedliches Zusammenleben in dieser Union ist selbstverständlich geworden. Das europäische Projekt muß aber mehr sein als ein Friedensprojekt und

ein Wirtschaftsraum mit Währungsunion. Wir brauchen daher jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts kreative Ansätze und innovative Ideen, um Europa den Menschen näher zu bringen“. Die im April 2013 vorgestellte Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission ist für Kurz ist ein wichtiger Schritt und der österreichische Beitrag ein wertvolles Element, ein Europa der BürgerInnen, somit ein Europa, mit dem sie sich identifizieren können, zu schaffen.

Mit dieser Initiative sollen die Bürger vor allem aber auch Künstler, Wissenschaftler

und Intellektuelle in einem öffentlichen Dialog die Erfolgsgeschichte Europas in einer neuen „Version 2.0“, insbesondere für die junge Generation, fortschreiben. Dabei soll es nicht nur ausschließlich um das ursprüngliche Leitmotiv Europas als „Friedensgemeinschaft“ gehen, sondern um die Zukunft.

Für Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, ist „2014 ein für Europa in vielerlei Hinsicht symbolträchtiges und zukunftsweisendes Jahr. Neue Visionen, neue Ideen, eine neue Erzählung sollen uns helfen, auch emotional eine Brücke zu den Menschen zu schlagen.“

Im Museumsquartier diskutierten am 21. Jänner im Rahmen einer öffentlichen Diskussion im Museumsquartier in Wien Fabian Eder, Filmemacher und Autor mit Schauspielerin Katharina Stemberger, Miguel Herz-Kestranek, Schauspieler und Autor, Jula Rabinowich, Schriftstellerin und Malerin sowie Christoph Thun-Hohenstein, Direktor des Museums für angewandte Kunst mit zahlreichen Jugendlichen und der Öffentlichkeit in einer angeregten Debatte über ihre Visionen, wie ein geeintes Europa auch in gesellschaftlicher bzw. kultureller Hinsicht Realität werden kann.

Die in einem Österreichischen Thesenpapier zusammengefaßten Ergebnisse der Gespräche werden als österreichischer Beitrag zur Initiative des „New Narrative for Europe“ an Kommissionspräsident Barroso übermittelt werden und fließen in die weiterführenden gesamteuropäischen Diskussionen mit ein.



Foto: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Preis

Neue Ideen für Europa (v.l.): 1. Reihe: Moderator Miguel Herz-Kestranek, Erzählerin Anika Nussgraber, Moderator Fabian Eder, Moderatorin Katharina Stemberger, Moderatorin Jula Rabinowich und Erzähler Markus Kirchschrager
2. Reihe: Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien; Moderator Christoph Thun-Hohenstein; Botschafter Martin Eichinger, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten; Erzähler Stefan Windberger; Moderator der öffentlichen Diskussion Wolfgang Böhm (»Die Presse«) und Erzähler Joseph Waldstein

Österreich, Europa und die Welt

Erster Außenministerrat in Brüssel

Außenminister Kurz nahm am 20. Jänner erstmal an den Beratungen der Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten teil, in der die bevorstehende Syrien-Konferenz, Fragen von Sanktionserleichterungen für den Iran und des Umgangs mit der Krise in der Zentralafrikanischen Republik im Mittelpunkt standen. Wie Kurz nachher berichtete, sei er von seinen KollegenInnen freundlich aufgenommen worden, „mit den meisten hatte ich bereits in den letzten Wochen telefoniert“, so Kurz, der den Ablauf als „unspektakulär“ bezeichnete. Mit wenigen Ausnahmen führten dann alle AußenministerInnen ein Gespräch mit Kurz, William Hague (Großbritannien) und Emma Bonino (Italien) haben ihn umgehend nach London bzw. Rom eingeladen. Tags darauf nahm Kurz – im Gegensatz zu vielen anderen, die sich von BotschafterInnen vertreten ließen, selbst an der ersten Verhandlungsrunde mit Vertretern Belgrads teil. „Mir ist es wichtig, persönlich anwesend zu sein. Österreich hat ein hohes Interesse, daß die Region Teil der EU wird. Stabilität in der Region ist für Österreich von sehr großem Vorteil“, erklärte Kurz seine Entscheidung und löste damit einige Überraschung aus.

Kurz' Rede vor dem Europarat

„Im Vordergrund unseres Engagements stehen die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit, vor allem der Schutz von Journalistinnen und Journalisten, die freie Nutzung des Internets und der Kampf gegen den Menschenhandel. Damit können wir mit dem Europarat einen Beitrag dazu leisten, das Leben vieler Menschen in Europa zu verbessern“, informierte Außenminister Sebastian Kurz am 27. Jänner in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die Schwerpunkte des österreichischen Vorsitzes im Ministerkomitee. Nach seiner Rede stellte er sich den Fragen der Abgeordneten aus den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates.

Kurz traf unter anderem den Europarats-Generalsekretär Thorbjørn Jagland, mit dem er aktuelle politische Fragen wie die Situation in der Ukraine und die Vorbereitung des Ministertreffens am 6. Mai in Wien erörterte. „Wie aktuell unsere Prioritäten, insbesondere der Schutz von Journalisten, sind, zeigt sich derzeit in der Ukraine. Der Europarat kann und sollte einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieses Konfliktes leisten, der ganz oben auf unserer Agenda stehen muß“, betonte Kurz nach dem Treffen.



Im Rahmen des Außenministerrats in Brüssel nahm Außenminister Sebastian Kurz (r.) an der ersten Verhandlungsrunde mit Vertretern Belgrads teil – hier ist er mit Premierminister Ivica Dacic (vorne) und Vizepremier Aleksandar Vucic zu sehen.



v.l.: Außenminister Sebastian Kurz mit Elisabeth Steiner, österreichische Richterin am EGMR, und Dean Spielmann, Präsidenten des EGMR

„Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR, Anm.) hat unter den europäischen Institutionen eine einzigartige Stellung: Er ist zum Symbol für ein Europa geworden, das die Rechte des Einzelnen ernst nimmt. Österreich wird sich auch weiterhin für die Beibehaltung des Beschwerderechts für Einzelpersonen einsetzen“, erläuterte der Minister nach seinem Gespräch mit Dean Spielmann, dem Präsidenten des Gerichts.

Der Europarat umfaßt 47 Mitgliedsstaaten

und reicht von Island bis zum Kaukasus. Seine Aufgabenschwerpunkte sind die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Im Rahmen des Europarates wurde die Europäische Menschenrechtskonvention ausgearbeitet, die Einzelpersonen nach Erschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges eine Beschwerde gegen einen Mitgliedsstaat beim Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ermöglicht.

<http://www.bmeia.gv.at>

Sicherheitspolitik darf kein Elitenthema sein

Gerald Klug ist der erste österreichische Verteidigungsminister, der eingeladen wurde, einen Vortrag im Rahmen der Sicherheitskonferenz in München zu halten – Vortrag und Diskussionsabend mit AuslandsösterreicherInnen am Vorabend



Verteidigungsminister Gerald Klug bei seinem Vortrag vor rund 200 AuslandsösterreicherInnen in München

Im Laufe der vergangenen fünf Jahrzehnte hat sich die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) zu einem zentralen jährlichen Treffen der internationalen „strategic community“ entwickelt. Seit ihrer Gründung als „Internationale Wehrkunde-Begegnung“ im Jahr 1963 dient die MSC als unabhängiges Forum, das sich der Förderung friedlicher Konfliktlösung und internationaler Kooperation beim Umgang mit gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen widmet. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die transatlantische Partnerschaft. Zusätzlich zur traditionellen jährlichen Konferenz in München hat die MSC einige kleinere Formate entwickelt, insbesondere die MSC Core Group Meetings und den Cyber Security Summit, um spezifische Herausforderungen in der internationalen Sicherheitspolitik in verschiedenen Hauptstädten der Welt zu debattieren. Österreichs Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) ist der erste österreichische Verteidigungsmini-

ster, der eingeladen wurde, einen Vortrag im Rahmen der Sicherheitskonferenz zu halten.

Notwendigkeit authentischer Information von AuslandsösterreicherInnen

Am Vorabend der 50. Münchner Sicherheitskonferenz hat der Minister in Bayern lebende AuslandsösterreicherInnen getroffen, um nach einem Vortrag gemeinsam über Sicherheitspolitik zu diskutieren. Mit rund 200 Interessierten war die Veranstaltung, die in dieser Form erstmals stattgefunden hat, gut besucht. Unter den TeilnehmerInnen war auch der gesamtverantwortliche Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, der deutsche Botschafter Wolfgang Ischinger.

„Ich freue mich, heute bei Ihnen im schönen München sein zu dürfen. Der rege Zuspruch zu der in dieser Form erstmals durchgeführten Veranstaltung zeigt einmal mehr, wie hoch das Interesse an Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist“, konnte der Minister unter anderem Botschafter

Wolfgang Ischinger, den Leiter Außenbeziehungen und für Sponsoring und Protokoll der MSC verantwortlichen Benedikt Franke und Carl Paul Wieland, Präsident der Österreichisch-Bayerische Gesellschaft München, begrüßen. „Wie mir mitgeteilt wurde, leben allein in Bayern um die 100.000 Österreicherinnen und Österreicher. Daher mein besonderer Dank auch an die Österreichisch-Bayerische Gesellschaft, die es immer wieder schafft, einen repräsentativen Querschnitt unserer interessierten Landsleute für Veranstaltungen wie diese zu gewinnen“, so Klug, der, wie er sagte, schon öfter den Eindruck hatte, „daß die Diskussion mit unseren Landsleuten im Ausland zu kurz gerät. Dem möchte ich heute entgegenwirken, und ich freue mich ganz besonders auf Ihre Fragen und Diskussionsbeiträge. Es ist mir ein Anliegen, daß Sie als Auslandsösterreicher über österreichische Politik nicht nur aus zweiter, sondern authentisch aus erster Hand erfahren. Ich kann mir vorstellen, daß Sie in

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Bundesheer / Pusch

Verteidigungsminister Gerald Klug (l.) und der gesamtverantwortliche Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, der deutsche Botschafter Wolfgang Ischinger, mit einem Exemplar des Buches »Strategie und Sicherheit 2013«

Deutschland vielleicht öfter zur österreichischen Politik befragt werden. Einen kleinen Ausschnitt davon, nämlich Sicherheits- und Verteidigungspolitik, möchte ich heute Abend mit Ihnen diskutieren.“

Historisches Friedensprojekt EU ist nicht hoch genug einzuschätzen

Deutschland und Österreich seien noch nie so frei, wohlhabend und sicher gewesen, was vor allem dem europäischen Einigungswerk zu verdanken sei. Die Europäische Union sei nicht bloß eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vielmehr ein historisches Friedensprojekt. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs könne die friedensstiftende Funktion der EU nicht hoch genug eingeschätzt werden.

„Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im Jahr 2012 wurde diese historische Leistung Europas aus meiner Sicht zu Recht gewürdigt“, so Klug. „Dank der EU sind Kriege zwischen EU-Staaten nahezu undenkbar geworden. Aus Feinden wurden Freunde, deren politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zukunft unteilbar miteinander verbunden ist.“ Diese historische Errungenschaft sei zugleich Auftrag für die Zukunft, denn unter den neuen si-

cherheitspolitischen Rahmenbedingungen einer vernetzten Welt könne das „Friedensprojekt Europa“ im 21. Jahrhundert nur dann erfolgreich weitergeführt werden, wenn es gelinge, auch international wirksam für europäische Werte- und Rechtsvorstellungen einzutreten.

Der Verteidigungsminister teilt die Einschätzung vieler Experten, daß Europa zukünftig mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit werde übernehmen müssen. Wenn sich Europa nicht den zahlreichen Krisen in seiner Nachbarschaft zuwende, dann würden sich diese auf die Sicherheitslage in der Union negativ auswirken – siehe Lampedusa, Syrien oder Mali. Dem Europäischen Frieden sei heute und in Zukunft am besten gedient, wenn die EU von stabilen und demokratisch regierten Staaten umgeben sei.

Neue Österreichische Sicherheitsstrategie

„Im Juli letzten Jahres wurde im Parlament mit breiter Mehrheit die neue Österreichische Sicherheitsstrategie beschlossen. Darin sind die spezifisch österreichischen Ansätze herausgearbeitet, mit denen wir die Sicherheitspolitik in der nächsten Dekade gestalten wollen“, so Klug, der auf deren Verfügbarkeit in Form einer Broschüre hinwies, die er als „Mutterdokument“ der öster-

reichischen Sicherheitspolitik bezeichnete und aus der er einige ihm politisch besonders wichtige Aspekte für seinen Vortrag herausgriff. (Am Ende dieses Beitrags finden Sie einen Download-Link auf das im Juli 2013 erschienene Grundlagendokument im pdf-Format, Anm.)

„Unverrückbares Fundament der österreichischen Sicherheitspolitik ist unsere Neutralität. Deren Kernelemente sind: keine Teilnahme an Kriegen, kein Beitritt zu einem Militärbündnis und keine dauerhafte Stationierung ausländischer Soldaten in Österreich. Die österreichische Neutralität bedeutet im Verständnis der Sicherheitsstrategie aber kein ‚sicherheitspolitisches Trittbrettfahren‘, sondern ein aktives Engagement für den internationalen Frieden. Als neutrales Land können wir glaubwürdig als internationaler Vermittler auftreten und uns für humanitäre Ziele einsetzen“, so der Minister, der als ganz konkrete Beispiele dieser österreichischen Form einer engagierten Neutralitätspolitik die konsequente Haltung Österreichs in der Frage des EU-Waffenembargos gegenüber Syrien oder das frühzeitige Eintreten für ein chemiewaffenfreies Syrien nannte. „Wir haben unseren Worten auch Taten folgen lassen: Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich mit ABC-Spezialisten und Lufttransport an der laufenden Operation zur Chemiewaffenvernichtung.“

Es sei offenkundig, daß viele der neuen, grenzüberschreitend wirkenden Risiken nur in Kooperation bewältigt werden könnten: „Unsere Sicherheitspolitik beginnt nicht erst an den Grenzen Österreichs. Wir werden den Weg der Europäisierung und der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern überall dort intensivieren, wo es um die Bewältigung transnationaler Sicherheitsprobleme geht, also etwa in den Bereichen Konfliktmanagement, internationale Katastrophenhilfe, Terrorismusabwehr oder Cyber-Sicherheit. Denn diese neuen Sicherheitsrisiken respektieren keine Staatsgrenzen“, erläuterte Klug, der in diesem Zusammenhang auch auf die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Katastrophen hinwies. Die Bilder der Zerstörung durch die Sturm- und Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre seien nur allzugut in Erinnerung, weshalb es dem Minister ein besonderes Anliegen sei, die grenzüberschreitende Katastrophenhilfe weiter voranzutreiben: „Gemeinsame zivil-militärische Katastrophenschutzübungen zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz – wie zuletzt 2012 – sollten aus meiner Sicht intensiviert werden.“

Österreich, Europa und die Welt

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Nach Überwindung der unmittelbarsten Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise widmet sich die EU auch wieder anderen wichtigen Themen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten stehen dabei an einem wichtigen Wendepunkt: „Ein bloßes ‚Weiter wie bisher‘ reicht in vielen Politikfeldern wie in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nicht aus. Im Dezember haben sich die Staats- und Regierungschefs daher Verteidigungsfragen zugewandt. In der Gipfelerklärung wird ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Revitalisierung der GSVP in Auftrag gegeben. Jetzt geht es darum, diese vielen sinnvollen Vorschläge konsequent umzusetzen. Österreich sieht sich hier als aktiver und engagierter Mitgestalter bei der Weiterentwicklung der GSVP“, sagte der Verteidigungsminister vor den überaus interessierten Landsleuten.

Der Europäische Rat habe insbesondere eine „Bündelung und gemeinsame Nutzung“ von militärischen Kapazitäten in Auftrag gegeben. Die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus einer verbesserten Abstimmung der militärischen Kapazitätenentwicklung zwischen den 28 EU-Staaten ergeben könnten, beziffert eine aktuelle Studie mit mindestens 30 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Potential dürfe angesichts des Spardrucks, der auf allen Verteidigungsbudgets liege, nicht ungenutzt bleiben.

Österreichs Bundesheer in internationalem Einsatz

„Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um mich klar zu den internationalen Einsätzen des Österreichischen Bundesheeres zu bekennen. Wenn wir Konflikte dort entgegengetreten, wo sie entstehen, gewinnen wir ein Mehr an Sicherheit für Europa und damit auch für Österreich. Indem wir Demokratisierungs- und Aufbauprozesse auf Basis eines umfassenden Sicherheitsansatzes vorantreiben, erzielen wir ganz klar einen Sicherheitsgewinn, weil wir Krisen von Europa, von Österreich fernhalten“, so Klug. Diese Politik stehe in keinem Widerspruch zur Entscheidung für einen Abzug der österreichischen Blauhelme vom Golan. Die Gründe dafür habe er öffentlich mehrfach dargelegt. Zur Erinnerung: Seit 1974 waren mehr als 29.000 Österreicher am Golan im Einsatz, und sie haben dabei viele kritische und gefährliche Situationen mit Bravour und großer internationaler Anerkennung gemeistert. Während dieser Zeit kamen 27 österreichi-



Foto: Bundesheer / Pusch

Verteidigungsminister Gerald Klug (r.) mit Christoph Prantner (»Der Standard«), der die angeregte Diskussion mit den AuslandsösterreicherInnen moderierte.

sche Soldaten im Einsatz für den Frieden ums Leben. Mit der Eskalation der Lage hat im Sommer 2013 der Bürgerkrieg in Syrien auch den Einsatzraum von UNDOF erreicht. Die syrische Regierung war nicht mehr in der Lage, ihrer Sicherheitsverantwortung als „Gastland“ nachzukommen. Mandat und Ausrüstung der Truppe vor Ort haben mit der realen Lage im Einsatzraum nicht mehr übereingestimmt. „Und dieses Mißverhältnis von Auftrag und Lage war der Grund für die Abzugsentscheidung. Unbeschadet der Kritik, die wir zur Kenntnis genommen haben, hatte unsere Entscheidung auch positive Folgen“, erläuterte Klug. So seien nicht zuletzt auf Grund des Abzugs der österreichischen Soldaten seitens der UNO langjährige Forderungen hinsichtlich der Verbesserung des Schutzes und der Ausrüstung der Blauhelmsoldaten umgesetzt worden, die bis dahin trotz nachhaltiger Urgenz unerfüllt geblieben waren, wovon heutige Truppensteller profitieren würden.

„Ich sage aber auch klar und deutlich: Österreich ist und bleibt ein verlässlicher internationaler Truppensteller. Aktuell sind rund 800 Soldatinnen und Soldaten in 14 Missionen auf drei Kontinenten im Einsatz, und etwa 250 stehen als operative Reserve sofort abrufbar bereit. Damit liegt Österreich in der Spitzengruppe der Europäischen Union an siebenter Stelle“, so Klug. Die neue Sicherheitsstrategie lege fest, daß Österreich auch zukünftig sein Auslandsengagement auf hohem Niveau fortsetzen werde. Es sollen la-gebedingte mindestens 1100 SoldatInnen im Auslandseinsatz stehen.

Militärische Auslandseinsätze sind kein Selbstzweck

„Es geht mir dabei nicht nur um die Erfüllung quantitativer Ziele. Militärische Auslandseinsätze sind kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr ein wesentlicher Solidarbeitrag Österreichs zur Stärkung des internationalen Friedens und damit auch zur Erhaltung des Friedens in unserem eigenen Land. Zu Recht gelten unsere Friedenssoldaten als ‚rot-weiß-rote‘ Visitenkarte in aller Welt und als wesentlicher Träger des internationalen Ansehens Österreichs.“ Seit seiner Amtsübernahme im März vorigen Jahres habe er die Teilnahme an zwei neuen Einsätzen angeordnet: an der UNO-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen und an der OSZE-Mission zur Rüstungskontrolle in Moldawien. „Ich habe einen Einsatz beendet und neun Einsätze verlängert. Alle Entscheidungen werden in enger Abstimmung in der Bundesregierung koordiniert und letztlich durch einen parlamentarischen Beschluß legitimiert. Konkrete Einsätze sind immer eine sehr verantwortungsvolle Entscheidung, es geht um die Gesundheit und das Leben meiner Soldatinnen und Soldaten. Einsätze werden von mir nur dann empfohlen, wenn sie militärisch sinnvoll und sicherheitspolitisch zweckmäßig sind. Darauf können sich unsere Soldatinnen und Soldaten verlassen!“

Geographisch werde Südosteuropa auch in absehbarer Zeit Schwergewichtsräum bleiben. Für viele ÖsterreicherInnen sei das dortige Engagement unseres Landes auch leicht nachvollziehbar. „Wir sind schon jetzt größter Truppensteller in Bosnien und Her-

Österreich, Europa und die Welt

zegowina und größter Nicht-NATO Truppensteller im Kosovo. Und daran soll sich mittelfristig auch nichts ändern. Im Gegenteil, wir werden unser Kontingent in Bosnien-Herzegowina im Sommer von rund 200 auf 300 Soldatinnen und Soldaten aufstocken.“

Darüber hinaus bestehe nach dem Abzug des französischen Kontingents auch ein erhöhter Bedarf im Kosovo, der, so Klug, wir zur Stunde geprüft werde. Der politische Zweck der Balkan-Einsätze sei klar definiert: Österreich habe ein vitales Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung und Prosperität der gesamten Region Südosteuropa: „Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern diese historische Aufgabe, die die Staatengemeinschaft vor 15 Jahren begonnen hat, auch erfolgreich zu Ende bringen und dafür auch die notwendige Leadership aufbringen.“

Aktuelle Beispiele für österreichische Aktivitäten

Wie die Konflikte in Mali, in der Zentralafrikanischen Republik und in Nordafrika zeigen würden, gewinne Afrika langfristig an Bedeutung für die europäische Sicherheit. Österreich werde dabei nicht an vorderster Front stehen, sehr wohl aber im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsvorsorge und in enger Abstimmung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik einen angemessenen Beitrag leisten. „Wir sind hier bereits aktiv. Wir haben einen sehr erfolgreichen und international hoch beachteten Einsatz im Tschad absolviert. Wir haben im Jahr 2011 österreichische und europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus dem Bürgerkriegschaos in Libyen sowie aus Ägypten evakuiert. Wir beteiligen uns an der Trainingsmission der EU in Mali sowie mit Experten an drei weiteren afrikanischen Missionen. Und erst letzte Woche habe ich einen österreichischen Offizier als Kursdirektor an das Kofi-Annan-Trainingszentrum nach Ghana verabschiedet“, nannte der Verteidigungsminister einige aktuelle Beispiele für österreichische Aktivitäten.

Herausforderung Einsparungen

„Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die aktuell vielleicht größte Herausforderung für einen europäischen Verteidigungsminister ist es daher, den jeweiligen Verteidigungshaushalt neu auszurichten“, ging der Ressortchef auf die aktuell im Regierungsprogramm verordneten Einsparungen in Millionen-Höhe ein. Ein Element dabei sei die verstärkte Kooperation mit europäischen Partnerstaaten. Nur gemeinsam könnten die



BM Gerald Klug mit AuslandsösterreicherInnen beim Signieren der Bücher



Foto: Bundesheer / Pusch

erforderlichen militärischen Fähigkeiten erhalten werden, wozu es in der Verteidigungspolitik mehr und nicht weniger Europa brauche. Ob am Ende des Prozesses eine gemeinsame „Europäische Armee“ stehen werde, könne aus heutiger Sicht noch keiner mit Sicherheit sagen. Klar sei aber, daß die nächsten Schritte „Partnerschaftliche Kooperationen“, „gemeinsame Fähigkeitsentwicklung“ und „Arbeitsteilung“ umfassen werden.

„Das sind politische Aufgaben, die eine umfassende, offene und geduldige Kommunikationsarbeit erfordern. Aber wir haben dabei die europäischen Bürgerinnen und Bürger hinter uns. Mehr als 70 Prozent der EU-Bürger unterstützen eine gemeinsame Außenpolitik der EU, und noch mehr, nämlich durchschnittlich 75 Prozent, sprechen sich für eine gemeinsame Verteidigungspolitik aus“, verwies Klug auf „ermutigende Zahlen, auf die wir aufbauen können!“

Neuausrichtung des Bundesheeres

Die neuen Herausforderungen in Verbindung mit der Ressourcenlage machen eine Neuausrichtung des Österreichischen Bundesheeres unumgänglich. Der Verteidigungsminister sieht darin eine große Chance, „Reformen, die man in der Vergangenheit vermieden hat, jetzt umsichtig, aber mit aller Konsequenz und unter Einbeziehung aller Betroffenen anzugehen“. Seine politische Vorgabe sei klar: Im Zentrum müßten die Verbesserung der Befähigung des Bundesheeres zur Bewältigung der einsatzwahrscheinlichen Aufgaben und die Attraktivierung des Wehrdienstes stehen. „Bei diesen prioritären Aufgaben darf daher auch nicht gespart werden. Ansonsten gibt es keine Tabus, und ich habe den Generalstab beauftragt, das gesamte System auf Einsparpotentiale und Effizienzsteigerung hin zu überprüfen.“

„Ich gehe davon aus, daß viele von Ihnen vor rund einem Jahr an der Volksbefragung zur Wehrpflicht teilgenommen haben. Das eindeutige Ergebnis interpretiere ich vor allem als Auftrag zur Attraktivierung des Grundwehrdienstes. Bis zum Ende des Jahres werden die meisten der 180 Vorschläge zur Verbesserung des Grundwehrdienstes umgesetzt sein. In sechs Monaten Grundwehrdienst kann man natürlich nicht die ganze Welt des Militärs vermitteln. Daher wird es zukünftig nach einer gemeinsamen Basisausbildung Wahl- und Spezialisierungsmodule geben. Die jungen Rekruten können zwischen den Wahlpflichtmodulen ‚Schutz und Hilfe‘, ‚Cybersicherheit‘, ‚Militärisches Berufspraktikum‘ und ‚Militärische Spezialisierung‘ wählen. Hier wird künftig ein breites Spektrum an Ausbildungsinhalten – von einer intensiveren Schießausbildung bis zu einer erweiterten Ersten Hilfe Ausbildung – angeboten“, kündigte Klug an, dessen Ziel es sei, „eine klassische Win-Win-Situation zu schaffen“. Die jungen Männer sollten den Dienst beim Heer möglichst sinnstiftend erfahren und Fähigkeiten für ihren weiteren Lebensweg erwerben. Gleichzeitig aber soll das Österreichische Bundesheer von den Fähigkeiten der Grundwehriener profitieren und möglichst viele für freiwillige Funktionen in der Miliz oder als Zeitsoldat ansprechen.

„Die Münchner Sicherheitskonferenz wird in den nächsten Tagen wertvolle und unverzichtbare Experteneinsichten und Expertenanstöße liefern. Aber wir wollen die Sicherheitspolitik nicht nur den Fachleuten überlassen. Entscheidend ist auch der Dialog mit der Zivilgesellschaft, denn ohne einen kritischen Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern ist eine konsistente und innovative Sicherheitsvorsorge nicht möglich. Daß Sicherheit und Verteidigung uns alle angeht, ist mehr als ein Schlagwort“, schloß der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport seinen Vortrag, dem eine angeregte Diskussion folgte. Eine „Signierstunde“ und ein wenig Zeit für persönliche Gespräche beschlossen den interessanten Vorabend der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz 2014. ■

Quelle: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
<http://www.bmlvs.gv.at>

Zahlen zu österreichischen Auslandseinsätzen
<http://www.bmlv.gv.at/ausle/zahlen.shtml>
Link zum Grundlagendokument der Österreichischen Sicherheitsstrategie
<http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=663>
<https://www.securityconference.de>

Johann Frank und Walter Matyas (Hg.)
Strategie und Sicherheit 2013
Chancen und Grenzen europäischer militärischer Integration


Zum Finden erfunden

Nach Überwindung der vordringlichsten Probleme im Zusammenhang mit der Finanzkrise sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten gefordert, sich anderen drängenden strategischen Themen zu widmen.



Die Union wird ihre politische und militärische Integration vorantreiben müssen, um Verwerfungen im globalen Machtgefüge abfedern und weiterhin einen Raum der Freiheit und Sicherheit aufspannen zu können. In diesem Sinn untersuchen namhafte internationale und österreichische Experten neben den allgemeinen Herausforderungen europäischer Sicherheit spezielle Fragen der militärischen Integration, der Stabilisierung der unionseuropäischen Peripherie und der europäischen Afrikapolitik sowie Perspektiven einer Neuausrichtung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im europäischen Kontext. ■

Johann Frank und Walter Matyas (Hg.)
Strategie und Sicherheit 2013
Chancen und Grenzen europäischer militärischer Integration
Böhlau Wien-Köln-Weimar 2013
640 S., Taschenbuch
60,70 Euro
ISBN 3-205-79467-2

Der Link auf die Detailseite von thalia.at, wo Sie dieses Buch gleich online bestellen können:
<http://partners.webmasterplan.com/click.asp?ref=682206&site=9139&type=text&tnb=1&pid=9783205794677>

Bundesheer entsendet Experten zur Friedenssicherung nach Ghana

Das Österreichische Bundesheer unterstützt das Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre durch die Entsendung eines Offiziers nach Accra/Ghana für die Dauer von zwei Jahren. „Mit Major Ortwin Gammer leistet das Österreichische Bundesheer einen Beitrag zu diesem Friedensprojekt. Die sicherheitspolitische Lage in Afrika hat direkte Auswirkungen auf Europa. Daher ist es auch für Österreich von Interesse, solche Initiativen zu unterstützen, um den Menschen vor Ort eine friedliche Koexistenz zu ermöglichen“, sagte Verteidigungsminister Gerald Klug.

„Mit der Entsendung von Major Gammer können wir unsere Expertise aus den Friedenseinsätzen des Bundesheeres weitergeben“, ergänzt Klug. Als Kursdirektor ist Major Gammer für die Durchführung von Kursen zum Ausbildungsthema „zivil-militärische Zusammenarbeit“ verantwortlich. Wei-

ters obliegt ihm der Kooperationsausbau mit der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) sowie mit westafrikanischen Armeen. Der 40-jährige Offizier war davor bereits in Afghanistan, im Tschad sowie im Kongo stationiert.

Das Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre in Ghana wurde 2003 vom damaligen UNO-Generalsekretär und vom ghanaischen Verteidigungsministerium gegründet. Ziel sind die politische Stabilität und Konfliktprävention in Westafrika. Bislang hat das Trainingszentrum über 9.000 Soldaten, Polizisten und Zivilisten aus mehr als 80 Ländern für Friedensoperationen ausgebildet. Unterstützt wird das Training Centre unter anderem vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. ■

Antrittstour

Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher war auf Antrittsbesuch in Wien.

Die Antrittstour von Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher in Wien hat am frühen Abend des 26. Jänner mit einem informellen Treffen mit Außenminister Sebastian Kurz begonnen. Für Kompatscher stand die Information von Kurz über aktuelle Entwicklungen in Südtirol im Vordergrund, vom Minister gab es ein klares Bekenntnis zur Schutzfunktion Österreichs.

Das Treffen zwischen Kompatscher und Kurz diente zum gegenseitigen Kennenlernen, gleichzeitig wurde die Gelegenheit aber auch genutzt, um sich über die aktuellen Entwicklungen im Dreieck Wien-Bozen-Rom auf den neuesten Stand zu bringen. Landeshauptmann Kompatscher informierte den Minister über die politische Lage in Südtirol und jene in Italien, gab Kurz aber auch einen Überblick über jene Schritte, die in den kommenden Wochen gesetzt werden sollen, um die Südtirol-Autonomie weiter auszubauen und den Grad an Eigenständigkeit des Landes weiter zu erhöhen.

Kompatscher ersuchte den Außenminister zudem, Österreich möge weiter erster Ansprechpartner Südtirols bleiben, von Kurz gab es darauf ein klares Bekenntnis zur Schutzfunktion: Schon als Staatssekretär habe er eine enge Verbindung zu Südtirol gepflegt, das für ihn ein emotionales Thema sei, so Kurz. Und diese gute Zusammenarbeit wolle er auch in seiner neuen Funktion fortsetzen. Mit entsprechend großem Interesse verfolgte Kurz demnach auch die Ausführungen Kompatschers zu den anstehenden Herausforderungen.

Kurz: Erfolgreiches Südtirol als Modell für europäische Regionen

„Österreich ist und bleibt ein verlässlicher Partner für Südtirol“, betonte Kurz. „Zwischen Österreich und Südtirol gibt es eine enge Abstimmung in vielen aktuellen Fragen wie etwa der wachsenden Bedeutung des Alpenraumes. Gerade die für den alpinen Raum wichtigen grenzüberschreitenden Fragen Umwelt- und Naturschutz, Verkehrspolitik und wirtschaftliche Entwicklung benötigen auch erhöhte Aufmerksamkeit auf EU-Ebene, was wir durch die Schaffung einer EU-Alpenraumstrategie erreichen möchten“, führte der Minister aus, der auch auf die enge Zusammenarbeit Tirols mit Südtirol im Rahmen der Europaregion „Tirol – Südtirol



Fotos: BMeiA / Minoritenplatz 8 / Dragan Tatic

Landeshauptmann Arno Kompatscher (.l) und Außenminister Sebastian Kurz

– Trentino“ hinwies, die im Rahmen der zukünftigen EU-Alpenraumstrategie stärker eingebunden und somit auf EU-Ebene sichtbarer werden könnte.

Diskutiert wurden auch Fragen in Zusammenhang mit der Entwicklung der Autonomie in Südtirol. „Die Südtirol-Autonomie muß laufend angepaßt und weiterentwickelt werden, ich sehe dieses Thema als dynamischen Prozeß. In vielen Fragen hat es in den letzten Jahren positive Entwicklungen gegeben. Vor kurzem ist es im Zuge der Verabschiedung des italienischen Stabilitätsgesetzes gelungen, erstmals eine primäre Zuständigkeit Südtirols für Lokalsteuern zu verankern. Dies ermöglicht der Südtiroler Landesregierung, die Wirtschaft weiter zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern“, erläuterte Kurz.

Intensiven Austausch gab es auch zur kürzlich erfolgten Regierungsbildung in Südtirol und zu den politischen und wirtschaftlichen Plänen des neuen Landeshauptmannes. „Südtirol ist eine der führenden Regionen Europas. Wirtschaftsleistung, Infrastruktur und der Lebensstandard der Bevölkerung haben einen beeindruckenden Aufwärtstrend geschafft. Ich habe Landeshauptmann Kompatscher ermutigt, eine Vorzeigefunktion in Europa zu übernehmen. Nicht nur die Autonomie kann als Musterbeispiel für die Lösung von Minderheitenkonflikten dienen, auch der wirtschaftliche Erfolgsweg

kann Modell für viele Regionen Europas sein“, so Kurz abschließend.

Faymann: Südtirol hat gute Argumente, die wir unterstützen

„Südtirol hat gute und richtige Argumente, wenn es um den Schutz der Autonomie geht, und diese werden wir weiterhin unterstützen.“ Von Bundeskanzler Werner Faymann gab es beim Besuch von Landeshauptmann Arno Kompatscher am 27. Jänner Rückendeckung für die anstehenden politischen Verhandlungen in Rom.

„Danke, daß Ihr Besuch Sie zu uns führt und daß wir ein erstes gemeinsames Gespräch in guter Atmosphäre führen konnten“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Arbeitsgespräch mit dem Südtiroler Landeshauptmann im Kongreßsaal des Bundeskanzleramtes und gratulierte ihm zu seiner kürzlich erfolgten Wahl. „Es ist keine Überraschung, daß Österreich und Südtirol in freundschaftlicher Verbundenheit miteinander reden. Neben der Geschichte und der politisch engen Zusammenarbeit haben wir auch wirtschaftlich sehr viel gemeinsam“, verwies Faymann auf die jeweils hohen Beschäftigungszahlen, die Stärke der jeweiligen Wirtschaftsstandorte, auf Ähnlichkeiten bei den Strukturen im Industriesektor, etwa gemessen an den vielen kleinen und mittleren Betrieben sowie auf die gemeinsamen Infrastrukturprojekte.

Österreich, Europa und die Welt

„Wir haben Südtirol immer bei der Erhaltung seiner Rechte unterstützt und dies auch bei Gesprächen mit der italienischen Staatspitze geäußert. Südtirol leistet durch seine wirtschaftliche Stärke in Italien einen wertvollen Beitrag in dieser schwierigen Zeit. Ich bin daher optimistisch für die bevorstehenden Gespräche des Herrn Landeshauptmanns mit der Regierung in Rom“, antwortete Faymann auf Nachfrage hinsichtlich der Autonomie Südtirols.

Zur Sprache kamen auch die in Rom anstehenden Verhandlungen zur Reform des Wahlgesetzes, zur Reform der Verfassung, aber auch zum Beitrag, den Südtirol zur Sanierung des Staatshaushalts leisten muß. „Die Zusammenarbeit war auch in den letzten 25 Jahren sehr gut und eng. Ich glaube, daß das der Herr Landeshauptmann in seiner neuen Funktion auch weiterführen wird. Die gemeinsame Politik in der Alpenregion in Richtung Investition und Wachstum sowie der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist etwas, das Südtirol und Österreich verbindet. Ich bin überzeugt, daß wir die bevorstehenden Aufgaben gemeinsam bewältigen werden“, zeigte sich der Bundeskanzler zuversichtlich und wünschte Landeshauptmann Kompatscher alles Gute für die Ausübung seines Amtes.

Kompatscher verwies indes auf die engen Kontakte, die man zu Innsbruck und Wien pflege. Daß die ersten Antrittsbesuche in diese beiden Städte geführt hätten, sei kein Zufall: „Es ist ein Zeichen der Verbundenheit mit dem Bundesland Tirol sowie der Republik Österreich, die aufgrund bilateraler Abkommen mit Italien die Schutzfunktion für Südtirol innehat“, so Kompatscher, der sich darüber erfreut gezeigt hat, „mit welcher Herzlichkeit ich hier aufgenommen worden bin.“

Faymann gab sich überzeugt, daß die Zusammenarbeit mit dem „Neuen“ ebenso eng sein würde, wie mit Altlandeshauptmann Luis Durnwalder. „Jede Zeit bringt ihre Aufgaben, die heute vor allem eine gemeinsame Politik in Europa und im Alpenraum, aber auch eine Politik in Richtung Wachstum und Beschäftigung sind“, so Faymann. „Ich bin sicher, der neue Landeshauptmann wird darauf zeitgemäße Antworten finden.“

Besuch beim Staatsoberhaupt

Von der Zusammenarbeit in der Euregio über die Beschäftigungslage bis hin zu Doppelpaß und Bürgerbeteiligung reichte die Palette der Themen, die Südtirols Landeshauptmann anschließend mit Bundespräsident



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) empfängt den Landeshauptmann von Südtirol, Arno Kompatscher, zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt.

Heinz Fischer in der Wiener Hofburg besprochen hat. Beim Treffen dabei war auch der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter.

Mit ihrem gemeinsamen Besuch bei Bundespräsident Fischer wollten die beiden Landeshauptleute heute ein Zeichen setzen: „Der europäische Weg ist jener, der für Südtirol vorgezeichnet ist“, so Kompatscher, „und auf diesem Weg hin zu einer immer weiter fortschreitenden europäischen Einigung bietet uns die Euregio große Chancen.“ Gemeinsam mit seinem Amtskollegen Platter erläuterte Kompatscher dem Bundespräsidenten die konkreten Schritte hin zu einem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Das Ziel der Euregio und ihres institutionellen Arms, des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit (EVTZ), sei in jedem Fall, die Zusammenarbeit für die Bürger spürbarer zu machen.

Der Bundespräsident unterstrich, daß man die Tradition der gegenseitigen Information zwischen Bozen und Wien aufrechterhalten wolle: Österreich verfolge die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Südtirol mit wachsamen Augen, so Fischer. Eine Aussage, die Landeshauptmann Kompatscher nach dem Treffen bestätigen konnte: „Bundespräsident Fischer ist überaus gut über die Entwicklungen in unserem Land informiert und hat sich über sehr viele Bereiche eingehend erkundigt.“ Interessiert habe ihn etwa die Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung, aber auch die politische Lage in Bozen und Rom. Bei dieser Gelegenheit äußerte Kompatscher seine Besorgnis aufgrund der zunehmend zentralistischen Tendenzen in Rom, die auch in der Diskussion rund um die Verfassungsreform zutage treten würden.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer (l.) empfängt Arno Kompatscher (r.) und Tirols Landeshauptmann Günther Platter in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Harald Minich



Im Parlament – linke Bildhälfte: Österreichische Delegation mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer – rechte Bildhälfte: Südtiroler Delegation mit dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher im Hohen Haus am Ring

Zur Sprache kam zudem die Frage der Bürgerbeteiligung und das anstehende Referendum zur Direkten Demokratie. Und auch eine mögliche Doppelstaatsbürgerschaft der Südtiroler wurde heute angesprochen. Auch in dieser Frage, so war man sich einig, wollte man im Gespräch bleiben.

Besuch im Hohen Haus am Ring

Südtirols Dankbarkeit Österreich gegenüber hat Landeshauptmann Arno Kompatscher im österreichischen Nationalrat unterstrichen: „Wir haben Österreich viel zu verdanken, dies sollte an dieser Stelle klar und deutlich betont werden“, so Kompatscher bei seinem Antrittsbesuch bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und den parlamentarischen Vertretern aller Parteien.

Prammer machte klar, daß die besondere Rolle, die Österreich für Südtirol spiele, allen bewußt sei. Auch deshalb gebe es im Parlament in Wien einen eigenen Unterausschuß, der sich mit Südtirol und dessen Entwicklung befasse. Und nicht zuletzt deshalb waren beim Antrittsbesuch Kompatschers im Nationalrat auch die Vertreter aller Parteien zugegen, um sich über die neuesten Entwicklungen in und um Südtirol informieren zu lassen. „Ich habe bei dieser Gelegenheit unterstrichen, daß in Italien ein verstärkter Trend hin zu mehr Zentralismus spürbar sei, wir aber weiter den Weg eines Ausbaus der Autonomie beschreiten wollen, auf dem wir mehr Eigenständigkeit für unser Land erreichen wollen“, so der Landeshauptmann.

Besonderes Interesse zeigten die Vertreter des Nationalrats auch an der wirtschaftlichen Entwicklung Südtirols und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf

Unternehmen und Arbeitsmarkt. „Es ist klar, daß die Krise auch an uns nicht spurlos vorüber gegangen ist und einige Unternehmen mit deren Folgen zu kämpfen haben“, so Kompatscher. „Gleichzeitig zeigen uns die Daten aber auch, daß wir vergleichsweise gut dastehen und sich unser ganzes Wirtschaftssystem auch in der Krise bewährt hat“, betonte der Landeshauptmann, der der Parlamentsspitze in diesem Zusammenhang auch die Zielrichtung der Landesregierung hin zu Entlastungen von Familien und Unternehmen vorgestellt hat.

Auf den Tisch kam auch das Thema einer Makroregion Alpen, die neue Perspektiven einer Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg eröffne. „Die Zusammenarbeit im europäischen Geist hat uns stets weiter-

gebracht und die Grenzen in all den Jahren weniger spürbar gemacht“, Kompatscher.

Im Landwirtschafts- und Umweltministerium

Arno Kompatscher war am 28. Jänner auch zu Gast bei Landwirtschafts- und Umweltminister Andrä Rupprechter. Im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs stand das Thema Europa. „Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ist ein Vorbild für die regionale Zusammenarbeit in der Europäischen Union“, betonte Rupprechter. Die beiden wollen die Achse Südtirol und Österreich in Europa stärken.

Begleitet wurde Kompatscher vom Tiroler Landeshauptmann Günter Platter. Der Minister sicherte den Landeshauptleuten seine Unterstützung beim Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention zu, denn ein Zusatz Italiens könnte ein Schlupfloch für den Bau neuer Transitschneisen durch die Alpen eröffnen. Österreich setzt auf den Dialog mit Italien. Für den Fall, daß es keine Einigung gibt, wird ein offizieller Einspruch gegen den italienischen Zusatz – in Abstimmung mit Deutschland – vorbereitet.

Die ländliche Entwicklung war ein weiteres Thema des Treffens. Kompatscher und Rupprechter wollen Allianzen suchen, um die Interessen der Berglandwirtschaft zu wahren. Die Makroregionale Strategie für den Alpenraum, die derzeit vorbereitet wird, werden beide als Chance, in Brüssel besser gehört zu werden. Rupprechter: „Die Bauern in den alpinen Gebieten brauchen besondere Unterstützung. Gemeinsam können wir ihre Anliegen wesentlich besser vertreten.“ ■

Foto: BMLFUW / Bernhard Kern



Umwelt- und Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (2.v.r.) traf sich mit LH Günther Platter (2.v.l.) und dem Südtiroler LH Arno Kompatscher (r.) sowie Nationalratspräsident a.D. Andreas Kohl (l.) zu einem Arbeitsgespräch.

Österreich übernimmt ZEI-Vorsitz

Die Zentraleuropäischen Initiative soll sichtbarer gemacht werden...

Fotos: BMeIA / Minoritenplatz 8 / Mahmoud



Die TeilnehmerInnen an der Konferenz der Zentraleuropäischen Initiative, die in der vorletzten Jännerwoche in Wien stattfand.

Österreich führt seit Jänner 2014 für ein Jahr den Vorsitz in der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI). Das Motto des österreichischen Vorsitzes ist, „Die ZEI als Brücke zwischen europäischen (Makro)Regionen/Synergien mit anderen internationalen Organisationen“. Dazu fand am 24. Jänner in Wien das erste Treffen der Nationalen ZEI-KoordinatorInnen, welches vom Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Michael Linhart, eröffnet wurde, statt. Unter den TeilnehmerInnen einer hochkarätigen Konferenz mit VertreterInnen regionaler und internationaler Organisationen befanden sich auch der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn und der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Wilhelm Molterer.

Österreich verfolgt während seines diesjährigen Vorsitzes das Ziel, die ZEI sichtbarer zu machen und durch Vernetzungen mit anderen, in den ZEI-Mitgliedsstaaten tätigen Organisationen Aktivitäten zu bündeln, Synergien zu schaffen und Projektüberlappungen zu verhindern. Besonderes Augenmerk wird darüber hinaus dem EU-Annäherungsprozess der Westbalkanstaaten geschenkt bzw. der Unterstützung aller Nicht EU-ZEI Mitglieder zur Erreichung europäischer Standards.

Das neue ZEI-Dreijahresprogramm mit den Prioritäten auf Weiterentwicklung einer Bildungsgesellschaft, nachhaltiger Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit trägt gerade diesen europäischen Standards Rechnung.

Die ZEI begeht während des österreichischen Vorsitzes ihr 25. Gründungsjahr. Die 1989 von Österreich (neutral), Italien (NATO), Jugoslawien (blockfrei) und Ungarn (Warschauer Pakt) gegründete Organisation

umfasst mittlerweile 18 Staaten, wovon bereits zehn EU-Mitglieder sind. In diesem geänderten Umfeld hat sich die ZEI in den letzten Jahren neben ihrem multilateralen politischen Ansatz auch zu einer verlässlichen Implementierungsorganisation für EU Projekte entwickelt.

Im Dezember 2011 erhielt die ZEI unter ihrem damaligen österreichischen Generalsekretär den Beobachterstatus bei der UNO-Generalversammlung. „Wir wollen gerade mit der angestrebten Vernetzung mit anderen regionalen und internationalen Organisationen der ZEI eine sichtbarere Gestalt verleihen, aber durch die heutige Veranstaltung auch die Bedeutung Wiens als Sitz internationaler Organisationen und Ort der Begegnung unterstreichen“, so Linhart bei der Eröffnung.

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten ist als höchster Beamter des Außenministeriums für die zusammenfassende Behandlung aller Agenden des Ministeriums – sowohl in politischen als auch in organisatorischen Fragen – verantwortlich. Aufgrund seiner Funktion ist er auch Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, also dem Gremium, das die Bundesregierung in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik berät. ■



Österreichs Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Michael Linhart

Höchste französische Auszeichnung für B. Prammer

Premierminister Ayrault überreicht NR-Präsidentin Orden der Ehrenlegion – Französische Abgeordnete auf Besuch im Hohen Haus



Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Franz Hartl

Der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault (r.) und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (m.)

Mit der Aufnahme in die „Légion d'Honneur“ wurde Barbara Prammer nun eine der höchsten Auszeichnungen des französischen Staates zuteil. Premierminister Jean-Marc Ayrault überreichte der Nationalratspräsidentin am Abend des 17. Jänner in einer feierlichen Zeremonie in der französischen Botschaft die Insignien des Kommandeurs der Ehrenlegion und würdigte damit das Engagement Prammers für Chancengleichheit, die Rechte der Frauen und für die Durchsetzung demokratischer Werte.

Ayrault würdigt Prammers Engagement für die Rechte der Frauen

In seiner Laudatio bezeichnete Ayrault Barbara Prammer als außergewöhnliche politische Persönlichkeit und große Demokratin, die in all ihren beruflichen Tätigkeiten und Funktionen von dem Grundsatz ausgegangen sei, daß es kein gesellschaftliches Miteinander ohne Politik geben kann. Die österreichische Nationalratspräsidentin sei gerade in einer Phase, in der die Sirenen gesänge des Populismus in Europa ertönen,

ein herausragendes Beispiel dafür, was das Besondere des politischen Engagements ausmacht. Ayrault erinnerte in diesem Zusammenhang an Prammers Einsatz im Kampf gegen die Diskriminierung der Frauen und für die Gleichstellung der Geschlechter und meinte, ihr sei es zu verdanken, daß die gläserne Decke, an die Frauen im Berufsleben oft stoßen, nun durchlässiger geworden ist.

Prammer: Frankreich ist das Mutterland von Menschenrechten, Demokratie und Solidarität

Sie fühle sich außerordentlich geehrt, zumal der Orden die für sie wichtigsten Werte – Menschen- und Frauenrechte, Demokratie und Solidarität – verkörpere, meinte Prammer in ihren Dankesworten und erinnerte auch an ihre persönlichen und beruflichen Beziehungen zu Frankreich, das sie als Mutterland dieser politischen Ideale bezeichnete. Prammer sprach ihre durch den französischen Großvater ihrer Cousine entstandene familiäre Bindung zu Paris und Frankreich an und hob überdies auch ihr

gutes Einvernehmen mit ihrem französischen Amtskollegen Claude Bartolone, dem Präsidenten der Nationalversammlung, hervor. Beruflichen Bezug zu Frankreich habe sie aber auch durch ihre Tätigkeit im Nationalfonds und Entschädigungsfonds für die Opfer des Nationalsozialismus, die sie immer auch mit österreichischen Überlebenden, die heute in Frankreich leben oder dort Opfer der NS-Besatzer wurden, in Verbindung bringe. Die Ehrung sah Prammer überdies auch als Motivation, die Beziehungen und Verbindungen zu Frankreich, und gerade auch zum französischen Parlament weiter zu intensivieren.

Die Ehrenlegion ist ein Verdienstorden, der 1802 unter dem damaligen Ersten Konsul Napoleon Bonaparte von der Nationalversammlung gestiftet wurde und herausragende militärische und zivile Leistungen, ausgezeichnete Talente und große Tugenden belohnt. Mit dem Rang eines Kommandeurs wurden in den letzten Jahren u.a. die Politiker Wladyslaw Bartoszewski und Klaus Wowereit, aber auch Kulturschaffende wie

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Franz Hartl



Nach der Auszeichnung: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Premierminister Jean-Marc Ayrault

Charles Aznavour und Daniel Barenboim ausgezeichnet.

Österreichisch-französische Gespräche unter Freunden

Der schwierige Kampf gegen die Auswirkungen der Krise stand heute im Mittelpunkt eines Treffens einer französischen ParlamentarierInnendelegation mit MandatarInnen aus dem Kreis des Außenpolitischen Ausschusses unter Leitung des Abgeordneten Josef Cap (SPÖ). Die Gespräche, die von den guten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Parlamenten beider Staaten geprägt waren, boten beiden Seiten die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten zu unterstreichen, aber auch auf mitunter unterschiedliche Zugänge zu einzelnen Politikbereichen hinzuweisen.

Die französischen Gäste zeigten sich vor allem beeindruckt von den guten wirtschaftlichen Eckdaten Österreichs und der im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosigkeit und hoben insbesondere den sozialpartnerschaftlichen Dialog als Vorbild auch für Frankreich hervor. Erschwert werde die Suche nach einem Konsens zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen allerdings, wie der Leiter der Delegation, Abgeordneter Robert del Picchia, bemerkte, durch den Umstand, daß es in Frankreich nicht einen zentralen Gewerkschaftsbund, sondern mehrere, ideologisch unterschiedlich ausgerichtete Gewerkschaften gibt. FPÖ-Abgeordneter Johannes Hübner erklärte die hierzulande niedrige Jugendarbeitslosigkeit auch durch die niedrige Geburtenrate, während Christoph Vavrik von den NEOS seine französischen KollegInnen auf

die in Österreich verbreitete Praxis von Frühpensionierungen und Schulungen hinwies.

Auf großes Interesse seitens der österreichischen Abgeordneten stießen die von Präsident Hollande angekündigten Justierungen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik Frankreichs. Wolfgang Gerstl (ÖVP) begrüßte die in Aussicht gestellten Steuererleichterungen ausdrücklich und meinte, nur wenn von den Unternehmen Arbeitsplätze geschaffen wer-

den, könne es zu einer Ankurbelung der Wirtschaft kommen. In der Frage einer Finanztransaktionssteuer, die von den Abgeordneten Christine Muttonen (SPÖ) und Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne) angesprochen wurde, traten die französischen Gäste für eine gesamteuropäische Lösung ein, um der Gefahr der Abwanderung von Banken vorzubeugen. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Premierminister-Gattin besucht Haus der Barmherzigkeit

Foto: Haus der Barmherzigkeit/APA-Fotoservice/Hörmandinger



Brigitte Ayrault (rechts) wurde von Pamela Rendi-Wagner, Sektionschefin im Bundesministerium für Gesundheit (links), und Tanzschulleiter Thomas Schäfer-Elmayer begleitet (ganz rechts).

Im Rahmen des zweitägigen Arbeitsbesuches von Frankreichs Premierminister Jean-Marc Ayrault besuchte dessen Gattin, Brigitte Ayrault, auch das Haus der Barmherzigkeit in der Wiener Tokiostraße. Nach einer offiziellen Begrüßung nahm sie am Demenz-Tanzcafé teil, einer innovativen Therapieform, die das Haus der Barmherzigkeit als eine der ersten heimischen Einrichtungen mit großem Erfolg anbietet. Bereits im Vorfeld hatte es Brigitte Ayraults besonderes Interesse geweckt, da sie sich selbst als Botschafterin des Projekts „Monalisa“ aktiv für die Belange älterer Menschen einsetzt.

„Wir arbeiten ständig an der Weiterentwicklung unseres Pflege- und Therapieangebots und engagieren uns insbesondere auch dafür innovative Konzepte in die Betreuung unserer pflegebedürftigen Bewohner zu integrieren. Wir freuen uns daher besonders, Brigitte Ayrault bei uns begrüßen und ihr beispielhaft das therapeutische Demenz-Tanzcafé vorzustellen zu können“, erklärt Prim. Athe Grafinger, Ärztliche Leiterin des HB Tokiostraße.

Aufmerksam auf das Demenz-Tanzcafé wurde Brigitte Ayrault übrigens durch Tanzschulleiter Thomas Schäfer-Elmayer, der dieses Therapieangebot unterstützt.

Mit dem therapeutischen Demenz-Tanzcafé können insbesondere Personen erreicht werden, die klassische Therapieangebote ablehnen. Bei DemenzpatientInnen erlaubt diese Bewegungsform ein Aktivieren des Körpergedächtnisses, hellt ihre Stimmung auf und kann zur Steigerung der kognitiven Leistungen beitragen. Grundvoraussetzung für den Tanz als Therapieform ist das Herstellen des richtigen „Settings“: Durch biografisch relevante Musik und feierliche Kleidung und Dekoration wird eine festliche Kaffeehaus-Atmosphäre geschaffen. Diese Umgebung ruft verloren gegangene Erinnerungen wach und ermöglicht den TeilnehmerInnen eine bessere emotionale Beteiligung. Seit vergangenem Jahr wird das Demenz-Tanzcafé einmal monatlich von einem Tanzpaar der Tanzschule Elmayer unterstützt, das zusätzlichen Glanz in die Veranstaltung bringen soll. ■

<http://www.hausderbarmherzigkeit.at>

EU für Österreichs Jugend komplex, aber wichtig

72 Prozent sehen sich als EU-Bürger – 74 Prozent von EU-Mitgliedschaft überzeugt – größte Skepsis an Berufsschulen

Die EU wird unter Jugendlichen vor allem als „kompliziert“ aber auch als „fern“ wahrgenommen, gleichzeitig als „sozial“ und „wichtig“ eingestuft – auch für das eigene Leben. Signifikant sind dabei die Unterschiede zwischen den verschiedenen Schultypen. Dies zeigt die diesjährige österreichweite Umfrage, die die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im Rahmen der Wanderausstellung „Die EU und DU“ bereits zum fünften Mal in Schulen (in der Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren) durchgeführt hat.

72 % der 1047 befragten Jugendlichen fühlen sich als EU-Bürgerin oder -Bürger (nur 8 % stimmen dem gar nicht zu.) In Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) sind es sogar 84 %, in Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) 80 %, in Berufsschulen dagegen nur 63 %.

Die befragten SchülerInnen sind mehrheitlich von der EU-Mitgliedschaft Österreichs überzeugt: 74 % verneinen die Aussage, daß es besser für ihre Zukunft wäre, wäre Österreich nicht EU-Mitglied. 23 % stimmen zu – in BHS nur 13 %, in Berufsschulen jedoch 33 %. Für die Politische Bildung an den Schulen besteht also Potential, auf die unterschiedliche EU-Wahrnehmung zwischen den Schultypen gezielt zu reagieren.

Insgesamt positive EU-Wahrnehmung

Wagen die Jugendlichen auch den Blick über die Grenzen? Insgesamt 63 % der Befragten zeigen Interesse daran, wie die Jugend in anderen EU-Ländern lebt, lernt und arbeitet. BHS-SchülerInnen sind mit 78 % überdurchschnittlich interessiert. In den AHS sinkt der Wert auf 63 % und in den Berufsschulen auf 58 %.

Konfrontiert mit vorgegebenen Gegensatzpaaren wirkt die EU auf knapp drei Viertel der Befragten „kompliziert“, wird jedoch auch von mehr als zwei Drittel als eher „wichtig“ und „sozial“ bezeichnet. Jeweils mehr als 60 % assoziieren die EU außerdem mit „Freiheit“ (anstatt „Zwang“: 20 %) und entscheiden sich tendenziell für „modern“, „nötig“, „einflussreich“ und „solidarisch“. Die Werte „stark“, „sicher“ und



Foto: ÖGfE

Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGfE bei einer der Veranstaltungen anlässlich der Wanderausstellung »Die EU und DU«

„jung“ bewegen sich zwischen 50 und 60 %, „schwach“, „unsicher“ und „alt“ zwischen 25 und 32 %. Gleichzeitig empfindet die Hälfte der jungen Erwachsenen die EU als eher „fern“ und „fremd“ („nahe“ und „vertraut“: jeweils 32 %).

Große Unterschiede zwischen Schultypen – BHS top

Bei der Betrachtung nach Schultypen zeigt sich eine überdurchschnittlich positive EU-Wahrnehmung der Gruppe der BHS. Über 80 % bezeichnen die EU als eher „wichtig“, „solidarisch“, „nötig“ und „sozial“, wenn auch „kompliziert“. Im Vergleich zur Grundgesamtheit empfindet eine größere Anzahl der BHS-Schülerinnen und Schüler die EU auch als „interessant“ (66 zu 48 %) und stuft sie als „offen“ (60 %) ein. Die Werte für „fremd“ (59 %) und „fern“ (64 %) liegen jedoch ebenfalls über dem Gesamtergebnis.

AHS: EU jung und modern

In etwas abgeschwächter Form gilt dieses Profil auch für Befragte aus AHS, wobei die EU hier am öftesten als „jung“ (zwei Drittel) und „modern“ (78 %) wahrgenommen wird.

Im Vergleich zur BHS finden AHS-SchülerInnen die EU aber weniger „interessant“ (56 versus 66 %).

Berufsschulen: diffuses Bild der EU

In der Wahrnehmung der befragten BerufsschülerInnen ist die EU ebenfalls „kompliziert“ (62 %), aber nur noch für 51 % „sozial“ und für durchschnittlich 48 % „wichtig“, „modern“ und mit „Freiheit“ verbunden. Zwischen Gegensätzen wie solidarisch-unsolidarisch, offen-verschlossen oder interessant-langweilig wurden keine eindeutigen Entscheidungen getroffen. Insgesamt ist das Stimmungsbild diffuser und kritischer.

Bei den Assoziationen zur EU enthielten sich die Befragten in den Berufsschulen rund drei- bis viermal öfter als in den anderen Schultypen. Der Anteil derer, die die EU nicht genau einordnen können oder wollen, ist relativ gesehen hoch. Mit verstärkter Informationsarbeit könnte daher den SchülerInnen insbesondere an den Berufsschulen eine bessere Orientierungshilfe im Hinblick auf europäische Entwicklungen gegeben werden. ■

<http://www.oegfe.at>

<http://www.die-eu-und-du.at>

Änderungen bei Europawahlordnung

Nationalrat senkt Vorzugsstimmen-Hürde auf 5 Prozent

Rechtzeitig vor den Wahl zum Europäischen Parlament hat der Nationalrat am 29. Jänner noch einige Bestimmungen der Europawahlordnung geändert. Mehrheitlich stimmten die Abgeordneten für eine Senkung der Vorzugsstimmen-Hürde und Erleichterungen bei der Briefwahl. Die Opposition ist allerdings gespalten, nur das Team Stronach und die NEOS votierten neben den Koalitionsparteien für das Gesetz. Angenommen wurde auch ein Abänderungsantrag der Regierungsparteien, wodurch Formalfehler beseitigt und die in der Europawahlordnung angeführte Anzahl der Regionalwahlkreise richtig gestellt wurde.

Laut Gesetzesbeschluß werden KandidatInnen künftig bereits dann vorgereicht, wenn sie 5 Prozent der auf ihre Partei entfallenden Stimmen als Vorzugsstimmen erhalten. Derzeit ist die Hürde mit 7 Prozent festgelegt. Neu ist außerdem, daß Wahlkarten am Wahlsonntag in jedem beliebigen Wahllokal bzw. in jeder beliebigen Bezirkswahlbehörde abgegeben werden können. Die Überbringung muß nicht persönlich, sondern kann auch durch eine andere Person erfolgen.

SPÖ und ÖVP sehen in der Gesetzesnovelle einen weiteren wichtigen Schritt zur Personalisierung des Wahlrechts. So sprach Abgeordneter Peter Wittmann (SPÖ) von einer guten Errungenschaft und Dienstleistung für die BürgerInnen, die ihr Wahlrecht ausüben wollen. Besonders positiv sei auch, dass so das vorläufige Vorzugsstimmenergebnis bereits wenige Tage nach dem Wahltag bekannt gegeben werden könne. Sein Fraktionskollege Josef Cap (SPÖ) sah in den Änderungen der Europawahlordnung einen Weg in die richtige Richtung. Man müsse aber noch etwas dafür tun, damit die Möglichkeit der Vorzugsstimmenabgabe vermehrt angenommen wird.

„Unser gemeinsames Haus Europa ist noch nicht fertig“, mahnte Abgeordneter Nikolaus Berlakovich (ÖVP) und argumentierte die Notwendigkeit einer Änderung der Europawahlordnung etwa mit der wachsenden Bedeutung des EU-Parlaments. Es handle sich um eine Attraktivierung der Vorzugsstimmenabgabe. Die Europäische Union

sei ein Friedensprojekt, hielt Berlakovich fest und nutzte wie seine Fraktionskollegin Michaela Steinacker (ÖVP) vor diesem Hintergrund die Gelegenheit, einen Aufruf zur Wahlbeteiligung bei den Europawahlen am 25. Mai zu starten.

FPÖ und Grüne machten für ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs unterschiedliche Gründe geltend. So begrüßte FPÖ-Abgeordneter Harald Stefan zwar die neue Vorzugsstimmenregelung, er sprach sich mit Hinweis auf die generelle Skepsis seiner Partei gegen die Briefwahl jedoch dagegen aus, diese weiter zu erleichtern. Die Briefwahl entspreche nicht den Grundsätzen des Wahlrechts, meinte Stefan und äußerte seine Bedenken, ob damit Prinzipien wie die freie, persönliche und unbeeinflusste Stimmenabgabe vereinbar sind. Stefan schlug im Na-

men der FPÖ vor, die Briefwahl als solche auf ein Minimum zurückzufahren und andere Wege für eine größtmögliche Wahlbeteiligung zu finden.

Grünen-Abgeordnete Daniela Musiol wünscht sich bei der Neuregelung der Vorzugsstimmen mehr als eine Senkung der Hürde. Diese sei eine Themenverfehlung und zu kurzfristig. Die Kernfrage sei, welche Auswirkungen Vorzugsstimmensysteme für die Zusammensetzung der Parlamente in bezug auf Frauen haben, meinte sie und gab zu bedenken, daß geltende Systeme dazu führen, daß der Anteil an Frauen im Parlament sinke. Diskussionen über Demokratie und Wahlrechtsordnung müssen stets dem Gleichheitsgrundsatz entsprechen, gab die Mandatarin zu bedenken. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreichische Parlamentarier in wichtigen Europaratsfunktionen

Die langjährige Leiterin der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Gisela Wurm, wurde in ihrer Funktion als Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bestätigt und auch zur Vorsitzenden des Ausschusses für Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Versammlung gewählt. Überaus erfolgreich verlief es in Straßburg auch für Wurms Delegationskollegen Stefan Schennach, der die Kür zum Vorsitzenden des Monitoring-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung für sich entschied.

Die SPÖ-Abgeordnete Gisela Wurm steht seit fünf Jahren an der Spitze der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung, wurde 2013 erstmals zur Vizepräsidentin der Versammlung gewählt und gehört dem Ausschuß für Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung seit vielen Jahren als Mitglied an. Erst im vorigen November hat die engagierte Parlamentarierin dort mit einem Bericht über Stalking auf sich aufmerksam gemacht.

Als Ausschußvorsitzende möchte sie gegen Diskriminierung in jeder Form eintreten.

Ein besonders Anliegen ist ihr der Kampf gegen alle Arten der Gewalt. Wurm hofft, daß die Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt („Istanbul Konvention“) noch während der österreichischen Präsidentschaft im Europarat in Kraft treten wird. Schon bald, am 4. und 5. März, wird im österreichischen Parlament eine Sitzung des parlamentarischen Netzwerkes „Women Free from Violence“ sowie des Ausschusses für Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung stattfinden, kündigt Wurm an.

Bundesrat Stefan Schennach (S)ÜÖ, der der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates seit 2011 angehört, wurde in Straßburg zum Vorsitzenden des Monitoring-Ausschusses der Versammlung gewählt. Dieser überprüft die Einhaltung jener Verpflichtungen, die neue Mitgliedsstaaten des Europarates mit ihrem Beitritt zu dieser Organisation eingegangen sind. Bisher leitete er den Unterausschuß Umwelt und Energie, weiterhin ist er Mitglied des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Gelebte Nachbarschaft

Oö. Grenzregionen profitieren vom gemeinsamen Europa Umfrage in oberösterreichischen grenznahen Gemeinden zeigt positive Entwicklung der Regionen



Foto: Land OÖ

OÖ. Wirtschafts- und Europa-Landesrat Michael Strugl (l.) und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österr. Gesellschaft für Europapolitik

Wie oft kommen Sie nach Bayern und warum? Wie haben sich die grenzüberschreitenden Beziehungen in den vergangenen Jahren entwickelt? Wo ergeben sich durch verstärkte Zusammenarbeit Verbesserungsmöglichkeiten? Zu diesen und noch vielen anderen Fragen hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) 500 BewohnerInnen grenznaher Gemeinden in den Bezirken Braunau, Ried, Rohrbach und Schärching befragt.

„Die Antworten zeigen, daß die Menschen in den Grenzbezirken auf oberösterreichischer Seite die Entwicklung in ihrem Umfeld positiv sehen“, sagt Wirtschafts- und Europa-Landesrat Michael Strugl. Erfreulich seien das rege Interesse an der Nachbarregion und der Wille zur Zusammenarbeit. „Die Menschen wissen um die Bedeutung des gemeinsamen Europa für die wirtschaftliche und persönliche Entwicklung und kennen auch Projekte, die mit Unterstützung der EU ermöglicht wurden“, so Strugl.

Die Beziehungen ins Nachbarland spielen sich stark auch auf einer persönlichen Ebene ab: Drei von zehn Befragten besuchen Freunde und Verwandte, wenn sie sich in der Nachbarregion aufhalten. „Hauptmotiv ist

aber das Einkaufen: Knapp 80 Prozent der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in grenznahen Gemeinden nützen ihren Aufenthalt in Bayern dafür“, so Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGfE. „Drei von vier Befragten sind mindestens einmal im Monat in der Nachbarregion anzutreffen. Ein wichtiger Faktor, der zeigt, daß die Regionen noch weiter zusammenwachsen“, betont Schmidt.

Tourismus, Wirtschaft, Kultur – OÖ hat sich durch Abbau der Grenzen positiv entwickelt

Seit 19 Jahren ist Oberösterreich in der EU und hat in dieser Zeit eine Phase der Internationalisierung durchlebt. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist ein Wettbewerbs-, Innovations-, Konjunktur- und Arbeitsplatzmotor für unser Bundesland. Auch mit Unterstützung aus EU-Fördertöpfen ist es gelungen, in punkto Wettbewerbsfähigkeit ins obere Mittelfeld aufzuschließen.

Vor allem von der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 hat Oberösterreich überdurchschnittlich stark profitiert und seine Chancen auf den neuen Märkten gut genutzt. Heute ist

OÖ mit einem Exportvolumen von 31,8 Milliarden Euro (Prognose für 2013) das führende Export-Bundesland dieser Republik. Jeder zweite Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt mit dem Export zusammen. Da wundert es nicht, daß im Vorjahr ein Beschäftigungsrekord in OÖ verzeichnet wurde: Knapp 620.000 Menschen waren durchschnittlich in Beschäftigung – deutlich mehr als vor dem EU-Beitritt. Seitdem sind rund 100.000 Beschäftigte dazugekommen, das ist ein Plus von mehr als 20 %.

So weit die Fakten. Daß die Europäische Union, die Nachbarschaft mit den Grenzregionen in Deutschland/Bayern, aber auch mit den jahrzehntelang abgeschnittenen Regionen wie Tschechien/Südböhmen, auch in den Köpfen der Menschen angekommen ist, zeigt die jüngste Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Oberösterreicher über Bayern gut informiert

Für die befragten BewohnerInnen der öö. Grenzbezirke Braunau, Ried, Rohrbach und Schärching ist das Verhältnis zu Bayern von Vertrautheit und regelmäßigen Kontakten geprägt: Vier von fünf Befragten fühlen sich gut über die Nachbarregion informiert – kein Wunder, halten sich mehr als drei Viertel von ihnen doch mindestens einmal pro Monat „drüben“ auf, mehr als ein Drittel sogar mindestens einmal wöchentlich. Hauptmotive dafür sind Einkaufen (79 %), der Besuch von Freunden & Verwandten (29 %) und Urlaub/Ausflüge (27 %). Deutlich abgeschlagen ist das Motiv „Arbeiten“ mit nur 7 %.

Insgesamt wird die Entwicklung der Beziehungen zur Nachbarregion in Bayern je nach Themenfeld unterschiedlich beurteilt: Positiv werden kultureller Austausch, Tourismus und das nachbarschaftliche Verhältnis allgemein bewertet, ebenso das Thema Arbeitsplätze. Überwiegend negativ wird die Entwicklung der Verkehrsbelastung gesehen, keine Veränderung der Entwicklung der Kriminalität attestiert.

Verkehr und Atomkraft könnten gutes Nachbarschaftsverhältnis trüben

Beim Verkehrsaufkommen aus Bayern sehen 27 % der Befragten einen (sehr) problematischen Einfluß auf das nachbarschaft-

Österreich, Europa und die Welt

liche Verhältnis, ebenso bei der Sicherheit der Atomkraftwerke auf bayerischer Seite (49 %).

Als weitgehend unproblematisch gelten jedoch Themen wie die Abwanderung oberösterreichischer Betriebe nach Bayern, Kriminalität aus Bayern oder der Zuzug bayerischer Arbeitskräfte in die Region.

Bekanntheit von EU-geförderten Projekten ausbaufähig

Vier von zehn befragten Oberösterreichern kennen in ihrer Region Projekte, die mit finanziellen Mitteln der EU gefördert wurden – 56 % allerdings kennen keine. Dabei wurden in der abgelaufenen Programmperiode 2007 bis 2013 allein aus den EU-Fördertöpfen, die explizit für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen sind, mehr als 160 Projekte unterstützt – von wirtschaftlichen Kooperationen über Tourismus bis hin zu Arbeitsmarkt und auch Verkehr. Insgesamt standen dafür in Oberösterreich rund zehn Millionen Euro zur Verfügung.

Positive Haltung gegenüber Euro und Abbau der Grenzkontrollen

Seit mehr als 15 Jahren sind die Grenzkontrollen zwischen Bayern und OÖ bereits Geschichte. Ihren Abbau halten acht von zehn Befragten im Rückblick für die richtige Entscheidung. Nicht ganz so eindeutig ist die Meinung zum Euro: Hier glauben zwei Drittel, daß der Euro die Regionen stärker zusammenwachsen hat lassen. Interessant ist hier der Vergleich zu einer ÖGfE-Umfrage im ö. Grenzgebiet zu Tschechien 2011: Dort glaubte die Hälfte der Befragten, daß eine gemeinsame Währung das Zusammenwachsen der Regionen fördern würde. Das könnte ein Indiz dafür sein, daß die Euro-Einführung im Nachhinein positiver beurteilt wird als sie zunächst vermutet wird.

Europaregion Donau-Moldau ist bekannt und kann Entwicklung positiv beeinflussen

Drei Länder, zwei Sprachen, eine Region: Die Europaregion Donau-Moldau, 2012 in Linz gegründet, ist ein Zusammenschluß von sieben Regionen (Oberösterreich, das niederösterreichische Most- und Waldviertel, die tschechischen Kreise Südböhmen, Pilsen und Vysocina, die Oberpfalz und Niederbayern mit Altötting) zur trilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Tourismus. Die Hälfte der Befragten kennt die Europaregion Donau-Moldau und es werden auch

große Erwartungen in die Kooperation gesetzt: Vor allem bei Kultur- und Tourismusangeboten sollen Verbesserungen eintreten. Skeptisch ist man, wenn es um die Chancen zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen geht: 57 % halten diese für (sehr) groß, 44 % für (sehr) gering.

Das Projekt „Gelebte Nachbarschaft in der Grenzregion Oberösterreich-Bayern“

wird von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik durchgeführt und vom Land Oberösterreich finanziell unterstützt.

Methodik: Befragt wurden im Sommer 2013 500 Personen in den grenznahen Bezirken Braunau, Ried, Rohrbach und Schärding in Form von telefonischen Interviews. Durchgeführt wurde die Umfrage vom Markt-Institut in Linz. ■

Russische Delegation überzeugt sich vom Wirtschaftsstandort NÖ

Die Nachfrage nach innovativen Materialien, Technologien, Anlagen und Maschinen aus Niederösterreich ist hoch. Allein 2013 wurden knapp 50 Unternehmen seitens ecoplus International bei ihren Exportbestrebungen nach Rußland betreut“, sagte Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav, die Mitte Jänner eine Wirtschaftsdelegation aus der Region Krasnodar, wo auch die Olympiastadt Sotschi liegt, in St. Pölten empfing. „Auch der hohe Modernisierungs- und Investitionsbedarf bei Agrar- und Lebensmitteltechnologien in Rußland eröffnet gute Absatzchancen. Die Region Krasnodar bietet exzellente Voraussetzungen, um diese wirtschaftlichen Chancen für beide Seiten zu nutzen“, erklärte Bohuslav im Gespräch mit Andrey Proschunin, dem Wirtschaftsminister von Krasnodar.

Im Jahr 2012 startete das Land Niederösterreich die Exportoffensive „Rußland 2012+“. Rußland ist einer der größten Wirtschaftsräume weltweit. Insbesondere in den Bereichen Bau, Energie, Infrastruktur sowie Umwelttechnik bietet der russische Markt großes Potential – auch für Niederösterreichs Unternehmen. Dieses Potential wird immer stärker genutzt: Während im ganzen Jahr 2012 mit einem Gesamtexportvolumen von rund 343 Millionen Euro ein Plus von 2,7 Prozent gegenüber 2011 verzeichnet wurde, steigerte sich dieser Wert im ersten Halbjahr 2013 enorm: plus 21,5 Prozent gegenüber

dem 1. Halbjahr 2012. Damit liegt Rußland an 15. Stelle der wichtigsten Handelspartner Niederösterreichs.

Im Zuge des Gesprächs wurde eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Krasnodar und Niederösterreich vereinbart: So informierte sich Wirtschaftsminister Proschunin im ecoplus Wirtschaftspark Industriezentrum NÖ-Süd, worauf es bei der Entwicklung von erfolgreichen Parks ankommt. Ausserdem besuchte die Delegation den Technopolstandort Tulln, um sich über die Möglichkeiten des Technologiestandorts Niederösterreich zu informieren.

„Um international erfolgreich zu sein, ist das persönliche Gespräch mit Entscheidungsträgern ein wertvoller Beitrag. Daß wir am russischen Markt am richtigen Weg sind, zeigen uns die positiven Zahlen: Im Vorjahr wurden allein mit Hilfe von ecoplus International knapp 50 niederösterreichische Unternehmen bei ihren Exportbestrebungen nach Rußland betreut. Egal ob es sich um eine Vertriebspartnersuche, Unterstützung bei der Suche nach einem russischen Repräsentanten für Unternehmen oder um Unterstützung bei der Gründung von Vertriebsniederlassungen handelt. Das Beraterteam von ecoplus International steht für die niederösterreichischen Klein- und Mittelbetriebe in Exportfragen stets zur Verfügung“, sind sich die Wirtschafts-Landesrätin und ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki einig. ■

Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Südtirol vertieft

Als erster offizieller Kärntner Vertreter besuchte Landesrat Christian Ragger am 23. und 24. Jänner den Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher. „Südtirol und Kärnten sind sich sehr ähnlich. Vor allem im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit bietet sich ein spannender Erfahrungsaus-

tausch“, faßte Ragger zusammen. Im Rahmen von bilateralen Gesprächen im Bereich National- und Naturparks sowie Jagd und Tierschutz sollen in Zukunft grenzüberschreitende Kooperationen entstehen. Es sei wichtig, die Internationalisierung Kärntens voranzutreiben. ■

Grenzüberschreitende Fachhochschul-Studiengänge

Niederösterreichs LH Erwin Pröll unterzeichnete gemeinsames
Arbeitsprogramm mit Südmähren, Südböhmen und Vysočina

Landeshauptmann Erwin Pröll unterzeichnete am 16. Jänner in Brünn das gemeinsame Arbeitsprogramm des Landes Niederösterreich und der tschechischen Kreise Südböhmen, Südmähren und Vysočina für die Jahre 2014 bis 2017. Pröll sprach dabei von einem „historischen Zusammentreffen“: „Es ist dies nicht nur das bereits elfte Arbeitsübereinkommen zwischen Niederösterreich und den Regionen auf tschechischer Seite, sondern wir befinden uns auch in einem historischen Jahr, in dem wir 25 Jahre Fall des Eisernen Vorhanges und zehn Jahre EU-Erweiterung feiern.“

Neben dem niederösterreichischen Landeshauptmann unterzeichneten auch die Kreishauptleute Michal Hašek (Südmähren), Jiří Behounek (Vysočina) und Jiří Zimola (Südböhmen) das Übereinkommen, anwesend war auch der Premierminister der tschechischen Republik, Jiří Rusnok.

Pröll: »Damals waren wir benachbarte Fremde, heute sind wir Freunde.«

Die Unterzeichnung des ersten Arbeitsübereinkommens habe noch unter „vollkommen anderen Begleitumständen“ stattgefunden, erinnerte Pröll: „Damals waren wir benachbarte Fremde, heute sind wir Freunde.“ Man habe die „historische Verpflichtung, einen Beitrag dazu zu leisten, daß wir weiter zusammenwachsen“, betonte der Landeshauptmann. Er freue sich deshalb sehr, daß es im Rahmen dieses Arbeitsübereinkommens nun möglich sei, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Ebene der Fachhochschulen zu fixieren: „Für die jungen Menschen, die an dieser Fachhochschule studieren, wird es in 20, 30 Jahren selbstverständlich sein, daß sie in einer gemeinsamen Region leben und arbeiten. Es gibt nichts zukunftsträchtigeres, als der Jugend diese Chance zu bieten.“

Pröll betonte auch, daß man das heute unterzeichnete Arbeitsprogramm bis 2017 „Schritt für Schritt abarbeiten“ werde: „Jeder und jede von uns muß sich tagtäglich bemühen, dieses Programm umzusetzen. Das wird in vielen Bereichen sehr freundschaftlich sein, in anderen Bereichen werden wir



Foto: NUK Pfeiffer

v. l.: Kreishauptmann Zimola (Südböhmen), Landeshauptmann Erwin Pröll, Kreishauptmann Hasek (Südmähren) und Kreishauptmann Behounek (Vysočina).

uns anstrengen und miteinander diskutieren müssen, etwa in Fragen, die uns noch auf Distance halten, so etwa in der Frage der atomaren Nutzung.“ Es dürfe jedoch kein Thema geben, „wo es keine Kooperation und vor allem auch Kommunikation gibt“, so Pröll.

»Wesentlicher Schritt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit«

Premierminister Rusnok sprach von einem „wesentlichen Schritt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, denn es brauche „konkrete Schritte, um Menschen zusammenzubringen“. Er sehe in der Zusammenarbeit zwischen den tschechischen und österreichischen Regionen „großes Potential“, so Rusnok.

„Wir haben eine reiche Vergangenheit und möchten daran eine gemeinsame Zukunft anknüpfen“, sagte der südmährische Kreishauptmann Hašek in seiner Stellungnahme. Kreishauptmann Behounek aus Vysočina betonte wie auch sein Amtskollege Zimola aus Südböhmen die Bereitschaft, das Arbeitsübereinkommen zu realisieren.

Auf Basis der früheren Arbeitsübereinkommen zwischen dem Land Niederösterreich

und den tschechischen Kreisen Südmähren, Südböhmen und Vysočina wurden bereits zahlreiche Projekte umgesetzt, so zum Beispiel das grenzüberschreitende Hochwasser-Frühwarnsystem oder auch kulturelle Initiativen wie die grenzüberschreitende Landesausstellung im Jahr 2009.

Das neue, nunmehr unterzeichnete Arbeitsübereinkommen sieht nun die Einrichtung von grenzüberschreitenden Fachhochschul-Studiengängen unter der Führung der IMC Fachhochschule Krems (mit einem Außenstandort Hollabrunn) und der Mendel Universität Brünn vor. Geplant sind die Bachelorstudiengänge „Agrarwirtschaft/ Agrobusiness“ sowie „Lebensmittelmanagement mit Schwerpunkt Lebensmittelsicherheit“. Die beiden Studiengänge sollen im September 2015 starten.

Themen des neuen Arbeitsübereinkommens sind auch die Nordautobahn (der Abschnitt Schrick – Poysdorf Nord soll Ende 2016 fertig sein, der Abschnitt Poysdorf Nord – Drasenhofen soll Ende 2016/2017 die Verkehrsfreigabe erhalten) sowie die vertiefende Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. ■

Österreich, Europa und die Welt

In New York: »Vienna: City of Dreams«

Mit dem Festival „Vienna: City of Dreams“ in der renommierten Carnegie Hall stehen New York vom 21. Februar bis 16. März „Wiener Festwochen“ ins Haus. Drei Wochen lang werden die Wiener Philharmoniker und Mitglieder der Wiener Staatsoper Höhepunkte österreichischen Musikschaffens der Wiener Klassik zum Besten geben. Einen zeitgenössischen Kontrapunkt dazu setzt das Österreichische Kulturforum New York (ÖKF) unter der Leitung der neuen Direktorin Christine Moser: „Mit einem breiten Programm von Ausstellungen, Konzerten, Filmvorführungen und wissenschaftlichen Veranstaltungen präsentieren wir dem amerikanischen Publikum eine hochkarätige Auswahl der vitalen künstlerischen Impulse, die auch heute noch so zahlreich von Wien und Österreich ausgehen.“

Außenminister Sebastian Kurz betont die Bedeutung der Wechselbeziehung von Geschichte und Gegenwart: „Diese Hommage an Wien um 1900 in der weltberühmten Carnegie Hall ist eine große Anerkennung, über die wir uns alle freuen können. Ganz besonders freut mich aber, daß das Österreichische Kulturforum New York mit einem entsprechend abgestimmten zeitgenössischen

Programm eine Brücke ins Heute schlägt. Dies zeigt einmal mehr die Bedeutung einer aktiven, zukunftsgerichteten Auslandskulturpolitik, mit der sich Österreich international als weltoffenes und kreatives Land präsentieren und positionieren kann.“



Foto: ACFNY

Herzstück des Programms des ÖKF New York ist die Ausstellung „Vienna Complex“ die einerseits auf die spezifische Verschränkung von avantgardistischen Neuerungen in Kunst und Therapie in Wien um 1900 zurückblickt, und andererseits Arbeiten zeitgenössischer KünstlerInnen wie Franz West, Josef Dabernig, Verena Dengler und Heimo Zobernig präsentiert. Dazu gestaltet Zeitgeschichtler Oliver Rathkolb ein wissen-

schaftliches Begleitprogramm, bei dem das Thema der Wiener Moderne reflektiert wird.

Musikalisch herausragend sind die USA-Premieren von Werken der österreichischen AusnahmekomponistInnen Olga Neuwirth und Bernhard Gander sowie ein Festivalspektakel im Szenemusiklokal „Le Poisson Rouge“, der zeitgenössischen österreichischen Improvisation mit prominenten Vertretern wie Franz Hautzinger, Martin Siewert, und Helge Hinteregger gewidmet ist.

Wien als Filmschauplatz ist schließlich Thema einer von Filmmuseum-Direktor Alexander Horwath ko-kuratierten Schau im New Yorker Museum of Modern Art, wo im Rahmen von „Vienna Unveiled: A City in Cinema“ zwei Monate lang 40 Spielfilme gezeigt werden, die sich mit dem Mythos und der Realität der Stadt auseinandersetzen.

Zu den zahlreichen Kooperationspartnern, die das ÖKF für sein Programm gewinnen konnte, zählen u.a. die Universität Wien, das Sigmund Freud Museum, das Filmmuseum, das Museum of Modern Art, Le Poisson Rouge und das Czech Center New York. ■

<http://www.acfny.org>

<http://www.carnegiehall.org/vienna/>

JMW in Mainz: »Alle meschugge? Jüdischer Witz und Humor«

Nach den erfolgreichen Präsentationen in Wien und Berlin stellt das Jüdische Museum Wien, ein Unternehmen der Wien Holding, seine umfassende Ausstellung über jüdischen Witz und Humor von 11. Jänner bis 15. März 2014 im Rathaus von Mainz vor.

Beleuchtet wird das breite Spektrum des jüdischen Humors, von seinen Wurzeln in Osteuropa bis zu Ephraim Kishon in Israel sowie Billy Wilder, Mel Brooks oder Woody Allen in Hollywood, von der jiddischen Tradition, in der auch der jüdische Witz seine Wurzeln hat, über die Glanzzeit der Revue, des Kabarets und den Film in Wien und Berlin in den 1920er und 30er Jahren bis hin zum Lachen im Exil und im Angesicht der Schoa. Anders als Berlin konnte das Wien der Nachkriegszeit an die jüdische Tradition des Humors anknüpfen, dafür stehen Namen wie Georg Kreisler, Gerhard Bronner, Hugo Wiener und Karl Farkas.

In Deutschland knüpfen erst viel später Künstler wie Dani Levy mit seinen Filmen „Alles auf Zucker“ und „Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler“ oder der Comedian Oliver Polak an die

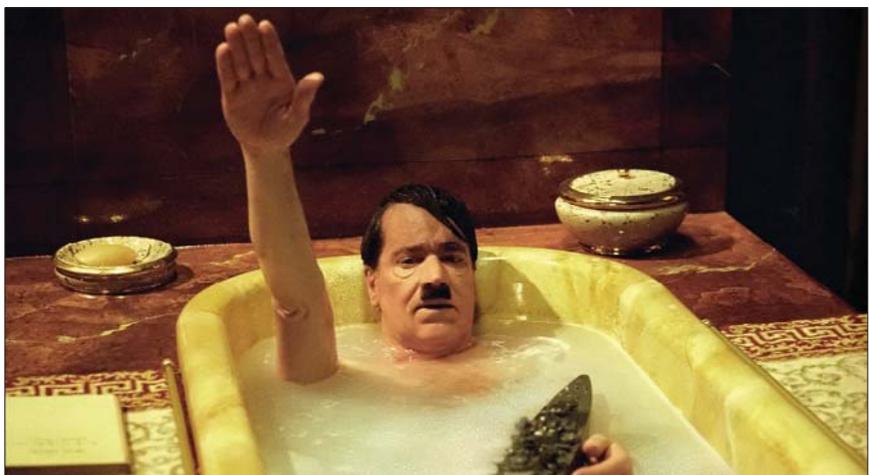


Foto: Eckl Fritz

Szenenfoto aus dem Dany Levy-Film »Der Fuehrer« – Helge Schneider nimmt ein Schaumbad

Traditionen jüdischen Humors an. Die Ausstellung führt bis in die Gegenwart, wobei die Weiterentwicklung des jüdischen Humors in Israel und den USA einen besonderen Stellenwert einnimmt. „Alle Meschugge“ präsentiert auch Filmausschnitte und Tondokumente der Größen des jüdischen Humors, die dokumentieren, wie vielfältig die Welt

des jüdischen Humors ist. Für Mainz wurde außerdem vom Deutschen Kabarettarchiv, als Partner der Deutschlandtournee der Ausstellung, ein kleiner Bereich zu Werner Finck gestaltet, der die Präsentation ergänzt. ■

<http://www.jmw.at>

<http://vimeo.com/jewishmuseumvienna>

<http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/MBEH-9EJCUDU.DE.0>

OÖ: 30 vertretene Nationen verdeutlichen die Internationalität

Gemeinsam mit Landeshauptmann Josef Pühringer begrüßte Klaus Luger, Bürgermeister von Linz am 15. Jänner erstmals das Konsularische Korps Oberösterreich zum Neujahrsempfang im Renaissancesaal des Alten Rathauses. Dieser Empfang wird abwechselnd vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz ausgerichtet.

Luger betonte besonders in einer globalisierten Welt „die Bedeutung eines intensiven Erfahrungsaustausches und einer engagierten Zusammenarbeit zwischen der Stadt Linz mit ihren zahlreichen Städtepartnerschaften und dem Konsularischen Korps, um die Herausforderungen der Zukunft in einer lebenswerten Stadt zu meistern“. Die Doyenne des Konsularischen Korps, Honorarkonsulin Cecilia Baldivieso de Witzany, verwies auf die wichtige Aufgabe des Konsularischen Korps Brücken zwischen den Ländern zu schlagen sowie in einem vereinten Europa die Menschen wieder näher zusammenzubringen.

VertreterInnen von 30 Nationen waren im Alten Rathaus zu Gast und verdeutlichten so eindrucksvoll die Internationalität der Landeshauptstadt Linz. Zu den Gästen zählten Vertreterinnen und Vertreter aus der EU, ebenso aus Staaten Afrikas, Asiens oder Südamerikas.



Foto: Stadt Linz

vl.: Bgm. Klaus Luger mit der Doyenne des Konsularischen Korps OÖ., Honorarkonsulin Cecilia Baldivieso de Witzany, und LH Josef Pühringer

Die Stadt Linz hat aktuell mit insgesamt 16 Partnerstädten auf vier Kontinenten Partnerschaftsverträge abgeschlossen und ist mit einer Reihe von so genannten Freundschaftsstädten, das sind Städtekooperationen ohne Partnerschaftsverträge, eng verbunden. Bürgermeister Klaus Luger bekannte sich zur Teilnahme am globalen Netzwerk, so-

wohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht. Als besonderen Dank betonte Luger das Engagement der Konsulen für internationale Zusammenarbeit, ein Wert, der in einem Gedenkjahr an die Ausbrüche des 1. und 2. Weltkrieges nicht hoch genug geschätzt werden kann. ■

<http://www.linz.at>

Chinesischer Kulturminister in Salzburg – Mozart in Peking

Anlässlich seines Besuchs bei der Salzburger Mozartwoche traf der chinesische Kulturminister Cai Wu am 24. Jänner mit seiner Delegation zu einem Arbeitsbesuch mit Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden und dem Präsidenten der Stiftung Mozarteum, Johannes Honsig-Erlenburg, zusammen. Thema war eine großangelegte Mozart-Ausstellung in Peking im Jahr 2015 oder 2016, die in Zusammenarbeit zwischen Stiftung Mozarteum, den Wiener Philharmonikern und den chinesischen Partnern abgewickelt werden soll.

Cai Wu legte bei dem Treffen im Schloß Mirabell das große Interesse Chinas an der Mozart-Ausstellung dar, in deren Rahmen es auch zu einer Kooperation zwischen den Wiener Philharmonikern und chinesischen Spitzen-Orchestern kommen könnte. Heinz Schaden: „Für Salzburg ist das Mozart-Projekt eine Riesenchance, sich in China sehr prominent als das weltweit führende Mozart-Kompetenzzentrum darzustellen.“ Welche Bedeutung China dem Vorhaben beimißt,



Foto: Stadt Salzburg / Johannes Killer

Shakehands für eine Mozartausstellung in Peking: Chinas Kulturminister Cai Wu und Bürgermeister Heinz Schaden bei einem Arbeitstreffen im Schloß Mirabell.

wird auch durch das persönliche Engagement des Kulturministers für das Projekt unterstrichen, ergänzt Schaden. Die Ausstellung wurde von chinesischer Seite erstmals

bei einem China-Besuch vor rund zwei Jahren von Bürgermeister Heinz Schaden und Johannes Honsig-Erlenburg thematisiert. ■

<http://www.stadt-salzburg.at>

Chinesische Delegation zu Besuch in Innsbruck



Foto: RMS / Mörzinger

Die chinesische Delegation mit Vizebürgermeister Christoph Kaufmann (m.), Sportamtsleiter Romuald Niescher (3. v. l.), Georg Spazier (innsbruck-tirol sports legacy) (3. v. r.) und Bürgermeisterin Zhou Limin (m.)

Im Zuge des Jubiläums „50 Jahre Olympia-Stadt“ begrüßte Vizebürgermeister Christoph Kaufmann am 20. Jänner eine chinesische Delegation aus der Gemeinde Zhangjiakou im Bürgersaal des historischen Rathauses. Die Delegation tagte in Innsbruck, um sich über das facettenreiche Thema der Olympischen Spiele zu informieren.

„Für unsere Stadt ist es eine große Ehre,

daß Sie in Innsbruck Station machen“, begrüßte der für Sport zuständige Vizebürgermeister die Gäste: „Innsbruck gilt in diesem Bereich als Stadt mit Vorbildcharakter, da wir als einzige Stadt weltweit, bereits dreimal Austragungsort der Olympischen Winterspiele waren. Damit nehmen wir im Bereich der Sportveranstaltungen eine Vorreiterrolle ein“.

Die Gäste aus der Gemeinde Zhangjiakou sind ambitioniert, die YOG (Youth Olympic Games) 2020 in ihrer Heimat auszutragen und kamen nach Tirol, um sich sportliche Informationen und Veranstaltungstipps zu holen. Zur Sprache kamen dabei speziell die Themen Sportinfrastruktur, Entwicklung, Kosten, Nutzen sowie Nachhaltigkeit und Bedürfnisorientierung der Bevölkerung. ■

Tschechien auf Grazbesuch – Eintragung ins Goldene Buch

Der Botschafter der Tschechischen Republik, S. E. Jan Sechter, war am 29. Jänner zu Besuch bei Bürgermeister Siegfried Nagl. Begleitet wurde er vom Honorarkonsul der Tschechischen Republik, Ägyd Michael Pengg, Eigentümer der Firma PEWAG, einem weltweit führenden Kettenhersteller.

Ein Anlaß für den Grazbesuch war die Eröffnung von neuen Räumlichkeiten des PEWAG-Gebäudes in Graz, in dem nunmehr das Honorarkonsulat der Tschechischen Republik für den Amtsbereich Steiermark angesiedelt ist.

Als ein wichtiges Thema stand der Wunsch nach dem Ausbau von Zug- und Transportverbindungen zwischen Österreich und Tschechien im Fokus: „Eine Nord-Süd-Strecke für bessere Transportwege ist dringend erforderlich“, so der Botschafter. Auch das Thema Universitäten wurden besprochen. „Graz ist als Bildungs- und Wissenschaftsstandort sehr wichtig geworden, was hier in Graz entwickelt wird, hat Zukunft“, so Nagl.

Großes Interesse zeigte der Botschafter auch an erneuerbaren Energien, in die sein Land zunehmend investiert. In diesem Zusammenhang berichtete Nagl vom Projekt



Foto: Stadt Graz / Foto Fischer

v.l.: GR Daniela Gmeinbauer, Bürgermeister Siegfried Nagl, Botschafter S.E. Jan Sechter und GR Gerald Häbler nach dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Graz

SmartCity und von der erfolgreichen „BürgerInnen-Solaranlage“, die den GrazerInnen die Möglichkeit bietet, auf öffentlichen Gebäuden angebrachte Photovoltaik-Felder anzukaufen und so durch „sale and lease

back“ günstig Energie zu erwerben. Abschließend wurde der Botschafter noch gebeten, sich in das Goldene Buch der Stadt Graz einzutragen. ■

<http://www.graz.at>

39. Ratstagung der IMC

Der Österreichische Marineverband grüßt seine bulgarischen Partner Bulgarian Naval Association als Mitglied der Internationalen Maritimen Confederation (IMC).

Vom 27. bis 29. November 2013 fand in Venedig die 39. Ratstagung der Internationalen Maritimen Confederation (IMC) statt, an welcher der Österreichische Marineverband (ÖMV) durch seine ständigen IMC-Delegierten Präsident Prof. Oberst dhmtD Karl Skrivanek, den Vizepräsidenten Herwig Brun und Markus Habsburg-Lothringen sowie den Beauftragten für das alljährlich stattfindende Jugendsegellager, Kamerad Hans Müller, vertreten war. Brun unterstützte, unabhängig von seiner Aufgabe in der ÖMV-Delegation, den IMC-Präsidenten Karl Heid (DMB) in seinem Stab.

Bei dieser Sitzung war u.a. gemäß der vorliegenden Tagesordnung über die Aufnahme des ÖMV-Partners „Bulgarian Naval Association“ in den IMC zu entscheiden, die vom ÖMV partnerschaftlich eingeleitet, vorbereitet und unterstützt worden war. Dazu hatte Präsident Heid eine vierköpfige Delegation der BNC, geführt vom Vorsitzenden, Kapitän (Navy) i.R. Stanko Stankov, eingeladen. So entsandte die BNC neben den schon genannten Vorsitzenden den Sekretär des Rates der Konföderation, Leutnant (Navy) i.R. Plamen Petrov, Commander i.R. Tihomir Dimitrov und Leutnant (Navy) Pavel Dimitrov, welche von Varna per PKW nach Venedig angereist waren und von Präsident Heid herzlich begrüßt wurden.

Der Entscheidung über die Aufnahme in die IMC war eine eindrucksvolle Power-Point-Präsentation der BNC durch ihren Vorsitzenden, Kapitän z.S.i.R. Stanko Stankov, in englischer Sprache vorausgegangen, die überzeugend die Qualifikation in allen Perspektiven des Verbandes nachwies.

Die darauffolgende Abstimmung ergab erwartungsgemäß die Aufnahme der BNC in IMC als vollwertiges Mitglied – mit allen Rechten und Pflichten, die aus dieser Mitgliedschaft erwachsen. Dies kann besonders auch als Erfolg des ÖMV gewertet werden.

Die erste Aufgabe mit der BNC betraut wurde, ist nun Organisation und Durchführung des internationalen Sommercamps der IMC im Sommer. Nach dem traditionellen Austausch der Glückwünsche und der guten Wünsche für den Erfolg des Sommer-Segellagers, ausgesprochen während des Gala-Abendessens, übergaben die bulgarischen



Foto: Österreichischer Marineverband

Die Delegation der BNC mit Kameraden des ÖMV in Venedig (v.l.): Herwig Brun (ÖMV-Vizepräsident), Lt. Pavel Dimitrov (BNC), Capt. Stanko Stankov (BNC-Chairman), Prof. Col. Karl Skrivanek (ÖMV-Präsident), Lt. Cdr. (Korvetten Kapitän) Tihomir Dimitrov (BNC), Lt. Plamen Dimitrov (BNC) und Markus Salvator Habsburg-Lothringen (ÖMV-Vizepräsident)

Veteranen Geschenke an die Organisationen und die Vertreter der nationalen Verbände des IMC und sprachen eine Einladung an sie aus, das Sommercamp – voraussichtlich vom 31. Juli bis 11. August in Varna – zu besuchen.

Die BNC berichtete nach Rückkehr Varna den dortigen maritimen Dienststellen und der bulgarischen Presse von der Ratstagung und sandte einen im bulgarischen „Maritime Newspaper“ am 2. Dezember 2013 erschienenen Artikel an alle nationalen Partnerverbände in der IMC.

Dort heißt es etwa, daß die „bulgarischen Delegierten allen Teilnehmern an der Tagung mit herzlichen Worten vorgestellt“ wurden. „An dieser Stelle soll auch auf die dauerhafte und anhaltende Unterstützung durch unsere Partner und Freunde vom Österreichischen Marineverband, vertreten durch seinen Präsidenten Oberst Professor Dipl.-Ing. Karl Skrivanek hingewiesen werden. Auch soll für die mehr als gastfreundliche Haltung der italienischen Gastgeber, vertreten durch Admiral i.R. Paolo Pagnottella und Commodore i.R. Massimo Messina, gedankt werden.“

Der Vorsitzende der BNC wird nun auch deren Vertreter im Executiv-Council der IMC sein (die weiteren Mitglieder werden kurzfristig benannt werden) und er sagte den bul-

garischen Institutionen für die Unterstützung der erfolgreichen bulgarischen Teilnahme an dieser Tagung aufrichtigen Dank. Mit Hilfe des Bulgarian Navy Command, der Naval Academy NY Vaptsarov, der Premier Group Ltd. Varna, der Chudo Ltd. Varna, der Chimimport AD, der Hydroremont IG Ltd. Varna und anderer Anhänger und Freunde wurde diese Entsendung ermöglicht.

Völkerverständigung und maritime Tradition

Mit den bei dieser Tagung erzielten Entscheidungen hat die IMC nun wieder einen wesentlichen Schritt in eine erfolgreiche Entwicklung im Geiste der Völkerverständigung und der maritimen Tradition getan und der ÖMV hat hierbei wieder einen wichtigen, international anerkannten Impuls gesetzt.

Der Erfolg bei der IMC-Tagung basiert wesentlich auf der nun schon ins Jahr 2009 zurückreichenden partnerschaftlichen Zusammenarbeit von ÖMV und BNC (bzw. dessen Vorgänger USARB), die nun international erweitert werden konnte.

Die Tagung

„Am Abend des 26. November wurde ich mit meiner Gruppe von meinem Freund Pier-

Österreich, Europa und die Welt

paolo Zagnoni empfangen – er hat mit seinem Bruder vor einigen Jahren das k.u.k. Torpedofahrzeug ‚SMS Wildfang‘ betauft hatte und darüber auch in der ‚Flagge‘ berichtet“, erzählt Oberst Skrivanev über die gemeinsame Reise nach Venedig, die mit einer Einstimmung beim Abendessen in der echt venezianischen „Antica Sacrestia“ begonnen hatte, einem kleinen Restaurant, das angeblich in einer alten Sakristei eingerichtet ist und „La cucina dei Dogi“ (die Küche der Dogen) anbietet.

Tags darauf fand dann eine Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der eigentlichen Tagung im Offiziersklub statt und am Abend war zu einem harmonischen kameradschaftlichen Begrüßungscocktail im Offiziersklub eingeladen worden.

Die tags darauf beginnende Tagung des Executive Councils legte die Grundlage für die Aktivitäten der IMC im Jahr 2014 und darüber hinaus für die Ausrichtung in der näheren Zukunft. Wesentliches Ergebnis war, wie eingangs berichtet, die Aufnahme der BNC in den internationalen Verband – über die auch in der Bulgarischen Presse verkündet wurde:

„Navy veterans – full members of the International Maritim Confederation“

Infolge der Aufnahme des ÖMV-Partners BNC wird das Jugendsegellager der IMC 2014, das alljährlich die von den Mitgliedsverbänden entsandte Jugend zusammenbringt, wird erstmals in Varna am Schwarzen Meer stattfinden. „Aus eigener Erfahrung bin ich überzeugt, daß dies für die Teilnehmer ein besonderes Erlebnis werden wird“, so Skrivanev. Die bulgarischen Partner haben daher auch herzlich zum Admiralstag am 11. August, dem letzten Tag des Segellagers, eingeladen – dies ist auch der Tag der bulgarischen Marine und daher für die Vertreter der IMC sicher interessant.

Im Rahmen der Tagung stellte sich auch der neue Präsident des französischen Verbandes F.A.M.M.A.C., Admiral Jean-Marc Schindler, vor und wurde von allen Teilnehmern herzlich kameradschaftlich begrüßt.

Die mitgekommenen Damen hatten während der Tagung die Möglichkeit zum Besuch der Sehenswürdigkeiten von Venedig, darunter auch das Museo Storico Navale in unmittelbarer Nähe des Arsenal und am Abend traf man sich wieder zum Galadinner im Restaurant des Unteroffiziersklubs der Marine (Circolo Sottufficiali Marina Militare Venezia), wo in kameradschaftlicher Atmosphäre die Tagung geschlossen wurde.



Präsentation der BNC durch ihren Vorsitzenden, Kapitän z.S.i.R. Stanko Stankov, links neben ihm Karl Heid, Präsident des IMC und des Deutschen Marine Bundes



v.l.: Commander ret. Paul Quinn, Royal Naval Association-United Kingdom (RNA) und Hans Müller, ÖMV (Organisation IMC-Jugendsegellager)



Delegierte des IMC-Verwaltungsrates aus den Mitgliedsländern A, B, D, F, I, NL und UK

Fotos: Österreichischer Marineverband

Österreich, Europa und die Welt

Danksagung

„Ich danke den Kameraden des Italienischen Verbandes A.N.M.I. und besonders seinem Präsidenten Admiral Paolo Pagnottella, dem Generalsekretär Cdr Massimo Messina, dem Team des Circolo Sottufficali Marina Militare Venezia und dem Circolo Ufficiali Marina Militare Venezia für die ausgezeichnete Organisation und die von allen im maritimen Geist geschaffene herzliche Atmosphäre, folgend dem Wahlspruch der italienischen Seeleute: ‚Una volta marinaio ... marinaio per sempre!‘ In gleichem Sinne danke ich dem Präsidenten der IMC, Kamerad Karl Heid, und seinem Stab für die gute Vorbereitung und die verständnisvolle Leitung der Tagung mit unserem Wahlspruch: ‚Viribus unitis‘“, so der Präsident des ÖMV, der sich am 29. November – begleitet von Vizepräsident Markus Habsburg und Hans Müller – mit Kameraden der ANMI-Gruppe P. Foscari-Venezia in deren schönem Bordheim neben dem Unteroffiziersklub an der Strandpromenade traf, um mit deren Präsidenten Cav. Raffaele Pinto und einigen Kameraden seiner Gruppe die weitere enge Zusammenarbeit zu besprechen. Zu diesem Gespräch waren auch Sig Carlo Machini, er ist der Urenkel des Kdt der „SMS Wildfang“, mir Kapitän Albert Felix Machnitsch und seiner Mutter, Laura Salvador Machini, sowie Pierpaolo Zagnoni gekommen. Die in Italien verbliebenden Nachfahren mußten nach damaliger Gesetzeslage ihren Namen in „Machini“ italianisieren.

Das Museo Storico Navale

Danach hatten die Teilnehmer der Delegation noch Gelegenheit, das Museo Storico Navale in Castello 2148 zu besuchen und sich dem Gebotenen ausgiebiger zu widmen.

Das Museum dokumentiert die Geschichte der Seefahrt im allgemeinen und die der Seestreitkräfte der Republik Venedig und Italiens im besonderen. Auf fünf Etagen werden in 42 Ausstellungssälen auf einer Fläche von rund 4000 m² zahlreiche Schiffsmodelle, Rekonstruktionen, Waffen, Uniformen, Flaggen, Seekarten und sonstige Erinnerungsstücke dargestellt. Im obersten Stockwerk befindet sich unter anderem ein Ausstellungsbereich, der der Schwedischen Marine gewidmet ist.

Das Schiffsmuseum gehört der Italienischen Marine, die es als Ausstellungs- und zugleich als historisches Zeugnis verwaltet und ist untergebracht in einem Gebäude aus dem 15. Jhdt., das früher Kornkammer der „Serenissima“ war. Es befindet sich auf dem Campo San Biagio (Hl. Blasius) beim Arse-



Besprechung der ÖMV-Delegation – geführt von Präsident Karl Skrivanek – mit dem Präsidenten der ANMI-Gruppe »P.FOSCARI – Venedig«, Cav. Raffaele Pinto



Oberst Karl Skrivanek und Erzherzog Markus Salvator Habsburg-Lothringen, Vizepräsident des ÖMV, vor dem Bild der Hl. Barbara, der Schutzpatronin der Seeleute



Das Museo Storico Navale mit den Ankern der k.u.k. Schiffe »Tegetthoff« und »Viribus Unitis«, die nach dem I. Weltkrieg von Italien hierher gebracht wurden.

Fotos: Österreichischer Marineverband

Österreich, Europa und die Welt

nal, das heute noch zum Teil der Militärgerichtsbarkeit der italienischen Marine untersteht. An seine vergangene Blütezeit soll heute das Schiffsmuseum, das bedeutendste seiner Art in Italien, erinnern.

In dem Hauptgebäude befinden sich, auf fünf Stockwerken verteilt, 42 Ausstellungsräume. Hinzu kommen noch der Schiffs-Pavillon, der in der antiken Ruderwerkstatt des Arsenalis liegt und die im 11. Jhd. erbaute und im 18 Jhd. umgestaltete Kirche vom Hl. Blasius. Diese diente als Marinekirche für die „Serenissima“ und später für die Österreichische Marine. Heute wird in der Kirche wieder Gottesdienst für die Italienische Marine gehalten und gleichzeitig dient sie auch als Ausstellungsraum des Museums.

Hier befinden sich die sterblichen Überreste des Admirals Angelo Emo und das Herz von Erzherzog Franz Friedrich von Habsburg, das auf dessen Wunsch nach seinem Tod Venedig geschenkt wurde.

Das Erdgeschoß im Hauptgebäude des Museums sowie die ersten zwei Stockwerke sind vorwiegend der „Serenissima“ und der Italienischen Marine gewidmet. Im zweiten Stock befinden sich auch Zeugnisse von anderen italienischen Seerepubliken: Amalfi, Pisa, Genua und Venedig. In diesem Stockwerk ist auch der „Bucintoro“ zu sehen, das historische Staats-Prunkschiff, von welchem aus der Doge alljährlich am Himmelfahrtstag als symbolisches Zeichen der „Vermählung“ Venedigs mit dem Meer den Ring in die Lagune warf.

Im dritten Stock sind hauptsächlich Modelle sowie Teile und Ausrüstungsgegenstände von Fischerbooten und typischen Lagunenbooten ausgestellt.

Der Schwedische Saal im vierten Stock zeugt von der engen Verbindung zwischen Venedig und der schwedischen Marine, ein Beweis für den von Italien geleisteten Beitrag bei der Entwicklung der schwedischen Marine.

Der Museumsbesuch endet mit einer kostbaren und reichhaltigen Muschelsammlung, die dem Museum geschenkt wurde.

Im Schiffs-pavillon im Bereich des Arsenalis, der während besonderer Veranstaltungen für die Öffentlichkeit zugänglich ist, sind echte typische venezianische Boote, Militärboote und ein Teil des Maschinenraums der Yacht „Elektra“ von Guglielmo Marconi aufbewahrt.

„Nach unserem ausführlichen Rundgang durch das Museum traten wir die Fahrt zum Flugplatz an – natürlich, wie es sich in Venedig anbietet – auf dem Wasser. Dies in der



Chinesische Schiffe aus der Schatzflotte des Admirals Zheng He, 15. Jahrhundert



Der »Bucintoro«, das Staats-Prunkschiff der »Serenissima« (der Republik Venedig)



»Kleinst-U-Boot« – ein bemannter Torpedo

Freude, daß ich schon im April wohl wieder eine Gruppe des ÖMV – wie mit den venezianischen Freunden bereits abgestimmt –

nach Venedig bringen werde“, schloß Oberst Karl Skrivanek. ÖMV <http://www.marineverband.at>

Fotos: Österreichischer Marineverband

Die Rückkehr des »P1«

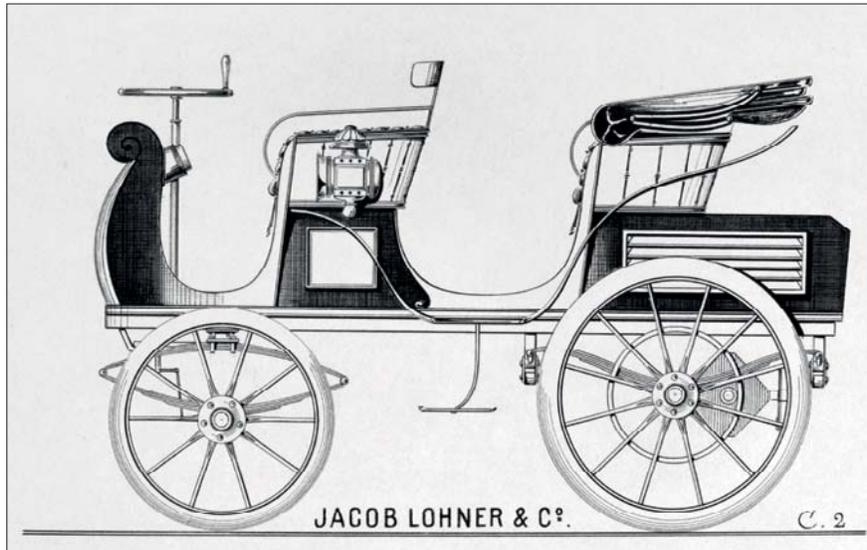
Weltpremiere zum fünften Geburtstag des Porsche-Museums: Die erste Porsche-Konstruktion der Welt

Seit dem ersten Sportwagen mit dem Namen Porsche, dem Typ 356 aus dem Jahr 1948, gilt die Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG als weltweit führender Sportwagenhersteller. Doch die Geschichte reicht noch viel weiter zurück: 1898 präsentierte Ferdinand Porsche mit dem „Egger-Lohner-Elektromobil Modell C.2 Phaeton“ (kurz „P1“ genannt) die erste Porsche-Konstruktion der Welt. Nach 116 Jahren ist das originale und unrestaurierte Fahrzeug wieder gefunden worden und bereichert künftig die Sammlung des Porsche-Museums in Stuttgart-Zuffenhausen als technik-historische Weltsensation.

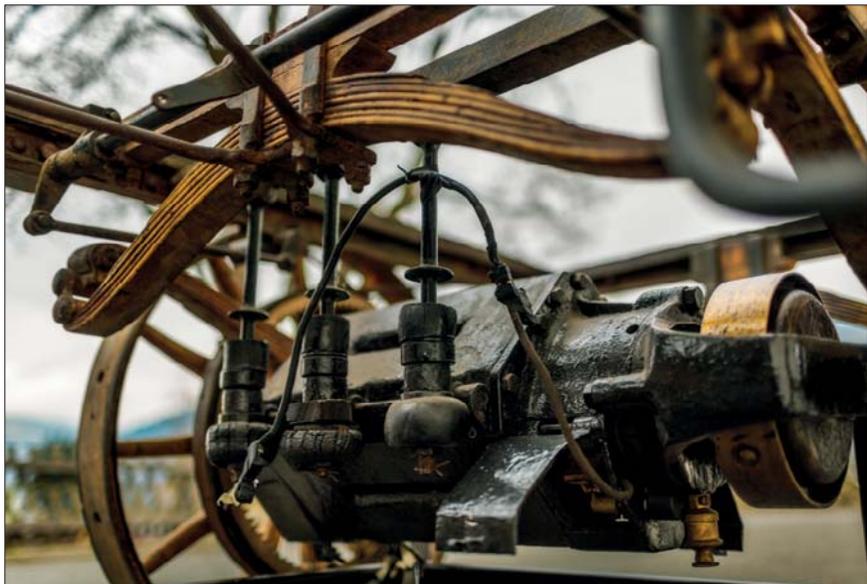
Fünf Jahre nach seiner Eröffnung im Jänner 2009 wird das Porsche-Museum seine Dauerausstellung mit dieser Konstruktion neu ausrichten. Neben dem neustrukturierten Aufbau der Bereiche Produkt- und Motorsportgeschichte leitet nun der „P1“ als zentrales Exponat in den ersten Teil der Ausstellung, den so genannten Prolog ein. Der „P1“ bildet als innovatives Fahrzeugkonzept künftig eine Brücke von der Vergangenheit bis hin zu Entwicklungen der Gegenwart, wie dem Porsche 918 Spyder. Als Technologieträger steht der 918 Spyder ganz in der Tradition, die bereits vor 116 Jahren mit dem „P1“ begründet wurde.

Der von Ferdinand Porsche konstruierte und gebaute „P1“ rollte als eines der ersten zugelassenen Fahrzeuge Österreichs am 26. Juni 1898 über die Straßen Wiens. In alle wichtigen Bauteile schlug Ferdinand Porsche das Kürzel „P1“ (für Porsche Nummer 1) ein, das dem Elektrowagen seinen inoffiziellen Namen gab. Die Vielzahl der in diesem Fahrzeug verwirklichten Ideen ist noch heute bemerkenswert. Die Leistung des sehr kompakten und nur 130 kg schweren Elektroantriebs betrug 3 PS. Kurzfristig waren durch Überlastung sogar bis zu 5 PS möglich, womit der P1 bis zu 35 Stundenkilometer erreichte. Die Fahrgeschwindigkeit konnte dabei mittels eines „Controller“ genannten Reglers in 12 Stufen gewählt werden. Die Gesamtreichweite des Fahrzeuges betrug schon damals 80 Kilometer. Eine weitere Innovation war die Lohner-Wechselkarosserie, so dass der Wagen sowohl im Sommer als auch im Winter genutzt werden konnte.

Die erste Bewährungsprobe für den „P1“ wartete im September 1899 bei der Inter-



Die erste Porsche-Konstruktion der Welt – Die Rückkehr des »P1«



Die Leistung des sehr kompakten und nur 130 kg schweren Elektroantriebs: 3 PS

nationalen Motorwagen-Ausstellung in der deutschen Hauptstadt Berlin. Bereits zu dieser Zeit war der Wettbewerb der Antriebssysteme im vollen Gange. Dort wurde für den 28. September eine „Preiswettfahrt für Elektromobile“ über 40 km ausgeschrieben, um die Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge zu testen. Die Strecke stellte u.a. durch Steigungen hohe Ansprüche an die Teilnehmer. Ferdinand Porsche und sein „P1“ beendeten das Rennen mit drei Passagieren an Bord mit 18 Minuten Vorsprung als Erster. Mehr als

die Hälfte der Teilnehmer hatten das Ziel aufgrund von technischen Problemen nicht erreicht. Auch in der Wirtschaftlichkeitswertung siegte Ferdinand Porsche, denn sein „P1“ hatte im Stadtverkehr den geringsten Energiebedarf.

Am 31. Januar enthüllten Wolfgang Porsche, Aufsichtsratsvorsitzender der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Stuttgart, und Matthias Müller, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, den „P1“ vor geladenen Gästen. ■

<http://www.porsche.de/museum>

Gedenken an den Ersten Weltkrieg

2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal – ein denkwürdiges Datum, das nicht nur Anlaß zum besonderen Gedenken an die Opfer des Krieges bietet, sondern auch ein Anstoß zur Reflexion über den langen Weg hin zu einem friedlichen Europa sein sollte: über die Fortschritte der letzten hundert Jahre und über die weiteren Schritte, die wir noch setzen müssen.

Anläßlich des Gedenkjahres 2014 ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Österreich und Europa geplant. Dabei ist es Österreich sehr wichtig, daß die Veranstaltungen eine vorwärts gerichtete pro-europäische Haltung wiedergeben und daß ein Bezug zur Gegenwart hergestellt wird. Man will über einen bloßen Akt der Erinnerung und Gräber- und Denkmalpflege hinausgehen und vielmehr einen Perspektivenwechsel anregen – hin zu einer Erweiterung nationaler Perzeptionen und zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses.

Den Planungen für das Gedenkjahr liegt eine enge interministerielle Zusammenarbeit zugrunde: VertreterInnen des Bundeskanzleramts, von Außen- (BMeia), Innen-, Verteidigungs-, Unterrichts und Wissenschaftsministerium sind an den Vorbereitungen beteiligt. Ein Kreis prominenter österreichischer HistorikerInnen hat im Auftrag dieser Ressorts ein Grundlagenpapier zum Ersten Weltkrieg erarbeitet. Dieses enthält Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise auf Basis des aktuellsten Forschungsstandes und stellt nicht zuletzt auch eine Informationsgrundlage für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland dar.

Das „Österreich Journal“ freut sich, daß Dank der Initiative des BMeia die HistorikerInnen zugestimmt haben, daß wir Ihnen, sehr geehrte LeserInnen, diese Sammlung in Form einer Serie das Jahr hindurch zur Lektüre anbieten können. Wir werden sie durch Berichte über Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzen.

Im September 2012 wurde Botschafter i.R. Christian Prosl, zuletzt österreichischer Botschafter in Washington, DC, als Koordinator für die Betreuung der Projekte des



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

»Die Heerführer Oesterreich-Ungarns im Kriegsfall« titelte 25. Juli 1914 das in Wien erschienene »Interessante Blatt«. Im Bildtext sind deren Namen aufgelistet: »Der zur Disposition des Allerhöchsten Oberbefehls gestellte rangälteste Armee-Inspektor G.d.J. Erzherzog Friedrich« (Mitte, die anderen beginnen links oben im Uhrzeigersinn) Armee-Inspektor FZW Oskar Potiorek, G.d.R. Rudolf Ritter von Brudermann, der Chef des Generalstabs G.d.J. Conrad Freiherr von Hötzendorf, G.d.J. Liborius Ritter von Frank, Marinekommandant Admiral Anton Haus, G.d.J. Moritz Ritter von Auffenberg und Kriegsminister FZM Alexander v. Krobatin

BMeia im Rahmen des Gedenkjahres 2014 ernannt. Durch Koordination und vor allem wechselseitige internationale und nationale Information über geplante und laufende Projekte möchte das BMeia eine Optimierung und inhaltliche Kohärenz der österreichischen Veranstaltungen im Ausland sicherstellen.

Das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird einen Schwerpunkt der österreichischen Auslandskulturarbeit im Jahr 2014 darstellen. Veranstaltungen mit österreichischer Beteiligung werden u.a. in Belgien, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Litauen, Polen, Rußland, Schweden, der Schweiz,

Serbien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, der Ukraine und den Vereinigten Staaten stattfinden. Dabei spannt sich der Bogen von Ausstellungen über Konferenzen und wissenschaftliche Symposien bis zu Bildungsinitiativen und vielem mehr. Eine eigens entwickelte Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“, die die Entwicklungen in Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur beleuchtet, wird in mehreren Orten im Ausland Station machen.

Zu den geplanten österreichischen Gedenkveranstaltungen im Ausland zählt ein Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajewo am 27. Juni 2014, dem 100. Jahrestag des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie. Das Konzert wird die erste öffentliche Veranstaltung in der neu wiedereröffneten Vijećnica sein (sie wurde 1892–1894 nach Plänen des österreichischen Architekten Alexander Wittek als Rathaus Sarajewos erbaut und beherbergte nach 1948 die National- und Universitätsbibliothek. Im Bosnienkrieg stark zerstört, wurde sie in den letzten Jahren – auch mit Unterstützung der Republik Österreich und der Stadt Wien – wiederaufgebaut und komplett neu renoviert.) Die von der österreichischen Botschaft in Sarajewo mitveranstaltete internationale wissenschaftliche Tagung „The long shots of Sarajevo“ wird sich ebenfalls den folgen-schweren Ereignissen im Juni 2014 widmen.

Nicht nur im Ausland, sondern selbstverständlich auch in Österreich ist eine Vielzahl von kulturellen und wissenschaftlichen Programmpunkten geplant. So steht der Erste Weltkrieg beispielsweise im Mittelpunkt einer Ausstellung auf der Schallaburg unter dem Titel „Jubel & Elend – Leben mit dem Großen Krieg 1914-1918.“ Die Ausstellungs-räume im Heeresgeschichtliche Museum Wien werden neu konzipiert, um mit geographischen, zeitlichen und thematischen Schwerpunkten ein umfassendes Bild der damaligen Ereignisse zu zeigen. Auf Schloß Artstetten gibt es neben der dem Leben von Erzherzog Franz Ferdinand gewidmeten Dauerausstellung „Für Herz & Krone“ die Sonderschau „Vom Machthunger zur Friedenskultur – 100 Jahre nach dem Tod des Thronfolgers“ zu sehen, die die Geschichte aus der Sichtweise Franz Ferdinands beleuchtet.

Mehrere Publikationen werden verschiedene Themen rund um den Ersten Weltkrieg beleuchten. Um stellvertretend nur einige davon zu nennen: Das neue Werk von Manfred Rauchensteiner „Der Erste Weltkrieg



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

Im Bildtext zur Titelseite des »Wiener Salonblatts« hieß es: »Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich, der am 4. Juni 1856 zu Groß-Seelowitz geborene Sohn weiland des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth veritw. gewes. Erzherzogin von Österreich-Este geb. Erzherzogin von Österreich wurde zur Disposition des Oberbefehles Sr. Majestät gestellt und gleichzeitig vom k. k. Landwehr-Oberkommando enthoben.« »Lieber Herr Vetter...«, schrieb Kaiser Franz Joseph, »In Ihrer Eigenschaft als rangältester Armeeeinspektor stelle Ich Sie zur Disposition meines Oberbefehles...«

und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918“ wurde bereits am 19. September 2013 im RadioKulturhaus in Wien vorgestellt. Christa Hämmerle beleuchtet in ihrem ebenfalls im Herbst des Jahres erschienenen Buch „Heimat/Front“ Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn. Die Akademie der Wissenschaften schließlich wird mit der Publikation „Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Bevölkerungsbewegung, Humanverluste, Kriegswirtschaft“ erstmalig und umfassend wesentliche Daten zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg gesammelt und strukturiert zugänglich machen.

Darüber hinaus werden sich im Gedenkjahr 2014 wissenschaftliche Konferenzen, Symposien, Filmprojekte, Forschungsprogramme, Bildungsinitiativen... mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.

Die meisten der Projekte im In- und Ausland sind in der Vorbereitungsphase und werden in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Gestalt annehmen. Sie sind daher eingeladen, in regelmäßigen Abständen die Website des BMeiA zu besuchen, um sich über den aktuellsten Stand der Planungen zu informieren und alle Termine zu informieren:

<http://www.bmeia.gv.at>

Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick.

Beitrag aus einem Grundlagenpapier, das auf Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit sechs anderen Ressort bei namhaften österreichischen WissenschaftlerInnen in Auftrag gegeben wurde.

*Teil 1 der Serie von Manfred Rauchensteiner *)*

Die Entfesselung des Kriegs war ein Vorgang, der bis zu einem gewissen Grad erwartet worden war. Österreich-Ungarn wurde dann zwar zu Recht als jenes Reich herausgegriffen, das mit dem Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 und mit der Kriegserklärung am 28. Juli ganz wesentlich zur Entfesselung beigetragen hat, doch das erklärte nicht die Reaktionen der Entente (England und Frankreich) sowie Rußlands, ebenso wenig wie jene des mit Österreich-Ungarn seit 1879 verbündeten Deutschland. Man begibt sich bei der Kriegsschuldfrage und den Ursachen für den Krieg aber ebenso schnell auf das Gebiet der kontrafaktischen Geschichte wie bei der Frage nach den Gründen, weshalb es keinen Verständigungsfrieden und keine Beendigung der Kampfhandlungen zu einem Zeitpunkt X gegeben hat.

Jeder Staat, der in den Krieg eingetreten ist, verfolgte ganz bestimmte Interessen. Österreich-Ungarn wollte mit einem Sieg über Serbien der Gefahr begegnen, daß Serbien weiterhin seine jugoslawischen Ziele verfolgte und die Habsburgermonarchie destabilisierte. Mit dem Krieg gegen Serbien wurde aber bewußt in Kauf genommen, daß sich Rußland einschaltete, das noch vor dem Sommer 1914 Truppen in seinen östlichen Militärbezirken auf Kriegsstand gebracht hatte. Bereits in dieser frühen Phase des Kriegs wurde die Auflösung ganzer Staaten ins Spiel gebracht: Österreich-Ungarn überlegte die Aufteilung Serbiens auf andere Balkanstaaten (Rumänien, Bulgarien, Griechenland) und Rußland erklärte die Auflösung der Habsburgermonarchie zum Kriegsziel. Dabei setzten alle Kriegführenden auf die bestehenden Bündnisse. Die Entente konnte freilich ihr Bündnis zur Gänze zum Einsatz bringen, während die Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn, ab November 1914 das Osmanische Reich und ab

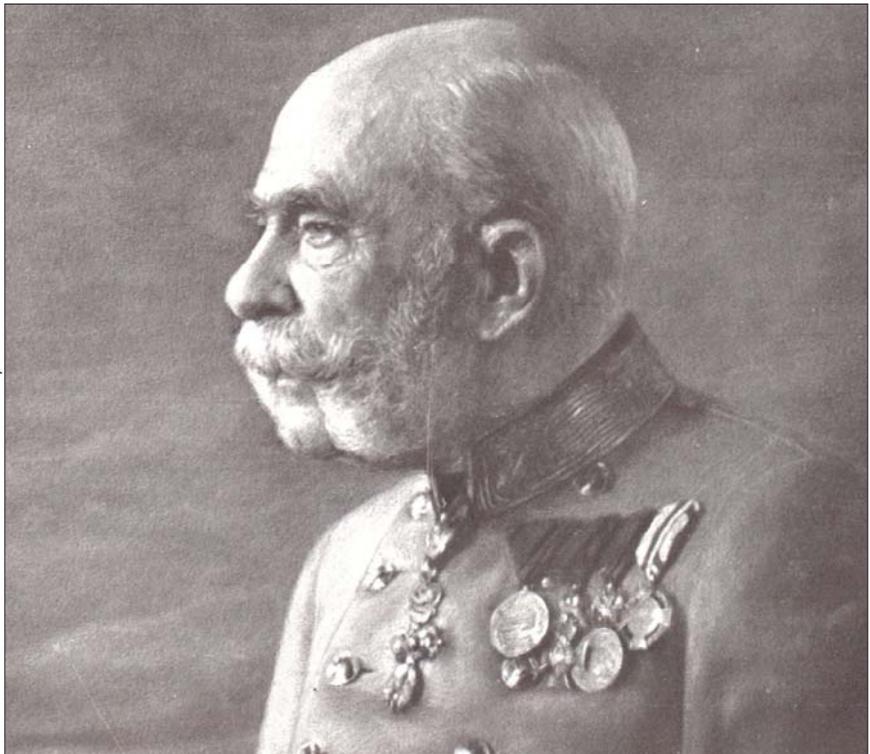


Foto: Erschienen am 25. November 1916 in »Sport & Salon«

Kaiser Franz Joseph (1830 – 1916) spielte bei der Entfesselung des Kriegs eine entscheidende Rolle.

September 1915 Bulgarien) ihre Verbündeten Italien und Rumänien nicht zum Kriegseintritt bewegen konnten.

Die Entfesselung des Kriegs war ein Vorgang, bei dem Kaiser Franz Joseph eine entscheidende Rolle spielte und auch seine extrakonstitutionelle Macht nutzte. Der Kaiser wollte den Krieg und vermied bis zu seinem Tod jegliche Erörterung eines Waffenstillstands oder Sonderfriedens. Auch die schweren militärischen Niederlagen der Habsburgermonarchie gegen Serbien und Rußland und die Besetzung eines Großteils Galiziens 1914 änderten nichts an seinem Entschluß, den Krieg fortzusetzen. Das war jedoch ab dem Winter 1914/15 nur mehr mit deutscher Hilfe möglich. Das österreichisch-deutsche Verhältnis wurde zu einem der ganz entscheidenden Faktoren für den Verlauf des

Kriegs. Dank der massiven militärischen Hilfe Deutschlands konnte die Rückeroberung Galiziens begonnen und Rußland für ein Jahr die Offensivfähigkeit genommen werden. Mit deutscher Hilfe konnte 1915 auch Serbien niedergeworfen werden. Schließlich ermöglichte die deutsche Truppenpräsenz in Polen der k. u. k. Armee, den von Italien am 23. Mai 1915 erklärten Krieg im Südwesten zu führen und die Entscheidung auf diesem Kriegsschauplatz bis 1917/18 offenzulassen.

Im September 1916 kam es zu einer kaum ausreichend beachteten, definitiven Verschiebung der Gewichtungen innerhalb des Bündnisses der Mittelmächte. Nach einer von den Russen überraschend erfolgreich geführten Offensive war Österreich-Ungarn ein weiteres Mal nicht mehr kriegsfähig, erhielt aber wieder so massive deutsche Hilfe, daß

*) Ao. Univ.-Prof. Dr. Manfred Rauchensteiner – siehe Kurzbiographie am Ende des Beitrags

Österreich, Europa und die Welt – »1914–2014«

es nicht zum Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Front im Osten kam. Deutschland forderte jedoch in der Folge einen weitgehenden Souveränitätsverzicht der Habsburgermonarchie. Aufgrund der dann vereinbarten Bestimmungen der „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“ lag die letztinstanzliche und ausschließliche Befehlsgewalt beim deutschen Kaiser, dessen Einfluß sich auf alle Fronten erstrecken sollte, an denen k. u. k. Truppen standen. Letztlich war es auch nur mehr dem deutschen Kaiser gegeben, über Fortsetzung oder Beendigung des Kriegs zu entscheiden. Kaiser Franz Joseph erklärte sich einverstanden.

Nach dem Tod Franz Josephs versuchte Kaiser Karl erfolglos, die deutsche Dominanz zu beenden. Da Österreich-Ungarn aber immer wieder auf deutsche Hilfe angewiesen war, und zwar in militärischer Hinsicht ebenso wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und vor allem auf dem Ernährungssektor, wäre eine Beendigung der deut-

schen Suprematie nur bei Inkaufnahme eines Bündnisbruchs möglich gewesen. Dazu konnte sich Kaiser Karl nicht entschließen. Große militärische Erfolge und das Ausschleiden Rußlands aus dem Krieg schienen noch dazu 1917 einen deutschen und damit auch österreichisch-ungarischen Siegfrieden in greifbare Nähe zu rücken.

Die Völker der Habsburgermonarchie haben auf den Krieg sehr unterschiedlich reagiert. Auch wenn die Kriegsbegeisterung differierte und am stärksten in den deutschen Gebieten der Habsburgermonarchie sowie in Ungarn war, konnte 1914 eine merkliche Geschlossenheit beobachtet werden. Sie begann aber schon im Herbst 1914 zu schwinden, vor allem in den tschechischen und ruthenischen Teilen der Monarchie. Repressionsmaßnahmen, die Aufhebung von Bürgerrechten, Evakuierungen und Internierungen sollten dem begegnen. Die Zahl der Hinrichtungen in den frontnahen Bereichen ging in die Tausende. Die vom k. u. k. Arme-



Foto: Heeresgeschichtliches Museum, <http://www.hgm.or.at>

Manfred Rauchensteiner
Direktor des Heeresgeschichtlichen
Museums a.D.

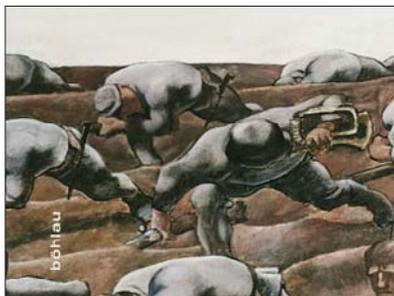
oberkommando geforderte Verhängung des Kriegsrechts über Böhmen unterblieb jedoch. Nichtsdestoweniger zeigte sich die partielle Ablehnung des Kriegs in einem zunehmenden Identitätsschwund und einer vermehrten Desertionsbewegung, vor allem im Winter und Frühjahr 1915. Die Massendesertionen, die als ein primär österreichisch-ungarisches Phänomen zu sehen waren, fanden jedoch ausschließlich am russischen und zeitweilig auch am serbischen Kriegsschauplatz statt. Die Zahl der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen vornehmlich in Rußland erreichte bis Ende 1917 die Zahl von rund zwei Millionen. Gegen Italien war jedoch im Verhalten der Soldaten aller Reichsteile kein Unterschied zu bemerken. Das sollte sich erst 1918 ändern. Bis dahin hatte die k. u. k. Armee mehr als acht Millionen Männer eingezogen. Auch mehr als 30.000 Frauen waren Teil von Österreich-Ungarns gesamter bewaffneter Macht.

Nach dem von Kaiser Karl gewollten Wiederausammentritt des Reichsrats in Österreich Ende Mai 1917 verlagerten sich die Absage an den Krieg und der Widerstand gegen das enge Bündnis mit Deutschland in das Abgeordnetenhaus. Hier zeigten sich bereits 1917 Auflösungserscheinungen, die von Emigrantengruppen gefördert und geschürt wurden. Es wäre aber falsch, für Österreich-Ungarn eine Art Dolchstoßlegende zu erfinden. Front und Hinterland hatten ihre jeweils eigenen Entwicklungen wie Wahrnehmungen und erlebten synchrone Zerfallsprozesse. Trotz des Ende 1917 von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen in Ita-

Manfred Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie



Nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajevo stand fest, daß es Krieg geben würde. Kaiser Franz Joseph wollte es und in Wien rechnete man durchaus mit der Möglichkeit eines großen Kriegs. Wie der Krieg entfesselt wurde und bereits Wochen später



**DER ERSTE
WELTKRIEG
UND DAS ENDE
DER HABSBURGER-
MONARCHIE**

Manfred
Rauchensteiner

wieder deutsche Truppenhilfe bekam, hat bis heute nichts an Dramatik verloren. Zwei Monate vor seinem Tod verzichtete der österreichische Kaiser auf einen Teil seiner Souveränität und willigte in eine gemeinsame oberste Kriegsleitung unter der Führung des deutschen Kaisers ein. Der Nachfolger Franz Josephs, Kaiser Karl, konnte das nie mehr rückgängig machen. Auch ein Teil der Völker Österreich-Ungarns fürchtete die deutsche Dominanz. Schließlich konnten nicht einmal die militärischen Erfolge 1917 den Zerfall der Habsburgermonarchie verhindern. Das Buch beruht auf jahrzehntelangen Forschungen und bleibt bis zur letzten Seite fesselnd, obwohl man das Ende kennt. Viele Zusammenhänge werden aber erst jetzt klar. Rauchensteiner sieht den Ersten Weltkrieg als Zeitenwende. Ob er die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts war, muß der Leser entscheiden. ■

Manfred Rauchensteiner:
*Der Erste Weltkrieg und das Ende der
Habsburgermonarchie*

Böhlau Wien-Köln-Weimar 2013.

1222 Seiten, 32 s/w-Abb. und 2 Karten

Preis: 45 Euro, ISBN 978-3-205-78283-4

Österreich-Ungarn nur deshalb nicht zur Aufgabe gezwungen war, weil es immer

Der Link auf die Detailseite von [thalia.at](http://www.thalia.at), wo Sie dieses Buch gleich online bestellen können:

<http://partners.webmasterplan.com/click.asp?ref=682206&site=9139&type=text&mb=1&pid=9783205782834>

lien errungenen Siegs (12. Isonzoschlacht) war man einem Siegfrieden um nichts näher gekommen. Rund die Hälfte der 1918 noch immer über vier Millionen Soldaten zählenden k. u. k. Armee wurde im Inneren des Reichs gebraucht, um Arbeitskräfte zu stellen, Deserteure aufzuspüren und vor allem Unruhen niederzuhalten. Der Hunger, der im Herbst 1916 ausgebrochen war, konnte trotz der Zuschübe aus der Ukraine und Rumänien nicht mehr eingedämmt werden. Die Alliierten, zu denen sich nach der amerikanischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn am 7. Dezember 1917 auch die USA gesellt hatten, erklärten immer öfter die Auflösung Österreich-Ungarns zu einem wesentlichen Kriegsziel. Militärisch ließ sich dem nicht mehr begegnen. Die letzte österreichisch-ungarische Offensive im Juni 1918 scheiterte schon nach zwei Tagen. Von da an

begann die Auflösung des Reichs. Österreich-Ungarn hatte seine Wehrfähigkeit eingebüßt. Es gab keine gemeinsame Perspektive mehr. Die Identität des Gesamtreichs wurde fragmentiert. Kaiser Karl trug dem mit seinem „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918 Rechnung, in dem er den Völkern seines Reichs den Weg freigab. Die am 24. Oktober 1918 einsetzende Offensive der Alliierten in Italien traf auf keinen intakten militärischen Organismus mehr, und der am 3. November in der Villa Giusti bei Padua abgeschlossene Waffenstillstand gab dem in bereiteter Weise Ausdruck, da die k. u. k. Armee die Kampfhandlungen einstellte, noch ehe der Waffenstillstand gültig geworden war. Mittlerweile hatten bereits die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, Sieger und Besiegte, ihre Unabhängigkeit erklärt. ■

Manfried Rauchensteiner

ist am 25. Juli 1942 in Villach geboren und ist österreichischer Historiker und Autor.

Rauchensteiner studierte von 1961 bis 1966 Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. Seit 1966 war Rauchensteiner wissenschaftlicher Beamter am Heeresgeschichtlichen Museum (HGM).

Im Jahr 1975 habilitierte er sich für österreichische Geschichte an der Universität Wien und ist seit dieser Zeit Dozent in Wien und Innsbruck, daneben hat er auch Lehraufträge an der Diplomatischen Akademie Wien und an der Landesverteidigungsakademie. Von 1988 bis 1992 war er Leiter des Militärhistorischen Dienstes im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLVS). In der Zeit vom 1. August 1992 bis 31. August 2005 hatte Rauchensteiner das Amt des Direktors des Heeresgeschichtlichen Museums (Hofrat) inne. Seit 1999 bekleidet er das Amt des Präsidenten der Österreichischen Kommission für Militärgeschichte. Das Schwergewicht der Forschung liegt auf der Militär- und Zeitgeschichte. Er ist Mitglied des Erweiterten Wissenschaftlichen Beirates des BMLVS für das Militärgeschichtliche Forschungsamt.

Rauchensteiner ist Herausgeber der Reihe Militärhistorische Dissertationen Österreichischer Universitäten. Darüber hinaus ist Rauchensteiner Autor zahlreicher kleinerer Arbeiten, Aufsätze und Zeitungsartikel und betreut Fernseh- und Hörfunkproduktionen. Rauchensteiner erhielt 2004 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Schriften

Eine Vielzahl von Publikationen dokumentieren Rauchensteiners wissenschaftliche Arbeit, darunter:

Der Krieg in Österreich 1945,

Österreichischer Bundesverlag, Wien 1984, ISBN 3-215-01672-9

Der Sonderfall.

Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Styria-Verlag, Wien/Graz 1985, ISBN 3-222-11219-3

Die Zwei.

Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1987, ISBN 3-215-06433-2

Der Tod des Doppeladlers.

Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Styria-Verlag, Wien/Graz 1994, ISBN 3-222-12116-8

Das Heeresgeschichtliche Museum in Wien

Verlag Styria, Wien 2000, ISBN 3-222-12834-0

Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie

Böhlau, Wien 2013, ISBN 978-3-205-78283-4

Quelle:

http://de.wikipedia.org/wiki/Manfried_Rauchensteiner

Jahresübersicht der Beiträge

1. Motivenbericht und Einleitung

Ausgabe 127 / E: 03.02.2014

2. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick

Von Manfred Rauchensteiner
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014

3. Über die Kriegsschuld

Von Helmut Konrad
Ausgabe 128 / E: 27.02.2014

4. Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs

Von Anton Pelinka
Ausgabe 129 / E: 27.03.2014

5. „Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914

Von Oliver Rathkolb
Ausgabe 130 / E: 30.04.2014

6. Soziale Militarisierung

Von Christa Hämmerle
Ausgabe 131 / E: 30.05.2014

7. Der Krieg und die Medien

Von Wolfgang Maderthaler
Ausgabe 132 / E: 30.06.2014

8. Fronterfahrung

Von Helmut Konrad
Ausgabe 133 / E: 31.07.2014

9. Kriegführung und humanitäre Folgen

Von Verena Moritz
Ausgabe 134 / E: 28.08.2014

10. Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs

Von Christa Hämmerle und Gabriella Hauch
Ausgabe 135 / E: 09.10.2014

11. Folgen des Ersten Weltkriegs

Von Stefan Karner
Ausgabe 136 / E: 30.10.2014

12. Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit

Von Verena Moritz
Ausgabe 137 / E: 25.11.2014

13. Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnisstraditionen in (transnational)er Perspektive

Von Heidemarie Uhl
Ausgabe 138 / E: 22.12.2014

Anm.: Die Erscheinungstermine können um bis zu drei Tage verschoben werden. Die Redaktion.

Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns

1914

28. Juni:
Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo

23. Juli:
Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien

25. Juli:
Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien

28. Juli:
Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

29. Juli:
Teilmobilmachung in Rußland

30. Juli:
Beginn der Generalmobilmachung in Rußland

31. Juli:
Deutsches Ultimatum an Rußland

1. August:
Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Rußland

3. August:
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens

4. August:
Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich

05. August:
Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn

06. August:
Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

11. August:
Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn

12. August:
Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn

23. August:
Beginn der Schlacht von Krasnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen

Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914)

26. August:
Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen

27. August:
Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn

2. September:
Eroberung von Lemberg durch russische Truppen

8. September:
Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien

22. Oktober:
Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte

16. November:
Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien

1. Dezember:
Schlacht bei Limanowa-Lapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember)

2. Dezember:
Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen

3. Dezember:
Beginn der serbischen Gegenoffensive

15. Dezember:
Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet

1915

13. Januar:
Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern

23. Januar:
Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres

6. Februar:
Rumänisch-italienisches Defensivbündnis

22. März:
Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl

22. April:
Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern

25. April:
Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli)

26. April:
Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente

2. Mai:
Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice

4. Mai:
Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien

7. Mai:
Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot

23. Mai:
Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn

3. Juni:
Przemysl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert

22. Juni:
Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit

23. Juni:
Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli)

17. Juli:
Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August)

Österreich, Europa und die Welt – »1914–2014«

26. August:
Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Rußland

6. September:
Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien

6. Oktober:
Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietsveränderungen vertragen würden.

8. Oktober:
Eroberung von Belgrad

14. Oktober:
Kriegserklärung Bulgariens an Serbien

18. Oktober:
Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November)

10. November:
Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember)

25. November:
Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amsfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar)

Dezember:
Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe

1916

4. Januar:
Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro

8. Januar:
Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten

11. Januar:
Besetzung des Lovcen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen

23. Januar:
Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien

21. Februar:
Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich

29. Februar:
Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen

11. März:
Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März)

16. März:
Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana

15. Mai:
Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“)

31. Mai:
Seeschlacht im Skagerrak

4. Juni:
Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres

6. bis 22. Juni:
Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee

16. Juni:
Ende der Schlacht in Südtirol

29. Juni:
Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz

4. August:
Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert

23. August:
Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich

27. August:
Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen

28. August:
Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien

September:
Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte

1. September:
Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien

14. September:
Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September)

22. September:
Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen

9. Oktober:
Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober)

21. Oktober:
Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber

31. Oktober:
Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November)

5. November:
Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn

21. November:
Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I

6. Dezember:
Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte

12. Dezember:
Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt)

18. Dezember:
Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson

20. Dezember:
Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k.-Minister des Äußern

1917

Januar bis Mai:
Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab

12. Januar:
Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Rußland; Status quo in der polnischen Frage

1. Februar:
Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs

Österreich, Europa und die Welt – »1914–2014«

27. Februar:
General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab

Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist

12. März:
Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Rußland

15. März:
Zar Nikolaj II. von Rußland dankt ab

6. April:
Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich

19. bis 21. April:
Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt

23. April:
Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn

12. Mai:
Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni)

15. Mai:
Seegefecht in der Otrantostraße

30. Mai:
Wiederzusammentritt des österreichischen Reichsrats

10. Juni:
Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigaraschlacht; bis 29. Juni)

15. Juni:
Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tiszas als ungarischer Ministerpräsident

27. Juni:
Griechenland tritt der Entente bei
29. Juni:
Offensive des russischen Heeres in Weißrußland (Kerenskij-Offensive)

02. Juli:
Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich.
Kaiser Karl erläßt eine Amnestie für politische Delikte

Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive

16. bis 18. Juli:
Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheitert

20. Juli:
Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen

18. August:
Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September)

24. Oktober:
Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave

07. November:
Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland

20. bis 29. November:
Alliiertes Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“

3. Dezember:
Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland (Waffenstillstand am 15. Dezember.
Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember)

7. Dezember:
Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn

Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focsani

1918

3. bis 25. Januar:
Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand

6. Januar:
„Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat

8. Januar:
Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“)

1. Februar:
Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt

9. Februar:
Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik

28. Februar:
K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine

Ende Februar:
Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen

3. März:
Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland

14. März:
Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte

21. März:
Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli)

1. April:
Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien – Olmütz – Krakau – Lemberg – Kiew aufgenommen

8. April:
Kongreß der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April)

12. April:
Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück

25. April:
Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli)

7. Mai:
Abschluß des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien

12. Mai:
Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich

Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai)

Österreich, Europa und die Welt – »1914–2014«

30. Mai:
Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern

10. Juni:
Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda

15. Juni:
Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen

6. Juli:
Beginn der alliierten Offensive in Albanien

17. Juli:
Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen

8. August:
Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich

9. August:
Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien

14. September:
Friedensnote Kaiser Karls „An alle“

15. September:
Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober)

18. September:
Beginn der alliierten Offensive in Palästina

26. September:
Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat

29. September:
Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten

Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstands

1. Oktober:
Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen

3. Oktober:
Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen

Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson

6. Oktober:
Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb

14. Oktober:
Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris

16. Oktober:
Völkermanifest Kaiser Karls

18. Oktober:
Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab

21. Oktober:
Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs

23. bis 26. Oktober:
Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats

24. Oktober:
Beginn der alliierten Offensive am Piave Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern

27. Oktober:
Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch

28. Oktober:
Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag

Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat

30. Oktober:
Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung

31. Oktober:
Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet

01. November:
Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad

2. November:
Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November:
Abschluß des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten)



Restriktives Budgetprovisorium auf dem Prüfstand

Über die Notwendigkeit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen waren sich die RednerInnen in der Sitzung des Nationalrats vom 29. Jänner weitgehend einig. Über das Wie und Wo beim Sparen schon weniger..

Das gesetzliche Budgetprovisorium, das der Nationalrat am 29. Jänner auf Antrag und mit der Mehrheit von SPÖ und ÖVP an die Stelle des derzeit geltenden automatischen Provisoriums setzte, ist ausdrücklich restriktiv und kürzt gestaltbare Mittelverwendungen (früher „Ermessensausgaben“) um 500 Mio. Euro. Zugleich gelten für wichtige Zukunftsaufgaben, etwa bei den Universitäten, Ausnahmen, klärten die Staatssekretäre Jochen Danninger (ÖVP) und Sonja Stebl (SPÖ) mit Unterstützung von Abgeordneten der Regierungsparteien auf. Auf Kritik der Grünen stieß der Plan der Regierung, im Mai zugleich mit dem Budget für 2014 bereits einen Haushalt für 2015 beschließen zu wollen. Die Abgeordneten der Opposition fragten, wie schon im Budgetausschuß, wo in den Ressorts konkret der Sparstift angesetzt wird und warnten vor Einschnitten, vor allem zulasten von Bildung, sozialen Initiativen, Frauen und der Sicherheit. Thematisiert wurden auch die Steuerpläne der Koalition. Ihre speziellen Wünsche zur Budget- und Finanzpolitik brachten die MandatarInnen der Opposition mittels – bei der Abstimmung durchwegs abgelehnten – Entschließungsanträgen zum Ausdruck.

Das gesetzliche Budgetprovisorium entspricht der veränderten Ressortverteilung in der neuen Bundesregierung und ermöglicht auch notwendige Umschichtungen, insbesondere zur Realisierung der seit Anfang 2014 geltenden Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

FPÖ gegen Schließung von Polizeidienststellen

Die Debatte eröffnete FPÖ-Abgeordneter Gernot Darmann, der die Desinformationspolitik der alten und neuen Bundesregierung in Erinnerung rief. Statt daß Milch und Honig fließen, wie dies SPÖ und ÖVP den Menschen im Wahlkampf versprochen haben, rolle nun eine Belastungswelle auf die Menschen zu. Brutal gespart werde etwa bei der Sicherheit: Minus 38 Mio. Euro seien bei der Polizei budgetiert, kritisierte Darmann. Bedroht sei der ländliche Raum, vor allem

auch in Kärnten. Darmann befürchtet einen „Kahlschlag bei der Polizei“ und eine weitere Verlängerung der Interventionszeit der Exekutive, was einen erfolgreichen Kampf gegen die Kriminalität beeinträchtige. Da die Regierungsparteien die Sorgen der Bevölkerung bei Postenschließungen ignoriere, wandte sich Darmann in einem Entschließungsantrag seiner Fraktion gegen die Schließung von Polizeidienststellen und schloß mit den Worten: „Beim Thema Sicherheit ist die FPÖ den Menschen im Wort.“

Seitens der FPÖ kündigte Walter Rosenkranz im weiteren Verlauf der Debatte eine Reihe von Entschließungsanträgen an, mit denen seine Fraktion der Regierung ihre Anliegen mit auf den budgetpolitischen Weg gebe. Dazu gehörten angesichts des „Burgtheaterskandals“ die Aussetzung von Lohn erhöhungen für Kulturmanager, da die „Freiheit der Kunst“ dort ende, so Rosenkranz, wo Steuergeld eingesetzt werde. Ein weiterer Entschließungsantrag galt angesichts jüngster Krawalle in Wien dem Ausschluß der Jugendorganisation der Grünen von öffentlichen Förderungen. Rosenkranz appellierte an die Grünen, sich von Gewaltaufrufen auf der Homepage ihrer Jugendorganisation zu distanzieren. Angesichts eines Wertverlusts der Fachhochschulförderung von 12 Prozent seit 2009 verlangte FPÖ-Abgeordneter Andreas Karlsböck eine Erhöhung dieser Fördersätze. Sein Klubkollege Axel Kassegger sah die Erfüllung der Aufgaben des Bundesheeres durch die geplanten Budgetkürzungen gefährdet und drängte auf ein besseres Heeresbudget.

ÖVP verteidigt die geplante Sicherheitsreform

Die neue Obfrau des Budgetausschusses, Gabriele Tamandl (ÖVP), erläuterte die Ausgabenbindung für gestaltbare Mittelverwendungen im Ausmaß von 500 Mio. Euro und wandte sich gegen die Kritik an den geplanten Reformen bei der Polizei. Diese entsprächen den Vorschlägen des Rechnungshofs sowie internationalen Vorbildern, etwa in München, erklärte sie. Von einem Kahl-

schlag bei der Polizei könne keine Rede sein. Tamandl, die Verständnis für die Sorgen mancher Bürgermeister äußerte, zeigte sich zuversichtlich, daß es gelingen werde, die Sicherheit für die BürgerInnen durch die Polizeireform zu verbessern. Ein ausgeglichener Haushalt bis 2016 und dessen Erhaltung über dieses Datum hinaus habe für die Bundesregierung absolute Priorität, daher seien die vorgeschlagenen Einsparungen notwendig.

Auch Tamandls Klubkollege August Wöginger bekannte sich gemeinsam mit Werner Groß zum Beschluß eines gesetzlichen Budgetprovisoriums sowie zu den dabei budgetierten Einsparungen. Vorwürfe wegen Einsparungen bei der Polizei wies der Redner als falsch zurück, weil bei den Polizeiplanstellen nicht gespart werde, sondern nur Polizeiposten zusammengezogen würden. Ein strukturelles Nulldefizit – Ziel für das Jahr 2016 – ist für Wöginger eine unabdingbare Notwendigkeit, um die Finanzen der Republik nachhaltig zu gestalten. In diesem Sinne mahnte auch Nikolaus Prinz (ÖVP) die Verantwortung der Politik ein, Österreich weiterhin aus der immer noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise herauszuführen, ein gutes Budget 2014 zu erstellen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dem dienten die vorgeschlagenen Ausgabenbindungen bei den „Ermessensausgaben“. Gabriel Obernosterer (ÖVP) kam auf das Thema Sicherheitsreform zurück und erinnerte die FPÖ an die Mahnung des Rechnungshofs, diese Reform im Interesse der Menschen voranzutreiben. Abgeordneter Andreas Zakostelsky (ÖVP) meinte, Österreich stehe finanziell gut da. Die „Ermessensausgaben“ würden um 6,6 Prozent gekürzt, wobei aber bei den Ärmsten nicht gespart und die EZA-Kürzungen zurückgenommen werde. „Die ÖVP ist eine christlich-soziale Partei“, unterstrich Andreas Zakostelsky.

Grüne verlangen zukunftsorientierte Prioritäten in der Budgetpolitik

Bruno Rossmann (Grüne) problematisierte die Prioritätensetzung der Bundesregie-

Innenpolitik

rung in der Budgetpolitik und verlangte Prioritäten auch für bildungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Ziele. Gefragt sei eine Konsolidierungspolitik, die das Wachstum nicht beeinträchtigt. Die Kürzung der „Ermessensausgaben“ gehen seiner Meinung nach zu Lasten von Bildung, Frauen und sozialen Initiativen. Statt inhaltlicher Prioritäten herrsche Mängelverwaltung und gleichmäßiges Kürzen. Auch sollte das Budget 2015 nicht vor dem Sommer, sondern auf Grund dann aussagekräftigerer Prognosedaten für 2015 im Herbst beschlossen werden, sagte Rossmann. Die Änderung des Bundesfinanzrahmens sehe für die Hypo-Alpe-Adria lediglich 133 Mio. Euro vor, obwohl laut Vizekanzler Spindelegger bekannt sei, daß die Hypo 2014 eine Mrd. Euro brauchen werde. Somit entspreche diese Vorlage nicht dem Grundsatz des Haushaltsrechts, daß das Budget die finanzielle Situation des Bundes getreu wiederzugeben habe, stellte er fest.

Rossmanns Fraktionskollege Wolfgang Zingl (Grüne) urgierte beim Finanzminister Antworten auf Fragen zum Themenkomplex ORF und Filmwirtschaft, wobei er von der Bundesregierung verlangte, die filmwirtschaftlich relevanten Punkte des Regierungsprogramms umzusetzen, damit der ORF seine wichtige Rolle für die Filmwirtschaft erfüllen kann. Abgeordneter Matthias Köchl (Grüne) wandte sich gegen die Verunsicherung von Einpersonen-Unternehmen durch die Diskussion über die Einschränkung des Gewinnfreibetrags und plädierte für eine Verdoppelung des Gewinnfreibetrags, wobei es dem Redner in seinem Entschließungsantrag darum ging, die Verpflichtung zu beseitigen, in begünstigte Wertpapiere zu investieren. Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne) beklagte, daß Österreich bei der bilateralen EZA noch weit von seinen Zielen entfernt sei und begründete damit Ihren Entschließungsantrag zur Verbesserung der EZA.

SPÖ: Zugleich sinnvoll sparen und sinnvoll investieren

Kai Jan Krainer (SPÖ) erinnerte an die Notwendigkeit, ein Budgetprovisorium zu schaffen, das der neuen Ressortgliederung entspricht. Außerdem werde sinnvoll gespart und sinnvoll investiert und damit ein Grundsatz verfolgt, mit dem Österreich besser als alle anderen europäischen Länder durch die Krise gekommen sei. Zugleich bekannte sich Krainer zu dem Ziel, 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, betonte aber, daß es auch andere politische

Prioritäten, vor allem auch um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gehe. Den Vorwurf einer „Rasenmähermethode beim Sparen“ wies Krainer zurück und machte auf Ausnahmen, etwa für Bildung und Wissenschaft aufmerksam. Mit den im Budgetprovisorium vorgesehenen 133 Mio. Euro für die Hypo werde man bis Ende des Budgetprovisoriums das Auslangen finden. Mehr Geld werde erst im weiteren Verlauf des Jahres gebraucht, diese Budgetvorsorge sei erst bei den Planungen für das ordentliche Budget 2014 zu berücksichtigen.

Mit Cornelia Ecker argumentierte eine weitere SPÖ-Abgeordnete für das gesetzliche Budgetprovisorium, für die sorgfältige Ausarbeitung eines qualitätsvollen Budgets 2014 und für die Fortsetzung des Konsolidierungspfads in Richtung strukturell ausgeglichenes Budget 2016.

Hubert Kuzdas (SPÖ) setzte sich mit den RednerInnen der Oppositionsparteien auseinander und warf ihnen eine widersprüchliche Argumentation vor, wenn sie zugleich Einsparungen und Mehrausgaben verlangten. Es gelte, die Fortsetzung des Konsolidierungskurses sicherzustellen, wobei wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung ausdrücklich von den Ausgabenbindungen ausgenommen seien. Neue Universitäten brauchten zusätzliches Geld, hielt der Abgeordnete fest und riet dazu, sich bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung an den europäischen Spitzenreitern, etwa den Skandinaviern, zu orientieren.

Einmal mehr für die Einführung von Vermögensteuern plädierten die SPÖ-Abgeordneten Karin Greiner und Rainer Wimmer, der darauf hinwies, daß die Löhne in Österreich mit einem Steuersatz belastet werden, der im internationalen Spitzenfeld liegt. Schließlich begrüßte Abgeordnete Petra Bayr (SPÖ) die Ausnahme bei der Kürzung von „Ermessensausgaben“ zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit.

Team Stronach gegen Steuerlawine und Schließung von Polizeiposten

Waltraud Dietrich (Stronach) sprach die Befürchtung einer Belastung der Menschen durch eine Steuerlawine aus. Es sei daher hoch an der Zeit, den SteuerzahlerInnen deutlich zu machen, wie sehr die Regierung die Menschen belaste und zugleich Geld verschwende. Das vertreibe, wie auch WKO-Präsident Christoph Leitl richtig erkannt habe, die Unternehmen und vernichte Arbeitsplätze. Die Menschen verlangten Jobs

und Investitionen in die Wirtschaft. Daher tritt das Team Stronach dafür ein, die Wirtschaft anzukurbeln, sagte Klubobfrau Dietrich. Die Rednerin wandte sich entschieden auch gegen die Absicht, Polizeiposten im ländlichen Raum zu schließen. „Sicher sei dort nur noch der Einbrecher“, sagte Dietrich pointiert, „weil er genau weiß, daß die Polizei 40 Minuten braucht, bis sie am Einsatzort eintrifft.“ Es ist die Verantwortung der Politik, dafür zu sorgen, daß sich die Menschen sicher fühlen. Diesen Grundsatz vertrat auch Abgeordneter Christoph Hagen (Stronach), der in seiner Wortmeldung der ÖVP Vorarlberg Doppelmoral in der Sicherheitspolitik vorwarf.

NEOS für Parlamentssanierung und Kürzung der Parteienförderung

Rainer Hable (NEOS) zeigte Einigkeit mit den anderen Fraktionen über die notwendige Sanierung des Parlamentsgebäudes, äußerte aber zugleich eine unterschiedliche Ansicht hinsichtlich der Finanzierung des Projekts. Die NEOS wollen die erforderlichen Mittel durch eine Kürzung der Parteienförderung sicherstellen. Der Redner bekannte sich zur öffentlichen Parteienförderung, ortete aber Einsparungspotential, da Österreich bei der Parteienförderung im internationalen Spitzenfeld liege, und legte dazu einen Entschließungsantrag seiner Fraktion vor.

NEOS-Abgeordneter Nikolaus Alm wandte sich gegen undefinierte Einsparungen und zugleich gegen Einschränkungen bei der Förderung kleiner GmbH. Es sei gut, wenn die ÖVP die Gewerbeordnung novellieren, die Wirtschaft entbürokratisieren und die Lohnnebenkosten senken wolle. Den NEOS gehe es vor allem darum, kleine Unternehmen zu unterstützen, Start-ups möglichst rasch in die Gewinnzone und Risikokapital in die Unternehmen zu bringen. In einem Entschließungsantrag drängte der Redner auf die Abschaffung der Gesellschaftsteuer und auf Abschaffung der Mindest-KöSt. Mindeststammkapital stelle eine Bevormundung von UnternehmerInnen dar und sollte abgeschafft werden, sagte er. Dem entspricht ein Entschließungsantrag der NEOS mit dem Titel „GmbH Zero“. NEOS-Klubobmann Matthias Strolz erinnerte die ÖVP an die Forderung von WKO-Präsident Christoph Leitl, der sich für Beibehaltung des Gewinnfreibetrags ausgesprochen hat und forderte die ÖVP-MandatarInnen in dieser Gewissensfrage dazu auf, gegen ihre Klublinie aufzutreten.

Innenpolitik

Die neuen Finanzstaatssekretäre zum Budgetprovisorium

Staatssekretär Jochen Danninger (ÖVP) begründete das gesetzliche Budgetprovisorium mit Änderungen in der Kompetenzverteilung innerhalb der Bundesregierung und mit Berücksichtigung finanzieller Notwendigkeiten bei der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Außerdem ermögliche das gesetzliche Budgetprovisorium, Unregelmäßigkeiten beim Eingang der Steuermittel auszugleichen. Dazu komme eine Ausgabenbindung von 500 Mio. Euro auf gestaltbare Mittelverwendungen, wobei die Ressorts eigenständig entscheiden werden, wo sie Einsparungen vornehmen. Mit ihrem Budgetentwurf wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die EZA-Mittel 2014 nicht gekürzt werden, kündigte Danninger an. Das Budgetprovisorium erlaube es, das ordentliche Budget 2014 sorgfältig vorzubereiten, dabei die Budgetkonsolidierung voranzutreiben und zugleich Beschäftigung und Wachstum sicherzustellen, hielt er fest.

Staatssekretärin Sonja Stebl (SPÖ) sah Österreich als ein Erfolgsmodell, das besser durch die Krise gekommen sei als andere Länder und nach wie vor steigende Beschäftigung, niedrige Zinsen und eine bessere Arbeitslosenrate als die anderen Länder aufweise. Als Ursachen dafür nannte die Staatssekretärin die Sozialpartnerschaft, eine ausgewogene Budget- und Finanzpolitik sowie die Europaorientierung und die Exportkraft der Wirtschaft. Erster Schritt auf dem Weg der Fortsetzung dieser Politik sei das vorliegende Budgetprovisorium, das auf das Ziel gerichtet sei, bis 2016 mit sinnvollem Sparen ein ausgeglichenes strukturelles Budget zu erreichen. Investieren will die Staatssekretärin in die ganztägige Kinderbetreuung und in die Jugend im ländlichen Raum. Dafür spare der Staat bei sich selbst, betonte Stebl. Eine „GmbH Zero“, wie sie die NEOS wollen, hielt Stebl für keine gute Idee und meldete Konsumentenschutz-Bedenken an. Außerdem gehe es um Steuergerechtigkeit gegenüber den ArbeitnehmerInnen. Die Staatssekretärin informierte über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Steuerstrukturreform zur Entlastung des Faktors Arbeit.

Keine Mehrheit für Entschließungsanträge der Opposition

Die Anträge der Oppositionsparteien wurden bei der Abstimmung mangels Mehrheit durchwegs abgelehnt. Im Einzelnen ging es um folgende Anliegen: Für die NEOS ver-

langte Abgeordneter Nikolaus Alm eine Neuregelung im Körperschaftsteuergesetz, die Einrichtung einer GmbH „Zero“ und eine Neuregelung der Gesellschaftsteuer im Kapitalverkehrssteuergesetz, während sein Fraktionskollege Matthias Strolz (NEOS) für eine Reduktion der Bundes- und Landesparteien-Förderung und die Verwendung der Minderaufwendungen zur Sanierung des Parlaments sowie für die Beibehaltung des Gewinnfreibetrags im Einkommensteuergesetz eintrat.

Dieser Antrag wurde namentlich abgestimmt und blieb mit 50 zu 115 Stimmen in der Minderheit.

Bei den Grünen machte sich Matthias Köchl für eine Verdoppelung des Grundbetrags beim Gewinnfreibetrag im Einkommensteuergesetz stark und Tanja Windbüchler-Souschill wollte die österreichische Entwicklungszusammenarbeit endlich auf stabi-

le Beine stellen. Grünen-Abgeordneter Wolfgang Zinggl wiederum drängte auf Lösungen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Filmwirtschaft.

FPÖ-Abgeordneter Andreas Karlsböck beantragte einen Entwicklungs- und Finanzierungsplan für die Fachhochschulen und die Erhöhung der Fördersätze für Studienplätze in Fachhochschulen. Sein Klubkollege Walter Rosenkranz schlug vor, Gehaltserhöhungen für hochdotierte Kulturmanager auszusetzen und die Parteienförderung für die „Jungen Grünen“ zu streichen. Ein weiterer Entschließungsantrag der FPÖ wandte sich gegen die Schließung von Polizeidienststellen und wurde in namentlicher Abstimmung mit 43 zu 120 Stimmen abgelehnt. Schließlich traten die Freiheitlichen für eine bessere budgetäre Ausstattung des Bundesheeres ein. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Änderung des Bundesministerengesetzes

Die zahlreichen Proteste haben letztendlich nicht gefruchtet: Der Nationalrat stimmte in seiner Sitzung vom 29. Jänner mehrheitlich einer Änderung des Bundesministerengesetzes und damit einer Zusammenlegung des Wissenschaftsressorts mit dem Wirtschaftsministerium zu. Das neue Ressort wird künftig die Bezeichnung Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft tragen. Der Beschluß fiel mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP, lediglich der frühere Wissenschafts- und Forschungsminister und nunmehrige ÖVP-Abgeordnete Karlheinz Töchterle wich von der Koalitionslinie ab.

Mit berücksichtigt bei der Abstimmung wurde auch ein Abänderungsantrag der Koalitionsparteien mit lediglich technischen Änderungen. Anträge der Opposition, die auf eine geänderte Kompetenzverteilung abzielten, blieben hingegen in der Minderheit. Auch der Vorstoß der NEOS, eine zumindest vierwöchige Begutachtungsfrist von Regierungsvorlagen gesetzlich zu verankern, wurde abgelehnt.

Gesamtzahl der Ressorts bleibt unverändert

Anstelle des Wissenschaftsministeriums wird es künftig ein eigenständiges Bundesministerium für Familie und Jugend unter der Leitung von Sophie Karmasin geben. Außerdem nimmt der neue Außenminister Sebastian Kurz seine Kompetenzen für Inte-

grationsangelegenheiten vom Innenministerium ins Außenministerium mit, das nun Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres heißen wird. Für Kunst und Kultur wird das Bundeskanzleramt zuständig sein. Im Gegenzug werden dem Unterrichtsministerium die Frauenagenden übertragen, es nennt sich in Hinkunft Bundesministerium für Bildung und Frauen.

Die Gesamtzahl der Ressorts – zwölf plus das Bundeskanzleramt – bleibt gleich, allerdings hat die Regierung, wie SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder hervorhob, zwei Staatssekretäre eingespart.

Opposition lehnt Bundesministerengesetz geschlossen ab

Von seiten der Opposition wurde das neue Bundesministerengesetz geschlossen abgelehnt. FPÖ, Grüne, Team Stronach und NEOS kritisierten nicht nur die Zusammenlegung des Wissenschaftsministeriums mit dem Wirtschaftsressort, sondern stellten zum Teil auch andere Kompetenzverschiebungen in Frage. So setzt die Regierung nach Meinung von Grünen-Abgeordneter Alev Korun mit der Verschiebung der Integrationsagenden in das Außenministerium ein fatales Signal. Schließlich habe Integration mit Menschen zu tun, die im Inland lebten, argumentierte sie. Die Integrations-Sektion wird im Außenministerium ihr zufolge zudem stets ein Fremdkörper bleiben. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Burgenland sitzt Bundesrat und Landeshauptleutekonferenz vor

Bundesratspräsident Lampel erfreut über »klares Bekenntnis zum Bundesrat«

Mit Jahreswechsel ging der Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz von Wien an das Burgenland. Im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses übergab Wiens Landeshauptmann Michael Häupl am 23. Jänner den Vorsitz offiziell an den Landeshauptmann des Burgenlandes, Hans Niessl. Der Vorsitz zwischen den Ländern wechselt alle sechs Monate nach alphabetischer Reihenfolge, parallel zum Wechsel der Bundesratspräsidenten. So waren auch der scheidende Präsident des Bundesrates, Reinhard Todt, sowie dessen Nachfolger, Michael Lampel, unter den vielen prominenten Gästen der Veranstaltung.

Michael Häupl und Hans Niessl sprachen einander den Dank für die gute Zusammenarbeit aus. „Bei der Landeshauptleutekonferenz spielt Parteipolitik nur eine geringe Rolle, die Interessen der Länder stehen im Vordergrund“, betonte Häupl. Nur durch die konstruktive Zusammenarbeit könnten einstimmige Beschlüsse erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Häupl für eine regionale bürgernahe Politik und damit für den Föderalismus aus. Vor diesem Hintergrund brauche es auch eine Aufwertung des Österreichischen Bundesrates, etwa durch die Einräumung eines Vetorechts beim Finanzausgleichsgesetz. „Von einer Abschaffung des Bundesrates habe ich noch nie viel gehalten“, stellte der Bürgermeister klar.

Für Hans Niessl war die Übernahme des Vorsitzes im Wiener Rathaus etwas Besonderes, „denn diese Länder verbinde sehr viel“. Die Verbindung sei nicht nur verbal, sondern real und werde auch gelebt. Gemeinsam würden wichtige Impulse gesetzt. Die Zusammenarbeit bei Centrope, Vienna Region und der Donauraum-Strategie nannte er als Beispiele. Als Schwerpunkt der Landeshauptleutekonferenz unter dem Vorsitz des Burgenlandes nannte Niessl u.a. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, im Besonderen auf die Jugend bezogen. Auch er unterstrich die Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips und des Österreichischen Bundesrates.

Der neue Bundesratspräsident Michael Lampel zeigte sich erfreut über das „klare Bekenntnis, das die Landeshauptleute von



Foto: media wien

v.l.: Landeshauptmann Michael Häupl, der scheidende Bundesratspräsident Reinhard Todt, Nachfolger Michael Lampel und Landeshauptmann Hans Niessl

Wien und dem Burgenland in ihren Ansprachen zum Bundesrat geäußert haben“. Als Vorsitzender der Länderkammer werde er sich vehement für eine Modernisierung, Aufwertung und Stärkung des Bundesrates einsetzen.

„Der heutige Tag ist ein besonderer Tag für das Burgenland und er ist auch für mich persönlich ein ganz besonderer Tag. Denn ich erachte es als große Ehre und Auszeichnung, in diesem Halbjahr für das Land Burgenland den Vorsitz im Bundesrat innehaben zu dürfen“, so Lampel beim Festakt. Er dankte sich bei seinem Vorgänger im Amt, Bundesrat Reinhard Todt, für die engagierte Vorsitzführung im zweiten Halbjahr 2013. Als einen inhaltlichen Schwerpunkt, den er setzen wolle, nannte Lampel das Thema Energiewende: „Das Burgenland gilt in diesem Bereich als eine Modellregion. 2013 ist dem Land die Energiewende bei der Stromversorgung gelungen. Und ich sehe in der Energiewende eine Notwendigkeit für den Klima- und Umweltschutz, aber auch als Chance für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und neue Arbeitsplätze.“

Besonders erfreut zeigte sich Lampel über die Aussagen von Bürgermeistern

Michael Häupl und Landeshauptmann Hans Niessl, die sich für eine Aufwertung des Bundesrates ausgesprochen haben. „Der Bundesrat sollte mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet werden, zum Beispiel mit einem echten Vetorecht bei Gesetzen, die finanzielle Angelegenheiten der Länder betreffen“, so Lampel. Er verwies zudem auf das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, in dem auch als Ziel formuliert sei, daß „der Bundesrat in seinen Aufgaben gestärkt“ wird. Reformideen müßten in der geplanten Föderalismus-Reformkommission diskutiert werden. Bevor die Frage der Zusammensetzung des Bundesrates auf der Tagesordnung stehe, müßten die Kompetenzen und die Aufgabenverteilung geklärt werden. Der Bundesratspräsident betonte auch die Bedeutung des Bundesrates als Europakammer. Was die Aktivitäten in bezug auf die EU-Gesetzgebung betrifft, liege der österreichische Bundesrat in einem Ranking von 39 parlamentarischen Kammern in der EU auf dem ausgezeichneten zweiten Platz. Lampel: „Ich bekenne mich zu Reformen, ich bekenne mich zu einem modernen Föderalismus. Föderalismus bedeutet Vielfalt, Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.“ Und er verwies auf

Innenpolitik

das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, in dem die Einrichtung einer Föderalismus-Reformkommission vorgesehen ist: „In dieser Kommission soll unter Einbindung der Länder ohne Tabus über die künftige Rolle des Bundesrates diskutiert werden. Am Ende muß dann ein Gesamtpaket stehen, das von einer breiten Mehrheit getragen wird.“

Auch die Übertragung der Aufgaben des Bundesrates an die Landtage könne dort in die Diskussion eingebracht werden. „Eine Abschaffung des Bundesrates würde jedoch den Zielen der Bundesregierung widersprechen. Diese hat in ihrem Arbeitsprogramm vorgesehen, daß der Bundesrat in seinen

Aufgaben gestärkt wird“, so Lampel weiter. „Daß es einen Reformbedarf gibt, steht meines Erachtens außer Streit. Wir brauchen einen modernen Föderalismus, eine klare Aufgabenverteilung, wobei das Mitwirkungsrecht der Länder an der Gesetzgebung des Bundes gesichert bleiben muß.“ Jedenfalls stelle sich die Frage einer Abschaffung des Bundesrates nicht mehr, „wenn die Länderkammer aufgewertet wird – zum Beispiel durch ein echtes Vetorecht bei Gesetzen, von denen die Länder betroffen sind“.

Zudem verwies der Bundesratspräsident auch auf die europapolitischen Aktivitäten des Bundesrates. Dieser sei „nicht nur Län-

derkammer, sondern auch eine wichtige Europakammer“ und liege in einem Ranking von 39 parlamentarischen Kammern innerhalb der EU in punkto Beteiligung an der EU-Gesetzgebung auf Platz zwei.

Lampel erhofft sich, daß „zuerst in einer offenen und sachlich geführten Diskussion ein Gesamtpaket für die Föderalismusreform erarbeitet wird“. Wenn es eine Einigung auf breiter politischer Basis unter Einbindung der Länder gibt, „können die Ergebnisse dieser Diskussion als umfassendes Maßnahmenpaket in die Umsetzung gehen“.

Der Bundesrat im Internet:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>

Angelobungen im oö. Landtag



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

1. Reihe v.l.: LRin Doris Hummer, LH-Stv. Franz Hiesl, LH Josef Pühringer, LH-Stv. Reinhold Entholzer, LRin Gertraud Jahn;
2. Reihe v.l.: LR Max Hiegelsberger, LR Michael Strugl, LR Rudolf Anschober, LR Manfred Haimbuchner

In der Sitzung des Oö. Landtags am 23. Jänner wurde Reinhold Entholzer zum neuen LH-Stv. gewählt und von LH Josef Pühringer angelobt. Er folgt damit dem aus der Oö. Landesregierung ausgeschiedenen LH-Stv. Josef Ackerl nach. Gertraud Jahn wurde zur Landesrätin gewählt und angelobt. Sie übernimmt das Sozial- und Jugendwohlfahrtsressort. Das frei werdende Landtagsmandat von Gertraud Jahn übernimmt Harald Baumgartner.

Bei der Sitzung der neuen Landesregierung wurde zunächst Josef Ackerl als LH-Stv. verabschiedet. LH Josef Pühringer würdigte das Wirken Ackerls als Regierungsmit-

glied in den letzten 20 Jahren: „Als Sozialpolitiker, Gemeindereferent und in Fragen der Integration kann Ackerl eine beeindruckende Bilanz vorweisen“, so Landeshauptmann Pühringer.

Die Landesregierung beschloß auch eine Änderung der Geschäftverteilung, die im wesentlichen folgendes beinhaltet: LH-Stv. Entholzer wird das Gemeinderessort von LH-Stv. Ackerl übernehmen. LRin Jahn übernimmt das Sozial- und Jugendwohlfahrtsressort sowie die Tierschutz-Agenden von LH-Stv. Entholzer.

Darüber hinaus wird in Zukunft im Bereich der Schulsozialarbeit Bildungs-Lan-

desrätin Doris Hummer eine Mitzuständigkeit eingeräumt (gemeinsames Unterzeichnen der Regierungsvorlagen und gemeinsame Vertretung der Beschlüsse nach außen).

Die gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte und sozialökonomischen Betriebe kommen aus dem Sozialressort in das Wirtschaftsressort von Landesrat Michael Strugl, ebenso die Produktionsschulen. In diesem Bereich erhält jedoch die Sozialreferentin eine Mitzuständigkeit (gemeinsames Unterzeichnen der Regierungsvorlagen und gemeinsame Vertretung der Beschlüsse nach außen).

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>

125 Jahre Hainfeld

SPÖ feierte auf historischem Boden ihr Partei-Jubiläum



Foto: SPÖ / Lehmann

v.l.: Moderator Frank Hoffmann, SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ-NÖ-Vorsitzender Bürgermeister Matthias Stadler, Kanzleramtsminister Josef Ostermayer, Gesundheitsminister Alois Stöger und Hainfelds Bürgermeister Albrert Pitterle. Keelin Loicht, Angelina Dirnberger, Jenny, Andy und Tomi Loicht, alle fünf stammen aus Hainfeld, überbrachten der SPÖ-Parteispitze ihre Zukunftswünsche: Arbeit für Jung und Alt, faire Löhne, keine Armut, beste Schulbildung usw. und sie ernteten für ihre aktuellen und toll vorgetragenen Wünsche tosenden Applaus.

Die österreichische Sozialdemokratie feierte am 11. Jänner in Hainfeld ihr 125jähriges Jubiläum. Zum Jahreswechsel 1888/89 fand dort der Einigungsparteitag statt. Auf diesem historischen Boden fand man sich ein, um die 125jährige Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie zu feiern und auch um einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Nach einleitenden Worten von Niederösterreichs SPÖ-Vorsitzendem Matthias Stadler sprach S&D-Vorsitzender Hannes Swoboda (*Socialists & Democrats-Fraktion im Europaparlament, Anm.*) über die Bedeutung sozialdemokratischer Politik in Europa: „Wir kämpfen für Europa, aber für ein anderes, ein soziales Europa.“

Matthias Stadler begrüßte die Anwesenden „im Bethlehem der Sozialdemokratie“, wie Karl Renner Hainfeld genannt hatte. Stadler betonte, daß hier der Grundstein für eine Gesinnung gelegt wurde, „die nicht nur für das 19. und das 20. Jahrhundert, sondern auch für die Zukunft Bedeutung haben

wird“. Stadler fuhr fort: „Das solidarische Miteinander, der Gedanke der Gerechtigkeit und des Friedens sind Grundsteine, die hier gelegt wurden“, und betonte: „Ich sehe uns noch lange nicht am Ende des Weges.“

Swoboda erklärte, daß die wesentlichen Werte, die den Einigungsparteitag geprägt haben, „auch heute nicht an Aktualität verloren haben: Die soziale Frage zu lösen ohne Unterschied von Nation, Rasse und Geschlecht“. Daher machte Swoboda in Hinblick auf Europa klar: „Wir dürfen den Kampf gegen die Armut nicht aufgeben.“ Auch müsse weiterhin um ein gerechteres Steuersystem gekämpft werden. Swoboda sprach in dem Zusammenhang auch von Steuerhinterziehungen von 1000 Milliarden Euro pro Jahr, das sei nicht hinzunehmen.

Der gemeinsame gewerkschaftliche Kampf sei zu fördern: „Ich würde mir auf europäischer Ebene so starke Gewerkschaften wünschen, wie wir sie in Österreich haben. Das ist eines unserer Ziele, die wir er-

reichen wollen.“ Swoboda wies weiters darauf hin, daß sowohl im Bereich der Gesundheitssysteme als auch im Bereich der Bildung die öffentliche Hand eine größere Rolle in Europa spielen sollte. Auch in Sachen Gleichbehandlung gebe es noch einiges zu tun, obwohl die österreichischen SozialdemokratInnen hier schon viel erreicht haben.

Eine Absage müsse dem Nationalismus erteilt werden. „Der Nationalismus führt in die Irre“, betonte Swoboda die Rolle des Nationalismus bei den beiden Weltkriegen. „Der Nationalismus führt zum Krieg – und wenn es ein Wirtschaftskrieg ist.“ Swoboda betonte, daß der österreichische Arbeitsmarkt europaweit sehr gut dastehe, was bis heute unmittelbar mit sozialdemokratischer Politik im Zusammenhang stehe. Swoboda hob besonders auch den „aktiven Einsatz von Bundeskanzler Werner Faymann für die Jugendbeschäftigung“ hervor. „Es macht mich als Österreicher stolz, daß in den letzten Jahren immer wieder von internationaler

Innenpolitik

Seite darauf hingewiesen wird, daß dieses Land einen aktiven und so erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt.“

„Unsere Politik hat es geschafft, den Menschen Arbeit zu geben und das werden wir auch nicht aufgeben, weder auf nationaler, noch auf europäischer Ebene.“ Swoboda schlußfolgerte: „Jenen, die behaupten, das sozialdemokratische Jahrhundert sei vorbei, sei gesagt: Das ist grundfalsch, das sozialdemokratische Jahrhundert hat noch gar nicht erst begonnen.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek betonte in der anschließenden Talk-Runde, daß die Geschichte der Sozialdemokratie immer auch eine Geschichte der Frauenbewegung gewesen sei. „Meine Vision ist eine ganz klare, nicht nur eine über die egalitäre Gesellschaft der Geschlechter in allen Bereichen, sondern auch die der Migranten, Minderheiten, Benachteiligten.“ Das sei auch das Motiv Heinisch-Hoseks, die Bildungsreform vorantreiben zu wollen.

In der gleichen Diskussionsrunde betonte Nationalratsabgeordnete und JG-Vorsitzende Katharina Kucharowits, daß viele junge Menschen durchaus an Politik interessiert sind. Es gebe für die Sozialdemokratie auch wichtige Ansätze, Politik für Junge zu machen, etwa im Bereich Wohnen oder im Bereich Arbeitsmarkt, Stichwort Generation Praktikum.

ÖGB-Präsident Erich Foglar erklärte, daß die Ziele um die damals gekämpft wurde, auch heute noch die gleichen sind: Der Kampf um Freiheit, um Mitbestimmung und Demokratie, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Geändert hätten sich die Rahmenbedingungen.

Liessmann: Für eine Wiedergewinnung des Politischen

Konrad Paul Liessmann, Universitätsprofessor der Universität Wien, hielt eine Rede vor den rund 500 Anwesenden in Hainfeld. Er sprach über die Errungenschaften der Partei, die Zukunft der Sozialdemokratie, die Folgen des globalisierten Kapitalismus und die daraus resultierenden Ungleichheiten in der Gesellschaft sowie über zukunftspolitische Perspektiven, die Idee der Europäischen Union und das Verhältnis zwischen Staat und Demokratie: „Was meines Erachtens Not tut, ist ein neues Konzept von Demokratie, ohne den Parlamentarismus zu schwächen. Wir brauchen ein europäisches Staatskonzept, das mehr ist als eine Krisenbewältigungsagentur für Banken, die in Not geraten sind. Was Not tut, ist eine Wiedergewinnung des Politischen.“



Die Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986-1997) und Werner Faymann (r.)



SPÖ-NÖ-Vorsitzender Bürgermeister Matthias Stadler



S&D-Fraktionsvorsitzender Hannes Swoboda

Fotos: SPÖ / Lehmann

Innenpolitik



Fotos: SPÖ / Lehmann

Universitätsprofessor Konrad Heinz Liessmann

„Der globalisierte Kapitalismus produziert wunderbaren Reichtum für wenige, aber auch Verarmung, Verslumung und Verschmutzung“, mit diesen Worten leitete Liessmann seine Rede ein und sprach dabei die ungerechte Verteilung des Reichtums weltweit an, aber: „Mit seinen Möglichkeiten war das 20. Jahrhundert sozial und demokratisch. Wir haben alle Vorstellungen in uns aufgenommen und zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das Thema des sozialdemokratischen Jahrhunderts definieren: Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat und Internationalismus“, zitierte Liessmann den Soziologen Ralf Dahrendorf.

„Die Diskussionen aber stellen sich heute, nach der Krise, ganz anders dar, als damals, als man geglaubt hatte, der Staat habe seine Schuldigkeit getan und kann zu einer kleinen, schlanken Dienstleistungsagentur seiner Bürger werden. Denn heute wissen wir: Ohne Staat geht fast gar nichts. Wie sich Staat und Demokratie zueinander verhalten, ist eine der brennenden Fragen unserer Zeit“, betonte Liessmann.

„Demokratie gibt es schon seit 2500 Jahren, aber in unterschiedlicher Gestalt. Von einer res publica, der wir immer noch die Grundidee der Demokratie verdanken, bis zum neuen Parlamentarismus, wo Politik eine öffentliche, gemeinsame Angelegenheit ist“, so Liessmann, aber: „Wir beobachten nicht nur eine Erosion und Schwächung klassischer Institutionen, sondern überhaupt die zunehmende Verdrängung des Politischen durch die Interessen der Ökonomie. Mit der allgemeinen Mobilität geht ein radikaler Wandel der politischen Öffentlichkeit

einher. Diese war geprägt von der Grundstruktur des 19. Jahrhunderts und knüpfte an klassische Sozialschichten an. Der Politologe Franz Walter sagt dazu: Struktur und Selbstverständnis traditioneller Parteien haben sich grundlegend gewandelt.“

„Die Sozialdemokratie ist in einem Milieu verankert, das sie grundlegend gestaltet hat“, sagte Liessmann und verwies auf die Einrichtungen der Sozialdemokratie: Arbeiterbildungsstätten, Volkshochschulen sowie einer „Arbeiter-Zeitung“. „All das sollte ein Lebensgefühl ermöglichen, das den einzelnen Mitgliedern und Anhängern dieser Partei Möglichkeiten offeriert, innerhalb dieses sozialen Milieus Karrieren verfolgen zu können. Solch eine Partei hatte ihren Mitglie-

dern mehr zu bieten als einmal alle paar Jahre in einer Wahlzelle ein Kreuz zu machen“, so Liessmann.

Die moderne Chancengesellschaft ohne Kontext zur sozialdemokratischen Solidarität wäre eine ziemlich kalte, betonte Liessmann. „Chancengleichheit muß hergestellt werden, aber in der Chance liegt auch das Menetekel des Scheiterns. Man kann immer auch verlieren. Wer hier nicht mithalten kann, hat rundum und ein für alle Mal verloren. Wir kennen das Problem der Langzeitarbeitslosen und das der Leiharbeiter“, denn „Es stellt sich immer dringlicher die Frage, ob das Konzept der Lohnarbeit für die Lebens- und Überlebensemöglichkeit der Menschen überhaupt ausreicht“, betonte Liessmann.

„Die Frage nach dem Staat ist heute immer auch die Frage, welche Mittel und Wege staatlichem Handeln noch zur Verfügung stehen, um ordnungspolitische Aufgaben zu erfüllen und Regeln zu definieren und zu setzen. Denn der Staat soll den Menschen nicht nur ihre Freiheit garantieren, sondern diese auch davor schützen, daß alle Lebensbereiche den Prinzipien des Marktes bzw. den Interessen monopolähnlicher Marktbeherrscher unterworfen werden. Wie lange kämpfen wir schon um die Finanztransaktionssteuer und wie schwer ist es, so etwas einfaches, vernünftiges und nachvollziehbares gegen Minderheiten durchzusetzen?“, so Liessmann und weiter: „Man soll eine sinnvolle Grenze zwischen Markt und Gesellschaft suchen. Dinge, auf die Menschen einen Rechtsanspruch haben, können nicht alleine den Märkten überantwortet werden“, sagte Liessmann.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, JG-Katharina Kucharowits und ÖGB-Präsident Erich Foglar

Innenpolitik

Bundeskanzler Faymann: Für ein sozialdemokratisches und sozialeres Europa

„Wir wollen nicht nur für ein stärkeres Europa eintreten, sondern auch für ein verstärktes soziales Europa“, hielt SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann fest. In seiner programmatischen Rede betonte er die Absage der Sozialdemokratie an Verhetzung, an nationale Alleingänge, wo internationale Lösungen erforderlich sind und plädierte für den sozialdemokratischen Grundwert der internationalen Solidarität, an Stelle von Ausgrenzung und dem „Suchen nach Sündenböcken“.

„Die Verhetzung in der Politik ist keine Erfindung von Herrn Strache“, betonte Faymann. „Aber nach zwei Weltkriegen muß man sich vor Augen führen, daß es in der EU um ein friedliches Europa geht“, sagte der SPÖ-Vorsitzende und in Anlehnung an Bruno Kreisky, der erklärt hatte, daß ihm mehr Schulden lieber wären als mehr Arbeitslose: „Mir ist es allemal lieber, daß die EU existiert und wir uns Gedanken machen über die Bürokratie und die Kosten – als ein einziger Tag Krieg in Europa.“

Faymann erklärte, daß die Prinzipienklärung von Hainfeld ein Grundrecht geschaffen habe, sich für Freiheit, Gleichheit und Demokratie einzusetzen. Denn dieses Zusammentreffen vor 125 Jahren beim Einigungsparteitag war zur damaligen Rechtslage illegal. Noch heute gebe es aber viele Menschen, die nicht nur in ähnlicher Armut, sondern auch in prekären politischen, in undemokratischen Verhältnissen leben. „Was ich mir wünsche ist, daß die Sozialdemokratie wieder diese Kraft der internationalen Solidarität entwickelt“, plädierte der SPÖ-Vorsitzende.

„Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben hart daran gearbeitet, daß wir heute auf einem hohen Niveau unsere kritische Brille aufsetzen können, was denn alles noch zu erreichen sei“, erklärte Faymann und erteilte den Tendenzen des Neoliberalismus eine klare Absage: „Es gibt welche, die die Errungenschaften nicht als etwas Positives sehen, sondern als etwas, das es gilt stückchenweise wieder abzuschneiden.“ Der SPÖ-Vorsitzende erläuterte in dem Zusammenhang: „Es geht dabei etwa um Ratschläge, daß wir die Menschen ab einem gewissen Alter nicht in Pension gehen lassen sollen, sondern in die Arbeitslosigkeit schicken sollen. Und in einem nächsten Schritt sagen diese Stimmen, es gibt zu viele Arbeitslose, also soll man die Zugangsbeschränkungen verschärfen.“



SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann



Schauspielerinnen Erika Pluhar und Schauspieler Frank Hoffmann lasen historische Texte.

„Der gemeinsame Wohlstand ist nur abzusichern, wenn es auch anderen gut geht. Es ist die Kaufkraft, die in Europa existent sein muß. Denn schon Henry Ford hatte gesagt: Autos kaufen keine Autos“, sagte Faymann und kritisierte, daß ein beträchtlicher Teil von dem, was miteinander hart erarbeitet wird, in irgendwelchen Steueroasen lande „und damit kein Beitrag daran geleistet wird, daß die Gemeinschaft an diesem erworbenen Wohlstand teilhaben kann. Das ist nicht fair.“ Die Antwort auf derartig international organisierte Ungerechtigkeit könne nur eine auf internationaler Ebene sein. Das bedeute aber auch, erklärte Faymann, daß es hier nicht mehr um Innenpolitik und nationale Lösungen gehe, „sondern diese neue Finanzlogik verlangt europäische und internationale Lösungen“.

„Unsere Gegner sind jene, die auch gar kein Interesse an internationalen Lösungen haben. Aber auch jene, die sehen, daß noch

vieles nicht gerecht ist und sich die Falschen zum Feind machen.“ Wesentlich, um etwas verändern zu können, sei es, andere Mehrheiten in Europa zu schaffen. „Auch ein österreichisches Parlament ist abhängig davon, ob es ein schwarz-blaues Parlament ist, oder ein sozialdemokratisch geprägtes, es zählen die Mehrheitsverhältnisse.“

Faymann resümierte: „Wir müssen auf-treten gegen die Hetzer, die zerstören wollen, was wir aufgebaut haben. Aber auch jenen die Hand reichen, die gewillt sind – um mit Bruno Kreisky zu reden – ein Stück des Weges mit uns zu gehen, um Europa zu verändern.“ „Wer stolz auf seine Geschichte sein kann, muß auch die Aufgaben für die Zukunft ableiten. Ich bin stolz auf unsere Geschichte. Daher gilt es nach wie vor: Auf-zustehen und für die gemeinsame Sache ein-zutreten“, schloß der SPÖ-Vorsitzende. ■

Die Geschichte der Sozialdemokratie
<https://rotbewegt.at>

Grundsatzerklärung 2014

Landeshauptmann Hans Niessl: »Jahr der Jugend –
Wir lassen keinen Jugendlichen zurück«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrat Peter Rezar, Landesrätin Verena Dunst, Kanzleramtsminister Josef Ostermayer und Landesrat Helmut Bieler nach der Grundsatzerklärung zum ausgerufenen »Jahr der JUGend« 2014 in Eisenstadt

Unter dem Motto „Wir lassen keinen Jugendlichen zurück“ ließ Landeshauptmann Hans Niessl am 9. Jänner im Rahmen seiner Grundsatzrede im Kultur und Kongresszentrum in Eisenstadt das Jahr 2013 vor zahlreichen Fest- und Ehrengästen, mit Josef Ostermayer, Bundesminister im Bundeskanzleramt, einem gebürtigen Burgenländer, an der Spitze, Revue passieren und gab gleichzeitig einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2014, das er zum „Jahr der Jugend“ erklärte.

„2013 war im Burgenland das ‚Jahr der Energiewende‘. Wir haben diesbezüglich viele Maßnahmen gesetzt und gezeigt, daß auch ein kleines Land Großes leisten kann. Wir haben mit der Realisierung der Stromautarkie durch erneuerbare Energie einen Meilenstein gesetzt und europaweit ein histori-

sches Ziel erreicht. Windkraft, Biomasse und Photovoltaik produzieren mehr Strom, als wir im Burgenland verbrauchen. Das Burgenland ist die erste Region in Europa, die das geschafft hat. Unser Weg in die Stromautarkie ist für ganz Europa einzigartig und hat auch auf internationaler Ebene für Aufmerksamkeit gesorgt“, betonte Hans Niessl, der sich auch 2015 bei der nächsten Landtagswahl der Wiederwahl zum Landeshauptmann stellen will.

Aber auch insgesamt gesehen konnte das Burgenland 2013 – trotz einer europaweit krisenhaften Situation – den erfolgreichen Weg prolongieren und über die Grenzen des Landes hinaus aufzeigen, daß aus dem einstigen Schlußlicht auch in vielen anderen Bereichen eine Modellregion geworden ist. „Wir werden uns aber 2014 nicht zurückle-

nen, denn das Burgenland soll sich auch in Zukunft nachhaltig positiv weiterentwickeln. Die Jugend nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Daher haben wir im Burgenland die Ausbildungsgarantie. Jede junge Burgenländerin und jeder junge Burgenländer muß die Chance auf einen Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben. Das heißt, daß alle jungen Menschen die gleichen Chancen haben sollen. Ich erkläre deshalb das Jahr 2014 unter dem Motto: ‚Wir lassen keinen Jugendlichen zurück!‘ zum ‚Jahr der Jugend‘. Das bedeutet, daß seitens des Landes eine neue Offensive in diese Richtung gestartet wird. Wir wollen eine Offensive im Bereich der Ausbildung, der Bildung, der Freizeit, am Arbeitsmarkt und im Sportbereich auf den Weg bringen. Wir werden auch dutzende neue Lehrstellen im

Land und in den landesnahen Betrieben schaffen.“

„Wir brauchen“, so Niessl dazu, „jetzt und auch in Zukunft sehr gut ausgebildete, leistungsbereite, umweltbewußte und motivierte Menschen, damit sich unser Heimatland Burgenland auch weiterhin so erfolgreich entwickeln kann. Das Burgenland braucht Zukunft und – wie es in der Vergangenheit bereits der Fall war – die besten Facharbeiter Österreichs, die meisten Maturantinnen und Maturanten, die innovativsten Fachhochschul-Absolventinnen und Absolventen, aber auch die besten Lehrlinge.“

Weitere Aspekte, die für Landeshauptmann Hans Niessl, der per 1. Jänner auch den Vorsitz der Landeshauptleute Konferenz übernommen hat, 2014 sehr wichtig sind, betreffen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stabilisierung des Burgenlandes in puncto Sicherheit, die Umsetzung der geplanten infrastrukturellen Investitionen bei gleichzeitiger Auslotung von Sparpotentialen, die weitere Verbesserung der internationalen Positionierung und Exportorientierung im Wirtschaftsbereich, den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt gemäß dem Landesleitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie mit dem Ziel, den Klimaschutz zu verbessern und daraus resultierend neue Arbeitsplätze, so genannte „Green Jobs“, zu schaffen, sowie die Fortführung des eingeschlagenen Weges in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation.

„Das Jahr 2014 ist ein besonderes Jahr. Ein Jahr, das uns mehrfach an unsere Geschichte erinnern wird. Vor allem der Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhanges vor 25 Jahren gab nicht nur den Startschuß für unzählige Veränderungen, sondern auch den Startschuß für das Burgenland, mit massiver Unterstützung der Europäischen Union aus dem Schatten des Eisernen Vorhanges zu treten und von einer Grenzregion zu einer europäischen Modellregion im Herz eines neuen Europas zu werden. Fleiß, Verlässlichkeit und Zusammenhalt waren dabei die prägenden Elemente. Genau diese Tugenden müssen wir auch 2014 an den Tag legen, damit wir in krisenbehafteten Zeiten erfolgreich bestehen können. Das Burgenland ist heute auf vielen Ebenen Vorreiter. Es ist vieles geschehen, aber wir haben auch noch viel vor. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß der erfolgreiche burgenländische Weg auch 2014 seine Fortsetzung findet“, so der Landeshauptmann abschließend. ■

Baukultur im Brennpunkt

2014 soll das »Jahr der Baukultur« werden



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: LR Helmut Bieler, Kuratorin Susanne Schmall und Architekt Erich Kugler

Um die Wahrnehmung für Baukultur im Burgenland zu schärfen und die Qualität des Planens und Bauens zu steigern, rief Kulturlandesrat Helmut Bieler 2014 zum „Jahr der Baukultur“ aus. „Baukultur umgibt uns alle überall – beim Wohnen, Arbeiten, in der Freizeit. Die Art der Gestaltung unserer Lebens- und Arbeitsräume ist von entscheidender Bedeutung für unser Lebensgefühl und die Qualität unserer Arbeit. Und sie hat auch Auswirkungen auf Landschaft, Umwelt, Natur und nicht zuletzt auf die Entwicklung unseres Gemeinwesens. Das Jahr der Baukultur soll dazu beitragen, das Bewußtsein für Baukultur zu erhöhen“, erklärte Bieler, der ein ein massives Wahrnehmungsdefizit im Hinblick auf – qualitätvolle – Baukultur im Burgenland ortet. „Diesem Umstand wollen wir mit dem ‚Jahr der Baukultur‘ entgegenwirken. Denn es ist nicht egal, in welcher Umgebung man lernt, arbeitet oder seine Freizeit verbringt. Und es geht schließlich auch um die Erhaltung unseres Lebensraumes, wertvoller Baukultur für künftige Generationen“, so Bieler. Baukultur bedürfe eines offenen Dialogs und die Bereitschaft, die Perspektive des anderen einzunehmen, erklärte Architekt Erich Kugler, Vorsitzender des Burgenländischen Beirates für Baukultur und Ortsbildpflege: „Baukultur ist ein kollektiver, integrativer Prozeß, sie erfordert das Zusammenwirken aller am Bau Beteiligten.“

Um die gewünschte breite Basis für den offenen Diskussionsprozeß und Meinungsaustausch zu gewährleisten, waren im Vorjahr vom Kulturreferat im Rahmen einer „Ideen-

schmiede zum Jahr der Baukultur“ Kultur- und Bildungsverantwortliche eingeladen worden, Inputs zur Vermittlung des Themas einzubringen. Entsprechend breit ist auch das Programmspektrum: Mehr als 40 Veranstaltungen – Symposien, Diskussionen, Vorträge, baukulturelle Wanderungen, Besichtigungen und Exkursionen, Ausstellungen, Fachführungen, „Open-mind-Gespräche“, Lesungen – sind geplant. Die Themen, jeweils mit „Baukultur“ im Mittelpunkt, umfassen die Bereiche Kultur, Leben, Kunst, Film, Fotografie, Literatur, Kinder, Schule, Musik, Tod und Glaube. Weitere Programmpunkte sind in Planung oder sollen entstehen“, erklärt Susanne Schmall, Kuratorin des „Jahres der Baukultur 2014“ ist Susanne Schmall vom Verein Baukultur Burgenland: „Das Konzept sieht kein abgeschlossenes Programm vor, es soll vielmehr ein Prozeß sein, in dem durch Ideen und Wünsche der Teilnehmer neue Themen entstehen.“

Zentraler Programmpunkt soll die Verleihung des 7. Architekturpreises des Landes Burgenland mit anschließenden Ausstellungen aktueller und früherer Auszeichnungen sein, aber auch das heute oft geringgeschätzte Handwerk soll in den Vordergrund gerückt werden. Wesentlich sei, die breite Öffentlichkeit ebenso wie die Fachwelt anzusprechen. „Die Verantwortung für die Gestaltung unseres (Lebens)Raumes liegt bei uns allen“, erinnert Kugler. Letztendlich solle der private Bauherr zu qualitativem Bauen motiviert werden, dem öffentlichen Auftraggeber komme jedoch eine wesentliche Vorbildrolle zu. ■ <http://www.baukulturburgenland.at>

Das Burgenland profitiert von den föderalen Strukturen

LT-Präsident Steier zieht Bilanz und nennt wichtige Vorhaben für 2014

Positive Bilanz über ein arbeitsreiches Jahr 2013 zog Landtagspräsident Gerhard Steier in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landtagsdirektor WHR Engelbert Rauchs am 16. Jänner. Gleichzeitig gab er einen ersten Überblick über die Vorhaben 2014. Steier betonte einmal mehr die Wichtigkeit föderaler demokratischer Strukturen. „Föderale Strukturen, wie zum Beispiel der Burgenländische Landtag, sind die Grundlage dafür, Anliegen im Sinne der Bevölkerung um- und durchzusetzen. Ein Beispiel: Die Ziel 1-Förderungen und die Nachfolgeförderungen waren in der erfolgten Qualitätsumsetzung nur so möglich. Ein wichtiges Vorhaben für 2014 ist die Modernisierung der Burgenländischen Landesverfassung. „Es wird intensive Verhandlungen über die Abschaffung des Proporz und über die Verkleinerung des Landtages geben. Wichtig ist, den Mandatären ein Instrument in die Hand zu geben, das ein ordentliches Arbeiten möglich macht. Dabei muß aber die inhaltliche Arbeit immer im Vordergrund stehen. Die konkrete Umsetzung ist Verhandlungssache zwischen den Parteien.“ Zusätzlich wird die Modernisierung der Landesverfassung am 12. März auch Thema einer Enquete sein, die im Landtag stattfinden soll. Außerdem muß 2014 die Arbeit im Bereich der Politischen Bildung verstärkt werden.

Einrichtungen wie der Burgenländische Landtag sind unabdingbar für unsere Demokratie. Das, so Steier, würde auch die Zahl der Besucher am Tag der offenen Tür und übers Jahr zeigen: „Wir haben über 6000 Besucher empfangen und über unsere Arbeit informiert.“

Zwölf Mal trat der Landtag 2013 zusammen. „In diesen zwölf Sitzungen wurden nicht weniger als 120 Tagesordnungspunkte behandelt. Dabei haben die Mitglieder der Landesregierung in neun Fragestunden 42 mündliche Anfragen beantwortet“, zieht Steier Bilanz.

Die Arbeit des Burgenländischen Landtages präsentiert sich in Zahlen gegossen wie folgt: Neben den bereits erwähnten Sitzungen, Tagesordnungspunkten und Anfragebeantwortungen wurden 35 Gesetzesanträge abschließend behandelt, sechs wurden ein-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsident Gerhard Steier zieht Bilanz und gibt Ausblicke auf 2014

stimmig, 26 mehrheitlich angenommen. „Besonders hervorheben möchte ich dabei die Änderung der Burgenländischen Landesverfassung, die Beschlußfassung zum Landesverwaltungsgericht mit den Begleitgesetzen, die Novellierung der Geschäftsordnung des Landtages, des Burgenländischen Landesrechnungshofgesetzes und die Änderungen des Kinderausbildungs- und Betreuungsgesetzes sowie des Kanalanschluß- und Kanalabgabegesetzes“, so Steier.

Darüber hinaus wurden 15 Beschlüsse gefaßt – unter anderem zur Sicherheitsstrategie Burgenland, den Tätigkeitsberichten der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Patienten- und Behindertenanwaltschaft, der Umweltschutzkommission sowie der Energiestrategie Burgenland und dem EU-Umsetzungsbericht. 40 selbständige Anträge auf Fassung einer Entschliebung wurden abschließend behandelt, 15a-Vereinbarungen sowie Vereinbarungen im Hinblick auf Kinderbetreuung und ganztägige Schulformen und dem Gesundheitswesen – wurden zur Kenntnis genommen bzw. angenommen. Fünf Berichte des Bundes-Rechnungshofes, sechs Berichte des Burgenländischen Rechnungshofes wurden ebenso zur Kenntnis genommen wie

fünf Berichte des Bundes-Rechnungshofes und ein Bericht der Volksanwaltschaft. Die 61 bis zum heutigen Tag eingelangten Petitionen oder Resolutionen wurden zu 90 Prozent bereits abgearbeitet.

Highlights 2013: Barrierefreiheit

Als einen Höhepunkt der Landtagsarbeit 2013 bezeichnet LT-Präs. Steier unter anderem das Symposium zum Thema Barrierefreiheit. „Diese Veranstaltung diente vor allem der Bewußtseinsbildung und Auseinandersetzung der Abgeordneten und der Bevölkerung mit diesem Thema“, so Steier. Des weiteren bezeichnete der Präsident vor allem den 3. Jugendländtag im November 2013 als besonderes Ereignis. Die engagierte Auseinandersetzung mit verschiedenen selbstgewählten Themen durch die Jugend war vorbildlich und dient dem Landtag am 30. Jänner 2014 in den Vorlagen als Petitionen zur Beschlußfassung.

Vorhaben 2014: Modernisierung der Landesverfassung, politische Bildung

Proporz, Verkleinerung des Landtages und z.B. die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes für Gemeinden stehen auf der Agenda, so Steier. Beim Regierungs-Proporz rechnet der Landtagspräsident damit, daß das Burgenland dem Vorbild anderer Bundesländer folgen wird: „Die meisten Bundesländer haben den Proporz bereits abgeschafft, andere sind in der Umsetzungsphase.“ In den nächsten Wochen wird sich zeigen, wie die Veränderungen im Detail aussehen werden. Über die Parteienwünsche hinweg muß eine qualitätsvolle Vertretung quer durch das Burgenland und alle Bezirke gewährleistet werden“, betont Steier.

Einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt für 2014 sieht der Landtagspräsident in der Positionierung des Burgenlandes im In- und Ausland, wie zuletzt bei einer Tagung des Europarates und des EU-Parlamentes, wo er über die Rolle der Volksgruppen und Minderheitensprachen in Österreich referieren konnte. Die klare Aufgabenstellung für den Burgenländischen Landtag für 2014 lautet: Mit ganzer Kraft für die weitere positive Entwicklung des Burgenlandes arbeiten. ■

Starke Allianz für regionalen Bau

Lohn- und Sozialdumping und unfäirem Wettbewerb den Kampf anzusagen sowie die regionale Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern – das sind die Ziele der Bauinitiative „Wir bauen burgenländisch“. Die Vergabe vorzugsweise an burgenländische Unternehmen durch die öffentliche Hand und Partner aus der Privatwirtschaft soll dies gewährleisten. Am 21. Jänner präsentierte Landeshauptmann Hans Niessl die ersten Partner: Vertreter der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften, der BELIG und der VAMED unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung.

Schon bisher würden Aufträge, wo dies möglich sei, vorwiegend an burgenländische Unternehmen vergeben und wesentliche Kriterien der Initiative eingehalten, erklärten die Partner.

„Wertschöpfung, Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben“, nannte Niessl die Prämisse für die Bauinitiative, der sich nun erste Partner aus der Privatwirtschaft angeschlossen haben.

Vertreter der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften EBSG, OSG, B-Süd und



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Vertreter der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften nach der Unterzeichnung der Vereinbarung (v.l.): KommR Dir. Peter Schlappal (GF EBSG), Walter Troger (GF VAMED Standortentwicklung), KommR Dir. Anton Mittelmeier (GF Neue Eisenstädter), Alfred Kollar (GF OSG), LH Hans Niessl, Heinz Fellner (GF BELIG) und Martin Ivancsics (GF B-Süd)

Neue Eisenstädter, der BELIG und der VAMED verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, Bauaufträge vorzugsweise regional

zu vergeben. Niessl sieht darin auch eine moralische Verpflichtung, der sich die Siedlungsgenossenschaften unterwerfen. ■

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Besser unterwegs

Gesamtverkehrsstrategie Burgenland – Bürgerbeteiligung und Projektbeirat gestartet



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl und Peter Zinggl, Verkehrskordinator des Amtes der Burgenländischen Landesregierung und Leiter des Projektbeirates, wollen unter größtmöglicher BürgerInnenbeteiligung eine Gesamtverkehrsstrategie Burgenland erarbeiten.

Das derzeit gültige Gesamtverkehrskonzept Burgenland stammt aus dem Jahr 2002. Seither haben sich die verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stark verändert. Dies war und ist der Ausgangspunkt für eine neue Gesamtverkehrsstrategie Burgenland, die das Leitbild für alle zukünftigen Planungen im Verkehrsbereich sein wird. „Wir wollen auf diese veränderten Mobilitätsbedürfnisse der Burgenländerinnen und Burgenländer eingehen und neuen Herausforderungen aktiv begegnen. Ausgehend von einer groß angelegten Befragung über die täglichen Mobilitätsgewohnheiten startet nunmehr die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Regionen. Alle Burgenländerinnen und Burgenländer sind herzlich eingeladen, sich aktiv an der Erarbeitung dieser Gesamtverkehrsstrategie zu beteiligen. Mir ist wichtig, daß die Anliegen und Wünsche der Bevölkerung als Grundlage für ein zukünftig noch lebenswerteres Burgenland in die Planungen einfließen“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl im Rahmen einer Fachtagung zur Gesamtstrategie Burgenland.

Expertinnen und Experten aus einzelnen Abteilungen der Landesverwaltung, der ÖBB, der ASFINAG, des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR) sowie von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, NGOs und Vereinen werden die neue Verkehrsstrategie in den nächsten Monaten fachlich erarbeiten. Der erste Projektbeirat, der vom Experten-

team Verracon – EBE Solutions – Rosinak & Partner begleitet wird, fand am 14. Jänner statt. „Ziel ist es, optimale Mobilitätsangebote für die Bevölkerung und die Wirtschaft zu schaffen, einen leistungsfähigen und bedarfsgerechten öffentlichen Verkehr anzubieten und aktive Mobilität, wie Radfahren und zu Fuß gehen, zu fördern“, sagte Peter Zinggl, Verkehrskordinator des Amtes der Burgenländischen Landesregierung und Leiter des Projektbeirates.

„Für uns ist besonders wichtig, die konkreten Anliegen der Menschen in der Region miteinzubeziehen, um den regionalen öffentlichen Verkehr weiter optimieren zu können“, so die VOR-Geschäftsführer Wolfgang Schroll und Thomas Bohrn unisono.

Bereits Ende letzten Jahres konnten im Rahmen einer flächendeckenden Haushaltsbefragung erste Grundlagen über das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung in Erfahrung gebracht werden.

Diese Befragung, die von der Bevölkerung mit großem Interesse angenommen wurde, lieferte nun erste Ergebnisse für die weiteren fachlichen Arbeiten der Gesamtverkehrsstrategie. Rund 10.000 Fragebögen wurden abgegeben. Die Beteiligung der Bevölkerung war sensationell hoch. Bisher sind etwa drei Viertel aller Fragebögen ausgewertet. In den nächsten Wochen wird ein vollständiges Ergebnis vorliegen. Die Daten bieten zudem Informationen zur Verkehrsmittelwahl der BurgenländerInnen, zu den Ver-

kehrszwecken sowie zur Situation der Pendler.

Erste Ergebnisse zeigen, daß den BurgenländerInnen, neben dem Top-Thema Verkehrssicherheit, vor allem ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem und gut ausgebaute Straßen besonders wichtig sind. Ein Hauptaugenmerk sollte auf die weitere Verbesserung der Verkehrsverbindungen – Bus, Bahn und Straße – in die großen Zentren gelegt werden. Dies ist für die zahlreichen PendlerInnen nach Wien und Graz von größter Bedeutung. Dem Ausbau der Radwege wurde im Burgenland bisher aus touristischer Sicht größtmögliche Bedeutung beigemessen. Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung zeigen nun, daß dem Radverkehr im Hinblick auf die Nutzung des Fahrrades im Alltag künftig ein höherer Stellenwert zukommen sollte.

Alle BurgenländerInnen sind herzlich eingeladen, an der neuen Gesamtverkehrsstrategie aktiv mitzuarbeiten. Die Anregungen, Fragen und Verbesserungsvorschläge der Bevölkerung sind ein wesentlicher Teil des Strategieprozesses. „Es freut mich, daß bereits so viele Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsbefragung teilgenommen haben. Nun wollen wir weiter gemeinsam an der Zukunft der Mobilität im Burgenland arbeiten, mit den Menschen diskutieren, deren Bedürfnisse noch besser kennenlernen und dementsprechend berücksichtigen“, so der Landeshauptmann. ■

Burgenland soll zum Familien-Musterland werden

Angebote und Serviceleistungen für Familien werden weiter ausgebaut.

Eine Bilanz der Maßnahmen für Familien im vergangenen Jahr und einen Ausblick auf kommende Initiativen präsentierte Familienlandesrätin Verena Dunst am 9. Jänner bei einem Pressegespräch. Der weitere Ausbau der Serviceleistungen steht im besonderen Fokus des Familienpakets 2014 unter dem Motto „Mehr Service und mehr Gemeinsamkeit“. „Wir haben 2013 wichtige Akzente gesetzt, im heurigen Jahr wollen wir die Angebote für Familien weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir verstärkt vor allem die individuellen Fördermöglichkeiten kommunizieren, denn noch immer wissen viele Familien darüber nicht Bescheid“, so Dunst. Schwerpunkte des Familienpakets werden die Erweiterung des Familienpasses, die Lesefrühförderung und die Einführung einer „Familien-App“ sein.

19,5 Millionen Euro für Familien und Alleinerziehende seit 2009

Vom Kinderbonus über die Mehrlingsgeburten- und Kinderbetreuungsförderung bis zum Schulstartgeld und Zuschuß fürs Familienauto reicht die umfangreiche Palette der Leistungen des Landes für Familien. 2009 wurden Gratiskindergarten und Kinderkrippenförderung eingeführt. „Allein dafür haben wir seit 2009 16 Millionen Euro aufgewendet, insgesamt wurden seither für die burgenländischen Familien und Alleinerziehenden rund 19,5 Millionen Euro bereitgestellt“. Mit einer Betreuungsquote von beinahe 100 Prozent bei den Drei- bis Fünfjährigen ist das Burgenland österreichischer Spitzenreiter. „Daß uns das trotz der ländlichen Strukturen gelungen ist, macht mich stolz“, so Dunst.

Bewährtes fortgeführt, neue Akzente gesetzt

Die Großelternbildungsreihe „Opa – Oma – Kind. Wir lernen voneinander“ mit landesweiten Veranstaltungen startete im vergangenen Jahr, um die Rolle der Großeltern in der Erziehung stärker in den Vordergrund zu rücken. Auch 2013 erhielten Familien und Alleinerziehende – einkommensunabhängig – wieder Schulstartgeld. Die Eltern von 2496 Erstklasslern kamen in den



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Natascha Varga (Ref. Familie und Konsumentenschutz, Amt d. Bgld. LReg.), LR Verena Dunst u. Thomas Mikscha (Vertrieb Familienpaß österreichweit)

Genuß dieser Hilfestellung bei den Investitionen beim Schulstart der Sprößlinge. Ein besonderer Akzent wurde schließlich mit der Vernetzung des burgenländischen Familienpasses mit Anbietern in Niederösterreich und der Slowakei im Rahmen eines ETZ-Projektes gesetzt.

Familienpaket 2014

Eine Reihe von Initiativen soll für Familien ab 2014 noch mehr Unterstützung und Entlastung bieten. Eine noch vor dem Sommer startende „Familien-App“ soll künftig über sämtliche Serviceleistungen und Familienförderungen des Landes informieren. Denn noch immer wüßten 15 bis 20 Prozent der Familien nicht über individuelle Fördermöglichkeiten des Landes Bescheid. Immer wichtiger werde auch der Familienpaß, den bereits mehr als 20.000 Familien und AlleinerzieherInnen besitzen. Mit dieser kostenlosen Vorteilskarte können burgenländische Familien Vergünstigungen bis zu 50 Prozent in den Branchen Freizeit, Kultur, Handel, Gewerbe, Tourismus und Gastronomie genießen. Diese soll künftig auch in den Regionen Bratislava und Trnava in der Slowakei – wechselseitig für die BewohnerInnen aller Regionen – gelten. „Die Erfolgsgeschichte des burgenländischen Familienpasses wird damit über die Grenzen hinweg fortgeschrieben. Das eröffnet ein Potential für die gesamte Region von drei Millionen

Einwohnern – aufgrund der Förderung durch die EU ohne zusätzliche Kosten“, freut sich Dunst. Aber nicht nur das: Ab April 2014 können auch Groß- und Urgroßeltern den Familienpaß beantragen und damit gemeinsam mit ihren Enkelkindern zahlreiche Ermäßigungen und Angebote in Anspruch nehmen. „Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen und ein Impuls für das Gelingen von Familienleben und Generationensolidarität in unserem Land“.

Lesefrühförderung

Noch immer haben viele Kinder Probleme beim sinnerfassenden Lesen. Dem will Dunst mit einer Kooperation mit dem Buchklub der Jugend entgegenwirken. Dabei wird jedes neugeborene Kind mit einem Leseförderungspackage – einer Buchstarttasche – ausgestattet. Neben einem Pappbilderbuch und einer Elternbroschüre mit Vorlesetipps ist darin eine Liste aller Bibliotheken des Landes und deren Angebote für Kinder und Familien enthalten. „Ungeachtet ihres sozialen Umfeldes soll damit allen Kindern die frühe Begegnung mit Büchern ermöglicht und ihnen die Tür in die fantastische Welt der Bücher und des Lesens geöffnet werden“, nennt Dunst das Ziel der Initiative. Die flächendeckende Umsetzung soll über die Landesbibliotheken erfolgen, das Projekt über drei Jahre laufen. ■

<http://www.familienpass-bgld.at>

Internationale Reiseveranstalter zu Gast

Weiterer Schritt für mehr Internationalisierung



Foto: Burgenland Tourismus

Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier mit 20 chinesischen Reiseveranstaltern bei der Besichtigung des Schloß Esterházy

Nach der erfolgreichen China-Reise einer burgenländischen Delegation im vergangenen Oktober, wo bereits erste Kontakte mit großen Reiseveranstaltern geknüpft werden konnten, besuchten jetzt anlässlich der größten Tourismus-Fachmesse des Landes, der atb_sales, 20 namhafte chinesische Reiseveranstalter das Burgenland.

Burgenland Tourismus ist es im Rahmen der atb_sales gelungen, eine hochkarätige Gruppe von 45 internationalen Reiseveranstaltern ins Land zu holen, darunter 20 Vertreter aus China. Neben den chinesischen Teilnehmern waren unter anderem auch Veranstalter aus den USA, Rußland und der Tschechischen Republik vertreten. Bevor das rege Messetreiben der atb_sales in Wien begann, nutzte die Gruppe am 26. Jänner die Chance und folgte der Einladung von Burgenland Tourismus, das vielseitige burgenländische Angebotsportfolio in den Bereichen Kultur, Wein und Kulinarik zu entdecken. Programmhilights der Tour waren Eisenstadt und das Schloß Esterházy, welche zusammen mit der burgenländischen Gastronomie und den erstklassigen Weinen für einhellige Begeisterung bei den Touristikern sorgten. Das Burgenland hat beste Chancen, künftig als Top-Angebot in den Katalogen der Reiseveranstalter aufzuscneinen.

Tourismudirektor Mario Baier: „Es freut mich sehr, daß bereits nach so kurzer Zeit unserer China-Reise eine chinesischen Gruppe von Reiseveranstaltern im Burgenland zu Besuch war. Freilich ist der Quellmarkt China für uns noch schwer greifbar. Allerdings hat das Burgenland durch die Nähe zu Wien, wo jährlich knapp 200.000 Übernachtungen aus China verzeichnet werden, mit Themen wie Kultur sowie Wein und Kulinarik gute Chancen als Ausflugsziel zu punkten. Auch Shopping im McArthurGlen Designer Outlet Pardorf übt eine enorme Strahlkraft aus.

Das Outlet Center ist dem Gros der chinesischen Veranstalter ein Begriff und stößt immer wieder auf großes Interesse.“

Die atb_sales ist ein Fixtermin für die Reisebranche. Unter den rund 600 österreichischen Ausstellern ist auch das Burgenland vertreten – alles dreht sich um die neusten Trends, Angebote und Kooperationen im österreichischen Tourismus, aber auch um den intensiven Austausch unter den Touristikern, das Knüpfen neuer Geschäftsverbindungen und das Vertiefen von Businesskontakten. ■ <http://www.burgenland.info>

Students meet Industry

Zwei Tage im Zeichen der Industrie veranstaltete Burgenlands größte Hochschule gemeinsam mit der Industriellenvereinigung Burgenland. Burgenländische Firmen hatten dabei Gelegenheit, sich einem jungen Zielpublikum zu präsentieren. Die Veranstaltungen waren auch offen für externe TeilnehmerInnen. Neben Studierenden der FH Burgenland besuchten auch SchülerInnen diverser naturaführender Schulen den Campus Eisenstadt beim ersten Termin am 17. Jänner. „Wir bringen Wirtschaft und Studierende zusammen – die Summe ist ein erfolgver-

sprechendes Miteinander, das beiden Vorteile bringt“, betonen die beiden FH-Geschäftsführer Georg Pehm und Josef Wiesler.

Der zweite Termin fand am 24. Jänner im Studienzentrum Pinkafeld statt. Gestartet wurde mit einer Podiumsdiskussion unter der Moderation von Florian Zangerl, Herausgeber des Industriemagazins. Am Podium diskutierten: LABg Andrea Gottweis, LABg Prof. Kurt Maczek, Georg Pehm und Josef Wiesler, FH Burgenland, sowie IV-Präsident Manfred Gerger. ■

<http://www.fh-burgenland.at>

Starker Auftritt in der Slowakei

Mit attraktiven touristischen Angeboten präsentierte sich das Burgenland auf der bedeutendsten Reisemesse der Slowakei. Großes Interesse am Burgenlandstand gab es bereits am Eröffnungstag der dreitägigen ITF Slovakiatur, die am 30. Jänner in Bratislava stattfand. Burgenland Tourismus und Neusiedler See Tourismus informierten über das heimische Urlaubsangebot und präsentierten sich als perfekte Naherholungsdestination für slowakische Gäste.

Seit einigen Jahren kooperiert Burgenland Tourismus mit einem starken Partner aus der Reisebranche vor Ort: Mit dem größten Reiseveranstalter Satur, der über ein flächendeckendes Filialnetz in der Slowakei verfügt, wurde für heuer ein eigener Katalog mit Angeboten burgenländischer Betriebe in slowakischer Sprache aufgelegt. Anfang Februar wird er an 11.000 Satur-Kunden verschickt werden.

In den letzten Jahren gab es konstante Zuwächse bei den Nächtigungen slowakischer Gäste. Im Großraum Bratislava leben 600.000 Menschen. Sie gelten als besonders



Foto: Burgenland Tourismus

v.l.: Roland Tóth (Esterházy), Krizova Maria, Perceova Maria (beide Satur), Ludmila Malzer (Falkensteiner Balance Resort) Michaela Fischbach (Burgenland Tourismus), Zuzana Mikulasova, Daniel Kollar (Esterházy) und Mia Erdössyova (Satur)

kaufkräftig und reisefreudig. Viele von ihnen haben das Burgenland längst für sich entdeckt. Radfahren sowie Wein und Kulinarik, aber auch das burgenländische Thermenangebot stehen bei ihnen sehr hoch im Kurs. Viele nutzen zudem die Nähe zum Neusiedler See, um als Tagesgäste das Angebot zu genießen.

„Die Region Bratislava mit einem enormen Gästepotential gleichsam vor der Haustüre bietet eine Riesenchance für den burgenländischen Tourismus. Deshalb setzen wir

seit mehreren Jahren gezielte Marketingmaßnahmen in der Slowakei. Regelmäßige Studien- und Pressereisen, effiziente Online-Kampagnen, zielgruppengerechte Medienkooperationen, Reisebüro-Workshops und grenzüberschreitende touristische Projekte haben das Interesse unserer Nachbarn am heimischen Urlaubsangebot angefacht“, unterstreicht Tourismusdirektor Mario Baier die Wichtigkeit der Werbeaktivitäten auf Burgenlands fünf wichtigsten Herkunftsmärkten. ■

<http://www.burgenland.info>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Eisenstädter Neujahrsempfang

Voller Erfolg: 5.352 Euro Spendengelder gesammelt



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: Landesrat Andreas Liegenfeld, Vizebürgermeister Günter Kovacs, Landesrat Peter Rezar, Bürgermeister Thomas Steiner, Landesrat Helmut Bieler, Landesrätin Michaela Resetar und Vizebürgermeister Josef Mayer beim Neujahrsempfang

Im Rathaus der Landeshauptstadt ging am Abend des 9. Jänner die 41. Auflage des Eisenstädter Neujahrsempfangs über die Bühne. Rund 500 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Vertreter der Eisenstädter Vereine und Institutionen folgten der Einladung von Bürgermeister Thomas Steiner.

Jährlich lädt der Bürgermeister am zweiten Donnerstag im neuen Jahr ins Rathaus – für den passenden musikalischen Rahmen sorgte das Bläserensemble der Stadt- und Feuerwehrkapelle Eisenstadt.

Bürgermeister Steiner bot in seiner Rede einen Rückblick auf das ereignisreiche vergangene Jahr und präsentierte seine Pläne für 2014: „Das neue Jahr wird in unserer Stadt besonders von drei Themen geprägt sein: Feuerwehr, Jugendbeteiligung und Planung.“ Stellvertretend für das große ehrenamtliche Engagement innerhalb der Stadtgemeinde hebt Steiner die Florianijünger hervor: Die Feuerwehr St. Georgen feiert heuer das 125jährige Bestehen, nimmt den Zubau des Feuerwehrhauses in Betrieb und richtet die Landesfeuerwehrwettkämpfe aus. Die Stadt- und Feuerwehrkapelle begehrt das 120.

und die Feuerwehr Eisenstadt das 140. Jubiläum. „Wir werden all diese Anlässe natürlich entsprechend feiern, aber dabei vor allem in den Mittelpunkt stellen, daß in unserer Stadt eine ausgeprägte Kultur des Helfens und des ehrenamtlichen Engagements existiert“, so der Bürgermeister in seiner Neujahrsrede. In den vergangenen Jahren hat die Stadt viel für junge Menschen getan. Sport- und Freizeitflächen wurden errichtet, der E_Cube wurde gebaut, Millionen-Investitionen in die Kinderbetreuung und die Schulen getätigt. Bürgermeister Steiner versichert: „Ab dem heurigen Jahr werden junge Menschen aber noch mehr als bisher in die Entscheidungen der Stadt eingebunden.“

Der dritte Schwerpunkt des Jahres 2014 wird die Planung sein. In den vergangenen Jahren konnten dank der Finanzkraft der Stadt, der gut funktionierenden Wirtschaft und auch durch den Einmaleffekt des Verkaufs der BEGAS-Anteile zahlreiche Projekte in der burgenländischen Landeshauptstadt realisiert werden. „Auch 2014 werden wir dort investieren, wo es notwendig ist, wir werden aber auch dort einsparen, wo es möglich und sinnvoll ist. Dieses Jahr werden wir vor al-

lem dazu nützen, um gute fundierte Pläne für die kommenden Jahre zu erstellen“, gibt Bürgermeister Steiner die Marschroute vor. Konkreter Handlungsbedarf bestehe heuer bei der Neuen Mittelschule: „Hier erarbeiten wir im kommenden Jahr eine Machbarkeitsstudie. Diese soll aufzeigen, ob die Schule am bestehenden Standort von Grund auf saniert wird, oder auf einem anderen Areal neu errichtet wird.“

Spendengelder für Katastrophenhilfe Österreich

Wie auch in den letzten Jahren war der Neujahrsempfang des Bürgermeisters gleichzeitig ein Charity-Fest: Gesammelt wurden bisher insgesamt 5.352 Euro (2.843 Euro per aufgestellter Spendenbox und 2.509 Euro per Überweisung auf das Spendenkonto). Die Summe wird sich erfahrungsgemäß in den nächsten Wochen noch erhöhen, da viele Gäste erst nach der eigentlichen Veranstaltung Spenden mittels Zahlschein überweisen. Nutznießer der Charity-Aktion war heuer der Verein „Hilfe im eigenen Land – Katastrophenhilfe Österreich“.

<http://www.eisenstadt.at>

Vorsitz im »Ländernetzwerk Weiterbildung«

Die Burgenländische Konferenz der Erwachsenenbildung (BuKEB) übernimmt 2014 den Vorsitz von der Erwachsenenbildung Tirol.

Bildung und Weiterbildung sind ganz wesentliche Schlüsselfaktoren sowohl für die persönliche Entwicklung des einzelnen Menschen als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Fortschritt“, erklärt die Vorsitzende der Burgenländischen Konferenz der Erwachsenenbildung Burgenland (BuKEB), Christine Teuschler. „Die gemeinnützigen Erwachsenenbildungseinrichtungen sind der Garant dafür, daß den Menschen in den einzelnen Regionen Österreichs hier auch ein entsprechend vielfältiges und kontinuierliches Bildungs- und Weiterbildungsangebot zur Verfügung steht. Der Austausch über die verschiedenen Aktivitäten und die Umsetzung gemeinsamer Initiativen und Strategien zur Verbesserung der Weiterbildung in den Bundesländern ist daher besonders wichtig und soll durch die regelmäßigen EB-Ländernetzwerk-Treffen gesichert werden. Die BuKEB freut sich, gemeinsam mit dem Land 2014 diese Treffen organisieren zu können und das Ländernetzwerk nach außen zu vertreten.“

Auch der für die Erwachsenenbildung im Burgenland zuständige Landesrat Helmut Bieler hält die Vernetzung der für die Erwachsenenbildung zuständigen Landesstellen und Landesorganisationen für die kontinuierliche Weiterentwicklung dieses Bildungssektors für äußerst sinnvoll. „Das Burgenland ist sich dieser wichtigen Aufgabe bewußt und wird den Vorsitz im Ländernetzwerk Weiterbildung in diesem Sinne auch gewissenhaft wahrnehmen.“

Hintergrund

Das „Ländernetzwerk Weiterbildung“ koordiniert die Landesverbände der Erwachsenenbildungsinstitutionen und vertritt gemeinsam mit den in der „Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs“ (KEBÖ) vertretenen Bundesverbänden die Interessen der Erwachsenenbildung. Dem Landesverband im Burgenland – der „Burgenländischen Konferenz der Erwachsenenbildung“ – gehören die großen gemeinnützigen Institutionen der allgemeinen, beruflichen und konfessionellen Erwachsenenbildung an.



Foto: Burgenländische Konferenz der Erwachsenenbildung

Der für Erwachsenenbildung (EB) zuständige Landesrat Helmut Bieler und die Vorsitzende der Burgenländischen Konferenz für Erwachsenenbildung (BuKEB) Christine Teuschler

Aktuell sind das: Burgenländische Forschungsgesellschaft, Burgenländisches Volkswirtschaftswerk, Burgenländische Volkshochschulen, KUGA; Berufsförderungsinstitut Burgenland, Ländliches Fortbildungsinstitut, Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Wirtschaftsförderungsinstitut Burgenland; Evangelisches Bildungswerk, Haus der Begegnung, Katholisches Bildungswerk sowie der Landesverband der Burgenländischen Bibliothekare.

Die gemeinnützige Erwachsenenbildung in Österreich in Zahlen:

- Gemessen an der Anzahl der Teilnahmen an Kursen, Seminaren und Lehrgängen ist die Erwachsenenbildung der mit Abstand größte Sektor im österreichischen Bildungssystem.
- Die letzte Statistik (KEBÖ-Statistik 2012) weist über 3 Millionen Teilnahmen in rund 220.000 Bildungsveranstaltungen aus. Dazu kommen noch 1,2 Millionen eingeschriebene BenutzerInnen in öffent-

lichen Bibliotheken. Insgesamt sind mehr als 92.000 Personen in der Erwachsenenbildung in Einsatz, wobei die meisten nebenberuflich als Lehrende tätig sind.

„Diese Zahlen belegen eindrucksvoll die Bedeutung der gemeinnützigen Erwachsenenbildung in Österreich. Es ist somit hoch an der Zeit, daß seitens der Politik neben der Schul- und Hochschulbildung auch der Erwachsenenbildung jene Aufmerksamkeit gewidmet wird, die ihr eigentlich zukommen sollte“, meint die BuKEB-Vorsitzende abschließend. „Denn im Gegensatz zu den Schulen, Fachhochschulen und Universitäten werden die Erwachsenenbildungseinrichtungen nur zum Teil von der öffentlichen Hand gefördert, was dazu führt, daß ein Großteil des Bildungsangebots kostenpflichtig ist und diese Kurse und Veranstaltungen somit vor allem von sozial Schwächeren nur begrenzt genutzt werden (können).“ ■

<http://www.bukeb.at>

Bischöflicher Besuch in Toronto

Der Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics besuchte im Rahmen seiner Nordamerika-Reise auch den Burgenländerklub Toronto.

Von Eva Hergovich*)



Seine Exzellenz Bischof Ägidius Zsifkovics mit HR Prof. Walter Dujmovits (r.) und dem Burgenländer Frank Orovits in Toronto

Das Wochenende des 26. Oktober 2013 war für uns Burgenländer und auch für alle ÖsterreicherInnen in Toronto ein ganz besonderes. Seine Exzellenz, Ägidius Zsifkovics, und seine Begleitung besuchten auf ihrer Nordamerika-Reise auch Toronto – und das am österreichischen Nationalfeiertag! Der Burgenländer Klub Toronto lud gemeinsam mit der Canadian-Austrian Society zu einem festlichen Abend ein, den der Edelweiss Chor Toronto (Manfred Petz) als auch das Folklore Ensemble Croatia (Kristina Drlje) umrahmte. Christine Meyer, Präsidentin der Canadian-Austrian Society als auch John Brunner, Präsident des Burgenländerklubs Toronto, führten durch das Programm.

Der Bischof betonte in seiner Ansprache und in seiner Predigt am Sonntag, daß Glaube, Sprache, Kultur und zwei fleissige Hände



Foto: Burgenländerklubs Toronto

v.l.: R. Robert Luck (österreichischer Handelsdelegierter und General-Konsul Österreichs in Kanada), Dominik Orieschnig (Leiter des bischöflichen Sekretariates in Eisenstadt) und Seine Exzellenz Bischof Ägidius Zsifkovics im Donauschwabenklub in Toronto

*) Eva Hergovich ist Vorstandsmitglied des Burgenländerklubs Toronto. Leider ist dieser Beitrag irgendwie verloren gegangen, weshalb wir ihn gerne übernehmen, wenn auch um einiges verspätet...

»Burgenland Journal«

das Rüstzeug waren, das unseren Landsleuten diene, sich in der Neuen Welt zu bewähren – und wie sie sich bewährt haben!

Robert Luck, der österreichische Handelsdelegierte und Generalkonsul Österreichs in Kanada, gab einen kurzen Überblick über die derzeitige Handelsbilanz zwischen Österreich und Kanada. Am Sonntag, dem 27. Oktober, zelebrierte Bischof Zsifkovics mit dem hochw. Dechant J. Vertesich aus Kroatisch-Minihof/Nikitsch, dem hochw. Pfarrer Fr. Santo Arrigo, dem hochw. Fr. Karl Hoeppe und dem Diakon Hans Schwarzbauer in der St. Patrickskirche in Toronto die Heilige Messe. Diese wurde vom Deutschen Männerchor „Harfentöne“ musikalisch begleitet.

Nach der Heiligen Messe hatten wir alle noch einmal Gelegenheit, mit allen TeilnehmerInnen der Burgenland-Delegation zu plaudern. Bei diesem letzten Zusammensein gratulierten HR Prof. Walter Dujmovits, der Präsident, und Erwin Weinhofer, der Vizepräsident der Burgenländischen Gemeinschaft, zum Erfolg des Burgenländerklubs Toronto. Dujmovits überreichte John Brunner die Ehrenmitgliedschaft der Burgenländischen Gemeinschaft, der diese Ehre in sei-



Fotos: Burgenländerklubs Toronto

v.l: Erwin Weinhofer (Vizepräsident der Burgenländischen Gemeinschaft), John Brunner (m., Präsident des Burgenländerklubs Toronto) und HR Prof. Walter Dujmovits (Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft) nach Verleihung der Ehrenmitgliedschaft im Pfarrsaal der St. Patrickskirche in Toronto

nem Namen als auch im Namen des Vorstandes dankend annahm. Für uns alle war es eine große Ehre und Freude, unsere Burgen-

land-Gäste begrüßen zu dürfen und wir allen danken herzlichst für den Besuch. ■

<http://www.burgenlanderclub.com>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

»60plusTaxi« macht ältere Menschen mobil

Die burgenländischen Taxiunternehmen starteten 2008 mit Unterstützung von Soziallandesrat Peter Rezar die Aktion „60plusTaxi“. Mit der Gemeinde Schandorf sind mittlerweile 50 Gemeinden des Burgenlandes an diesem Projekt beteiligt.

Einkaufen, ein Arzttermin oder der Besuch bei Bekannten – für ältere Menschen ohne eigenes Fahrzeug oder ein fehlendes öffentliches Verkehrsangebot stellt dies oft ein großes Problem dar. „Tatsächlich kann nur jemand am heutigen Gesellschaftsleben teilnehmen, der auch mobil ist“, meint Patrick Poten, Obmann der burgenländischen Taxiunternehmen.

„Durch individuelle und bedarfsorientierte Taxiangebote zu günstigen Tarifen haben wir mit dem ‚60plusTaxi‘ speziell für ältere Menschen ein attraktives Angebot geschaffen“, so Poten, der sich über den großen Zuspruch freut, „egal ob zum Einkauf, zum Arztbesuch oder dem Verwandtenbesuch. Ein großes Dankeschön gilt allen am Projekt mitmachenden Gemeinden, die die Taxifahrten finanziell fördern und ihre ältere Bevölkerung mobil machen.“

Peter Rezar: „Daher freue ich mich, daß wir 2008 das ‚60plus Taxi‘ vorstellen konn-



Foto: Wirtschaftskammer Burgenland

v.l.: Patrick Poten, Obm. der bgl. Taxiunternehmen, Landesrat Peter Rezar, Bürgermeister Werner Gabriel, Dir. Karl Kornhofer, Raiffeisenbezirksbank Oberwart

ten und wir mit Schandorf die 50. Partnergemeinde präsentieren können. Das ist ein wichtiger Beitrag für den Erhalt der individuellen Mobilität der burgenländischen Senioren!“

„Wir haben dieses Projekt im Gemeinderat diskutiert und schließlich den Beschluß gefaßt, hier mitzumachen. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird auch in unserer Gemeinde größer. Durch diese bedarfsorientierten Taxiangebote zu günstigen Tarifen

wollen wir speziell für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger die Mobilität erhöhen und ein attraktives Angebot in unserer Gemeinde schaffen. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir solche alternativen Mobilitätslösungen, um die Menschen in der Region zu stärken und zu halten“, freut sich Bürgermeister Werner Gabriel über das neue Angebot der Gemeinde.

Raiffeisen ist Kooperationspartner und Sponsor des erfolgreichen Projekts. ■

Burgenländer setzen auf Tradition und regionale Identität

Seit mehr als 80 Jahren erzeugt die Firma Windisch aus Moschendorf bereits Kracherl in traditionellen Geschmacksrichtungen. Das jüngste Baby im Sortiment ist das „Pinkataler Kracherl“, ein Erfrischungsgetränk aus Kräuterextrakten. Als Basis dient eine Rezeptur aus den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts. In Zusammenarbeit mit dem promovierten Lebensmitteltechnolog (Boku Wien) Andreas Windisch wurde sie gemäß dem heutigen Stand der Technik verfeinert und optimiert.

Der Pinkataler schmeckt am besten gekühlt: pur oder gespritzt. Köstlich erfrischend schmeckt er mit Bier als „Pinkataler Radler“ und mit burgenländischen Weinen als „Roter oder Weißer Pinkataler“. Besonders gelungen scheint der Mix mit dem für die Region so typischen Uhdler als „Pinkataler UHU“. „Heimatverbundenheit und Tradition sind Werte, die wir wieder hoch halten wollen“ so Anton Windisch, der den Betrieb bereits in vierter Generation führt.

Regionale Identität und Nachhaltigkeit sind zwei weitere Säulen auf denen der Erfolg des Pinkataler Kracherls aufbauen soll:



Foto: Windisch Moschendorf

Aufnahmen des Firmengründers (anno 1912) schmücken die Etiketten.

Burgenländische Sehenswürdigkeiten (Burg Güssing und Schloß Esterhazy) und Aufnahmen des Firmengründers aus dem Jahr 1912 schmücken die Etiketten.

Mit der sorgfältigen Auswahl seiner Vorlieferanten sorgt Windisch dafür, daß der größte Teil der Wertschöpfung im Land bleibt. Er setzt umweltbewußt auf Etiketten aus Naturpapier, Glasflaschen und Strom aus Was-

serkraft um den ökologischen Fußabdruck klein zu halten.

Besonders stolz ist Windisch auch auf Werbeträger Christoph F. Krutzler, Schauspieler am Wiener Volkstheater und bekannt aus zahlreichen Film- und Fernsehproduktionen. Er wird die Fahnen des Burgenländer Kracherls hochhalten. ■

<http://www.kracherl.at>

Historischer Gutshof als Genußkompetenzzentrum

Nach Revitalisierung wird Donnerskirchner Martinsschlössl Heimstätte für Verein »Genuss Burgenland« sein.

Das Martinsschlössl in Donnerskirchen, einst Esterházy'scher Gutshof, soll revitalisiert und künftig als Sitz des kürzlich gegründeten Vereins »Genuss Burgenland« dienen. Das gaben die Vereinspartner – Land Burgenland, Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer, Wein Burgenland und Burgenland Tourismus – am 13. Jänner in Donnerskirchen bekannt. Das denkmalgeschützte Haus sei aufgrund seiner historischen Bedeutung und Verwendung als Reife- und Lagerstätte kostbarer Weine und kulinarischer Produkte, in den letzten Jahren als Feinschmeckerrestaurant, prädestiniert, als architektonisches Aushängeschild für heimische Genußprodukte zu fungieren. Die Umbauarbeiten in dem aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gebäude, in dessen Keller noch heute das Luther-, das Haydn- oder das World Champion-Weinfaß zu sehen sind, sollen noch 2014 durchgeführt werden und im Frühjahr 2015 abgeschlossen sein.

Das neue „Haus des Genusses“ wird – in enger Kooperation mit Wein- und Wirtschaftskammer, Wein Burgenland und Burgenland Tourismus – künftig als Seminar-, Fortbildungs- und Anlaufzentrum für heimische Genußprodukte und als Veranstaltungstätte dienen. Die Gesamtkosten für das Projekt sind mit einer Million Euro veranschlagt, die Geschäftsführung hat Wein Burgenland-Chef Christian Zechmeister inne.

Plattform auch für kleine Produzenten

„Die Zeit ist reif, daß das Burgenland seine erstklassigen Produkte endlich unter einer gemeinsamen Marke und unter einem Dach in adäquater, hochwertiger Form in den Vordergrund rückt und professionell vermarktet. Auch den vielen kleinen Produzenten soll hier eine Plattform geboten werden. ‚Genuss Burgenland‘ ist ein wichtiger Schlußstein, mit dem es uns gemeinsam gelingen wird, dieses Projekt rasch voranzutreiben“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl, der das Martinsschlössl als den am besten geeigneten Standort sieht. „Nicht zuletzt soll damit ein Impuls für den Tourismus gesetzt werden. Die Gäste sollen angeregt werden, die Region und ihre Produkte zu erleben und



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentierten das Martinsschlössl als Sitz von »Genuss Burgenland« (v.l.): Landwirtschaftskammer-Präsident Ök.-Rat Franz-Stefan Hautzinger, Franz Perner, Wirtschaftskammer Burgenland, Landeshauptmann Hans Niessl, LR Andreas Liegenfeld, Wein Burgenland und »Genuss Burgenland«-GF Christian Zechmeister

zu genießen, entsprechende Angebote sollen zu einer positiven Kaufstimmung beitragen“. Wichtig sei auch, daß im neuen Haus auch Fortbildung stattfindet, um den hohen Qualitätsstandard der burgenländischen Produkte zu halten und auszubauen.

Schaukochen mit Spitzenköchen, Marketingseminare und Märkte im Hof

Agrarlandesrat Andi Liegenfeld hob die Schulungen als eine wesentliche Säule hervor. Neben den Verwaltungsbüros seien Schauküchen, in denen heimische Köche regionale Kochkunst lehren sollen, aber auch Seminar- und Repräsentationsräume geplant. „Wir wollen zum einen Konsumenten, Genießer, Genußtouristen ansprechen, zum anderen vor allem kleineren Produzenten professionelle Vermarktungsmöglichkeiten aufzeigen und -techniken vermitteln“. Liegenfeld verweist auf einen weiteren wichtigen Aspekt: „Das ‚Haus des Genusses‘ hat eine strategisch gute Lage im nahen Einzugsgebiet von Eisenstadt, Wien und den touristischen Einrichtungen am Neusiedler

See“. Und das Erscheinungsbild und das Ambiente machten das Martinsschlössl zur perfekten Präsentationsplattform. „Ich kann mir vorstellen, daß im Sommer auch Märkte im Hof abgehalten werden“.

Vollbetrieb im Frühjahr 2015

Mit den Eigentümern des Martinsschlössls, einer Genossenschaft von 50 Mitgliedern, wurde mit Wirksamkeit ab 1. Februar 2014 ein Pachtvertrag über dreißig Jahre abgeschlossen. Der bisherige Pächter Ernst Engel, der vor 27 Jahren das Haus übernommen und als Restaurant geführt hatte, war per Ende 2013 in Pension gegangen. Dem denkmalgeschützten Haus sei von Experten ein hervorragender Zustand attestiert worden, sodaß nur geringfügige bauliche Adaptationen notwendig seien. Bereits im kommenden Februar werde mit den Bauarbeiten begonnen, Ziel sei der Vollbetrieb im Frühjahr 2015. Die Revitalisierungskosten betragen eine Million Euro; es werde dafür auch Fördermittel aus der ländlichen Entwicklung geben, so Liegenfeld. ■

Startschuß für die Offene Bühne Burgenland

Neue Chance für die burgenländische Kleinkunstszene



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Kulturlandesrat Helmut Bieler (m.) und der Organisator Harald Pomper mit dem südburgenländischen Gitarristen Charlie Kager

Offene Bühnen sind Varieté-Veranstaltungen, bei der sämtliche kleinkünstlerische Genres wie Kabarett, Musik, Literatur, Zauberei, Jonglage, Schauspiel etc. willkommen sind. Nun gibt es derartige Veranstaltungen auch regelmäßig im Burgenland! Der Startschuß für das neue Projekt fiel am 13. Jänner im Rahmen einer Pressekonferenz mit Landesrat Helmut Bieler und Organisator Harald Pomper in Oberwart. Die Veranstaltungsreihe startete bereits am 25. Jänner.

Offene Bühnen – auch „Open Stages“, „Open Mics“ etc. genannt – sind Kleinkunstveranstaltungen, die international immer beliebter werden und in Berlin, Hamburg, etc. längst zum kulturellen Alltag gehören. Bei Open Stage-Veranstaltungen treten die Künstler in relativ schneller Abfolge hintereinander auf und haben eine beschränkte Auftrittsdauer. Willkommen sind alle, die im weitesten Sinn dem kleinkünstlerischen Genre zuordenbar sind: Musiker, Kabarettisten, Literaten, aber auch Zauberer, Jongleure, also

alle, die gern auf der Bühne stehen und ihr Können dem Publikum vorführen möchten.

In Österreich führt diese Form von Kulturbühne noch ein Schattendasein. Mit der Veranstaltungsreihe „Offene Bühne Burgenland“ soll sich dies nun ändern. „Für 2014 sind insgesamt zehn Open Stages in verschiedenen Teilen des Burgenlandes geplant. Mit der ‚Offenen Bühne Burgenland‘ wollen wir den burgenländischen Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit geben, im kleinen aber feinen Rahmen regelmäßig aufzutreten. Mit diesem Projekt soll die Kleinkunstszene im Burgenland gestärkt und das potentielle Publikum auf regionale Kleinkünstler aufmerksam gemacht werden“, so Bieler.

Die erste Offene Bühne Burgenland fand bereits am 25. Jänner in Mischendorf statt, die zweite am 28. Feber in Bad Sauerbrunn.

Der Nutzen von Open Stages

Offene Bühnen dienen Künstlern in unterschiedlichster Weise. Bereits bekannte

Kleinkünstler nutzen diese Möglichkeit, um im kleinen Rahmen neue Nummern oder Sketches auszuprobieren, bevor sie damit auf große Bühnen oder sogar ins Fernsehen gehen. Für Neulinge sind offene Bühnen eine erste Anlaufstelle, um ohne großen Aufwand ihre ersten Schritte in die Öffentlichkeit zu wagen“ erklärt Organisator Harald Pomper.

Bieler: „Das Wichtigste für Kleinkünstler ist, regelmäßig vor Publikum zu spielen, um sich weiterzuentwickeln und so das Handwerk der Kleinkunst zu erlernen. Auch hier gilt, wie in anderen Bereichen: Kleinkünstler ‚wachsen nicht auf Bäumen‘, sondern müssen ein Umfeld haben, in dem sie gedeihen und sich mit Gleichgesinnten austauschen können“, so der Kulturlandesrat.

Den Zuschauern soll dabei ein abwechslungsreiches Programm abseits des Mainstreams geboten werden. Sie sollen neue KünstlerInnen aus der Region kennenlernen und auf günstige und einfache Weise in neue Kunstformen „hineinschnuppern“ können.

Außerdem wird so ein Austausch zwischen den Protagonisten auf der Bühne und den Zuschauern forciert.

Die „Offene Bühne Burgenland“ wird vom Amt der burgenländischen Landesregierung unterstützt. „Mit regelmäßigen und langfristig angelegten Open-Stage-Veranstaltungen kann eine große Lücke in der (ost-)österreichischen Kleinkunstszene geschlossen und das Burgenland zum Vorreiter in Sachen Kleinkunst werden!“, ist Landesrat Helmut Bieler überzeugt: „Die Offene Bühne Burgenland“ ist keine Konkurrenz zu bestehenden Veranstaltungen, sie will diese vielmehr unterstützen! Den Kulturschaffenden soll auch eine Plattform geboten werden, um mit ihren Darbietungen für kommende Auftritte und Buch- oder CD-Erscheinungen zu werben.“

Das Spezielle an der »Offene Bühne Burgenland«

Es gibt bei der „Offenen Bühne Burgenland“ eine große Besonderheit – um den Gegebenheiten der ländlichen Region, insbesondere der großen Nord-Süd-Er Streckung Rechnung zu tragen: „Die ‚Offene Bühne Burgenland‘ wird nicht immer am selben Ort und im

selben Lokal veranstaltet, wie es in Städten meist üblich ist. Ziel ist, das gesamte Bundesland zu bespielen, damit alle Kulturinteressierten, ob Künstler oder Publikum, im Laufe eines Jahres eine derartige Veranstaltung in ihrer Nähe haben. Außerdem richtet sich die ‚Offene Bühne Burgenland‘ explizit an das kleinkünstlerische Genre und grenzt sich damit von reinen Musikveranstaltungen oder Jamsessions ab“, so Pomper.

Die Teilnahme an einer „Offenen Bühne Burgenland“ ist denkbar einfach: Interessierte KünstlerInnen und Lokale melden sich beim Organisator, gemeinsam wird dann ein abwechslungsreicher Kulturabend in der Nähe geplant. Die Künstler bekommen technisches Equipment zur Verfügung gestellt, die Lokalbesitzer neues Publikum. Moderiert werden die Offenen Bühnen vom Organisator selbst.

Die Veranstaltungsreihe

Die erste „Offene Bühne Burgenland“ fand, wie erwähnt, am 25. Jänner im Café Claudia in Mischendorf statt. Am Programm standen der Autor, Historiker und Musiker Michael Hess, der Verfasser von Drehbüchern, Theaterstücken und literarischen Werken

Reinhold F. Stumpf, die zehnköpfige Gesangsformation Happy Voices, deren Chorleiterinnen Liane Probst und Judith Kaiser auch im Duett sangen, sowie der südburgenländische Ausnahmegitarrist Charlie Kager.

Am 28. Feber gastierte die „Offene Bühne“ im H3-Pub in Bad Sauerbrunn – Teilnehmer waren u.a. der Autor Wolfgang Millendorfer, der Cellist und Autor Gernot Schönfeldinger, die Sauberbrunner Autorin Monika Herzing sowie der Schauspieler und Kabarettist Christoph Eder.

Auch für den Sommer gibt es schon zwei Termine: Am 17. Juli ist die „Offene Bühne Burgenland“ im Künstlerdorf Neumarkt an der Raab zu Gast (in Kooperation mit dem Kulturverein Neumarkt) und am 30. August gibt es eine „Summerstage“ in Parndorf in Kooperation mit Kultur & Kunst Parndorf. Es handelt sich dabei um eine Open-Air-Veranstaltung (für den Fall von Schlechtwetter gibt es räumliche Ausweichmöglichkeiten).

Für alle Veranstaltungen können sich noch KünstlerInnen melden! Interessierte LokalbesitzerInnen werden ebenfalls noch gesucht. ■

<http://www.offene-buehne.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Führungswechsel

Durnwalder: Nach 1200 Landesregierungs-Sitzungen ist Schluß – Dank an Weggefährten und Bürger – Kompatscher: Freue mich, an die Arbeit zu gehen

Nach der Wahl von Arno Kompatscher schied Luis Durnwalder nach 25 Jahren aus dem Amt des Landeshauptmanns von Südtirol. „Ich habe dieses Amt mit all meiner Kraft und mit viel Begeisterung ausgeübt, auch – oder besser: vor allem – weil so viele Menschen mich in diesen Jahren unterstützt und ihren Beitrag geleistet haben, um Südtirol voranzubringen“, so Durnwalder in einem Abschiedsstatement.

Nach knapp über 9000 Tagen im Amt des Landeshauptmanns und damit als einer der dienstältesten Regierungschefs in Europa ist Durnwalder am 9. Jänner mit der Wahl seines Nachfolgers Arno Kompatscher in den politischen Ruhestand getreten. Zurückblickend nannte der Neo-Altlandeshauptmann vier Ziele, die er im Laufe seiner Karriere verfolgt habe: den Ausbau der Autonomie, die ethnische Aussöhnung, die (auch wirtschaftliche) Entwicklung des Landes sowie die Öffnung nach Europa. „In all diesen Bereichen hatten wir das Glück, entscheidende Schritte setzen zu können.“

Er unterstrich allerdings, daß er nur das Gesicht dieser Entwicklung gewesen sei, daß also alle Erfolge nur eingefahren werden konnten, weil er auf breite Unterstützung habe zählen können: „Es haben so viele Menschen hinter den Kulissen gearbeitet, beginnend bei meinen Mitarbeitern, denen ich einen herzlichen Dank schulde“, erklärte Durnwalder. Dazu kämen all die politischen Weggefährten, die Verwalter von Land, Bezirken und Gemeinden, die Vertreter der verschiedenen Verbände, Organisationen und Interessengruppen: „Ohne sie würden politische Vorgaben nur das bleiben: Vorgaben.“

Einen Blick warf der Neo-Altlandeshauptmann auch über die Grenzen. „Ich habe in diesen Jahrzehnten sehr interessierte, sehr aufgeschlossene, sehr kluge Politiker und Verwalter in Rom, Wien und Brüssel kennenlernen dürfen, die verstanden haben, daß die Autonomie ein Mehrwert für alle Beteiligten ist“, so Durnwalder. Auch diesen Staatsmännern und Verwaltern gebühre sein Dank, ebenso wie seinen Pendants in Innsbruck und Trient. „Was dank des guten Verhältnisses der drei Länder in diesen Jahren zustande gebracht worden ist, verdient einen Platz in der Geschichte“, erklärt Durnwalder.



Foto: DiKomi/Arno Pertl

Schlüsselübergabe: LH Kompatscher übernimmt die Schlüssel zu den Amtsräumen aus den Händen seines Vorgängers Luis Durnwalder.

Ein Gedanke des nun ausgeschiedenen Landeshauptmanns gilt nicht zuletzt den BürgerInnen, auf deren Unterstützung er stets bauen können: „Man hat mir immer sehr viel Zuneigung entgegen gebracht, man hat mir Fehler verziehen und meine Entscheidungen mitgetragen – auch das ist alles keine Selbstverständlichkeit für einen Politiker“, so Durnwalder. Der stetige Austausch mit der Bevölkerung sei letzten Endes der Grundpfeiler seiner Politik gewesen: „Nur weil ich diesen Kontakt immer gesucht habe, konnte ich mir ein sehr breites Bild der Geschehnisse in unserem Land verschaffen, das als Grundlage für alle Entscheidungen gedient hat.“

Arno Kompatscher ist neuer Landeshauptmann von Südtirol

Er nehme, so Arno Kompatscher, das Amt mit großer Demut an, freue sich, an die Arbeit gehen zu können. Eine konkrete Herausforderung gibt es bereits: die Steuerreform, insbesondere jene der Gemeindeimmobiliensteuer.

Sein Amt als Landeshauptmann nehme er im Bewußtsein an, daß dieses kein leichtes sei und er auf breite Unterstützung angewiesen sei, so Kompatscher in einem ersten Statement. „Ich werde versuchen, all das, was

im Regierungsprogramm steht und was in Zukunft auf uns zukommt, so anzugehen, daß spürbar wird, daß die Politik kein Selbstzweck, sondern für die Bürger da ist“, so der Neo-Landeshauptmann. Die Wahl sei ein besonderer Moment gewesen, auch wenn er lange Zeit gehabt habe, sich darauf vorzubereiten: „Jetzt, da ich dieses Amt inne habe, werde ich kurz innehalten und in mich, dann aber gleich an die Arbeit gehen.“

Kompatscher erinnerte daran, daß er – wie viele andere Südtiroler auch – mit Luis Durnwalder als Landeshauptmann aufgewachsen sei: „Ich war gerade einmal volljährig, als Durnwalder Landeshauptmann wurde“, so Kompatscher, der betonte, daß die Übernahme der Schlüssel zu seinen Amtsräumen ein bewegender Moment sei. „Ich werde aber gar nicht erst versuchen, in die Fußstapfen von Luis Durnwalder zu treten, sondern werde den Herausforderungen nach bestem Wissen und Gewissen begegnen“, so der neue Landeshauptmann. Es handle sich demnach auch nicht um einen Bruch, sondern einen fließenden Übergang.

Kompatscher wünschte abschließend dem Alt-Landeshauptmann alles Beste für die Zukunft und fügte an: „Mögen wir auch weiterhin verbunden bleiben.“

<http://www.provinz.bz.it>

Freizügigkeit

Die EU-Kommission will steuerliche Diskriminierung bei grenzüberschreitender Mobilität beseitigen.

Mit einer gezielten Initiative will die Kommission die Steuervorschriften der Mitgliedsstaaten genau prüfen, um zu gewährleisten, daß mobile EU-BürgerInnen durch diese nicht diskriminiert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl erwerbstätige Personen wie Arbeitnehmer und Selbständige als auch nicht erwerbstätige Personen wie RentnerInnen. Die Initiative ergänzt und vervollständigt ein vorangegangenes Projekt zur steuerlichen Behandlung von Grenzgängern.

Die Mobilität der Arbeitskräfte hat sich als einer der potentiellen Schlüsselfaktoren für die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in Europa erwiesen. Schätzungen zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU-15 durch die Mobilität nach der Erweiterung (2004 bis 2009) langfristig um fast 1 Prozent gestiegen.

Nach wie vor gehören jedoch steuerliche Hindernisse zu den wichtigsten Faktoren, die BürgerInnen davon abhalten, ihren Herkunftsstaat zu verlassen und in einem anderen Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen. Steuerliche Hindernisse können entweder im Herkunftsstaat oder im neuen Ansässigkeitsstaat bestehen.

Daher wird die Kommission im Jahr 2014 die Steuervorschriften der Mitgliedsstaaten eingehend prüfen, um festzustellen, ob sich diese nachteilig auf mobile EU-BürgerInnen auswirken. Findet die Kommission diskriminierende Bestimmungen oder stellt sie fest, daß die Grundfreiheiten der EU verletzt werden, so signalisiert sie dies den nationalen Behörden und besteht auf den notwendigen Änderungen. Sollten die Probleme weiterbestehen, kann die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die betreffenden Mitgliedsstaaten einleiten.

Algirdas Šemeta, Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, erklärte: „Die Bestimmungen der EU sind eindeutig: alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union müssen im Binnenmarkt gleich behandelt werden. Diskriminierung sollte nicht möglich sein und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer darf nicht beeinträchtigt werden. Es ist unsere Pflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, zu gewährleisten, daß diese Grundsätze in allen



Foto: European Commission 2014

Algirdas Šemeta, Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung

Steuervorschriften der Mitgliedsstaaten in die Praxis umgesetzt werden.“

Da steuerliche Hindernisse nach wie vor zu den wichtigsten Faktoren gehören, die die grenzüberschreitende Mobilität behindern, ist die Kommission an vielen Fronten tätig, um für die EU-BürgerInnen Hindernisse abzubauen, beispielsweise mit ihrem Vorschlag zur Bekämpfung der Doppelbesteuerung, dem Vorschlag für eine bessere Anwendung des Rechts der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit oder dem Vorschlag zur Verstärkung des Schutzes für entsandte ArbeitnehmerInnen.

Hintergrund

Mit dieser Initiative will die Kommission prüfen und beurteilen, ob EU-BürgerInnen, die in einem anderen Mitgliedsstaat als ihrem eigenen leben, in ihrem Herkunftsmitgliedstaat oder in dem Mitgliedsstaat ihrer Wahlheimat für ihre Mobilität bestraft und stärker besteuert werden. Die BürgerInnen können steuerliche Nachteile erleiden:

- aufgrund des Standorts ihrer Investitionen oder Vermögenswerte, des Wohnsitzes des Steuerpflichtigen oder aufgrund der bloßen Änderung des Wohnsitzes des Steuerpflichtigen;
- in bezug auf ihre Rentenversicherungsbeiträge, den Erhalt von Rentenzahlun-

gen oder die Übertragung von Renten- und Lebensversicherungskapital;

- in bezug auf ihre in einem anderen Mitgliedsstaat ausgeübte selbständige Erwerbstätigkeit oder aufgrund der bloßen Verlegung solcher Tätigkeiten;
- weil ihnen bestimmte Steuerabzugsmöglichkeiten oder Steuervergünstigungen verweigert werden;
- in bezug auf ihr akkumuliertes Vermögen.

Das Recht, überall in der EU zu leben und zu arbeiten, ist sowohl ein Grundrecht der EU-BürgerInnen, als auch ein Schlüsselinstrument zur Entwicklung eines europäischen Arbeitsmarktes. Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten arbeitet die Kommission daran, die Freizügigkeit von Arbeitnehmern zu erleichtern (z. B. Vorschlag der Kommission zur Modernisierung von EURES, dem europäischen Portal zur beruflichen Mobilität), sorgt aber auch dafür, daß ArbeitnehmerInnen und EU-BürgerInnen, die in einem anderen Staat leben als ihrem Herkunftsstaat, nicht anders behandelt werden als die Staatsangehörigen des neuen Ansässigkeitsstaates und daß sie die gleichen steuerlichen Vorteile genießen. ■

<https://ec.europa.eu/eures/home.jsp?lang=de>

2014 im Zeichen der Konjunkturerholung

Österreich: Konjunkturelle Durststrecke überwunden – Differenzierter Aufschwung in CEE: Zentraleuropa als neuer Wachstumsführer

2014 steht in Europa, aber auch global gesehen, ganz im Zeichen der Konjunkturerholung. Für die Eurozone bringt das neue Jahr mit Basel III nicht nur eine Vielzahl von neuen Regelungen, sondern mit Lettland auch ein neues Mitglied. Auf den globalen Märkten kommt es durch den Rückzug des amerikanischen Anleihenkaufprogramms zu einem Ende der Liquiditätsschwemme. Die Emerging Markets außerhalb Europas dürften im ersten Quartal tendenziell hinter den etablierten Märkten zurückbleiben. Allerdings wird die Entwicklung differenziert ausfallen, denn reformorientierte Länder werden weiterhin höhere Performancegewinne aufweisen“, beginnt Peter Brezinschek, Leiter von Raiffeisen Research der Raiffeisen Bank International AG (RBI), seine Analysen in den beiden soeben erschienenen Publikationen „Strategie Globale Märkte“ und „Strategie Österreich & CEE“ zum ersten Quartal.

„Für die BRIC-Staaten sehen wir keine nennenswerte Wachstumsverbesserung aufgrund einsetzender Strukturänderungen in den nächsten zwölf Monaten. Wir erwarten den Höhepunkt der globalen Wachstumsdynamik Anfang 2015, weshalb die korrespondierenden BIP-Schätzungen für jenes Jahr über dem Potenzialwachstum liegen sollten. Auffallend ist auch, daß die Wachstumsdifferenzen innerhalb der Eurozone abnehmen sollten“, so Brezinschek weiter.

Österreich: Konjunkturelle Durststrecke überwunden

Nachdem die österreichische Volkswirtschaft im zweiten Halbjahr 2012 sowie im ersten Halbjahr 2013 so gut wie nicht vom Fleck gekommen ist, setzte im dritten Quartal 2013 eine zaghafte Konjunkturbelebung ein. Erstmals seit Anfang 2012 steuerten dabei Bruttoanlageinvestitionen, privater und vor allem staatlicher Konsum einen höheren Beitrag zum BIP-Wachstum pro Quartal bei als der Außenhandel, der zuvor als maßgebliche Wachstumsstütze fungierte. Die sichtbare Tendenz einer sich belebenden Binnenachfrage bei gleichzeitig geringer werdender Abhängigkeit vom Außenhandel sollte

auch in den kommenden Quartalen das konjunkturelle Bild prägen.

„Für die kommenden Quartale rechnen wir mit einer weiteren Belebung der Konjunkturdynamik. Der konjunkturelle Höhepunkt dürfte dabei im Winterhalbjahr 2014/2015 erreicht werden. Für das Jahr 2014 gehen wir von einer Wachstumsbeschleunigung auf 1,5 Prozent nach erwarteten 0,3 Prozent in 2013 aus, gefolgt von 2,3 Prozent im Jahr 2015“, sieht Brezinschek die Wachstumsaussichten in Österreich durchaus positiv.

Differenzierter Aufschwung in CEE1: Zentraleuropa als neuer Wachstumsführer

Gegenüber den letzten Jahren hat sich das Konjunkturprofil deutlich verschoben. War seit dem letzten Aufschwung die CIS-Region mit den stärksten Wachstumszahlen unterwegs, verschiebt sich die Wachstumsdynamik seit Sommer 2013 in Richtung Zentraleuropa (CE). Hier nehmen vor allem Polen, Tschechien und die Slowakei eine führende Rolle ein.

„Während wir für CE von einem Wachstum von rund 2,3 Prozent in 2014 ausgehen, bleiben die Wachstumsaussichten in der CIS-Region weiter verhalten. Vor allem Rußland mit nur 1,7 Prozent und die Ukraine mit einem Nullwachstum bleiben hinter den Erwartungen. Den Hauptgrund darin sehen wir in der mangelnden Modernisierung der Industrie außerhalb des Öl- und Gas-Sektors. Auch die Forcierung hochwertiger Güterproduktion für Konsumzwecke und die Umlenkung der Kapitalabflüsse in inländische Bruttoanlageinvestitionen sind unzureichend“, analysiert Brezinschek die Gründe für das schwache Wachstum in der CIS-Region.

Für die Wachstumsführerschaft in CE sieht er dabei vor allem zwei Effekte maßgeblich: „CE profitiert von den engen wirtschaftlichen Verflechtungen zu Deutschland, das der Konjunkturmotor der Eurozone ist. Darüber hinaus haben diese Länder ihre Industrie wettbewerbsfähig gemacht und können mit niedrigen Lohnstückkosten auch gegenüber Importen punkten.“

USA: Fed beginnt Normalisierung der Geldpolitik

Im Mai angedeutet, im September zurückgezogen, ist die Entscheidung zum Rückzug aus dem US-Anleihenkaufprogramm nun definitiv gefallen. Geplant ist eine schrittweise Einschränkung des Anleihenkaufprogramms, sodaß dieses im vierten Quartal 2014 abgeschlossen sein sollte. Für 2014 ist noch eine Bilanzausweitung um USD 450 Milliarden, also von rund 3 Prozent des BIP, geplant. „Wir haben nach wie vor erhebliche Zweifel am Fahrplan der Fed zur Normalisierung der Geldpolitik. Grund dafür ist, daß sich die US-amerikanische Konjunktur 2014 deutlich besser entwickeln wird als im abgelaufenen Jahr. Die Arbeitslosenquote dürfte damit weiter sinken und in der Folge sollte der Lohnauftrieb zunehmen. Der vorab festgelegte Schwellenwert der Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent wird bereits für das vierte Quartal 2014 erwartet. Obwohl die Fed eine Zinsanhebung erst für das zweite Halbjahr 2015 signalisiert, rechnen wir dennoch mit einem ersten Zinsschritt bereits Anfang 2015“, sieht Brezinschek die aktuellen Aussagen der Fed skeptisch.

Globale Aktienmärkte: Chancen/Risiko-Profil weiter attraktiver als bei vielen festverzinslichen Alternativen

Die Staatsanleihenrenditen bei den langen Laufzeiten in den USA und der Eurozone dürften wegen der Konjunkturbelebung im Jahresverlauf weiter ansteigen. Mit Ausnahme von Rußland und der Türkei sind die Renditen bei den Staatsanleihen der CEE-Region vergleichsweise tief. Die Analysten erwarten im Jahresverlauf 2014 im Zuge des Renditeanstieges in der Eurozone eine Parallelenentwicklung für CEE-Staatsanleihen mit rund plus 50 bis 70 Basispunkten gegenüber Jahresende 2013.

Angesichts der vielfach niedrigen/negativen realen Performanceaussichten bei sicheren festverzinslichen Anlagealternativen, erscheint das Chancen/Risiko-Verhältnis für globale Aktien, auch vor dem Hintergrund der unterstellten Belebung der Weltwirtschaft und der Perspektive einer leichten Be-

schleunigung des Gewinnwachstums im Gesamtjahr 2014, noch ausgewogen. Die Ausreizung des Gewinnzyklus beschränkt das Kurspotential in den USA. Eine Kaufempfehlung gibt es für die Aktienmärkte der Eurozone. Hier wirken sich die sich weiter stabilisierende Konjunktur, die Aussicht auf wieder steigende Gewinne und Margen, moderate Bewertungen wie auch der anhaltende Mangel an Rendite-trächtigen Veranlagungsalternativen positiv aus.

Im CEE-Raum sehen die Analysten von Raiffeisen Research bei den Aktienindizes grundsätzlich Aufholpotential. Die Performanceschätzungen für 2014 sind jedoch mit 6 bis 13 Prozent sehr unterschiedlich. „In Polen liegt der für 2014 erwartete Gewinnanstieg bei mäßigen 2,5 Prozent, wobei die

Bewertung mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) 2014 von 13,0 im historischen Vergleich als moderat, allerdings leicht über westeuropäischem Niveau angesiedelt ist. Zudem dürften, nachdem die polnische Regierung weitere Details zur Pensionsreform bekanntgegeben hat, die privaten Pensionsfonds schneller als zuletzt angenommen zu Nettoverkäufern von polnischen Aktien mutieren“, erläutert Brezinschek die Untergewichtung für den polnischen Aktienindex.

„Mit einer Performance von plus 26 Prozent stellt der rumänische BET zweifelsohne den Spitzenreiter im Jahr 2013 dar. Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen ein gutes Fundament für eine weiterhin überdurchschnittliche Ent-

wicklung der Bukarester Börse. Die Regierung macht ihre Hausaufgaben und läßt Budgetdisziplin walten. Fundamental sind die rumänischen Titel trotz der Anstiege nach wie vor günstig bewertet. Auf Indexbasis erwarten wir für 2014 ein KGV von 6,5“, so Brezinschek.

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI) betrachtet Österreich, wo sie als eine führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, und Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 15 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfaßt die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung und Mergers and Acquisition. ■ <http://www.rzb.at>

Neue Tourismusrekorde

Vorjahresrekord mit 132,6 Mio. Nächtigungen neuerlich übertroffen

Die neuen Rekorde bei Ankünften und Nächtigungen zeigen, daß der Tourismus mehr denn je eine wichtige Konjunkturstütze ist, die Wachstum und Arbeitsplätze im Land sichert. Diese positive Entwicklung wollen wir auch heuer auf allen Ebenen vorantreiben“, sagte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner zu den am 28. Jänner Statistik von der Austria für das Kalenderjahr 2013 veröffentlichten Tourismuszahlen. Die Nächtigungen sind um 1,2 Prozent auf 132,6 Millionen gestiegen, die Ankünfte um 1,8 Prozent auf 36,8 Millionen, was jeweils neuen Bestwerten entspricht.

Laut Angaben der Branche hat sich nach dem guten Weihnachtsgeschäft auch die Buchungslage für die Semesterferien positiv entwickelt, wobei der Trend zur kurzfristigen Urlaubsentscheidung anhält. „Umso wichtiger ist die Rückkehr des Winters. Frischer Schnee verbessert nicht nur die Pisten, sondern stärkt auch die Moral der Touristiker und die Motivation der Gäste“, so Mitterlehner, der auf Basis einer aktuellen WIFO-Prognose weitere Steigerungen bei den Nächtigungen erwartet.

Mehr zinsgünstige Kredite verfügbar

Langfristiges Ziel sind – wie im Regierungsprogramm vorgesehen – 140 Millionen Nächtigungen im Jahr 2018. „Trotz des härter werdenden weltweiten Wettbewerbs wollen wir unser Rekordniveau weiter übertreffen. Dafür müssen wir noch stärker neue

Herkunftsmärkte erschließen und den Tourismusbetrieben gute Finanzierungsmöglichkeiten anbieten“, nennt Mitterlehner zentrale Schwerpunkte. „Daher stellen wir auch heuer wieder ein Volumen von 50 Millionen Euro an zinsgünstigen ERP-Krediten zur Verfügung, mit denen die Betriebe ihre Infrastruktur ausbauen und neue Angebote umsetzen können. Zusätzlich gibt es ERP-Kleinkredite, die mit einer Bandbreite von jeweils 10.000 bis 100.000 Euro auf den Bedarf kleinerer Betriebe zugeschnitten sind“, so Mitterlehner. „Als neues Angebot wollen wir über die ÖHT eine Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank starten. Pro Jahr würde das ein zusätzliches Kreditvolumen von 38 Millionen Euro ermöglichen, mit denen Investitionen von rund 80 Millionen Euro ausgelöst werden könnten“, erwartet Mitterlehner.

Mehr deutsche Gäste und Erschließung neuer Märkte mit neuen Angeboten

Österreichs wichtigster ausländischer Herkunftsmarkt Deutschland legte im Vorjahr bei den Nächtigungen mit 2,4 Prozent wieder deutlich zu. „Der deutsche Gast entdeckt uns wieder, wie der Zuwachs von rund 1,2 Millionen Nächtigungen zeigt“, betont Mitterlehner. Im langfristigen Trend steigen die Gästezahlen aus dem zentral- und osteuropäischen Raum besonders schnell, die jährliche Wachstumsrate liegt laut Statistik Austria im Schnitt bei acht Prozent. „Die in den letzten Jahren auf Basis der Tourismusstrategie ver-

stärkte Internationalisierung ist auf einem guten Weg und kompensiert damit auch die zwischenzeitlichen Rückgänge in manchen traditionellen Märkten“, betont Mitterlehner. „Positiv bemerkbar machen sich auch die von uns unterstützten Investitionen der Branche in Kultur-, Wander- und Gesundheitstourismus. Das belebt die Nebensaisonen und erhöht die Auslastung der Betriebe. Durch den Trend zum Ganzjahrestourismus sind wir breiter und stärker aufgestellt“, so Mitterlehner. Weiter auf der Überholspur ist daher auch der Städtetourismus, wie zum Beispiel das starke Nächtigungsplus von 3,7 Prozent in Wien zeigt.

Herausforderndes Jahr mit Rekordergebnis abgeschlossen

Mit Blick auf das Rekordergebnis dankt Mitterlehner der gesamten Tourismusbranche für ihren großen Einsatz. „Unsere Tourismusbetriebe und ihre Beschäftigten sind Weltspitze und haben sich daher auch von der zähen Konjunkturlage und vielen weiteren Herausforderungen nicht unterkriegen lassen. Gerade für die vom Hochwasser betroffenen Tourismusregionen war das Vorjahr extrem schwierig, was sich auch in einzelnen Nächtigungsergebnissen niederschlägt. Daher war es uns auch ein wichtiges Anliegen, die Betriebe finanziell bei der Beseitigung der Schäden zu unterstützen und eine Sonderkampagne zu starten, um noch mehr Lust auf Urlaub in Österreich zu machen“, betont Mitterlehner abschließend. ■

Teuerung in Österreich

Österreich wies im Dezember 2013 mit 2 Prozent erstmals die höchste Inflationsrate aller Mitgliedsländer des Euroraums auf (Euroraum: 1,4 Prozent)

Im Dezember 2013 ist die Inflation gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex in Österreich auf 2 % im Jahresvergleich gestiegen. Erstmals seit Beginn der Preisindex-Berechnung Mitte der 1990er Jahre weist Österreich damit die höchste Teuerung aller Mitgliedsländer des Euroraums auf¹, faßt Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer zusammen. Mit einer durchschnittlichen Jahresinflation von 2,1 % war das Jahr 2013 in Österreich dennoch eines der preisstabilsten überhaupt.

Die im Vergleich mit dem Durchschnittswert im Euroraum von 1,4 % 2013 höhere Inflationsrate in Österreich ist nach Ansicht der Ökonomen der Bank Austria nur zum Teil durch die unterschiedliche Konjunktur-entwicklung erklärbar. Denn die Euroraum-Teuerungsrate enthält auch Preistrends von Ländern wie Griechenland, Slowenien oder Italien, die 2013 noch in einer Rezession gesteckt sind und daher mit anderen Nachfragegegebenheiten als Österreich konfrontiert waren. „Aber auch im Vergleich mit Ländern mit einer ähnlichen Konjunktur-entwicklung weist Österreich eine deutlich höhere Inflation auf. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist die Inflation in Österreich 0,5 Prozentpunkte höher als etwa in Deutschland. Dieser Inflationsaufschlag kann nicht durch konjunkturelle Unterschiede erklärt werden. Dazu kommt, daß dieser stärkere Inflationsauftrieb im Jahr 2013 kein einmaliges Phänomen ist. Bereits seit einigen Jahren ist die Teuerung in Österreich höher als in Deutschland“, analysiert Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Abgaben und Gebühren stiegen seit 2007 doppelt so stark wie in Deutschland

In Österreich ist ein erheblicher Teil der höheren Teuerung im Vergleich zu Deutschland auf die stärkere Anhebung sogenannter „administrierter Preise“ zurückzuführen. Die Preise für Sachgüter und Dienstleistungen, die entweder vollständig oder zum überwiegenden Teil von der öffentlichen Hand beeinflusst werden, stiegen innerhalb der vergangenen sechs Jahre in Österreich um 15,8 %, davon allein über 3 % im Jahr 2013. In Deutschland war der Anstieg der administrierten Preise im gleichen Zeitraum mit nur

7 % dagegen nicht einmal halb so hoch. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex zu konstanten Steuersätzen ist in Österreich seit 2007 um 15,2 % gestiegen, damit also geringer als der Gesamtindex (15,8 %), was zeigt, daß ein Teil der Teuerung auch Steuererhöhungen geschuldet ist. „Die Anhebung administrierter Preise, wie diverse Abgaben und Gebühren, sowie auch Steuererhöhungen haben in den vergangenen sechs Jahren Preisdruck nach oben erzeugt. Strukturelle Besonderheiten in Österreich, wie zum Beispiel demographische Trends, sowie geringer Wettbewerb in einigen Branchen haben den Preisauftrieb quer über alle Wirtschaftsbereiche weitergetragen. Die vergleichsweise hohe Inflation in Österreich ist somit nicht importiert, sondern hausgemacht“, faßt Bruckbauer zusammen.

Nahrungsmittel-, Wohnkosten- und Treibstoffpreise waren 2013 keine Inflationstreiber

Ein Blick auf die Preisentwicklung der einzelnen Warengruppen zeigt, daß es im Vergleich zu Deutschland, nicht die oft diskutierten Nahrungsmittelpreise und auch nicht die Wohnkosten insgesamt oder die Treibstoffpreise sind, die für den höheren Preisauftrieb verantwortlich sind. Die Nahrungsmittelpreise sind zwar in Österreich um 3,8 % im Vorjahr gestiegen, aber in Deutschland sogar um 4,2 %. Wohnen wurde in Österreich 2013 tatsächlich spürbar teurer. Die Preise in der Warengruppe Wohnen, Wasser und Haushaltsenergie stiegen mit 2,7 % überdurchschnittlich stark an, doch auch in Deutschland betrug der Anstieg immerhin 2,5 %. Dabei steht dem starken Anstieg der Wohnungsmieten in Österreich ein unterdurchschnittlicher Preisauftrieb der Haushaltsenergie entgegen. Bei den Treibstoffpreisen zeigte sich infolge sinkender Weltmarktpreise 2013 sogar ein inflationsdämpfender Effekt, der in Österreich mit einem Rückgang um 3,7 % zum Vorjahr sogar stärker als in Deutschland (-3,5 %) ausfiel.

Preisanstieg in Österreich seit 2007 rund ein Drittel höher als in Deutschland

Von 2007 bis 2013 stiegen die Preise in Österreich um insgesamt 15,8 %. In Deutsch-

land betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum nur 11,6 %. Somit war der Preisanstieg in Österreich rund ein Drittel höher als in Deutschland. Die Differenz von 4,2 Prozentpunkten über sechs Jahre ist auf eine höhere Preisdynamik auf breiter Ebene zurückzuführen. Einen besonders hohen Anteil an diesem Teuerungsaufschlag haben die starken Preissteigerungen in den Warengruppen Hotels und Restaurants (Anteil am Inflationsdifferential von 4,2 Prozentpunkten: 48 %), Bekleidung und Schuhe (19 %), Hausrat und Hausinstandhaltung (ca. 16 %) sowie Gesundheit (15 %).

Auch 2014 wird Teuerung in Österreich spürbar über jener in Deutschland liegen

In Österreich ist in den kommenden Monaten zwar weiterhin eine niedrige Inflation zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2014 ist sogar ein Wert unter der 2%-Marke möglich. „Wir gehen davon aus, daß auch 2014 die Teuerung in Österreich spürbar über jener in Deutschland liegen wird. Die jüngst angekündigte Anhebung von Steuern- und Gebühren, die mit März wirksam werden, könnte den Inflationsaufschlag von bisher geschätzten 0,3 Prozentpunkten sogar noch erhöhen. Die Maßnahmen werden den Preisauftrieb 2014 um rund einen Viertel Prozentpunkt zusätzlich erhöhen“, meint Bruckbauer.

Die im Vergleich zu Deutschland seit mehreren Jahren höhere Inflation könnte sich langfristig auch als Bumerang für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erweisen. Die nominellen Lohnstückkosten sind in Österreich seit 2007 um rund 16 % angestiegen, während sich für Deutschland nur eine Zunahme von 13,8 % errechnet. „Der dauerhaft stärkere Preisauftrieb als in Deutschland birgt die Gefahr, daß über den höheren Inflationsdruck auf die Erzeugerpreise und die Lohndynamik die österreichische Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit und damit als wichtiger Zulieferer für die deutsche Wirtschaft an Boden verliert“, meint Bruckbauer.

Preisentwicklung 2013 bei täglichen Ausgaben stark überdurchschnittlich

Laut aktuellen Berechnungen von Statistik Austria lag die Jahresveränderungs-

rate des Mikrowarenkorbes (+3,4%) deutlich über der allgemeinen Inflationsrate (+2,0%) des Jahres 2013. Auch die administrierten Preise lagen mit einer Preissteigerung von 2,3% über dem Jahresdurchschnitt des VPI. Der Miniwarenkorb, der außer Nahrungsmitteln auch Treibstoffe enthält, und der PKW-Index entwickelten sich im Jahr 2013 unterdurchschnittlich (Miniwarenkorb +1,3%, Pkw-Index -0,5%).

Sämtliche Waren und Dienstleistungen dieser Spezialindizes stammen aus dem allgemeinen VPI-Warenkorb und werden für analytische Zwecke zu den entsprechenden Aggregaten zusammengefaßt und ausgewertet. Der Mikrowarenkorb verteuerte sich im Jahr 2013 um 3,4%, der Miniwarenkorb nur um 1,3%.

Das durchschnittliche Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der einen täglichen Einkauf darstellt und hauptsächlich Nahrungsmittel enthält, erhöhte sich im Jahr 2013 durchschnittlich um 3,4% (Einfluß auf die allgemeine Inflationsrate: +0,15 Prozentpunkte). Im Jahr 2012 hatte sich der Mikrowarenkorb um 3,2% verteuert.

Das durchschnittliche Preisniveau des Miniwarenkorbs, der einen typischen wöchentlichen Einkauf widerspiegelt und deshalb neben Waren und Dienstleistungen des kurzfristigen Verbrauchs auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahr 2013 durchschnittlich um 1,3% (Einfluß auf die allgemeine Inflationsrate: +0,23 Prozentpunkte). Im Jahr 2012 hatte die Teuerung noch 3,7% betragen. Ausschlaggebend für diesen starken Rückgang war die Preisentwicklung der Treibstoffe, die sich im Jahr 2013 als ein deutlicher Preisdämpfer herausstellten.

Zu den administrierten Preisen zählen jene Preise für Waren und Dienstleistungen, die ganz oder teilweise staatlich festgesetzt werden (durch Gesetze beziehungsweise Verordnungen von Bund, Ländern, Gemeinden). Im Jahr 2013 lag ihre Veränderungsrate (durchschnittlich +2,3%; Einfluß auf die allgemeine Inflationsrate: +0,22 Prozentpunkte) nur knapp unter der des Jahres 2012 (+2,4%). Im Laufe des Jahres 2013 verteuerten sich Pflegeheimplätze (+4,6%; Einfluß: +0,04 Prozentpunkte), die Kindergartengebühr (+11,0%; Einfluß: +0,03 Prozentpunkte) sowie die Fernseh-Kombigebühr (+2,6%; Einfluß: +0,02 Prozentpunkte). Die Ausgaben für Musiktheater (+3,9%), die Rezeptgebühr (+3,5%) und Dauerkarten für den öffentlichen Nahverkehr (+2,0%) stiegen ebenfalls. ■

Quellen: Bank Austria Volkswirtschaft, Statistik Austria

Rekordumsatz beim Weinexport

Durchschnittspreis von 3 Euro/Liter erreicht

Die heimischen Winzer blicken 2013 erneut auf ein erfolgreiches Exportjahr zurück. Obwohl nach 2012 auch 2013 eine mengenmäßig unterdurchschnittliche Ernte eingebracht wurde, stieg der Exporterlös um mehr als 4 Prozent auf 137,5 Mio. Euro an. Durch den hohen Anteil von Flaschenweineexporten wurde erstmals in der Geschichte ein durchschnittlicher Exportpreis von 3 Euro/Liter erwirtschaftet. Durch eine Strukturberreinigung in der heimischen Weinwirtschaft steigt die Anzahl an exportierenden Weinbaubetrieben konstant an. Besonders der Export in Länder wie die Benelux-Staaten, Skandinavien oder Großbritannien, aber auch Fernmärkte wie Japan und China, trägt stark zum Rekordumsatz beim Weinexport bei.

Österreichs Weinexportumsätze entwickelten sich auch 2013 trotz kleiner Erntemenge weiter dynamisch. Die vorläufigen Exportzahlen der ersten drei Quartale 2013 der Statistik Austria und Hochrechnungen der Österreich Wein Marketing (ÖWM) auf Basis der Exportumsätze des letzten Quartals 2012 zeigen mit 137,5 Mio. Euro ein weiteres Umsatzplus von über 4 Prozent bei einem leichten Rückgang der Menge um 3 Prozent auf 45,5 Mio. Liter. Der Durchschnittspreis aller Exporte liegt erstmals über 3 Euro/Liter, womit ein wichtiges Ziel der österreichischen Weinwirtschaft erreicht wurde. Wesentlichster Erfolgsfaktor ist dabei weiterhin der hohe Anteil an Flaschenweineexporten, die inzwischen 95 Prozent des gesamten Exporterlöses erwirtschaften.

Somit liegen die Weinexporterlöse erneut deutlich über dem Vorjahresniveau von 132 Mio. Euro. „Bemerkenswert ist, daß das Wachstum nicht von den traditionell stärksten Märkten Deutschland, Schweiz und USA ausgeht, sondern von früheren „Problemkindern“ wie Skandinavien, den Beneluxländern, Großbritannien oder Japan“, analysiert Willi Klinger, Geschäftsführer der ÖWM. „Aber auch die Märkte in der zentraleuropäischen Nachbarschaft geben Anlaß zu Optimismus.“ Besonders erfreulich ist, daß die österreichischen Weinexporte nach China bereits zum zweiten Mal um 50 Prozent zulegen konnten und der Durchschnittspreis

über 7 Euro/Liter beträgt. In diesem Markt sieht die ÖWM weiteres großes Potential.

In den offiziellen Exportzahlen in die europäische Gemeinschaft sind auch Reexporte enthalten. Sie dürften 2013 gegenüber dem Vorjahr nicht gestiegen sein.

Mehr Winzer drängen in den Export

In den vergangenen Jahren hat sich in der österreichischen Weinwirtschaft ein starker Strukturwandel vollzogen. 2009 gab es knapp 1000 Betriebe in Österreich, die über 30.000 Liter Wein produzierten. Bis zum Jahr 2012 stieg diese Zahl auf über 1600 an. (2012 gab es 3300 Betriebe in Österreich, die unter 30.000 Liter produzierten, 2009 waren es noch 5500.) Aufgrund des gleichbleibenden Konsums am Heimmarkt erhöht diese Entwicklung auch den Konkurrenzdruck im Inland.

Aus diesem Grund nimmt die Bedeutung des Weinexportes seit einigen Jahren für die heimischen Winzer massiv zu. „Es reicht nicht mehr aus, in wenigen großen Exportländern wie Deutschland, Schweiz oder USA erfolgreich zu sein. Österreichischer Wein ist in allen Ländern ein Nischenprodukt. Daher müssen wir im Export die Anzahl der Länder erhöhen, in denen wir in diesen Nischen erfolgreich sind. Dort müssen wir einerseits die Spitze im Topsegment verteidigen, andererseits aber auch in Preisklassen reüssieren, in denen eine vernünftige Menge umgesetzt wird und der durchschnittliche Exportpreis bei drei bis fünf Euro pro Liter liegt“, erklärt Willi Klinger die Strategie der ÖWM. „Dies ist uns in vielen europäischen Ländern sehr erfolgreich gelungen.“

„Die erfreulichen Export-Daten zeigen, daß die Zusammenarbeit von Winzern, Händlern und ÖWM erfolgreich ist“, kommentiert Johannes Schmuckenschlager, neuer Präsident des Österreichischen Weinbauverbandes, die positive Exportentwicklung. „Erfolgreiche Exportzahlen signalisieren eine hohe Wertschätzung für den österreichischen Wein im Ausland. Dieses Image wirkt sich auch auf den Heimmarkt positiv aus und trägt so zu einer Verbesserung der Wertschöpfung bei den Betrieben bei.“ ■

<http://www.oesterreichwein.at>

Bargeldlose Gesellschaft?

Utopie oder baldige Realität? – Marketagent.com & emotion banking präsentieren zwei Meinungsumfragen unter Konsumenten und Führungskräften der Finanzbranche und untersuchen die Frage nach der Auswirkung auf Banken.

Derzeit halten 82 Prozent der Österreicher eine bargeldlose Gesellschaft für unmöglich. Ebenso kritisch äußern sich Bankexperten. Auf der anderen Seite stehen zahlreiche Innovationen, die bargeldlose Überweisungen und kontaktlose Zahlvorgänge vereinfachen und die cash-less society befeuern. Überweisungen via Smartphone stehen bereits heute bei jedem zweiten Finanzexperten auf der Tagesordnung und das Bezahlen an der Supermarktkassa via Handy ist für 55 Prozent vorstellbar. Immerhin haben die Österreicher ein genauso starkes emotionales Verhältnis zur Bankomatkarte wie zu Banknoten und erstere ist bereits das beliebteste Zahlungsmittel für Einkäufe des täglichen Bedarfs. Vielleicht ist die bargeldfreie Gesellschaft in Wirklichkeit näher als allgemein vermutet.

Vor diesem Hintergrund präsentierte Marketagent.com in Kooperation mit emotion banking am 28. Jänner die Ergebnisse des Studiendoppelpacks „Die bargeldlose Gesellschaft“, welche das Thema von zwei Seiten beleuchtet: Eine repräsentative Umfrage unter 1000 KonsumentInnen nimmt das Zahlungsverhalten der ÖsterreicherInnen und die emotionale Komponente von Bar- und Buchgeld unter die Lupe. Eine Befragung von 132 Führungskräften der österreichischen Finanzbranche zeigt die Bedeutung des Zahlungsverkehrs für Banken, ergänzt Pro und Contra einer bargeldlosen Gesellschaft und gibt eine Einschätzung künftiger Player im Zahlungsverkehr aus Expertensicht. Die Ergebnisse im Detail:

Bargeldlose Zahlung immer beliebter, bargeldlose Gesellschaft noch Fiktion

Die bargeldlose Zahlung wird in Österreich immer beliebter, das ergibt die Konsumentenbefragung von Marketagent.com in Kooperation mit emotion banking. „Sechs von zehn ÖsterreicherInnen zahlen heute seltener mit Bargeld als noch vor zehn Jahren“, erklärt Thomas Schwabl, Geschäftsführer von Marketagent.com. „Auch emotional nähern wir uns immer stärker der bargeldlosen Bezahlkultur an, auch wenn die Vorstellung der cash-less society für die Bevölkerung derweil noch etwas abenteuerlich anmutet und



Foto: Marketagent.com online reSEARCH GmbH

Thomas Schwabl (GF Marketagent.com) u. Christian Rauscher (GF emotion banking)

unter KonsumentInnen zum Teil Unbehagen hervorruft.“ Obgleich die FinanzexpertInnen in ihrem persönlichen Zahlungsverhalten stärker bargeldlos agieren, deckt sich die Einschätzung hinsichtlich der bargeldlosen Gesellschaft mit jener der KundenInnen. Lediglich 19 Prozent der Banker halten eine bargeldlose Gesellschaft in Österreich in weiterer Zukunft für realistisch, wobei 34 Prozent eine derartige Entwicklung begrüßen würden. Diesem Wunsch steht jedoch bei der Mehrzahl der Banker die Gefahr eines Überwachungsstaates, der Zunahme der digitalen Kriminalität sowie der Auslieferung an Technik gegenüber und so dominiert eine „sowohl als auch“ Sicht.

Anteil bar bezahlter Waren im Einzelhandel auf 57 Prozent geschätzt

Bargeld verbindet man hierzulande laut Konsumentenumfrage vor allem mit Anonymität (56,9 %), Tradition (54,3 %) und Convenience (praktisch, rasch und unkompliziert: 49,5 %). Der Anteil der im österreichischen Einzelhandel bar bezahlten Waren wird aus Konsumentensicht auf durchschnittlich 57 Prozent (MW) geschätzt. Ob man bargeldlos zahlt, hängt in erster Linie

vom Inhalt der Geldbörse (75,9 %) und der Höhe des zu zahlenden Betrags (58,4 %) ab. Fast jeder Fünfte (18,5 %) entscheidet ausserdem danach, ob der Einkauf auf der Kontoübersicht aufscheinen soll oder nicht. Im Schnitt haben die ÖsterreicherInnen gut 75 Euro (MW) in der Brieftasche, wobei gilt: Je älter, desto mehr hat man „cash“ eingesteckt. Zwei Drittel (65,2%) der KonsumentInnen haben eine bestimmte Grenze, bis zu der sie Einkäufe bar bezahlen. Im Schnitt liegt diese bei knapp 60 Euro (MW), alles darüber wird bargeldlos bezahlt – bevorzugt mit Bankomatkarte.

ÖsterreicherInnen hängen an Bankomatkarte und Banknoten gleichermaßen

Wie die Studie zeigt, haben die ÖsterreicherInnen mittlerweile ein genauso starkes emotionales Verhältnis zur Bankomatkarte wie zu Banknoten und erstere ist jetzt schon das beliebteste Zahlungsmittel für Einkäufe des täglichen Bedarfs. Mehr als 60 Prozent (63,1 %) würden die Bankomatkarte als Zahlungsmittel stark vermissen, wenn es diese nicht mehr geben würde. Banknoten würden Herr und Frau Österreicher in gleichem Umfang abgehen (61,1 %) – viel mehr als unse-

Wirtschaft

re Euro-Münzen (36,3 %). Müßten sie sich künftig für ein bestimmtes Zahlungsmittel im stationären Handel entscheiden, würde etwas mehr als jede(r) zweite ÖsterreicherIn (52,5 %) Einkäufe des täglichen Bedarfs mit der Bankomatkarte zahlen. Nur jede(r) Dritte (34,4%) würde lieber bar begleichen. Eine geringe Tendenz gibt es zur Bezahlung via Kreditkarte (8,3 %), Quick (2,7 %), Prepaid-Karte (0,6 %) oder Handy (1,6 %).

Banker mit rationaler Sicht

Die Sicht der Banker ist stärker rational geprägt. Für sie ist Bargeld vor allem Mittel zum Zweck. Lediglich 32 % verbinden damit das Gefühl von Unabhängigkeit und 27 % das gute Gefühl etwas „Greifbares“ zu besitzen. 22 Prozent der FinanzexpertInnen sehen einen unnötigen Aufwand bei der Herstellung und Weitergabe; 30 % kommen zu dem Schluß, daß Bargeld immer unnötiger wird. Christian Rauscher, Geschäftsführer von emotion banking faßt zusammen: „Für die Banken ist das Bargeldhandling mehr Last als Lust. Sie stehen den Scheinen und Münzen deutlich kritischer gegenüber. Ginge es nach den Bankern, so würden 1- und 2-Cent Münzen sofort abgeschafft werden, 500 Euro-Scheine hätten jedoch eine gute Zukunft.“

52 Prozent der Konsumenten orten in der cash-less society Nachteile

Eine völlige Abkehr von Banknoten und Münzen ist für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht vorstellbar. Daß Österreich bald zu einer bargeldlosen Gesellschaft werden könnte, ist für 82 % noch Fiktion. Laut Umfrage rechnen Herr und Frau Österreicher hierzulande erst um das Jahr 2033 (MW) mit einer Gesellschaft, in der nur mehr via Bankomatkarte, Kreditkarte und Co. bezahlt wird. Aktuell steht die Bevölkerung einer bargeldlosen Bezahlung noch eher skeptisch gegenüber. Nur 15 Prozent würden zum jetzigen Zeitpunkt eine cash-less society begrüßen, 60 % lehnen diese sogar (eher) ab. Für mehr als die Hälfte der Befragten überwiegen in der bargeldlosen Gesellschaft die Nachteile (51,9 %), lediglich 14 % können darin Vorteile erkennen.

Digitale Kriminalität und Gefahr eines Überwachungsstaats als größte Sorgen

Vor allem die Gefahr einer Zunahme der digitalen Kriminalität (71,6 %) und eines Überwachungsstaats (66,6 %) sowie Bedenken, im Verlustfall keine Bezahlmöglich-

lichkeit zu haben (68,4 %), bereiten den Konsumenten in bezug auf eine bargeldlose Gesellschaft Kopfzerbrechen. Auch würden die ÖsterreicherInnen in einer Welt, die rein auf Buchgeld aufbaut, die Anonymität der Barzahlung (58,0 %) sowie Trinkgeld zu geben (57,1 %) bzw. selbst etwas „zugesteckt“ zu bekommen (49,6 %) vermissen. Knapp jeder/jedem Zweiten (45,5 %) bescheren Münzen und Scheine ein gutes Gefühl, da sie uns den Eindruck vermitteln, etwas in der Hand zu haben. 43 % würde dieses Gefühl abgehen, direkt zu vor Augen zu haben, was man ausgibt. Trotzdem werden auch viele Vorteile in der bargeldlosen Gesellschaft gesehen wie das Ausschalten von Falschgeld (55,9 %) oder Wechselgeldfehlern (45,3 %).

In den Banken werden immer mehr Transaktionen bargeldlos abgewickelt

Fast alle befragten Experten berichten von einer Steigerung der Anzahl bargeldloser Transaktionen in ihren Finanzinstituten in den vergangenen drei Jahren. Bei der Hälfte aller Fälle überschritt diese Steigerung die 5-Prozent-Marke. Vor allem Online-Überweisungen und Überweisungen in der SB-Zone der Filiale konnten zulegen. Obgleich die Banker künftig von einer weiteren Zunahme im Bereich des Internetbankings ausgehen, ist der größte Gewinner Mobile Banking: Hier sehen 94 Prozent der Banker zumindest großes Wachstumspotential. Geht es nach den Finanzexperten so wird mobile banking stärker wachsen als der Bereich des mobile payment und commerce bzw. des mobile money transfers. Zusammengefaßt bedeutet dies einen signifikanten Bedeutungsverlust der Filiale für die Abwicklung der Bankgeschäfte und sinkende Kundenfrequenzen in den Schalterbereichen. Hier wird es spannend sein, wie Banken künftig Kunden gewinnen möchten, denn für 97 % ist das Konto ein wichtiges Ankerprodukt, das vor allem dazu dient, den Kunden besser zu kennen und wichtige Signale zu identifizieren.

Nichtbanken treiben Innovationen im Bereich bargeldloser Zahlungsverkehr voran

Digitaler Strukturwandel stellt klassische Banken vor allem im Bereich bargeldloser Zahlungsverkehr vor große Herausforderungen. Neue innovative Lösungen entstehen an den klassischen Banken vorbei, Zahlungen müssen nicht mehr exklusiv bei Banken abgewickelt werden. Nichtbanken (Google,

Apple, Pay Pal) werden mit Abstand als die wichtigsten Spieler bei der Entwicklung innovativer Zahlungsverkehrslösungen gesehen. Auch Kreditkartenanbieter sowie große Online-Versandhäuser (Amazon, Zalando) mischen kräftig mit. Lediglich die Hälfte der Experten sehen auch Raiffeisen, die Erste Bank sowie Direktbanken in der Lage, eine angemessene Antwort auf die voranschreitende Digitalisierung und veränderten Nutzererwartungen zu geben.

Nichtbanken dringen immer stärker in die klassische Domäne der Banken ein. 84 % der befragten Experten glauben, dass bankfremde Institute nicht nur innovative und moderne Front-End-Lösungen anbieten, sondern auch die Abwicklung von Zahlungsgeschäften übernehmen könnten.

Die Auswirkung dieser Entwicklung auf Marktanteile der Banken wird davon abhängen, welche Rolle sie im digitalen Wettbewerb annehmen. „Banken haben alle Trümpfe in der Hand. Sie verfügen über herausragende Expertise in der Abwicklung, haben Zugang und auch Zutrauen der Kunden und kennen deren Wünsche. Auf Seite der Herausforderer stehen teilweise junge Fintechs aber auch globale Giganten wie Google. Banken haben alle Chancen ihre Position erfolgreich zu verteidigen, allerdings hat der Zug schon Fahrt aufgenommen und nicht alle Institute sitzen an Bord“, zeigt sich Rauscher erstaunt. Fragt man die Experten nach der Position ihrer eigenen Institute im Bereich mobiler Zahlungsverkehr und Apps, so sieht sich der Sparkassensektor als Innovator (71 % der Befragten, die diesem Sektor angehören). Raiffeisen sieht sich eher als früher Folger (57 % der Raiffeisen-Vertreter), der Volksbankensektor als später Folger (50 % der Volksbanker).

Sicherheitsfaktoren, Kosten der Entwicklung und Marktetablierung werden von den Experten als größte Hemmnisse der Entwicklung innovativer Zahlungsverkehrslösungen gesehen. Verbreitung mobiler Endgeräte und der Internetnutzung sowie Bequemlichkeit und Schnelligkeit der Abwicklung sind nach Meinung der Experten die größten Innovationstreiber. ■

<http://www.emotion-banking.at>

<http://www.marketagent.com>

Marketagent.com zählt zu den führenden Full-Service Online Markt- und Meinungsforschungsinstituten im deutschsprachigen Raum. Mit Niederlassungen in Baden bei Wien, München, Zürich und Maribor werden jährlich mehr als 800.000 Web-Interviews durchgeführt.

100 Jahre Grazer Flughafen

Zu seinem runden Geburtstag plant der Flughafen Graz ein halbes Jahr lang verschiedenste Veranstaltungen und Aktionen.



Eine historische Aufnahme vom ersten Betriebsgebäude auf dem Grazer Flughafen, hinter dem ein moderner Zeppelin schwebt.

Am 26. Juni 2014 wird der Flughafen Graz 100 Jahre alt und ist damit der älteste Verkehrsflughafen Österreichs. Um dieses Jubiläum würdevoll zu feiern, wurde ein Weg gewählt zwischen einem respektvollen Umgang mit der Vergangenheit und spannenden, sowie teilweise auch unbekanntem Einblicken in die Gegenwart und Zukunft. Das Veranstaltungs- und Aktionsprogramm startete offiziell am 22. Jänner mit der Vernissage zur ersten Ausstellung „Graz aus der Vogelperspektive“ und dauert bis Ende Juni dieses Jahres.

Bürgermeister Siegfried Nagl: „Der Grazer Flughafen ist unser internationales Tor zur Welt. Als die Anteile von Bund und Land auf den Markt geworfen werden sollten, habe ich mich vehement für das Vorkaufsrecht der Stadt eingesetzt, weil man immer selbst der Hüter seiner Eingangstür sein soll. Dieses Engagement hat sich längst bezahlt gemacht, denn unser Flughafen ist modern, attraktiv und auch finanziell bestens aufgestellt. Wir stehen als Stadt hinter unserem Flughafen und hinter unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort täglich hervorragende Arbeit leisten!“

„Als Eigentümer, auch wenn wir ihn erst seit bald zehn Jahren mitprägen dürfen, sind wir stolz auf unseren Flughafen Graz und seine Entwicklung vom Militärflughafen zu einem leistungsstarken Regionalflughafen“, so Wolfgang Malik, Vorstandsvorsitzender der Holding Graz. „Das Programm der kommenden Monate, das auch wir gerne unterstützt haben, zeigt den Flughafen Graz und die Luftfahrt in vielen, teilweise auch wenig bekannten Facetten.“

„Wir haben uns bei unseren Überlegungen rund um das Jubiläum sehr bewußt für eine Abfolge kleinerer Veranstaltungen und Aktionen entschieden“, erklärte Gerhard Widmann, Geschäftsführer des Flughafen Graz. „Nur so können wir allen Aspekten, die zu einem Flughafen dieses Alters gehören, gerecht werden. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Flughafens und der Luftfahrt sollen so ‚zur Sprache kommen‘ und ein rundes Ganzes ergeben.“

Viele Gedanken hat man sich am Flughafen in den letzten Monaten gemacht, wie man einerseits den Blick auf die Vergangenheit nicht zu kurz kommen läßt und andererseits den Flughafen in seinem Hier und Jetzt

darstellt, mit seinen MitarbeiterInnen und deren vielfältigen Aufgaben. Darüber hinaus soll auch noch ein Blick in die Zukunft geworfen werden.

100 Jahre sind eine lange Zeit. Diese 100 Jahre waren von zwei Weltkriegen, Wirtschaftskrisen und schließlich dem Beginn eines zivilen Flughafens geprägt.

„Wir haben einen Grund zu feiern, es ist uns aber auch die historische Einbettung der Gründung des militärischen Flughafen Thalerhof bewußt, die kurz vor dem Beginn des ersten Weltkriegs stattfand. All diese Aspekte sollen in den kommenden Monaten nicht zu kurz kommen!“, so Widmann weiter.

Um auch alle Interessierten aktiv in das Programm einzubinden, wurden bereits im vergangenen Jahr zwei Aufrufe gestartet:

Der erste Aufruf gilt einem Kreativ-Wettbewerb für Kindergartenkinder, Jugendliche sowie SchülerInnen mit dem Titel „Der Flughafen Graz – ein Magnet der Gefühle, Wünsche und Träume“. Er wird in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat Steiermark, dem Kulturamt der Landeshauptstadt Graz und der Kulturvermittlung Steiermark durchgeführt.

Chronik

Der zweite Aufruf gilt allen Interessierten. Unter dem Titel „Schicken Sie uns Ihre GRZ Geschichte“ geht es um die Einsendung besonderer Erlebnisse, lustige Erinnerungen, spannende Anekdoten oder interessante Bilder. Übrigens: es wurde bei GRZ Geschichte nicht auf das A vergessen. GRZ ist nämlich das internationale Kürzel für den Grazer Flughafen.

Bei beiden Aktionen können die TeilnehmerInnen Preise gewinnen.

Graz aus der Vogelperspektive

„Und Berg und Gewässer/Umfittichen wir/Sie weilet da drunten/Ich spähe nach ihr ...“ Mit diesen Zeilen endet ein Gedicht Johann Wolfgang von Goethes, die Sehnsucht, sich in die Lüfte zu erheben, beschreibend. Dem Geheimrat war es aber nicht vergönnt, die Welt von oben zu sehen. Das damals Unmögliche – ist es heute zur platten Selbstverständlichkeit geworden? Wie viele sehen sich im Flugzeug lieber einen Film an (den sie auf Erden sich nie anschauen würden), anstatt aus dem Fenster etwa auf die fantastische Gletscherwelt Grönlands oder auf die skurrile Grafik des Gangesdeltas „da drunten“ zu spähen? Warum aber in die Ferne schweifen, sieh’ das Gute – sprich Graz – liegt so nah: Die steirische Landeshauptstadt ist auch aus der Vogelperspektive faszinierend. Daher wurde der Stadt von oben die erste Ausstellung im Jubiläumsjahr des Flughafen Graz gewidmet.

Karl A. Kubinzky, studierter Geograph und Historiker sowie über lange Jahre Professor am Institut für Soziologie der Universität Graz, ist ein leidenschaftlicher Sammler alles Grazerischen. Seine umfangreiche Sammlung deckt unterschiedlichste Bereiche ab. So bietet sie auch genügend Material für diese Ausstellung, beginnend mit diversen Stadtplänen bis hin zu den wahrscheinlich ersten Fotos, die Graz aus der Vogelperspektive zeigen. Zudem: Kubinzky machte 1983 und 1990 mit dem Heißluftballon unzählige Fahrten über Graz, um die Stadt auch von oben zu dokumentieren. Seine Aufnahmen bieten Einblicke und Ausblicke, Überblicke und Details in/auf/von Graz, sein historisches Zentrum sowie die charakteristischen Siedlungselemente der Gesamtstadt.

„Graz aus der Vogelperspektive“ ist eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Universalmuseum Joanneum und dem Kulturamt der Stadt Graz und ist bis 16. März 2014 in der Galerie des Flughafen Graz, Abflughalle 1. Stock, zu besichtigen.

<http://www.flughafen-graz.at/100jahre>

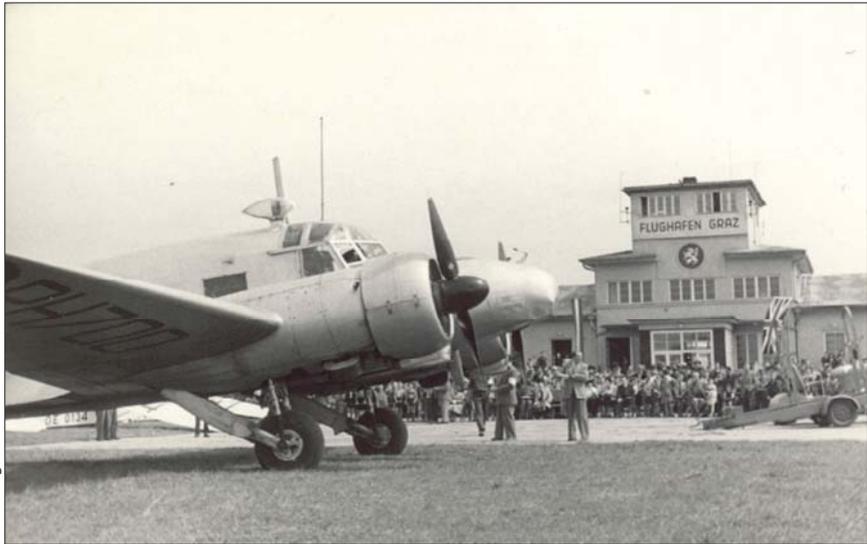


Foto: Flughafen Graz Betriebs GmbH

Eine Aufnahme vom 1. Flugtag im Jahr 1952



Foto: Flughafen Graz Betriebs GmbH

Ein Blick auf das »alte neue« Flughafengebäude 1985...



Foto: Flughafen Graz Betriebs GmbH / Krug

... und ein Blick über das Flugfeld, wie er sich heute bietet

Innsbruck: Olympia auf Schritt und Tritt

Das 50jährige Jubiläum der Olympiastadt Innsbruck wird heuer auf vielfältige Art und Weise gefeiert und auch die Stadt selbst wird sich in den kommenden Monaten olympisch präsentieren: Neben Fahnen und Schaufensterkampagnen trägt seit 30. Jänner unter anderem auch ein „Walk of Fame“ zum olympischen „City-Dressing“ bei.

Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Sportreferent Vizebürgermeister Christoph Kaufmann, Olympiateilnehmerin Nina Reithmayer (Rennrodeln/Einsitzer) und Josef Feistmantl, Olympiasieger der Winterspiele 1964 im Rennrodeln/Doppelsitzer, brachten gemeinsam die ersten Sterne in der Maria-Theresien-Straße an.

„Das vielfältige Veranstaltungsprogramm, mit dem wir dieses olympische Jubiläum würdig feiern, wird das ganze Jahr hindurch die Bedeutung der Spiele für Innsbruck in Erinnerung rufen“, so die Bürgermeisterin. „Mit diesem ‚Walk of Fame‘ können Einheimische und Gäste aus aller Welt nun auf den Spuren der Medaillengewinnerinnen und -gewinner aller drei olympischen Winterspiele in Innsbruck wandeln.“

„Franz Klammer, Karl Schnabl oder Christl Haas – die Liste der Olympiasie-



Foto: RMS / Mergl

Eröffneten den »Walk of Fame« (v. l.): Vizebürgermeister Christoph Kaufmann, Nina Reithmayer, Josef Feistmantl und Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer

gerInnen aller olympischen Winterspiele in Innsbruck ist lang und enthält zahlreiche klingende Namen“, so Sportreferent Kaufmann. „Besonders freut es mich, daß mit Josef Feistmantl eine echte Sportlegende der Olympiageschichte bei der Eröffnung des Walk of Fame anwesend ist.“ Ähnlich den berühmten Sternen am Hollywood-Boule-

vard in Los Angeles erinnert er in Innsbruck an alle OlympiasiegerInnen und -teams der Winterspiele 1964, 1976 und 2012 (Youth Olympic Games). Die 136 bunten Sterne werden im Innenstadtbereich angebracht und erinnern so auf Schritt und Tritt an die glorreichen SportheldInnen der Vergangenheit. ■

<http://www.innsbruckinformiert.at>

»Eis frei!« für den Wiener Eistraum 2014

Am 24. Jänner läuteten Bürgermeister Michael Häupl und Sportstadtrat Christian Oxonitsch sowie die 21 EistänzerInnen des Eismärchens „Aquadria“ mit ihrer zauberhaften Show die 19. Saison des Wiener Eistraums ein. Im Anschluß waren wieder alle BesucherInnen zum kostenlosen Schlittschuhvergnügen am Wiener Rathausplatz eingeladen. Hunderte Eislaufbegeisterte folgten dieser Einladung.

Bis inklusive 9. März bietet der Wiener Eistraum täglich von 9 bis 22 Uhr eine märchenhafte Eislandschaft von über 7000 m², eine 450 m² große kostenlose Anfängerfläche, sechs Eisstockbahnen, einen 750 Laufmeter langen Pfad quer durch den Südpark des Wiener Rathauses, eine Vielfalt an biologischen und regionalen Köstlichkeiten sowie eine vergrößerte Almhütte. Auch heuer wird die bereits erfolgserprobte Radio Wien Disko wochentags sowie am Wochenende ab 14 Uhr für beste Stimmung sorgen.

Der technische und personelle Einsatz für den Aufbau war enorm: Rund 60 Firmen und an die 350 Personen waren mit dem 21tägigen Aufbau und der Organisation betraut.

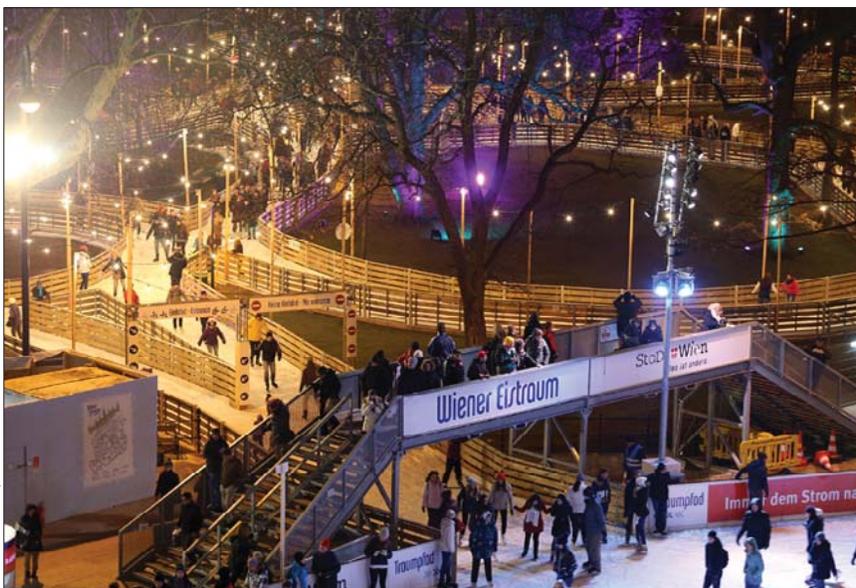


Foto: Votava / PID

Ein 750 Laufmeter langer Pfad führt quer durch den Südpark des Wiener Rathauses.

Materialmengen wie 600 m³ Holz, 450 t Edelsplitt, ca. 4000 m² Holzpodest sowie 2 km Banden, 3,5 km Stromverkabelung und 35 Container wurden benötigt, um den Wiener Eistraum zu gestalten. So wie im vergangen

Jahr erfolgte auch 2014 die gesamte Beleuchtung des Wiener Eistraums mit LEDs, um das winterliche Areal auch abends zum Erstrahlen zu bringen.

<http://www.wienereistraum.com>

NÖ Wirtshauskultur kürt die Top-Wirte des Landes!

Gerti Geidel vom Landgasthof zur Linde wird Top-Wirtin des Jahres



Foto: Niederösterreich-Werbung / romanseidl.com

v.l.: Prof. Christoph Madl (GF Niederösterreich-Werbung), Haubenköchinf Regina Waldherr, Gerti und Robert Geidel (Landgasthof zur Linde, Laaben), Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav und Ulli Amon-Jell, Obfrau der NÖ Wirtshauskultur

Immer wieder Herzklopfen, Spannung und dann Begeisterung – auch dieses Jahr, bei der bereits 16. Prämierung der Niederösterreichischen Wirtshauskultur zum Top-Wirt des Jahres. In den stilvollen Räumlichkeiten der ehemaligen Reithalle von Schloß Grafenegg wurden am Abend des 27. Jänner 50 der rund 260 Mitgliedsbetriebe der Wirtshauskultur mit dem ehrenvollen Prädikat „Top-Wirt 2014“ ausgezeichnet. Danach ging es um die heiß begehrten „Stockerlplätze“, die Prämierung der Besten in den drei Kategorien „Einsteiger“, „Aufsteiger“ und „Top-Wirt des Jahres“.

Je drei Anwärter waren in diesen Bereichen nominiert gewesen, jeweils einer von ihnen bekam nun die Trophäe von Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav überreicht. Bohuslav stellte dem Verein Niederösterreichische Wirtshauskultur, der 2014 sein 20jähriges Jubiläum feiert, das beste Zeugnis aus: „Die Wirtshäuser, die sich in dieser Vereinigung zusammengefunden haben, stehen für Tradition, familiäre Führung, bodenständige Gerichte aus regionalen Spezialitäten

und ein attraktives Preis-/Leistungsverhältnis. Die Wirtshauskulturbetriebe haben einen großen Beitrag dazu geleistet, daß Niederösterreich als das ‚Land für Genießer‘ wahrgenommen wird.“

So viel Engagement verdient Beifall. Den gab es auch, und die glücklichen Sieger wurden nicht nur von ihren KollegInnen gefeiert. Auch die zahlreiche Prominenz, die sich zu diesem Anlaß eingefunden hatte, ließ sich das Applaudieren nicht nehmen: Gerhard Zadrobilek, Anton Pfeffer, Gary Howard, Stefanie Schwaiger, Waltraut Haas, Andreas Wojta, Georg Riha und Werner Auer.

Verwöhnt wurden die Gäste durch Köstlichkeiten aus den Küchen der Vorjahressieger, Harald und Sonja Pollak (Retzbacherhof, Unterretzbach), Patrick Friedrich und Sebastian Pesau (Weingut Hutter, Krems) und Alexander und Suzana Rehberger (Landgasthof zum Schwarzen Adler, Altenmarkt an der Triesting).

Gezaubert wurde diesmal nicht nur an den Töpfen, auch die Bühne verwandelte sich in einen Ort der Magie: der international

renommierte Zauberkünstler und Deutscher Meister der Magie Thommy Ten und seine Partnerin Amélie von Toss ließen ihr Publikum den Atem anhalten. Mit Lounge-Sound von Peter Sax und einem „Würstelstand“ klang das Fest der Wirte noch weit in die Nacht hinein aus.

Die Sieger der Prämierung: Top-Wirt 2014

„Einsteiger des Jahres 2014“
Michael und Dagmar Galler, Wirtshaus Blumenstöckl, Klosterneuburg

Ein Klosterneuburger und eine Kärntnerin – so sieht das erfolgreiche Duo aus, das sich als „Einsteiger des Jahres 2014“ präsentiert, also unter den erstmals getesteten Betrieben die meisten Punkte erringen konnte. Das historische Gasthaus aus dem Jahre 1863 haben Michael und Dagmar Galler im August 2012 übernommen, heute zeigt sich das „Wirtshaus Blumenstöckl“ in Klosterneuburg in neuem, sehr nostalgischem Glanz mit geflammter Holztafelung und liebevollen Details. Die Karte ist ein klares Bekennt-

Gastronomie & Kulinarisches

nis zur traditionellen Küche, in der Klassiker wie Zwiebelrostbraten, Beuschl oder Krautstrudel nicht fehlen dürfen. Die Weinkarte ist die besondere Passion des Wirtspaares, eingekauft wird direkt beim Winzer.

<http://www.wirtshaus-blumenstoeckl.at>

„Aufsteiger des Jahres 2014“

Monika und Josef Hag,
Stadtwirtshaus Hopferl, Gmünd

Einen wahren Höhenflug an Punkten haben Monika und Josef Hag hingelegt und damit den Titel „Aufsteiger des Jahres 2014“ verdient – jener Betrieb, der sich seit dem letzten Test am meisten steigern konnte. Im „Stadtwirtshaus Hopferl“ der beiden begeisterten Wirtsleute, die vor vielen Jahren mit einem kleinen Bierbeisl begonnen hatten, wird mitten in Gmünd nicht nur delikat, sondern auch bemerkenswert regional gekocht. Nicht ohne kreative und zeitgemäße Interpretationen. Hinter den Töpfen steht mit Günther Scheuerer ein exzellenter Koch mit Tiroler Wurzeln, der mit den Waldviertler Ikonen wie Karpfen, Mohn, Blunzen oder auch Schwammerl virtuos umzugehen versteht.

<http://www.hopferl-gmuend.at>

„Top-Wirt des Jahres 2014“

Gerti Geidel, Landgasthof zur Linde,
Laaben

Außen Kaisergelb, innen historische Holzdecken und edle Stoffe – kein Wunder, daß sich schon Franz Joseph I. bei seinem Besuch 1895 wohlgeföhlt hat. Als „Top-Wirt des Jahres 2014“ ist der Landgasthof zur Linde von Gerti Geidel mehr denn je beliebter Treffpunkt für Genießer. Hier in Laaben im Wienerwald wird in der Lindenküche aus Bodenständigem überraschend Raffiniertes, wie etwa Ganslbratensaft-Mousse, Roastbeef vom Hirschrücken oder alles rund um die Elsbeere gezaubert. Gerti Geidel, die sich als Vollblutgastronomin am liebsten um ihre Gäste kümmert, hat mit ihrem Mann Robert die „Linde“ im Jahr 2000 übernommen und behutsam renoviert. Nun hat sie mit ihrem Küchenteam das höchste Lob der heimischen Wirtshauskultur erhalten.

<http://www.landgasthof-zur-linde.at>

Die Nominierten des Jahres 2014

„Einsteiger des Jahres 2014“

Michael und Dagmar Galler
Wirtshaus Blumenstöckl, Klosterneuburg
Familie Hönig, Hönigwirt
Kirchschlag in der Buckligen Welt
Andreas Lang
Langs Gasthaus Figl, Wolfpassing



Foto: Niederösterreich-Werbung / romanseidl.com

Die »Top-Wirtin des Jahres 2014«
Gerti Geidel, Landgasthof zur Linde

„Aufsteiger des Jahres 2014“

Monika und Josef Hag
Stadtwirtshaus Hopferl,
Gmünd
Harald und Susanne Stumpfer
Gasthof Stumpfer, Schönbühel
Daniela und Hannes Kern
Gastwirtschaft Kern, Langmannersdorf

„Top Wirt des Jahres 2014“

Gerti Geidel
Landgasthof zur Linde, Laaben
Werner und Günter Gruber
Grubers Wirtshaus, Stockerau
Michael Kolm
Bärenhof Kolm, Arbesbach

Die Bewertung

Die Ehrenpreise wurden auch in diesem Jahr von einer handverlesenen, kompetenten Jury zuerkannt. Wer bei der Niederösterreichischen Wirtshauskultur zum Top-Wirt aufsteigen will, muß sich strengen Tests unterziehen – anonym und nicht nur auf Speis und Trank beschränkt. Letzteres sollte sich natürlich nicht nur als köstlich, sondern auch als regional und saisonal präsentieren, mit viel Know-how in Weinberatung und Service. Bewertet werden aber auch die Ausstattung des Betriebs und die kleinen Extras, die den

großen Unterschied machen – Kinderspiele, Hausgemachtes wie Bier oder Brot oder besonders liebevoll gestaltete Speisekarten.

Top Wirt-Sieger der vergangenen Jahre

2013: Retzbacherhof, Unterretzbach
2012: Gasthaus Amstätter, Hausleiten
2011: bittermann-Vinarium, Göttlesbrunn
2010: Triad, Krumbach
2009: Haslauerhof, Haslau/Donau
2008: Gasthaus Goldenes Bründl, Oberrohrbach
2007: Gasthaus Schmutzer, Winzendorf
2006: DER jungWIRT, Göttlesbrunn
2005: Gastwirtschaft Floh, Langenlebern
2004: Gasthof Zum Lustigen Bauern, Zeiselmauer
2003: Gasthaus Kalteis, Kirchberg an der Pielach
2002: Landgasthof Zum Blumentritt, St. Aegydt/Neuwalde
2001: Landgasthof Jeitler, Bromberg/Oberschlatten
2000: Gasthaus Jell, Krems
1998: Gasthaus Schwarz, Nöhagen

Viel Grund zum Feiern: 20 Jahre Niederösterreichische Wirtshauskultur

In diesem Jahr gibt es besonders viel Anlaß zur Freude – feiert doch die Niederösterreichische Wirtshauskultur ihr 20jähriges Bestehen. Was 1994 mit einer Handvoll engagierter Wirte und viel gutem Willen begann, ist heute aus der kulinarischen Landkarte Niederösterreichs nicht mehr wegzudenken. „Der Weg der Wirtshauskultur zeigt, daß man sich mit Krisen nicht abfinden muß, daß man auch die Ärmel aufkrepeln und als kleine Initiative Großes bewirken kann“, freut sich auch Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav über das runde Jubiläum. „Die Wirtinnen und Wirte Niederösterreichs stehen dafür, was Niederösterreich immer schon geprägt und für Gäste attraktiv gemacht hat – das Genießen der kulturellen und kulinarischen Reichtümer der Region.“ Heute zeigt sich der Verein mit seinen rund 260 Mitgliedsbetrieben als Hüter einer langen Tradition, mit einer Reihe von Qualitätskriterien aber auch offenem Blick über den Tellerrand. Stammtisch, Schank und Ofenbrat sind ebenso Teil dieser Kultur wie zeitgemäße Architektur und kreative Haubenküche. Zu ihrem 20. Geburtstag war beim Fest der Wirte in Grafenegg eine Wirtshauskultur zu erleben, lebendiger denn je, aktuell und bereit für die nächsten Jahrzehnte. ■

<http://www.wirtshauskultur.at>

Prof. Fritz Molden ist tot

Am Morgen des 11. Jänner 2014 ist Fritz Molden in einem Krankenhaus in der Tiroler Stadt Schwaz gestorben, in das ihn seine Familie wegen einer Erkrankung während der Weihnachtsfeiertage gebracht hatte...

Fritz Molden wurde am 8. April 1924 in Wien in einen großbürgerlichen Haushalt geboren. Sein Vater, Ernst Molden, war Chefredakteur der „Neuen Freien Presse“, seine Mutter Paula Preradovic war Lyrikerin und Schriftstellerin. Sie verfaßte übrigens den Text der österreichischen Bundeshymne.

Als er 14 Jahre alt war, wurde er – kurz nach dem „Anschluß“ – verhaftet, weil er sich als Mitglied des katholischen Untergrunds an Aktionen gegen das NS-Regime beteiligte, und das sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Schließlich, als er wehrtauglich war, versetzte man ihn zu einem Strafbataillon an der russischen Ostfront. Es gelang ihm die Flucht und er lebte anschließend bei den Partisanen im Apennin. Von dort gelangte er in die Schweiz, wo er Mittelsmann zwischen der österreichischen Widerstandsbewegung O5 und den Alliierten fungierte – ab 1944 im Rang eines Verbindungsoffiziers, wofür ihm drei Jahre später, 1947, mit der „Medal of Freedom“ gedankt wurde.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann Fritz Molden seine beeindruckende Karriere als Sekretär von Außenminister Karl Gruber, für den er auch die Pressearbeit erledigte. Ein Jahr später, 1946, führte ihn die Funktion eines Redakteurs für die von seinem Vater wiedergegründete „Die Presse“ ins Ausland und war daraufhin als Diplomat in den USA im Informationsdienst des Österreichischen Generalkonsulates in New York tätig.

Nach Wien zurückgekehrt übernahm er 1950 die kaufmännischen Agenden der „Presse“ und gründete im selben Jahr das Magazin „Wochenpresse“. Dann folgte die Gründung der Boulevard-Zeitung „Express“ gemeinsam mit dem späteren ORF-Generaldirektor Gerd Bacher und wurde, nach dem Kauf des Wiener Wochenblatts „WiWo“, als 34-jähriger der größte und wichtigste Zeitungsherausgeber des Landes und erreichte Marktanteile von bis zu 28 Prozent.

Sein Interesse für die Autonomiebewegung in Südtirol führte so weit, daß er bis 1960 als Mitglied des Politischen Komitees des Befreiungsausschusses Südtirol verhandelte.

Bereits in den 80er-Jahren setzte sich Molden als Präsident des Auslandsösterrei-

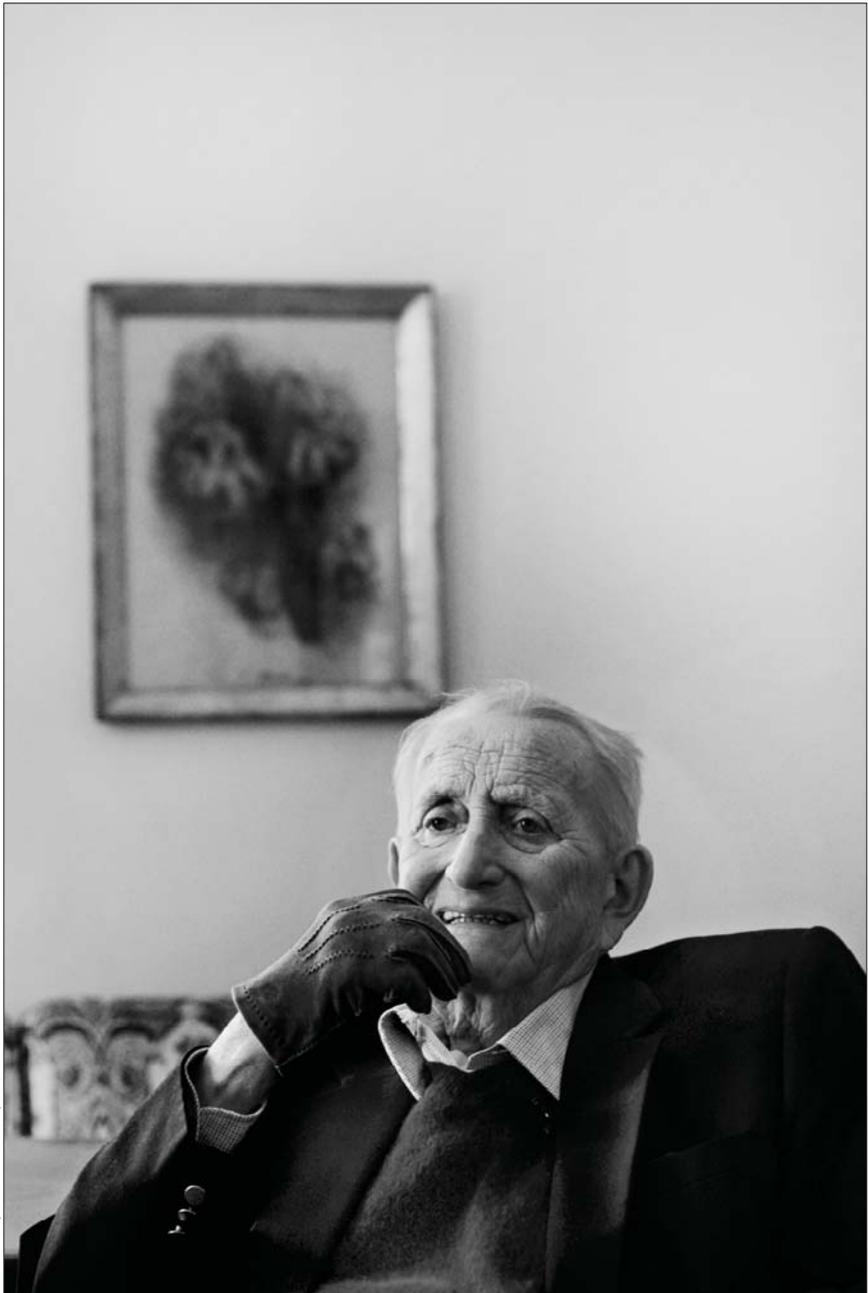


Foto: ORF/Pammer Film/Esther Pruckner

Prof. Fritz Molden bei einem der letzten Interviews für die ORF-Dokumentation »Wie wir wurden. Was wir sind. Generation Österreich.«, in der er sich an seine Mutter Paula von Preradovic erinnerte und wie sie den Text für die österreichische Bundeshymne dichtete...

cherwerks ebenso für eine Erleichterung im Staatsbürgerschaftsrecht ein – vor allem was die Doppelstaatsbürgerschaft anbelangte – und machte sich für die Einführung der Briefwahl für AuslandsösterreicherInnen

stark – das aber dann noch viele Jahre auf sich warten ließ...

Mit seinem eigenen Buchverlag, der neben Memoiren und Sachbüchern auch einige Bestseller namhafter Autoren auf den Markt

Personalia

brachte, hatte er allerdings weniger Glück und mußte 1982 Konkurs anmelden. Er widmete sich daraufhin wieder der Schriftstellerei und machte sich durch verschiedene Reisen ins Ausland für Österreich stark, als die „Affäre Waldheim“ die Berichterstattung über unser Land dominierte.

Im Herbst 1976 übernahm Fritz Molden auf Wunsch von Bundeskanzler Bruno Kreisky und Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger als Präsident die Leitung des Auslandsösterreicherwerks. Das trat für Hilfsmaßnahmen für bedürftige AuslandsösterreicherInnen ein, für Aktionen in Österreich und aller Welt und mit der Zeitschrift „Rot-Weiss-Rot“, die Verbindung zwischen der Heimat und AuslandsösterreicherInnen zu stärken. Schon damals bestand eine Zusammenarbeit mit dem Weltbund der Österreicher im Ausland, mit dem das Auslandsösterreicherwerk 2004 schließlich fusioniert wurde.

Stimmen zum Tod Fritz Moldens

Bundespräsident Heinz Fischer sagte, „Fritz Molden hat bei der Gründung der Zweiten Republik und in weiterer Folge durch viele Jahrzehnte hindurch in Österreich eine hervorragende Rolle gespielt. Er war ein vielseitig interessierter Intellektueller, eine energiegeladene Verlegerpersönlichkeit und ein echter österreichischer Patriot im besten Sinne des Wortes. Während der Nazi-Zeit war seine Haltung beispielhaft und seine jahrzehntelange journalistische Tätigkeit war von einer liberalen Gesinnung im besten Sinne des Wortes geprägt. Ich habe Fritz Molden Anfang der 60er Jahre, also vor einem halben Jahrhundert, kennen und schätzen gelernt und viele seiner Aktivitäten bewundert. Fritz Molden war ein hervorragender Herausgeber und Autor zahlreicher Publikationen und sein unerschrockener Einsatz für die Wiedererrichtung eines freien und demokratischen Österreich bleibt unvergessen“, sagte der Bundespräsident, der der Witwe des Verstorbenen, Hanna Molden, in einem persönlichen Kondolenzschreiben seine Anteilnahme an ihrem schweren Verlust zum Ausdruck brachte.

Kanzleramtsminister Josef Ostermayer zeigte sich von der Nachricht vom Tod Moldens betroffen: „Österreich verliert mit Fritz Molden einen bedeutenden Publizisten und eine der profiliertesten Persönlichkeiten der Zweiten Republik. Ich drücke seiner seiner Familie mein tief empfundenes Mitgefühl aus“, so Ostermayer.

Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter drückte sein tiefes Bedauern über

das Ableben von Fritz Molden aus: „Fritz Molden hat seine Spuren als Widerstandskämpfer, Verleger, Journalist und Diplomat, nicht nur in Österreich hinterlassen. Er war auch Mitbegründer des ‚Forum Alpbach‘ und ist schon 1945 für eine Idee eingetreten, die noch heute wesentliche Akzente für unsere Gesellschaft setzt. Meine Gedanken sind bei seiner Familie, der ich viel Kraft und Zuversicht in dieser schweren Zeit wünsche.“

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny nahm mit tiefer Betroffenheit das Ableben von Fritz Molden zur Kenntnis: „Fritz Molden war ein engagierter Bürger und zeitlebens mit voller Energie gestalterisch tätig. Bereits in jungen Jahren gegen die Nazis aktiv, blieb er sich bis zur letzten Konsequenz treu. Später war er am Wiederaufbau Österreichs beteiligt und gestaltete die heimische Medienlandschaft – mit persönlichen Höhen und Tiefen – prägend mit. Sein Wirken ist das eines mutigen, überaus vielseitigen Patrioten im besten Sinn.“

„Mit ihm verliert Österreich einen kritischen Geist, mit ihm gewinnt Österreichs Geschichte aber auch einen erinnerungswürdigen Menschen, der die wechselvolle jüngere Vergangenheit seines Landes durch seine Biografie auf faszinierendste Weise widerspiegelt“, so Wiens Kulturstadtrat.

Der Abschied

Am 20. Jänner nahmen das offizielle Österreich und unzählige andere Trauergäste Abschied von Prof. Fritz Molden, der im Familiengrab am Wiener Zentralfriedhof beigesetzt wurde. Der ehemalige Außenminister der Tschechischen Republik, Karl Schwarzenberg, verabschiedete sich von seinem Freund und sagte, mit ihm gehe „mit das Beste von Österreich von uns“. Auch der langjährige Freund und Weggefährte Moldens, der frühere ORF-Generaldirektor Gerd Bacher nannte Molden einen seiner „Lebensmenschen“, niemand außer seiner Mutter habe er mehr zu verdanken gehabt. ■

St. Pöltner Altbischof Krenn gestorben

Der St. Pöltner Altbischof Kurt Krenn ist am Abend des 25. Jänner nach langer schwerer Krankheit im 78. Lebensjahr in Gerersdorf (NÖ) verstorben. Krenn war 13 Jahre lang, von 1991 bis 2004, Bischof der Diözese St. Pölten. In den vergangenen Jahren trat er krankheitsbedingt kaum noch in der Öffentlichkeit auf. Er verbrachte seine letzten Monate in der Pflagestation des Gerersdorfer Schwesternkonvents.

Kurt Krenn stammte aus dem oberösterreichischen Mühlviertel, wo er am 28. Juni 1936 in Rannriedl geboren wurde. Er besuchte das Gymnasium in Schlierbach und trat anschließend in das Priesterseminar Linz ein. Das Studium der Philosophie und Theologie absolvierte er an der Gregoriana und an der Lateranuniversität in Rom. 1962 empfing er in Rom die Priesterweihe. Seine weiteren Studien führten ihn nach Tübingen und München.

1970 bis 1975 war er Professor der Philosophie in Linz und 1974 bis 1975 auch Lehrbeauftragter an der Hochschule St. Pölten. 1975 wurde er auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie nach Regensburg berufen.

1987 ernannte Papst Johannes Paul II., mit dem Krenn ein Faible für den deutschen, zum Katholizismus konvertierten Philosophen Max Scheler teilte, den oberösterreichischen Theologen zum Titularbischof von Aulon und Weihbischof in Wien. Seine Agen-

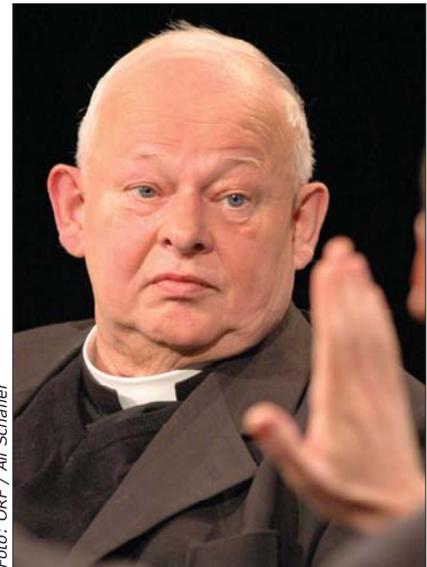


Foto: ORF / Ali Schafner

Dieses Foto von Bischof Kurt Krenn entstand bei einem seiner vielen Teilnahmen an den ORF-Diskussions-sendungen »Club 2«

den waren Hochschulen, Kunst und Kultur. Am 11. Juli 1991 erfolgte die Ernennung zum Diözesanbischof von St. Pölten. Nach kompromittierenden Vorgängen im St. Pöltener Priesterseminar und einer päpstlich angeordneten Visitation durch den damaligen Vorarlberger Bischof Klaus Küng reichte Bischof Krenn 2004 seinen Rücktritt ein. Er wurde von Johannes Paul II. am 7. Oktober 2004 angenommen. ■

Die Suche nach der Neutronenwelle

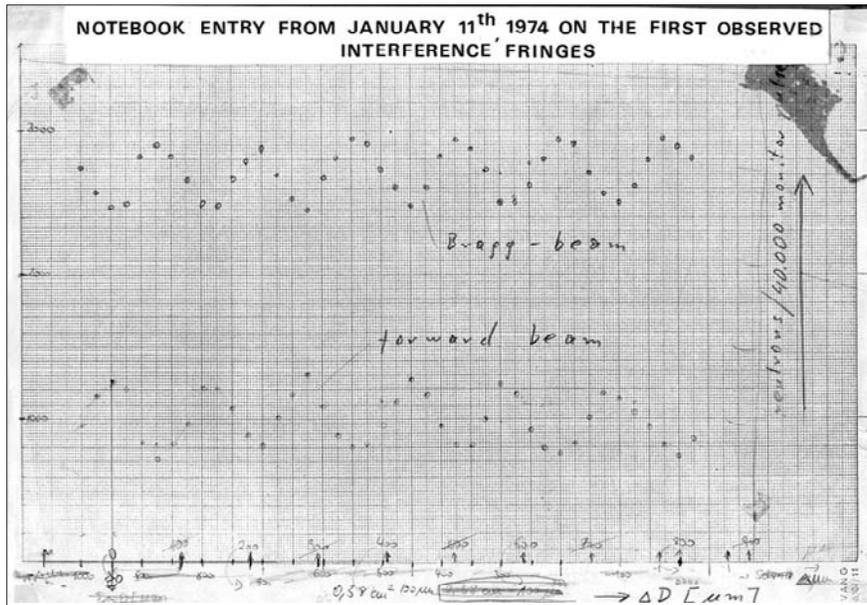
Neutronen und ihre Welleneigenschaften: Ein bahnbrechendes Experiment, durchgeführt 1974 am Atominsti- tut, feiert Geburtstag.

Es war sicher eines der bedeutendsten Experimente, die je in Österreich durchgeführt wurden: Vor 40 Jahren, am 11. Jänner 1971, konnten Prof. Helmut Rauch und sein Team am Wiener Atominsti- tut erstmals nachweisen, daß Neutronen wellenartige Interferenzeigenschaften ähnlich wie Licht haben. Sie sind keine kleinen Kügelchen, die sich auf eindeutig festgelegten Bahnen bewegen, nach den Gesetzen der Quantenmechanik muß man sich Neutronen wie Wellen vorstellen, die sich durch Überlagerung verstärken oder auslöschen können. Diese weltweit aufsehenerregende Entdeckung war nicht nur das Produkt von jahrelanger harter Arbeit – wie immer in der Wissenschaft gehörte auch eine Portion Glück dazu.

Wellen und Teilchen

Besteht Licht aus Teilchen oder Wellen? Darüber wurde jahrhundertlang gestritten, bis die Quantentheorie schließlich die Auflösung brachte: Es ist beides! Teilchen- und Welleneigenschaften lassen sich nicht voneinander trennen. Das bedeutet einerseits, daß Lichtwellen sich manchmal wie diskrete Partikel benehmen, es führt andererseits auch dazu, daß man massiven Teilchen einen Wellencharakter zugestehen muß. Wenn man etwa ein Elektron auf ein feines Gitter schießt, dann findet es nicht ein eindeutige Bahn zwischen zwei bestimmten Gitterstäben, wie das eine Gewehr- kugel tun würde, sondern es schwappt ähnlich wie eine Welle durch alle Gitteröffnungen gleichzeitig hindurch.

Damit lag allerdings die Frage nahe: Läßt sich diese Art von Wellen-Interferenz auch bei größeren, schweren Teilchen beobachten? Schon in den 60er-Jahren versuchte man, die Welleneigenschaften von Neutronen zu untersuchen – zunächst noch ohne Erfolg. Doch das Team am Wiener Versuchsreaktor probierte es mit einer neuen Methode: Aus Siliziumkristallen stellte man hochpräzise Interferometer her. „Die Neutronenwelle wird am regelmäßigen Kristallgitter gestreut, dadurch kann ein Neutronenstrahl in verschiedene Teilstrahlen aufgeteilt werden, die sich dann wieder zusammenführen und überlagern lassen“, erklärt Helmut Rauch.



Eintrag im Original-Notizbuch: Der erste Nachweis von Neutronenwellen.



Die Neutronenquelle des Atominsti- tuts der TU Wien (im Jahr 2010).

Der Effekt ähnelt dem bunten Schimmern einer CD, wenn man sie ins Licht hält: An den feinen regelmäßigen Strukturen einer CD wird Licht einer bestimmten Farbe in ganz bestimmte Richtungen abgelenkt.

Die Entdeckung

Daß sich auf diese Weise Röntgenstrahlen aufspalten und überlagern lassen, wußte man bereits – die entscheidende Frage war

also: Kann man mit Neutronen dieselben Interferenz-Experimente durchführen, die man von Röntgenstrahlen schon kannte?

Um die Neutronenwellen wirklich messen zu können, muß man hochpräzise arbeiten und mit viel Mühe unterschiedliche Fehlerquellen ausschalten. Lange Zeit war unklar, ob die Quanteneigenschaften von schweren Materieteilchen – das Neutron hat über 1800 mal mehr Masse als ein Elektron – nicht aus



Foto: TU Wien

Prof. Helmut Rauch

ganz fundamentalen physikalischen Gründen kaputt gehen müssen. Doch am 11. Jänner 1974 konnte Helmut Rauchs Dissertant Wolfgang Treimer den entscheidenden Erfolg vermelden: Zum ersten Mal trug er an diesem Tag eindeutig sichtbare Wellenmodulationen in sein Labor-Notizbuch ein. Rasch wurden die Ergebnisse aufgeschrieben, schon am 22. April 1974 erschien das Paper „Test of a single crystal neutron interferometer“ im Journal „Physics Letters A“.

Kein Erfolg in Grenoble

Allerdings liefert der Wiener Versuchsreaktor nur eine beschränkte Zahl von Neutronen pro Sekunde. Der naheliegende nächste Schritt war daher, den Versuch an der viel stärkeren Neutronenquelle in Grenoble zu wiederholen, um noch bessere Ergebnisse zu erzielen. Das Team transportierte das Experiment also mit großen Erwartungen nach Frankreich – doch dort konnte man die Ergebnisse nicht reproduzieren, obwohl man es über ein Jahr lang versuchte. Die Röntgenstrahlen konnten wunderbar gestreut werden, wie erwartet – doch die Neutronen zeigten keine Interferenz. „Am Ende blieb uns nichts anderes übrig, als die ganze Apparatur wieder nach Wien zu transportieren, und siehe da: Es konnten wieder sowohl Röntgen- als auch Neutroneninterferenzen beobachtet werden“, erzählt Helmut Rauch.

Die Schwingungen sind schuld

Der Effekt war also reproduzierbar, die wissenschaftliche Ehre des Teams war gerettet. Trotzdem blieb die Frage, warum das Experiment in Grenoble, mit deutlich besserem Neutronenstrom, so lange mißlingen konnte. „Mehr zufällig als systematisch begann man, über den Einfluß sehr niederfrequenter Schwingungen im Bereich von einigen Herz

bis hundert Hertz nachzudenken“, sagt Helmut Rauch. Herkömmliche Meßgeräte sind auf diese Art von Schwingungen relativ unempfindlich, doch genau dieser Frequenzbereich zerstört die Neutroneninterferenz.

Während sich Röntgenstrahlen mit Lichtgeschwindigkeit ausbreiten, fliegen die Neutronen recht langsam durch das Interferometer. Wenn sich der Kristall während ihres Fluges bewegt, trifft das Neutron nicht mehr an der exakt richtigen Stelle am Siliziumkristall auf und der Überlagerungseffekt wird zerstört. Die Röntgenstrahlen hingegen bewegen sich so rasch durch den Apparat, daß für sie die Schwingungen keine Rolle spielen.

„Beim Atominstitut in Wien gab es damals zum Glück noch keine Autobahn und keine U-Bahn, daher waren die Schwingungen in diesem Frequenzbereich sehr gering“, sagt Helmut Rauch. „In Grenoble hingegen waren die Schwingungen deutlich größer, vor allem wegen der starken Kühlpumpen

und der nahegelegenen Autobahnen.“ Als man das Problem erkannte, gelang mit entsprechender Schwingungsdämpfung das Experiment auch in Grenoble.

Wie hätte man reagiert, wenn man das Experiment nicht zuerst in Wien durchgeführt hätte, sondern es gleich in Grenoble probiert hätte? „Sehr wahrscheinlich hätte man einen guten Grund gefunden, warum Interferometrie mit Neutronen nicht funktioniert und hätte das wohl auch publiziert“, meint Helmut Rauch. Die Erfahrung zeigt also: Die größten experimentellen Erfolge müssen nicht immer mit den größten Forschungsanlagen gelingen – und für wirklich gute Wissenschaft braucht man immer auch ein kleines bißchen Glück. Seit der Entdeckung 1974 hat sich die Neutroneninterferometrie zu einem wichtigen Forschungsgebiet entwickelt und sogar zu Interferenz-Experimenten mit noch viel schwereren Teilchen geführt. ■

<http://www.tuwien.ac.at>

Erstmals Strahl von Antiwasserstoffatomen erzeugt

Einer Gruppe internationaler Physiker ist es unter Mitwirkung des Stefan Meyer Instituts für Subatomare Physik (SMI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erstmals gelungen, einen Strahl aus Antiwasserstoffatomen zu erzeugen. Dieser Erfolg, über den das Online-Journal „Nature Communications“ berichtet, stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum Verständnis von Antimaterie dar. Er ermöglicht eine präzise Untersuchung von Antiwasserstoff und verspricht, dem mysteriösen Fehlen von Antimaterie im Universum und damit den Grundlagen unserer Existenz einen Schritt näher zu kommen.

Fundamentale Symmetrie

Die Symmetrie zwischen Materie und Antimaterie, die sogenannte CPT Symmetrie, ist eine der fundamentalsten Symmetrien des Standardmodells der Teilchenphysik. Bei allen bisher dazu durchgeführten Messungen bestätigt, steht dieser mikroskopischen Symmetrie jedoch eine eklatante Asymmetrie im Universum gegenüber: Im Augenblick des Big Bangs hätte Antimaterie im gleichen Umfang wie Materie erzeugt werden müssen – bisher wurden jedoch keinerlei Hinweise auf die Existenz von Antimaterie im Weltall gefunden.

Nächster Meilenstein in Sicht

„Eine auch noch so winzig kleine Verletzung der CPT Symmetrie könnte auf einfache Weise zu der Dominanz von Materie über Antimaterie führen“, erklärt Eberhard Widmann, Direktor des SMI. „Deshalb sind möglichst genaue Überprüfungen der Eigenschaften von Materie und Antimaterie im Labor von größter Wichtigkeit“, sagt der Leiter der österreichischen Arbeitsgruppe zu dem Projekt weiter. Der nun erzeugte Antiwasserstoffstrahl ermöglicht diese exakte Vermessung von Antiwasserstoff, dem leichtesten, nur aus Antimaterie bestehenden Atom. „Natur Communications“ sieht dies als „großen Schritt in Richtung Präzisions-Spektroskopie“. Auf Basis dieses Erfolgs, der im Rahmen der ASACUSA Collaboration am Antiproton Decelerator des CERN gelungen ist, erwartet man, in absehbarer Zeit erstmals die interne Struktur von Antiwasserstoff bestimmen zu können. Die weiteren Messungen dazu sollen bereits in der zweiten Jahreshälfte beginnen, die Grundlagen dafür sind jedenfalls gelegt. ■

<http://www.oeaw.ac.at>

<http://antimatter.at/e-widmann/welcome.html>
Video mit Erklärung des Experiments (auf Englisch)

<http://www.youtube.com/watch?v=sC3IJC7E0>

Wölfe lernen besser von Artgenossen als Hunde

Anhand eines einfachen Lerntests untersuchten Verhaltensbiologinnen vom Messerli Forschungsinstitut an der Vetmeduni Vienna und vom Wolfsforschungszentrum, wie gut Wölfe und Hunde voneinander lernen.

Ihre Studie belegt, daß Wölfe deutlich erfolgreicher Artgenossen imitieren als Hunde. Wölfe scheinen sich untereinander genauer zu beobachten als Hunde. Wahrscheinlich liegt sogar der Ursprung der guten Hund-Mensch-Beziehung in dieser Fähigkeit der Wölfe untereinander zu kooperieren. Die Arbeit wurde soeben im „Journal Plos One“ veröffentlicht.

Wölfe wurden vor mehr als 15.000 Jahren domestiziert. Die Fähigkeit der Hunde, mit dem Menschen eine soziale Beziehung einzugehen, führen Experten auf diesen Veränderungsprozeß vom Wild- zum Haustier zurück. Wie hat sich die Domestikation aber auf die Interaktion der Tiere untereinander ausgewirkt. Um diese Frage zu klären, untersuchten die Verhaltensforscherinnen Friederike Range und Zsófia Virányi insgesamt etwa 30 Wölfe und Hunde am Wolf Science Center (WSC) in Ernstbrunn, Niederösterreich.

Wölfe imitieren Artgenossen und lösen so Probleme

Die Forscherinnen zeigten anhand eines sozialen Lernversuchs, daß Wölfe wesentlich besser als Hunde abschneiden, wenn sie Artgenossen beim Öffnen eines Behälters beobachten, um dann selbst dieses Behältnis zu öffnen. An der Studie nahmen 14 Wölfe und 15 Mischlingshunde teil. Wölfe wie Hunde waren etwa sechs Monate alt, wurden mit der Hand aufgezogen und in Rudeln gehalten. Alle Tiere beobachteten eine von zwei Situationen, in der ein trainierter Hund eine Holzbox entweder mit der Schnauze oder der Pfote öffnete. In jeder Box befand sich eine Futterbelohnung. Alle Wölfe öffneten erfolgreich die Box, nachdem sie den Artgenossen zuvor bei dieser Tätigkeit beobachtet hatten. Im Gegensatz dazu schafften dies lediglich vier von 15 Hunden. Friederike Range interpretiert: „Die Wölfe haben sehr genau beobachtet, was ihnen vorgebracht wurde und konnten dieses Wissen zum Lösen des Problems anwenden. Dies kommt wahrscheinlich daher, daß Wölfe



Foto: Walter Vorbeck

Wölfe beobachten sich untereinander viel genauer als Hunde und lernen so voneinander.



Foto: Peter Kaut

Hunde lernen weniger gut voneinander als Wölfe.

sehr viel stärker auf die Koordination mit Artgenossen angewiesen sind als Hunde und daher auch aufmerksamer auf die Aktionen ihrer Partner achten“

Auffällig war, daß Wölfe häufiger jene Methode zum Öffnen der Box verwendeten, die sie zuvor beobachtet hatten. Die Hunde hingegen wählten, wenn es denn klappte, eher zufällig zwischen den beiden Methoden „Schnauze“ oder „Pfote“.

Wölfe beobachten ihre Artgenossen genauer als Hunde es tun

Um auszuschließen, daß lediglich die Entwicklung der Hunde langsamer als die der Wölfe ist und so die Hunde noch zu jung für diese kognitive Leistung waren, wiederholten die Forscherinnen den Test noch einmal nach rund neun Monaten. Die älteren Hunde zeigten aber auch zu diesem späteren Zeitpunkt keine Verbesserung ihrer Fähigkeiten.

Eine Erklärung für die Überlegenheit der Wölfe ist, daß Wölfe möglicherweise besser Problemstellungen lösen, als Hunde. Im Fall der vorliegenden Studie testeten die Forscherinnen deshalb abermals die Fähigkeit der Wölfe, eine Box zu öffnen, jedoch ohne Demonstration durch einen Artgenossen. In diesen Fällen waren die Wölfe eher selten erfolgreich. Das Gelingen beruht also tatsächlich auf der Beobachtung der Artgenossen. Range: „Wir gehen davon aus, daß die Beziehung zwischen Mensch und Hund ursprünglich aus der Kooperation zwischen den Wölfen untereinander resultiert. Hunde haben diese angeborene sozialen Fähigkeit zur Kooperation auf den Menschen ausge-



Foto: Wolf Science Center

Verhaltensforscherin Zsófia Virányi von der Veterinärmedizinischen Universität Wien mit ihrem Studienobjekt, dem Wolf.

weitet und akzeptieren ihn als Sozialpartner.“

Die Veterinärmedizinische Universität Wien

Die Veterinärmedizinische Universität Wien (Vetmeduni Vienna) ist die einzige veterinärmedizinische, akademische Bildungs- und Forschungsstätte Österreichs und zugleich die älteste im deutschsprachigen Raum (gegründet 1765). Die Vetmeduni Vienna forscht an Themen, die für die Gesellschaft bedeutend sind. Ihr Augenmerk gilt der Tiergesundheit ebenso wie der präventiven Veterinärmedizin, dem öffentlichen Gesundheits-

wesen genauso wie der Lebensmittelsicherheit. Im Forschungsinteresse stehen die Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen für das Wohlbefinden von Tieren, Themen der Tierhaltung, des Tierschutzes und der Tierethik.

Die Vetmeduni Vienna beschäftigt 1200 MitarbeiterInnen und bildet zurzeit 2300 Studierende aus. Der Campus in Wien Floridsdorf verfügt über fünf Universitätskliniken und modernste Forschungsinfrastruktur. Zwei Forschungsinstitute am Wiener Wilhelminenberg sowie ein Lehr- und Forschungsgut in Niederösterreich gehören ebenfalls dazu. ■ <http://www.vetmeduni.ac.at>



Foto: Wolf Science Center

Eine Gruppe von Wölfen folgt dem Blick: Tiere, die den Blicken anderer folgen, erhalten damit wichtige Informationen für soziale Interaktionen und für ihr Überleben. Doch nur wenige Arten wie Menschenaffen oder Raben besitzen die kognitiven Fähigkeiten – daß auch Wölfe dazu zählen, haben Friederike Range und Zsófia Virányi von der Universität Wien und Initiatorinnen des Wolf Science Centers bereits im Feber 2011 der Fachzeitschrift PLoS ONE nachgewiesen.

Die fünf Finger der Vögel

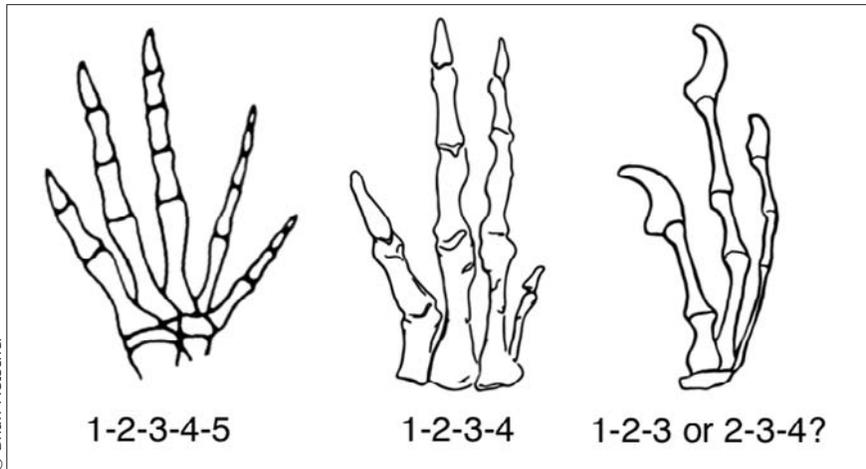
Neue Forschungsergebnisse zur Evolution von Vögeln

In der Regel haben Landwirbeltiere fünf Finger oder Zehen pro Hand oder Fuß. Viele Tiergruppen haben im Laufe der Evolution diesen Bauplan allerdings abgewandelt. So haben etwa Paarhufer nur zwei oder vier Zehen. Ähnlich sind im Flügel der Vögel nur drei knöchige Finger vorhanden. Die Anlage eines vierten Fingers auf der Handaußenseite (posterior) läßt sich bei Vögeln jedoch embryonal belegen. Dadurch stellt sich die Frage, um welche Finger es sich nun tatsächlich handelt: Daumen, Zeige- und Mittelfinger (I, II, III) oder Zeige-, Mittel- und Ringfinger (II, III, IV). Theoretische Biologen der Universität Wien haben dies geklärt und publizieren dazu aktuell im Journal of Experimental Zoology.

Bei den meisten Tetrapoden (Landwirbeltieren) ist der erste Finger, der embryonal angelegt wird, der vierte (Ringfinger). Auch bei Vögeln wird der Finger auf der Handaußenseite (posterior) als erster angelegt, was dafür spricht, daß es sich dabei um den Ringfinger handelt. Es konnte jedoch nachgewiesen werden, daß auch anterior – also auf der Handinnenseite – eine embryonale Fingeranlage vorhanden ist, die allerdings schnell wieder verschwindet. Diese Daten sprechen für eine Identifizierung der Finger als Zeige-, Mittel- und Ringfinger (II, III, IV).

Allerdings ähneln die drei Finger von Archaeopteryx – dem frühesten bekannten Vogel –, denen der Dinosaurierart Deinonychus, mit der er wohl nahe verwandt war. Fossilreihen belegen die Reduktion von zwei Fingern an der posterioren Seite der Hand unter den Vorfahren von Deinonychus und stützen damit die Daumen, Zeige- und Mittelfinger-Identifizierung (I, II, III) der Vogelfinger. Auch entsprechen die Genexpressionsmuster des vordersten Vogelfingers denen des Daumens bei anderen Tieren und nicht denen des Zeigefingers.

Um diesen Widerspruch zu lösen, waren bisher drei Ansätze vorherrschend: 1. Vögel stammen nicht von den Dinosauriern ab, 2. die Dinosauriervorfahren der Vögel hatten ebenfalls die drei mittleren Finger oder 3. die drei vorderen Finger der Vögel wurden irgendwie auf die drei mittleren embryonalen Positionen verschoben. Fakt ist, daß keine dieser Theorien alle vorhandenen Daten erklären kann.



Schematische Darstellung der Finger-Reduktion bei den Dinosauriervorfahren der Vögel.

Daumen, Zeige- und Mittelfinger sind eigentlich Zeige-, Mittel- und Ringfinger

„Das Erscheinungsbild – der sogenannte Phänotyp – der Finger wird während der Embryonalentwicklung vom Protein Sonic Hedgehog bestimmt, das von der posterioren Handseite ausgeht. Das bedeutet einfach gesagt, daß die Konzentration des Proteins auf der Handaußenseite am höchsten ist und Richtung Handinnenseite abnimmt. Die verschiedenen Fingeranlagen passen daher ihre Genexpression – und in Folge auch ihren Phänotyp – der Sonic Hedgehog-Konzentration in ihrem Umfeld an. Wir haben einen darauf basierenden molekular-biomechanischen Mechanismus erdacht, der in der Lage ist, alle vorhandenen Daten zu erklären“, so Erstautor Daniel Capek, der in der Gruppe von Brian Metscher vom Department für Theoretische Biologie der Universität Wien zu diesem Projekt forschte und derzeit als PhD-Student am IST Austria tätig ist.

Nach dieser Hypothese fand in der Dinosaurier-Evolution zunächst tatsächlich eine

Posterior-Reduktion statt, bei der anfangs der kleine Finger reduziert wurde und dann wegfiel sowie der Ringfinger teilreduziert wurde. Es ist allerdings deutlich leichter, die beiden äußeren Finger zu reduzieren als zentralere, da diese in der Entwicklung als letztes angelegt werden. Folglich wurde statt des vierten der erste Finger reduziert, und die übrigen Finger nutzten den zur Verfügung stehenden Platz aus, indem sie weiter nach innen wuchsen. Dies führte schließlich dazu, daß diese Finger eine veränderte Sonic Hedgehog-Konzentration vorfinden und ihre Entwicklung dieser anpassen. „Dieser Mechanismus erklärt, warum die Finger von Archaeopteryx und moderner Vögel die Form der anterioren Finger I, II, III haben, obwohl sie eigentlich die zentralen Finger II, III, IV sind. Gleichzeitig stimmt diese Hypothese mit dem fossilen Befund und den aktuellen entwicklungs-genetischen Resultaten überein“, resümiert Brian Metscher Department für Theoretische Biologie. ■

<http://theoretical.univie.ac.at/people/metscher/>

Erste Blinden- und Schwarzdruckbibliothek Westösterreichs

Die neue Blinden- und Schwarzdruckbibliothek des Sonderpädagogischen Zentrums (SPZ) des Landes Tirol für Kinder mit Blindheit oder Sehbehinderung in Innsbruck ist die einzige in Westösterreich. Rund 1500 Blinden- und Tastbücher sowie zahlreiche E-Books, Hörbücher und Bücher in Großdruck (Schwarzdruck) stehen ab sofort kostenlos zur Ausleihe bereit. „Mit diesem

Angebot füllen wir einen weißen Fleck auf der Landkarte und verbessern den barrierefreien Wissenserwerb“, sagte Bildungslandsrätin Beate Palfrader und sicherte für den Ankauf von Büchern 3000 Euro zu. Für die Adaptierung der Räumlichkeiten und Einrichtung der Bibliothek wendete das Land Tirol rund 36.000 Euro auf. ■

<http://www.spz-sbk.tsn.at/>

Grazer Forscher berechnen physikalische Karte des Erdmondes

Wissenschaftler am Institut für Welt- raumforschung (IWF) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften haben in Zusammenarbeit mit Kollegen am Institut für Theoretische Geodäsie und Satellitengeodäsie (ITSG) der TU Graz eine hochgenaue physikalische Karte des Mondes berechnet. Dazu analysierten sie Beobachtungen der NASA-Mission GRAIL, die von September 2011 bis Dezember 2012 den Erdmond umrundete. Von den Ergebnissen erhoffen sich die Forscher vertiefte Einblicke in den Zustand und die Evolution des Mondes.

Als einziger natürlicher Trabant unseres Heimatplaneten kommt dem Erdmond besondere Bedeutung unter den Himmelskörpern zu. Aufgrund geringer geologischer Aktivität lassen sich mit dem Wissen um die physikalische Natur des Mondes Rückschlüsse auf die Evolution der Erde und des Sonnensystems ziehen. Dabei nimmt die Kenntnis um das lunare Schwerfeld eine Schlüsselstellung zur Erforschung des Mondes ein. Das Schwerfeld ist sensitiv gegenüber der Zusammensetzung eines Körpers, seiner Dichtestruktur und Rotation. Mit der Doppel-Satellitenmission GRAIL (Gravity Recovery And Interior Laboratory) wurde erstmalig ein planetares Satellitenprojekt realisiert, das ausschließlich der Bestimmung

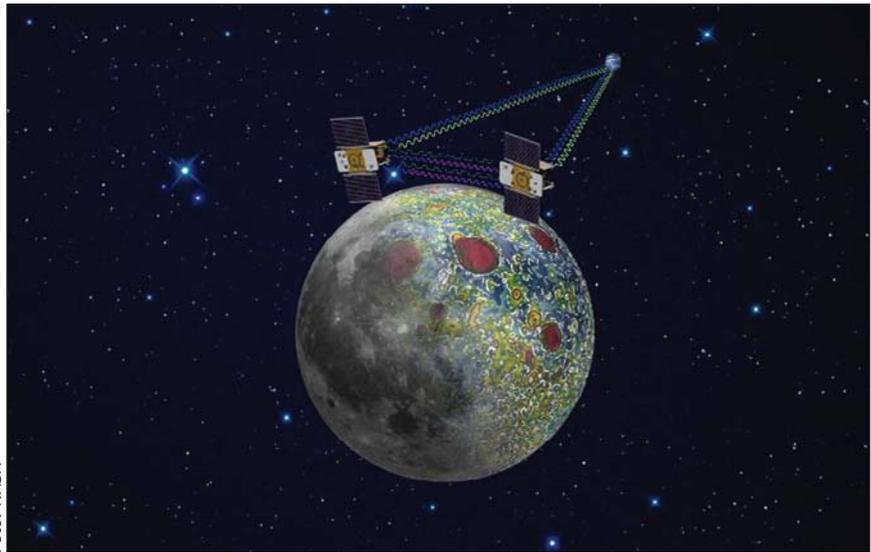


Foto: NASA

Hochgenaue physikalische Karte des Mondes

des Schwerfeldes dient. Aus diesen Daten haben die Forscher am IWF und ITSG eine physikalische Karte des Mondes berechnet.

Die Arbeit hat Pionierstellung. „Unser Modell ist das erste in Europa berechnete und in einer Fachzeitschrift veröffentlichte hochauflösende Schwerfeldmodell des Mondes“, erklärt IWF-Gruppenleiter Oliver Baur, Leiter der Studie. Traditionell ist dieses Forschungsgebiet von den Amerikanern

dominiert. Aufgrund der international anerkannten heimischen Expertise im Bereich der Satellitengeodäsie wollen die Wissenschaftler jedoch künftig verstärkt in der planetaren Schwerfeldforschung mitwirken. So verwundert es auch nicht, daß sich die Grazer Forscher mit ihren bisherigen Erkenntnissen noch nicht zufrieden geben. „Wir sind erst am Anfang einer sehr spannenden Forschungsaktivität“, resümiert Baur. ■

ERC-Grant für Quantenforscher Arno Rauschenbeutel

Ein Kommunikationsnetz, mit dem man Quanteninformation zwischen Kontinenten teleportieren kann – das ist eines der ambitionierten Ziele von Prof. Arno Rauschenbeutel's Forschung am Atominstitut der TU Wien. Mit Hilfe von Glasfaserkabeln koppelt er Atome und Licht und entwickelt so die entscheidenden Grundbausteine für zukünftige Quantenkommunikationstechnologien. Vom Europäischen Forschungsrat wird diese Arbeit nun mit einem ERC Consolidator Grant gefördert.

Die Glasfasern, mit denen in der Forschungsgruppe von Arno Rauschenbeutel experimentiert wird, sind bloß 500 Nanometer dick – das ist weniger als die Wellenlänge des Lichts, das durch sie hindurchgeleitet wird. Die Lichtwelle paßt daher gar nicht vollständig in die Faser, sie ragt noch ein Stück nach außen. „Genau in diesem Bereich knapp außerhalb der Faser, wo noch ein elektromagnetisches Feld zu spüren ist, können wir Atome an das Licht ankoppeln“, erklärt Rauschenbeutel.

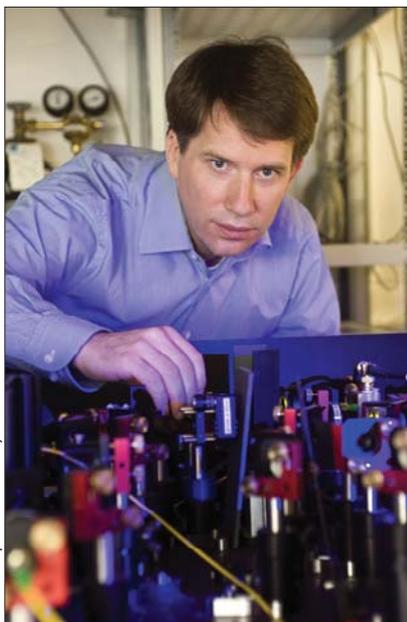


Foto: Jacqueline Godany

Prof. Arno Rauschenbeutel

Auf diese Weise läßt sich eine sehr effiziente Kopplung zwischen Materie und

Licht erzielen – und die benötigt man, um quantenmechanische Verschränkungen herzustellen. Wenn zwei Objekte quantenphysikalisch verschränkt werden, etwa zwei Photonen oder aber ein Photon und ein Atom, dann sind ihre Zustände stärker miteinander korreliert, als man mit herkömmlicher Alltagslogik erklären kann. Diese Verschränkung spielt eine zentrale Rolle für zukünftige Quantenkommunikationsnetze oder Quantencomputer.

Arno Rauschenbeutel studierte in Düsseldorf, London und Bonn, seine Doktorarbeit schrieb er an der Ecole normale supérieure in Paris. Als Assistent kehrte er zunächst nach Bonn zurück, dann wurde er Professor an der Universität Mainz. Ende 2010 wurde Arno Rauschenbeutel schließlich ans Atominstitut der TU Wien berufen. Seine Forschungsgruppe ist Teil des interuniversitären Vienna Center for Quantum Science and Technology (VCQ). Sein ERC Consolidator Grant ist mit zwei Millionen Euro dotiert, die Laufzeit beträgt fünf Jahre. ■

Promotionsrecht für Donau Universität Krems

Mitterlehner: Promotionsrecht ist Anerkennung für bisherige Leistungen und Ansporn für die Zukunft – Pröll: Grünes Licht der Bundesregierung ebnet Weg in Richtung Voll-Universität

Das Promotionsrecht ist für die Donau-Uni Krems genau 20 Jahre nach ihrer Gründung eine schöne Anerkennung für die Fortschritte der Vergangenheit und ein Ansporn für die Zukunft, das hohe Niveau aufrecht zu halten“, so Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner anlässlich des erneuten Ministerratsbeschlusses vom 29. Jänner, der die Weichen für das Promotionsrecht an der Donau-Universität Krems (DUK) stellt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1994 wurde die auf Weiterbildung spezialisierte Institution stetig ausgebaut. Die Zahl der Studierenden stieg im Wintersemester 2012 auf 6894 Studierende. Durch das Promotionsrecht bekommt die Donau-Uni Krems die Möglichkeit, eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden. Die vorhandene wissenschaftliche Infrastruktur am Campus Krems kann dadurch noch besser genutzt werden. Dadurch wird Krems als Arbeitsplatz für renommierte ProfessorInnen und Professoren attraktiver und kann sich im internationalen Wettbewerb stärker positionieren. Die Qualität der Lehrenden und der Forschung stehen im Mittelpunkt und wir werden wie bei allen anderen Hochschulen darauf achten, daß dieser hohe Standard gehalten wird“, so Mitterlehner.

Die künftigen PhD-Studiengänge haben eine Mindestdauer von drei Jahren und werden vor ihrem Start einer Studiengangskreditierung unterzogen. Die Hochschulqualität wird somit wie bei Privatuniversitäten durch die AQ Austria überprüft, womit ein wesentlicher Vorschlag aufgenommen wurde, den ein von der DUK beauftragtes Gutachten zur Einrichtung von Doktoratsprogrammen ausweist. Weiters werden nach acht Jahren die Studiengänge erneut einer Evaluierung unterzogen.

„Mit dem heutigen Beschluß der Bundesregierung ist der Weg für das Promotionsrecht an der Donau-Universität Krems geebnet“, kommentiert Landeshauptmann Erwin Pröll die Entscheidung im Ministerrat. „Dieser Schritt ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Donau-Universität und eine



Foto: DUK / Reischer

Die Mitglieder des Rektorats können sich über das grüne Licht für das Promotionsrecht an ihrer Universität freuen (v.l.): Univ.-Prof. Viktoria Weber (Vizektorin für Forschung), Rektor Friedrich Faulhammer und Univ.-Prof. Monika Kil (Vizektorin für Lehre/Wissenschaftliche Weiterbildung)

Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit seit ihrer Gründung vor 20 Jahren. Damit wird auch der Wissenschaftsstandort Niederösterreich um ein ordentliches Stück aufgewertet. Das Promotionsrecht ist eine wichtige Grundlage zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und damit der künftigen internationalen Reputation und Attraktivität der Donau-Universität.“

Die 1994 gegründete Donau-Universität Krems habe eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Aus anfänglich 93 Studierenden seien heute rund 7000 Studierende geworden, rund um die Donau-Universität habe sich ein Campus mit Fokus auf Wissenschaft und Forschung von internationaler Strahlkraft entwickelt. Dazu komme eine gute internationale Vernetzung, das würden die Kooperationen mit 30 Universitäten bzw. der 30 Prozent-Anteil an Studierenden und Professoren aus dem Ausland zeigen.

„Mit dem Promotionsrecht für die Donau-Universität Krems sind die Weichen

gestellt, daß Niederösterreich künftig noch deutlicher und stärker als Land von Wissenschaft, Forschung und Innovation wahrgenommen wird“, so der Landeshauptmann.

„Wir freuen uns über diese Entscheidung. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt sowohl auf unserem Weg zum Promotionsrecht als auch zur Volluniversität für Weiterbildung erfolgt“, sagte der Rektor der Donau-Universität Krems, Friedrich Faulhammer. Geplant werden derzeit in einem ersten Schritt drei PhD-Programme, und zwar in den Feldern „Regenerative Medizin“, „Migration Studies“ und „Raum und soziale Inklusion“.

<http://www.donau-uni.ac.at>

Lesen Sie mehr über die Donau Universität Krems in einem ausführlichen Bericht, der in der Ausgabe 122 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins am 28. August 2013 erschienen ist:

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_122.htm

Skiflug-Weltcup gerettet

Neue Beschneigungstechnologie erstmals bei Skiflug Weltcup am Kulm im Einsatz – steirische Innovation soll Kosten für Kunstschnee-Erzeugung signifikant senken

Die ERSO Technology GmbH aus Tillmitsch im südsteirischen Bezirk Leibnitz hat eine Methode entwickelt, die bis zu ein Drittel der Kosten bei der Erzeugung von Maschinenschnee einsparen soll. Der nach der ERSO-HESU Beschneigungstechnologie erzeugte Maschinenschnee soll nicht nur für kompaktere Pisten sorgen, sondern auch länger erhalten bleiben. Neben der späteren Versulzung soll es auch möglich sein, die Produktion bei „wärmeren Temperaturen“ – ein bis zwei Minusgrade weniger – zu starten. Erich Kerecz, Geschäftsführer des Unternehmens, freut sich über diesen Erfolg: „Wir können Athleten auch bei schwierigen Wetterbedingungen ideale Schneebedingungen bieten. Und das vom ersten bis zum letzten Sprung.“

Die neue Beschneigungstechnologie wurde erstmals beim FIS Skiflug Weltcup 2014 gesetzt und überzeugte die Verantwortlichen: Hubert Neuper, Generalmanager des FIS Skiflug Weltcup 2014 am Kulm in der Steiermark hatte grünes Licht für den Einsatz der neuen Technologie gegeben – und die Ergebnisse gaben ihm Recht. Neuper: „Das ERSO-HESU System hat sich hundertprozentig bewährt und der Einsatz war ein voller Erfolg. Super!“

Jürgen Winkler, der die sportliche Leitung innehat, sagte, „trotz Wetterkapriolen konnten wir den Schnee selbst produzieren und dies zu einer Qualität, die alle Beteiligten nicht nur vollauf zufrieden stellte, sondern sehr positiv überraschte. Das entscheidende Kriterium für den Einsatz der ERSO-HESU Beschneigungstechnologie ist die später einsetzende Versulzung des ERSO-HESU Schnees. Dadurch konnten wir eine gleichbleibend hochwertige Schneequalität von der Anlaufspur bis zum Auslauf bieten. Den Athleten wurden auch bei schwierigsten Bedingungen ideale Verhältnisse geboten.“

Rennleiter Harald Haim erklärte, die Durchführung des Weltcups seit trotz warmer Witterung nicht zuletzt durch die Schneeproduktion mit Geräten der ERSO Technology gerettet worden.

Josef Pürcher, Schneemeister, seit vielen Jahren zuständig für die Beschneigung bei den Skiflug Wettbewerben am Kulm: „Als ich bei der Installation das ERSO-HESU Beschneigungssystem zum ersten Mal gesehen habe, konnte ich nicht glauben, daß dieses



Foto: ERSO Technology GmbH

Die neue ERSO-Beschneigungstechnologie rettete den Skiflug Weltcup 2014 am Kulm.

System so funktionieren wird, wie es uns erzählt wurde, und zusätzlich eine Verbesserung der Schneequalität bringen sollte. Wir konnten bisher auf Grund des relativ warmen Wassers erst ab einer Temperatur von $-6,0\text{ }^{\circ}\text{C}$ Schnee erzeugen. Mit der ERSO-HESU Technologie wurde dieses Jahr bereits ab $-3,0\text{ }^{\circ}\text{C}$ und einer Luftfeuchte von 98 % Schnee produziert. Die Werte wurden vom Display der Beschneigungsmaschinen abgelesen. Auffallend für mich war besonders diese Feinkörnigkeit des Maschinenschnees. Dabei muß erwähnt werden, daß die Schneequalität sowohl von den Sportlern als auch von den für die Präparierung zuständigen Personen besonders gelobt wurde.“

Auch Schanzenmeister Lambert Grill ist voll des Lobes: „Der ERSO-HESU Maschinenschnee ist wunderbar zu verarbeiten. Dies bestätigte sich auch am Schanzenanlauf, wo der Schnee schneller verarbeitet werden konnte. Nach den Fräsarbeiten und Präparieren des Schneefeldes hat der Schnee nach ca. 1 ½ Stunden durch seine feinkörnige Dichtigkeit abgebunden. Das Schneefeld ist hart, griffig aber nicht eisig. So eine gute Schneequalität hatten wir bisher noch nicht.“

Mittlerweile bestätigen sich die Ergeb-

nisse vom Kulm auch beim Einsatz in verschiedenen anderen Skigebieten in Österreich, Slowenien und Italien. Überall konnte im Schnitt mit den vorhandenen Anlagen die Beschneigung bis zu $2\text{ }^{\circ}\text{C}$ früher begonnen werden und die Schneequalität entspricht durchwegs den hohen Anforderungen. Gerade in Grenzsituationen ein Umstand, der die Durchführung von Veranstaltungen erst ermöglicht und sich zum großen Vorteil entwickeln wird.

Es sind vor allem die großen Eventveranstalter, die auf den Punkt genau die entsprechende Menge an Schnee zur Verfügung haben müssen. „Hier können wir helfen“, meint Erich Kerecz CEO von ERSO Technology GmbH. „Selbstverständlich sind wir auch bei großflächigen Beschneigungen mit unserem System für alle Skigebiete derzeit ein interessantes Thema.“

Die einfache Nachrüstung bei allen Systemen sowie die signifikanten Einsparungen bei den Ressourcen Strom, Wasser und Maschinenstunden würden eine geringe Amortisationszeit ergeben, seien schnell zu kalkulieren und einfach festzustellen, ergänzt Kerecz. ■

<http://www.erso-beschneigung.com>

Wien – Berlin

Kunst zweier Metropolen – von 14. Februar bis 15. Juni 2014 im Unteren Belvedere

Sowohl Berlin als auch Wien galten bereits Ende des 19. Jahrhunderts als aufstrebende Metropolen, dennoch repräsentieren sie bis in die Gegenwart gänzlich konträre Identifikationsmodelle und ein unterschiedliches kulturelles Selbstverständnis. Während der Austausch beider Weltstädte in der Literatur-, Theater- und Musikwissenschaft bereits intensiv erforscht wurde, bilden die Gegenüberstellung künstlerischer Entwicklungen und die Untersuchung ihrer Beziehungen einen blinden Fleck. Aus kunsthistorischer Sicht wurden sie lediglich anhand einzelner biografischer Studien beachtet.

Die Ausstellung „Wien – Berlin. Kunst zweier Metropolen“, eine Kooperation der Österreichischen Galerie Belvedere und der Berlinischen Galerie, ist erstmals den künstlerischen Parallelen, Differenzen und Wechselwirkungen zwischen den beiden Städten gewidmet und spannt dabei einen Bogen vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Zwischenkriegszeit.

Auf der einen Seite steht Berlin, eine großflächige, beinahe amerikanisch anmutende Metropole ohne gewachsenes Zentrum, auf der anderen Wien, eine Stadt der Operette mit barocker Prägung, die vor allem mit der *Décadence* in Verbindung gebracht wird. Während Wien die Kapitale einer ehrwürdigen Monarchie ist, muß sich Berlin als neues Machtzentrum gegenüber pluralistischen Tendenzen im Deutschen Reich durchsetzen. Dementsprechend entwickelt sich die Kunst in Berlin gemäß dem preußischen Hegemoniestreben der Staatsführung dienend oder zu diesem in Opposition. Anders Wien, in dem die Habsburgermonarchie die avantgardistischen kulturellen Bestrebungen, die vom liberalen Bürgertum unterstützt werden, gewähren läßt.

Das Ausstellungskonzept

basiert auf den Sammlungen der kooperierenden Museen, wobei ein Gründungsgedanke der Modernen Galerie, dem heutigen Belvedere, aufgegriffen wurde: die Dokumentation österreichischer Kunst, ihrer internationalen Bezüge und Zusammenhänge. Ausgangspunkte von „Wien – Berlin“ bilden die Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden kurz nacheinander gegründeten Secessionen. Die Bedeutung des



© Berlinische Galerie, Berlin / Bildrecht, Wien 2014

George Grosz, *Daum marries her pedantic automation* »George« in May 1920. John Heartfield is very glad of it (*Meta-Mech. Constr. nach Prof. R. Hausmann*), 1920, Aquarell, Bleistift, Tuschfeder und Collage auf Aquarellkarton, 42 x 30,3 cm

Kunstgewerbes und der Formkunst für die Wiener Secession wird anhand von Werken Josef Hoffmanns aufgezeigt, und Arbeiten von Eugen Spiro oder Max Liebermann verdeutlichen die Orientierung der Berliner Secession am französischen Impressionismus.

Mit dem Ende des ersten Jahrzehnts entfalten sich die expressionistischen Strömungen in beiden Städten während sich die Wiener Expressionisten durch ihre psychologische Einfühlung auszeichnen, weisen jene in Berlin vor allem einen ekstatisch-aggressi-

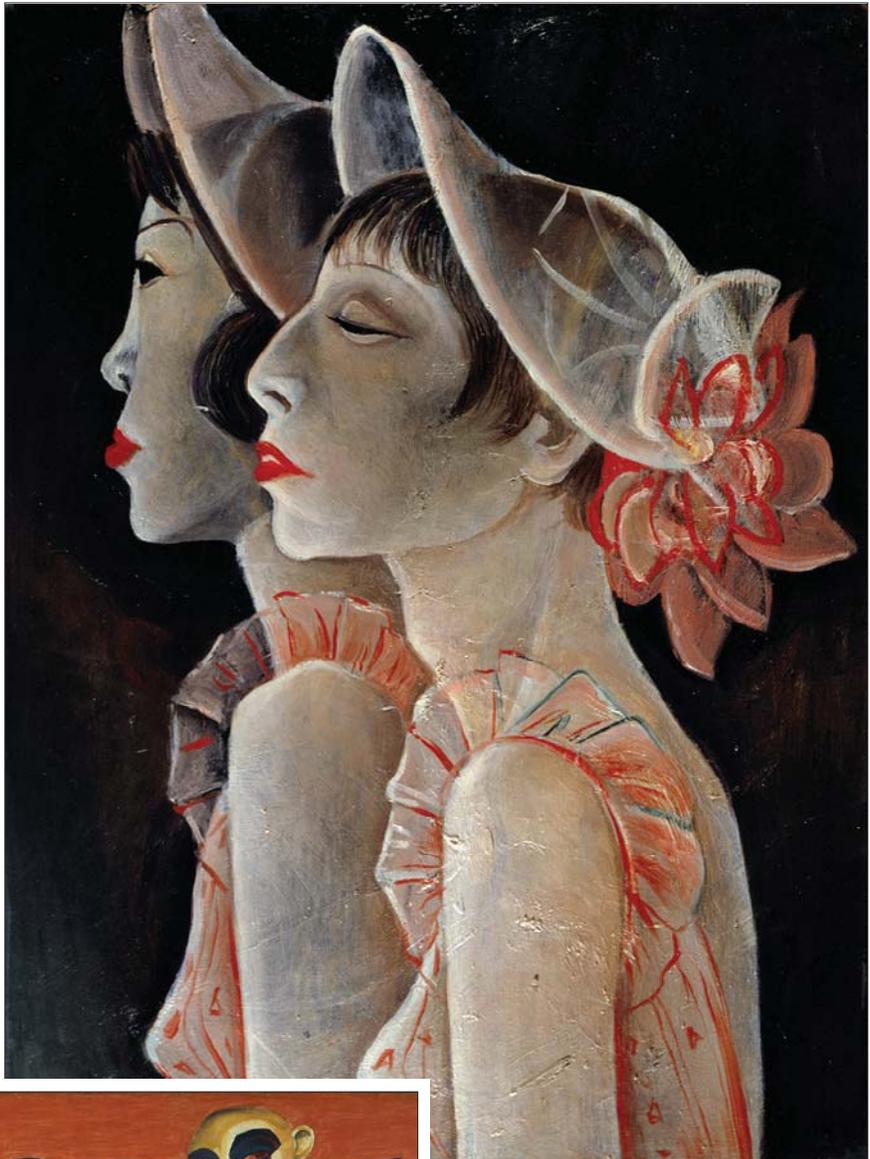
ven Gestus auf. Gezeigt werden Werke von Max Pechstein und Ernst Ludwig Kirchner, die sich in Berlin in Opposition zur etablierten Secession als Neue Secession formieren, Expressionisten wie Ludwig Meidner, Conrad Felixmüller oder Rudolf Belling sowie Arbeiten von Egon Schiele, Oskar Kokoschka, Anton Faistauer oder Max Oppenheimer, die von der Wiener Klimt-Gruppe unterstützt werden.

Der Erste Weltkrieg führt zur Annäherung beider Nationen, sodaß sich in bezug

Kultur

auf die einsetzende Neue Sachlichkeit und insbesondere im Rahmen der Bühnenkunst ein reger künstlerischer Austausch entwickelt. Beispielsweise verzeichnet Friedrich Kiesler, dessen konstruktivistisches Hängesystem in die Schau integriert ist, erste Erfolge in Berlin und organisiert im Jahr 1924 eine internationale Ausstellung für Theatertechnik in Wien, die wiederum Berliner Avantgarden nach Österreich führt. Zeitgleich gewinnt der Wiener Kinetismus mit Ansätzen des Expressionismus und des Futurismus an Einfluß, der mit einer Anzahl von Werken u. a. von Erika Giovanna Klien im Unteren Belvedere veranschaulicht wird. Ihm steht die Berliner Dada-Bewegung gegenüber, die sich auf kritische wie subversive Weise mit aktuellen gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzt und auf diesem Weg eine Antikultur bildet.

Insbesondere die Roaring Twenties machen die Annäherungen der Positionen deutlich und erlauben eine neue Sicht auf die Verbindungen der gegensätzlichen, aber dennoch eng miteinander verwobenen Hauptstädte Sozialkritik und Ästhetisierung, kubische Formensprache und Verismus überlagern sich. So ist Herbert Boeckl in Berlin anzutreffen, während Hauptwerke von Christian Schad in Wien entstehen. Diese Entwicklung wird in der Schau mit Werken von Otto Dix, Christian Schad, Rudolf Schlichter, George Grosz, Albert Paris Gütersloh, Anton Kolig und Rudolf Wacker verdeutlicht.



oben: Jeanne Mammen, »Revuegirls«, 1928-1929, Öl auf Pappe, 64 x 47 cm

links: Hannah Höch, »Die Journalisten«, 1925, Öl auf Leinwand, 86 x 101 cm



Darüber hinaus wird die Bedeutung der miteinander konkurrierenden Kunstzeitschriften Aktion, Sturm und MA beleuchtet. Gezeigt werden Arbeiten von u. a. Max Beckmann, Rudolf Belling, Herbert Boeckl, Conrad Felixmüller, Helene Funke, George Grosz, Raoul Hausmann, Hannah Höch, Josef Hoffmann, Johannes Itten, Friedrich Kiesler, Ernst Ludwig Kirchner, Erika Giovanna Klien, Gustav Klimt, Oskar Kokoschka, Lotte Laserstein, Max Liebermann, Jeanne Mammen, Ludwig Meidner, László Moholy-Nagy, Koloman Moser, Felix Nußbaum, Max Oppenheimer, Max Pechstein, Christian Schad, Egon Schiele, Arnold Schönberg, Franz Sedlacek, Renée Sintenis und Rudolf Wacker.

<http://www.belvedere.at>

Die Welt von Fabergé

Das Kunsthistorische Museum zeigt einzigartiges Kunsthandwerk aus den Sammlungen des Moskauer Kreml Museums und des Fersman Mineralogischen Museums von 18. Februar bis 18. Mai 2014

Aus Anlaß des 90. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR/Rußland und Österreich und des 525. Jahrestages der ersten diplomatischen Kontakte zwischen Moskau und Wien widmet das Kunsthistorische Museum im Rahmen der Russisch-Österreichischen Kultursaisonen 2013–2015 dem wohl bedeutendsten und einflußreichsten russischen Juwelier und Goldschmied der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine umfangreiche Ausstellung: Peter Carl Fabergé (1846–1920). Mit dem Namen Fabergé verbindet man außergewöhnliche Schmuckkreationen, virtuosos, mit höchstem gestalterischen und technischen Können aus edelsten Materialien gefertigtes Kunsthandwerk. Das gilt insbesondere für jene Werke, die Peter Carl Fabergé ab 1885 als kaiserlicher Hoflieferant für die letzten russischen Zaren schuf.

Unter der Führung von Peter Carl Fabergé wuchs sein Unternehmen zu einem der größten seiner Zeit heran; es beschäftigte zeitweise über 500 Goldschmiede, Steinschneider und Juweliere aus verschiedenen Ländern. Neben dem Zarenhof belieferte die Firma die europäischen Königshäuser und den Hochadel sowie die Handels- und Finanzmagnaten, fertigte aber auch leichter erschwingliche Stücke für die russische Mittelschicht.

Mit über 160 erlesenen Pretiosen aus den Museen des Moskauer Kreml und dem Fersman Mineralogical Museum in Moskau präsentiert diese Ausstellung die herausragende Kunst Fabergés, stellt sie in den Kontext der zeitgleichen russischen Goldschmiedekunst und beleuchtet die Rolle der russischen Zarenfamilie. Im Zentrum stehen vier kaiserliche Ostereier – kostbare Kleinodien, die als innerfamiliäre Ostergeschenke der Zarenfamilie angefertigt wurden und in denen sich häufig eine Welt im Kleinen verbirgt. Weitere Kleinkunstwerke aus dem Besitz der Romanow, die deren tägliches Leben bis zu ihren letzten Tagen begleiteten, geben Einblick in das Leben und Zeremoniell am Zarenhof.

Mit einem zusätzlichen Schwerpunkt auf Steinschneidarbeiten Fabergés und der kaiserlichen Manufakturen in Peterhof und Jekaterinburg zeigt die Ausstellung darüber



Osterei mit Modell des Kreuzers »Pamjat Asowa«, Geschenk von Zar Alexander III. an die Zarin Maria Fjodorowna zum Osterfest des Jahres 1891, Sankt Petersburg. C. Fabergé, Meister: M. Perchin; Heliotrop, Aquamarin, Brillanten, Diamanten in Rosenschliff, Rubin, Gold, Platin, Silber, Samt; Ei: 9,3 x 7 cm, Modell: 4 x 7 cm

für beide: © The Moscow Kremlin State Historical and Cultural Museum and Heritage Site



Brosche, Moskau, zwischen 1899 und 1908, C. Fabergé, Gold, Silber, Brillanten, Diamanten in Rosenschliff, Saphir, 2,4 x 2,4 cm

hinaus die Tradition und Weiterführung dieser Kunstform im Rußland des späten 19. Jahrhunderts auf, die eng mit den Kunst-kammern verbunden ist.

Die facettenreiche Kunst Fabergés wird schließlich jener anderer russischer Hoflieferanten wie Bolin, Pawel Owtschinnikow, Carl Blank oder Iwan Chlebnikow gegen-

übergestellt. Nicht zuletzt dadurch erhält der Besucher Einblick in das technische wie künstlerische Können russischer Juwelier- und Goldschmiedekunst des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das erstmals bereits bei der Wiener Weltausstellung des Jahres 1873 gewürdigt wurde. ■

<http://www.khm.at>

Rens Veltman: Loop

Bei der Architekturbiennale in Venedig vor zwei Jahren hatte er einen großen internationalen Auftritt: der Tiroler Künstler Rens Veltman. Jetzt stellt er im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum aus – von 24. Jänner bis 9. März 2014.



Foto: Wolfgang Lackner

Rens Veltman bei der Arbeit im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum anlässlich seiner Ausstellung »Loop«.

Rens Veltman stellt umfunktionierte Staubsauger-Roboter ins Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum und thematisiert mit einer Installation das Verhältnis von manueller und technologischer Bildproduktion. Veltman arbeitet im Spannungsfeld von Grafik, Malerei sowie elektronischer und interaktiver Kunst. Sein eigenwilliger Umgang mit unterschiedlichen künstlerischen Techniken und Strategien führt immer wieder zu Projekten, die zwischen Science, Art und Fiction oszillieren. Computer, Roboter und die Lust am Spielen mit der Technik einerseits, sowie das Hinterfragen der Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Technik andererseits sind prägend für sein Schaffen.

„Rens Veltman ist ein faszinierender Tiroler Künstler, dessen Begeisterung sowohl für Computertechnologie und Roboter als auch für Ölmalerei, gesellschaftliche Phänomene und Philosophie dem Besucher im Ferdinandeum eine spannende Auseinandersetzung mit der zentralen Frage nach der Kunstproduktion und dem Stellenwert des Künstlers eröffnet“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen. „Zudem geht es Veltman in seiner Arbeit um die Schärfung der Wahrnehmung. Er nutzt digitale Technologien, um diese in einem

Zug wieder zu denunzieren“, ergänzt Günther Dankl, Kurator der Ausstellung und Kustos der Kunstgeschichtlichen Sammlungen

ab 1900 & Graphischen Sammlungen der Tiroler Landesmuseen.

Künstlerischer Grenzgänger

Veltman zählt zu den vielseitigsten Künstlern Tirols. Seine Projekte und Arbeiten sind nur schwer mit den gängigen Kategorien der Kunst zu beschreiben. Er arbeitet interdisziplinär und kann zu Recht als künstlerischer Grenzgänger bezeichnet werden. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit den unterschiedlichen Aspekten von Wahrnehmung, mit Physiologie, Psychologie, Physik, der Programmierung von Computern und neuen Medien. Seit den 1970er Jahren leistet Veltman Pionierarbeit im Bereich der elektronischen und interaktiven Kunst. Dabei geht es ihm nie um die Technologie an sich, sondern immer um ein Hinterfragen der technischen wie gesellschaftlichen Wechselwirkungen, die mit Maschine, Medium und Mensch verbunden sind. Computer, Roboter, Maschinen, Algorithmen, elektronische Bauteile und Leuchtdioden sind für ihn Arbeitsmaterialien wie Ölfarbe, Pinsel und Leinwand.

Wiederkehrendes Moment in Veltmans Schaffen ist die Überführung von Materialität in Virtualität bzw. umgekehrt die Rückführung von Digitalem in Materialität. In



Foto: Rens Veltman

Moment aus einer Installation von Rens Veltman

seiner Arbeit „zimmengewitter II“, die er 1991 im Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien und im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum zeigt und in der Folge in abgewandelter Form mehrmals aufgreift, erzeugt er durch die Vermischung eines analog produzierten Klangs eines Tropfens mit einem digitalen und elektronischen Signal ein artifizielles „Zimmengewitter“. In „zimmengewitter IV“ setzt er Kartoffel für die audiovisuelle Umsetzung eines elektronischen Signals ein. Ab Mitte der 1990er Jahre beginnt er, die materielle Erzeugung von Kunst einem Roboter zu übertragen. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit Elektrolumineszenz und experimentiert verstärkt mit Leuchtdioden (LEDs). Die Malerei verliert Veltman trotz der Auseinandersetzung mit den neuen Medien nie aus den Augen. So beschäftigt er sich z. B. in seinem Gemälde „bild für meine rot-grün-blinden freunde“ (2010) mit der Rot-Grün-Sehchwäche. Er erforscht die haptische Erscheinung von Malerei, ihre Dreidimensionalität und behandelt die Parallelwelt von Mensch und Maschine.



Foto: Rens Veltman

Moment aus einer Installation von Rens Veltman

Museum als Atelier

Mit der Ausstellung im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum setzt Veltman seine Arbeit, in der er die Maschine bzw. den Computer als Verlängerung des Pinsels demonstriert, fort. Unter dem Titel „Loop“ präsentiert er eine Installation, die das Verhältnis von manueller und technologischer Bildproduktion thematisiert. Das Projekt ist auf zwei sich ergänzenden und bedingenden Ebenen angelegt.

Ein Raum im Museum dient Veltman gleichsam als temporäres Atelier, in dem er während der gesamten Laufzeit der Ausstellung an Bildern, Zeichnungen und Computerprogrammen arbeitet. Der mit dem Tiroler Landespreis für zeitgenössische Kunst ausgezeichnete Künstler ist immer wieder an seinem Arbeitsplatz im Vorraum zur Art Box des Ferdinandeum anzutreffen. Die MuseumsbesucherInnen können ihm bei der Arbeit über die Schulter schauen und mit ihm ins Gespräch kommen.

Bilderstrom in Endlosschleife

In einem zweiten Raum, eine Etage tiefer, läßt Veltman umfunktionierte Staubsauger-Roboter ihre Runden drehen. Auf einem Gestänge hat er Leuchtdioden angebracht. Die Geräte sind mit einem Rechner und einem Beamer verbunden. In Form eines Loops, einer Endlosschleife, werden virtuelle Bilder, die Veltman im Raum darüber in einen



Foto: Wolfgang Lackner

Multimedia, 2014. Moment aus der Installation im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum

Computer eingespeist hat, in den Raum gestellt. Damit schafft der Künstler einen Bildraum, der sich ständig verändert. Bei den digitalisierten Bildern handelt es sich um ursprünglich vom Künstler analog geschaffene Entwürfe, Zeichnungen und Gemälde sowie am Computer kreierte Bilder. Andererseits stammen sie von einem von Veltman programmierten Roboter.

Der Bildraum ist als Gesamtkunstwerk in progress zu betrachten, in dem die Grenzen zwischen Mensch und Technologie sowie zwischen analog und digital aufgehoben sind. Mit dieser Arbeit wirft Veltman die Frage auf, ob Kunst in ihrer Erschaffung

autonom ist, ob die Maschine den Künstler wegrationalisieren kann und wo die Grenze zwischen Original und Kopie zu ziehen ist. Für den Betrachter eröffnet sich zudem die Möglichkeit, an Veltmans lustvollem Spiel mit der Technik zu partizipieren: Der Bildraum ist für die Museumsbesucher begehbar und mit einer Kamera auf einem Stativ, die alle 10 Sekunden ein Bild macht, ausgestattet. Die so erzeugten Fotos fließen in die Installation sowie, in einem weiteren Schritt, in Veltmans Künstlerbuch ein, das der Künstler bei der Finissage am 9. März 2014 präsentiert. ■

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

»made in austria«

Essl Museum Klosterneuburg feiert 15jähriges Jubiläum Österreichische Kunst steht 2014 im Vordergrund

Im Jahr 2014 wird das Essl Museum 15 Jahre alt. In diesem Jubiläumjahr wird die österreichische Gegenwartskunst, die den Kern der Sammlung Essl bildet, im Vordergrund stehen. Unter dem Jahresmotto „made in austria“ wird ein breites Spektrum der heimischen Kunstproduktion seit 1945 präsentiert. Bundespräsident Heinz Fischer übernimmt für das gesamte Ausstellungsjahr den Ehrenschutz. „Kunst ist unser Leben. Kunst ist unsere Leidenschaft. Deshalb haben wir das Essl Museum errichtet. Die Sammlung zeitgenössischer Kunst und das Museum verstehen meine Frau und ich als unser kulturelles Erbe, das wir den Menschen heute und jenen der kommenden Generationen zur Verfügung stellen. Es ist ihr Kulturgut, das wir verwalten“, so Prof. Karlheinz Essl zum Jubiläumsjahr 2014.

Kunstjahr 2014

Im Essl Museum beginnt das Kunstjahr 2014 mit der ersten großen Museumsausstellung der österreichischen Künstlerin Deborah Sengl (Eröffnung: 30. Jänner 2014). Sengls raumgreifende Arbeit mit dem Titel „die letzten tage der menschheit“ nach Karl Kraus, läutet auch das Gedenkjahr zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren ein. Die beiden Ausstellungen „made in austria. statement by karlheinz essl“ (ab 27. Februar 2014) und „die andere sicht. künstlerin und sammlerin“, kuratiert von Agnes Essl (ab 19. März 2014), bilden das Herzstück des Jahresprogramms. In den beiden Ausstellungen manifestieren sich Akzente und Schwerpunkte einer mehr als 40jährigen Sammlungsgeschichte, die das österreichische Kunstgeschehen nachhaltig beeinflusst.

Mit „farbenwunder“ (ab April 2014) wird die Dependance des Essl Museums, das Schömer-Haus in Klosterneuburg, mit einer Schau bespielt, welche sich mit der Farbe als Quintessenz der Malerei beschäftigt. „österreichische moderne“ (ab 15. Juni 2014) zeigt vier wesentliche Sammlungspositionen der Nachkriegsavantgarde: Hans Staudacher, Markus Prachensky, Josef Mikl und Wolfgang Hollegga. Die große Herbstausstellung „adolf frohner (1943-2007). fünf jahrzehnte malerei, grafik, objekte“ (ab 3. September 2014), eine umfassende Retrospektive eines



Foto: Essl Museum © 2012 by Frank Garzaroli

Das Essl Museum wurde vom Architekten Heinz Tesar erbaut und im Jahr 1999 als eines der ersten privaten Kunstmuseen im deutschsprachigen Raum eröffnet.

ganz Großen der Nachkriegskunst, entsteht in Zusammenarbeit mit dem Forum Frohner, Kurator ist Dieter Ronte. Parallel dazu läuft die experimentelle Ausstellung „silence. ein raum der stillen begegnung mit kunst“ (ab 3. September 2014), welche die Besucher einlädt, eine Stunde vor zwei Werken zu verweilen. „silence“ war ein Publikumserfolg im Jahr 2012 und findet nun mit neuen Werken seine Fortsetzung.

„die zukunft der malerei. neue perspektiven“ (ab 3. Oktober 2014) macht sich auf die Suche nach den spannendsten unter den bisher unentdeckten heimischen Maleritalenten. Im Frühjahr 2014 haben österreichische oder in Österreich lebende KünstlerInnen die

Möglichkeit, sich für eine Ausstellungsteilnahme zu bewerben.

Die Ausstellung „weltenbummler. abenteuer kunst“ (ab 9. November 2014) regt an, die Kunstbetrachtung als Abenteuer im Kopf zu erleben. Mit partizipativen Strategien werden neue Zugänge zur Gegenwartskunst erforscht.

Neue Musik und aktuelle Literatur

Neue Musik ist wie aktuelle Literatur fest im Programm des Essl Museums verankert. In seiner 15. Konzertsaison präsentiert Musikintendant Karlheinz Essl junior ein Jahresprogramm, das sich auf den Begriff „Ensemble“ konzentriert. Neben Gästen aus

Holland, Mexiko und China werden junge österreichische Ensembles auftreten, die am Anfang ihrer Karriere stehen. In ihrem Gepäck befinden sich neue Werke österreichischer Komponistinnen und Komponisten, die erstmals zu hören sein werden. Zu Gast sind unter anderem das POW Ensemble Amsterdam, das Duo Duplum (Mexiko), das Mobilis Saxophonquartett, das Duo Soufflé, das Ensemble Klingekunst, Platypus, das Ensemble dos à dos und viele mehr.

Im Rahmen der Reihe „Neue Literatur im Essl Museum“ werden 2014 eine Reihe österreichischer und in Österreich lebender AutorInnen vorgestellt. Sie bespielen alle Räumlichkeiten des Museums, von der Ausstellungshalle bis zum Depot. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Österreichischen Franz Kafka Gesellschaft im Rahmen der literarischen kafka-lesungen sowie mit der Literaturgesellschaft Klosterneuburg wird fortgesetzt. Maja Haderlap, Julya Rabinowich, Teresa Präauer, Robert Prosser, Friedrich Hahn, Gabriele Kögl, Alexander Peer und Ewald Baringer werden im Essl Museum lesen.

Kunstvermittlung

Ein Grundpfeiler des Essl Museum ist seit der Gründung die Kunstvermittlung, die im Jahr 2014 ganz im Zeichen von made in austria steht. Im Atelier der Kunstvermittlung werden Kinder, Jugendliche, Erwachsene und SeniorenInnen selber kreativ und gestalten Bilder, Objekte und Installationen. Neben der sprachlichen Vermittlung von Kunst in Führungen, Ausstellungstexten, in sozialen Netzwerken und Katalogen sind es besonders die Gespräche in kleinen Gruppen und die ästhetische Praxis im Atelier, die neue Sichtweisen ermöglichen und für BesucherInnen und VermittlerInnen gleichermaßen überraschende Zugänge eröffnen.

Sammlung Essl und Essl Museum

Mit 7000 Werken ist die Sammlung Essl die größte private Sammlung für Gegenwartskunst in Österreich. Seit mehr als 40 Jahren sammeln Agnes und Karlheinz Essl, die sich 1959 in New York kennen gelernt haben, gemeinsam Kunst. Seit den 1990er Jahren wurde die Sammlung um internationale Positionen aus vier Kontinenten erweitert. So finden sich heute Hauptwerke von Cecily Brown, Georg Baselitz, Neo Rauch, Antoni Tapiés, Alex Katz, Rosemarie Trockel und vielen mehr in der Sammlung.

Der Kern der Sammlung Essl besteht aus österreichischer Kunst. Grundlegende öster-



Essl Museum, Innenhof bei Nacht



Ausstellungshalle

reichische Positionen seit 1945 finden sich darin mit großen Werkblöcken, darunter: Maria Lassnig, Arnulf Rainer, Valie Export, Hermann Nitsch, Günter Brus, Christian Ludwig Attersee, Markus Prachensky, Kurt Kocherscheidt, Herbert Brandl, Erwin Wurm, Franz West, Elke Krystufek und viele mehr. Das Essl Museum wurde vom Architekten Heinz Tesar erbaut und im Jahr 1999 als eines der ersten privaten Kunstmuseen im deutschsprachigen Raum eröffnet. Seither finden jährlich bis zu zehn Ausstellungen statt. Das Spektrum reicht von Einzelpräsentationen, Themenausstellungen, junger Kunst

bis hin zum Ausloten neuer Formen der Kunstpräsentation. Das Essl Museum versteht sich als visionäres Museum, das zeitgenössische Kunst für ein breites Publikum erfahrbar machen möchte.

Kostenloser Shuttlebus

Alle BesucherInnen können das kostenlose Shuttlebus-Service vom Zentrum in Wien, Albertinaplatz 1 zum Essl Museum in Anspruch nehmen. Das Schömer-Haus ist ca. 600 Meter vom Essl Museum entfernt, Umgebungspläne sind am Empfang erhältlich. ■

<http://www.essl.museum>

Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks

Eine Ausstellung des Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Berlin
Von 19. Februar bis 6. Juli 2014 im Hofmobiliendepot Wien

Was ist Geschmack? Wer bestimmt, was gut oder schlecht, schön oder häßlich ist? Obwohl sich darüber bekanntlich nicht streiten lässt, greift das Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien den Diskurs um „guten“ und „schlechten“ Geschmack auf und zeigt die vom Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Berlin entwickelte Ausstellung „Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks“, die historische und aktuelle Positionen einander gegenübergestellt.

Historischer Ausgangspunkt: »Abteilung der Geschmacksverwirrungen«

Das Konzept der Ausstellung „Böse Dinge“ von Imke Völkers und Renate Flagmeier basiert auf der Publikation „Guter und schlechter Geschmack im Kunstgewerbe“ des Kunsthistorikers Gustav E. Pazaurek von 1912. Darin entwickelte er einen komplexen Kriterienkatalog zum Erfassen von Geschmacksfehlern aller Art, der auch die Grundlage für seine „Abteilung der Geschmacksverirrungen“ im Stuttgarter Landesmuseum war. Die Bösartigkeit der Dinge bezieht sich bei Pazaurek auf das Schlechte, das sich in ihrer Ausführung, in ihrer Gestaltung und in ihrer mangelnden Funktionsfähigkeit äußert. Die „strafrechtlichen“ Kategorien, in die Pazaurek die Dinge einordnete, lesen sich wie eine Metaphorik des Bösen, die heute manchmal faszinierend bizarr und befremdlich anmutet, dabei aber auch sachlich und treffend ist.

Historische und zeitgenössische Beispiele für »schlechten Geschmack«

Die Ausstellung „Böse Dinge“ versucht das Pazaurek'sche „Schreckenskabinett“ zu rekonstruieren und zeigt dutzende Leihgaben aus der Originalsammlung. Hunderte weitere historische Objekte ergeben ein anschauliches Bild früherer Geschmacksverirrungen. Die Schau nimmt zudem Pazaureks Fehlerkatalog als Ausgangspunkt, um aktuelle Gestaltungstendenzen zu untersuchen. Heutige Produkte, von Massentrash bis zum Designerstück, werden der alten Systematik unterworfen und den historischen Objekten gegenübergestellt. Es zeigt sich,



© Werkbundarchiv – Museum der Dinge/ Armin Herrmann

Zum Beispiel: USB-Stick in Sushi-Form, China, 2009, CEC Promotions, Deutschland
Kategorie: Konstruktionsattrappen und Künstlerscherz

daß im Zeitalter des Stilpluralismus und des spielerischen Umgangs mit der Gestaltung eine Emanzipation zum „guten schlechten Geschmack“ stattgefunden hat. Insgesamt umfaßt die Ausstellung über 500 Exponate aus dem Museum der Dinge in Berlin, dem Landesmuseum Württemberg, dem Hofmobiliendepot und anderen Museen.

Problematische Produktionsbedingungen als aktuelle Faktoren für »schlechten Geschmack«

Eindeutige Fehlerkategorien aufzustellen oder Kriterien des „guten“ oder „schlechten“ Geschmacks auszumachen, scheint heutzutage ein noch viel schwierigeres Unterfangen als zu Pazaureks Zeiten. Um die Diskussion darüber anzuregen, werden dem alten Ordnungssystem exemplarisch neue, zeitgenössische Fehlerkategorien hinzugefügt. Es wurden an die 50 Produkte ausgewählt, denen ihre „Verbrechen“ nicht deshalb anzusehen sind, weil sie sich in der Konstruktion, dem Material oder dem Dekor offenbaren, sondern im Zusammenhang mit ökonomischen, sozialen und ökologischen

Faktoren, im Vertrieb oder im Herstellungsprozeß liegen. Diese neuen „Vergehen“ haben andere Namen: Sexismus, Kinderarbeit, Rassismus, unfaire Produktionsbedingungen, Umweltverschmutzung.

Historischer Exkurs: Der Deutsche und Österreichische Werkbund

Pazaurek war Mitglied des Deutschen Werkbunds, der von einem starken Einfluß der Dinge auf den Menschen ausging, sowohl im ästhetischen wie auch im ethisch-moralischen Sinne: Das moralisch Gute entsteht, indem der Mensch sich mit wohlgestalteten Dingen umgibt.

Die Ausstellung „Böse Dinge“ zeigt daher auch einen Abriß der Geschichte und der Intentionen des Deutschen und Österreichischen Werkbunds. Anhand bedeutender Zeugnisse, darunter dem „Propellertisch“ von Richard Riemerschmid, dem Stuhl für das Café der Wiener Werkbundausstellung von Josef Hoffmann und zwei „Werkbundkisten“, wird ein Einblick in diese Epoche ermöglicht. ■

<http://www.hofmobiliendepot.at>

15. Internationales Akkordeonfestival Vienna

Im Jahr 2000 ging es erstmals über die Bühne und verzaubert im Jubiläumsjahr von 22. Februar bis 23. März mit 51 Veranstaltungen an 20 Spielstätten.



Foto: Manuel Mrethe 2013

Das kulturelle Verknüpfen der Städte Wien und Berlin ist ein Anliegen von Programmgestalter Friedl Preisl, ist Herz des Akkordeonfestivals. Fünf Akkordeonistinnen aus Berlin (im Bild) und fünf Akkordeonisten aus Wien tun also das jeweils Ihre.

Wenn am 22. Februar 2014 das Akkordeonfestival Vienna mit einem Doppelkonzert des Duos Klaus Paier & Asja Valcic und den von Publikum und Kritik heftig akklamierten WeltWienmusik-„Newcomern“ Donauwellenreiter beginnt, dreht sich danach einen guten Monat lang für nicht wenige kulturaffine Menschen in der musikverrückten Donaumetropole vieles, um nicht zu sagen, alles um das Akkordeon.

Das Festival zum Instrument versteht es dabei von jeher, die vielen künstlerischen Optionen, die das Akkordeon birgt, in ihrer ganzen Vielfalt in seinem Programm abzubilden, lokale und regionale Spielarten gleichberechtigt mit internationalen MusikerInnen zum Zug kommen zu lassen, Traditionspflege und Innovationsanspruch nicht als Gegensätze zu sehen und in einer dynamischen Mischung Neuentdeckungen und Liebgewonnenes gleichermaßen zu bieten.

Die 15. Ausgabe des Festivals bleibt diesen Prinzipien treu

Große Namen wie Bratsch (16.3., Metropol), die ihr 40jähriges Bandjubiläum (!) feiern, das Riccardo Tesi Cameristico mit

der Sängerin Luisa Cottifogli (28.2., Stadt-saal), Herbert Pixner Projekt (1.3., Theater Akzent), der Argentinier Chango Spasiuk mit seinem Duo (6.3. Sargfabrik) oder die portugiesischen Dancas Ocultas mit Maria Joao (18.3., Theater Akzent) ebenso wie der fast 80jährige Luis di Matteo (2.3. HDB Floridsdorf) werden dem Publikum musikalische Sternstunden bereiten, die Konzertreihe „Nachbarn“ läßt Akkordeonmusik aus allen (!) österreichischen Nachbarländern hören.

Größen der heimischen Musik wie Attwenger (22.3., Reigen, Abschlußgala 1), Dobrek Bistro (26.2., Orpheum) oder Die Wiener Tschuschenkapelle, die ihr 25jähriges Jubiläum feiert (15.3., Metropol), geben sich gerne die Ehre, wie auch aufstrebende jüngere Formationen künstlerisch Neues im Rahmen des Festivals umsetzen werden, wie zum Beispiel die Großmütterchen Hatz 11 Piece Band (23.2., Porgy & Bess, Eröffnungsgala 2).

Dazu kommen heuer erstmals die Swing Night und bewährte flankierende Veranstaltungen- Reihen wie die Stummfilm Matinee - jeweils am Sonntag um 13 Uhr wird dabei im Filmcasino ein Kino-Klassiker aus der Ära vor dem Tonfilm live vertont, logisch

mit Akkordeon – und der Magic Afternoon im Dschungel Wien für Kinder (fast) aller Altersstufen (logisch mit ...).

„Als Programmgestalter des Akkordeonfestivals möchte ich dabei die Gelegenheit nutzen, zum runden Jubiläum bewußt noch ein wenig mehr an qualitativem Programm zu bieten“, so Friedl Preisl. „Wie immer steht dabei das Bemühen im Zentrum des Festivals, Publikum und KünstlerInnen eine Begegnung unter optimalen Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Ein Bemühen, das schon in der Vergangenheit so manche ‚magische‘ Konzernacht in die Erinnerungen der Menschen auf und vor den Bühnen gezaubert hat.“

„Mit den Programmschienen Stummfilm-Matinee, dem beliebten Magic Afternoon für Kinder & Junggebliebene, Workshops und einer Tanz-Performance“, so Preisl, zeigt sich das Akkordeon zudem als überaus wandlungsfähiges Instrument, das im Dialog mit anderen Kunstformen essentielle Impulse zu empfangen und zu geben in der Lage ist.“

In diesem Sinne: „Alles Akkordeon!“ und viel Vergnügen beim 15. Internationalen Akkordeonfestival Vienna 2014. ■

<http://www.akkordeonfestival.at>

Festival voller Wagnisse und Experimente

Hochkarätiges Programm beim »klangfruehling Burg Schlaining 2014« von 27. Mai bis 1. Juni

Der »klangfruehling Burg Schlaining« geht 2014 in seine bereits 13. Saison. Unter der künstlerischen Leitung der renommierten Pianisten Eduard & Johannes Kutrowatz werden das Klavierduo selbst und namhafte Künstler die Burg Schlaining von 27. Mai bis 1. Juni 2014 mit einem hochkarätigen Programm und künstlerischen Konzept rund um das Genre »2 Klaviere« musikalisch beleben. »Für mich liegt der vielbeachtete Erfolg dieses Festivals im permanenten Versuch einer lebendigen, qualitativ hoch stehenden und mit interessanten Aspekten untermauerten Gestaltung in einem einmaligen Ambiente begründet. Mit dem diesjährigen Programm wird das Festival als Fixpunkt der burgenländischen Kulturszene seinem internationalen Ruf, den es sich durch ein Höchstmaß an Professionalität über Jahre hindurch erworben hat, einmal mehr gerecht«, erklärte dazu Burgenlands Kulturlandesrat Helmut Bieler. Diesmal neigt sich der Programmschwerpunkt mehr dem modernen Musikschaffen zu und möchte das Publikum mit bewegenden, ausdrucksstarken Werken für die Musik der Gegenwart gewinnen. Musik von heute, die sich nicht nur an den Kopf, sondern auch an die Herzen wendet.

In drei Konzerten mit den Titeln »klangfruehling Gala 2014«, »New Impressions« und »klangfruehling Gala II« wird, in anregendem Kontrast zu Bach, Schubert und Liszt, ein weit gefächertes Spektrum der Moderne vor uns ausgebreitet. Es reicht vom Neoklassizismus eines Dmitri Schostakowitsch und der Neoromantik Aaron Jay Kernis über jazzgeprägte Werke von George Gershwin, Joe Zawinul, Roland Batik und Sascha Peres bis hin zu Minimal Music von Philip Glass und Kreationen der burgenländischen Vorzeige-Komponisten Wilhelm Spuller und Gerhard Kramer, dessen »Rosé« mit zeitgeschichtlichen Bezügen ein inhaltliches Pendant zu »Schindler's List« und »Lola Blau« darstellt.

Rund um die Klavierabende ist ein attraktives Programm gruppiert: Nach dem letztjährigen Erfolg von Igor Strawinskis »Geschichte vom Soldaten« mit der beeindruckenden Isabel Karajan in der Titelrolle, wird



Foto: Ferry Nielsen

Die künstlerischen Leiter, die Pianisten Eduard & Johannes Kutrowatz

auch heuer wieder ein Bühnenwerk in das Festival integriert sein: Georg Kreislers in Wien 1971 mit seiner damaligen Frau Topsy Küppers in der Titelrolle uraufgeführtes und in der ganzen Welt begeistert aufgenommenes Ein-Personen-Musical Heute Abend: Lola Blau. Das Stück, das von der Flucht vor den Nazis und dem Trauma des Exils handelt, schwankt zwischen schwarzem Humor und abgrundtiefer Trauer, hinter der sich die eigenen Leiden bei Kreislers erzwungenem Aufenthalt in den USA verbergen. Der Klavierpart, den der Komponist bei der Uraufführung in Wien selbst spielte, zeigt den Köhner, der in Hollywood Charly Chaplin am Klavier doubeln durfte. Für die Rolle der Lola konnte die aus Produktionen des Wiener Raimundtheaters allseits bekannte Musicalsängerin Carin Filipic gewonnen werden.

Cinema Fantasy entführt nicht nur mit kunstvoll zu Kammermusik aufbereiteten Melodien in die Welt des westlichen und östlichen Filmschaffens, sondern bietet darüber hinaus großes romantisches Gefühl (»Salut d'Amour«, »Try to Remember«), Vergangenheitsbewältigung (»Three Pieces from Schindler's List«) und einen Strauß lateinamerikanischer Rhythmen, arrangiert von der langjährigen Violaspielerin des klangfruehlings, Cynthia Liao, die sich damit

beim klangfruehling wieder als Komponistin präsentiert. Die ausdrucksstarke Filmmusik Ryuichi Sakamotos gibt es seit kurzem auch auf einer CD der Brüder Kutrowatz, die, wie bekannt, intensive Kontakte zu Japan pflegen und dort eine große Fan-Gemeinde besitzen.

Den Abschluß des Festivals bildet eine Schubert Matinée. Wenn man so will, ein biographisch getönter Spaziergang durch die Gedankenwelt des begnadeten Musikers, bei dem Auszüge (der Autor nennt sie »Moments musicaux«) aus Peter Härtleins faszinierendem Schubert-Roman mit Musik für Violine und Klavier verschränkt werden. Als Sprecherin konnte eine Idealbesetzung gefunden werden: Katharina Stemberger, bekannt von TV, Film und Bühne und, wie Schubert, in einer Musikerfamilie aufgewachsen.

Was die Atmosphäre betrifft, soll alles beim alten bleiben: spürbare positive Schwingungen anstelle einer von Ehrgeiz und Quoten bestimmten Kulturindustrie; lebendige, herzliche Kommunikation zwischen KünstlerInnen und Publikum, statt der üblichen Trennung in Halbgötter und brave Unwissende; Aufgeschlossenheit gegenüber allen Formen der Musik statt stilistischer Grabenkämpfe. ■

<http://www.klangfruehling.com>

Der Österreichische Filmpreis 2014

Zum vierten Mal wurde der Österreichische Filmpreis 22. Jänner 2014 verliehen, 1000 Gäste waren zu dem stimmigen Abend nach Grafenegg gekommen.



Foto: Filmpreis2014 © eSel.

Kanzleramtminister Josef Ostermayer und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll im Kreise der Filmschaffenden

Am Abend des 22. Jänner wurde zum insgesamt vierten Mal der Österreichische Filmpreis verliehen, und erstmals fand die Preisverleihung in Niederösterreich statt. Im Zuge der großen Gala im Auditorium in Grafenegg wurde unter 58 Nominierten in 14 Kategorien der Österreichische Filmpreis vergeben. Rund 1000 Gäste aus der Filmbranche, darunter eine Vielzahl von bekannten SchauspielerInnen, RegisseurInnen und ProduzentInnen, nahmen an der Preisverleihung teil.

Daß die Preisverleihung erstmals in Niederösterreich stattfindet, sei eine Gelegenheit, „Grafenegg noch breiter an die Öffentlichkeit zu tragen“, meinte Landeshauptmann Erwin Pröll im Gespräch mit dem Moderator des Galaabends, dem bekannten Schauspieler Karl Markovics. Er werte diese Preisverleihung in Niederösterreich auch als

„Referenz gegenüber dem Filmland Niederösterreich“, so Pröll, der weiters auch betonte, daß Niederösterreich „mittlerweile zu einer wunderbaren Heimat für viele Künstlerinnen und Künstler“ geworden sei.

Schauspielerin Ursula Strauss und Regisseur Stefan Ruzowitzky, seit dem Vorjahr Präsidenten der Österreichischen Filmakademie, betonten in ihren Begrüßungsworten: „Wir freuen uns sehr, daß wir heuer erstmals in Niederösterreich zu Gast sind.“ 2013 sei „ein gutes Jahr für den österreichischen Film gewesen“, und „2014 wird ein gutes Jahr für den österreichischen Film werden“, so Strauss und Ruzowitzky.

Zu den mehrfachen Preisträgerfilmen der von der Akademie des Österreichischen Films jährlich vergebenen Auszeichnung zählt heuer Hüseyin Tabaks Migrantendrama „Deine Schönheit ist nichts wert“, das mit

vier Preisen (Bester Spielfilm, Beste Regie, Bestes Drehbuch, Beste Musik) gewürdigt wurde. Bewegt und mit großer Emotion nahm Tabak die Preisskulpturen entgegen und dankte seinem großartigen Team, den DarstellerInnen und Produzenten. Über jeweils drei Preise durften sich Gustav Deutschs „Shirley – Visions of Reality“ (Beste Kamera, Bestes Szenenbild, Bestes Kostümbild) und Marvin Krens „Blutgletscher“ (Bester männlicher Darsteller, Beste Maske, Beste Tongestaltung) freuen. Maria Hofstätter erhielt die Auszeichnung „Beste weibliche Darstellerin“ und Gerhard Liebmann wurde als „Bester männlicher Darsteller“ prämiert.

Das Präsidentenpaar Ursula Strauss und Stefan Ruzowitzky eröffnete einen gelungenen Abend: „2013 war ein gutes Jahr für den österreichischen Film, das mit einem Oscar für Michael Hanekes ‚Liebe‘ begann und mit

Film

einem Emmy für Andreas Prochaskas ORF-Koproduktion ‚Das Wunder von Kärnten‘ zu Ende ging. Das österreichische Filmwunder wird 2014 weitergehen. Die kommende Berlinale ist mit 21 Produktionen fest in österreichischer Hand. Viele neue Namen, viele junge KollegenInnen sind eingeladen.“

Gleichfalls verwiesen Strauss und Ruzowitzky darauf, daß die Bundesländer wichtige Partner für Filmprojekte sind. Wien hat hier seit jeher eine Vorreiterrolle, Länder wie Niederösterreich haben erkannt, daß man mit regionaler Förderung nicht nur die Kunst befördert, sondern vor allem auch die Wirtschaft ankurbeln kann.

Die Präsidentschaft der Akademie freute sich auch Kanzleramtsminister Josef Ostermayer unter den Gästen begrüßen zu dürfen. Vor wenigen Tagen war publik geworden, daß massive Budgetkürzungen im ORF drohen und die Entwicklung des österreichischen Filmschaffens gefährden. Die Präsidenten und der Vorstand der Akademie erwarten und hoffen, daß die Regierung als Eigentümervertreterin des ORF mit dessen Geschäftsführung rasch eine Lösung erarbeitet, um dies zu verhindern.

Aber auch großer Dank wurde dem ORF für die aktuelle und sehr umfangreiche Kooperation ausgesprochen, denn erst so wird die Gala auch ein Medienereignis für das breite Publikum. So gab es einige Erstaustrahlungen ausgezeichnete heimischer Filme zur Primetime am 22. und 23. Jänner auf allen Sendern. So sahen 731.000 „Anfang 80“. In Kooperation mit Fernsehdirektorin Kathrin Zechner wurde gemeinsam mit der Akademie des Österreichischen Films ein neues Sendeformat entwickelt. „Achtung! Sondersendung zum Österreichischen Film“, das erstmals am 23. Jänner um 22 Uhr auf ORF eins ausgestrahlt wurde. Da ist wirklich etwas gelungen!! Auch ORF III berichtete mit Live-Einstiegen von der Gala und Party, samt Interviews und Filmausschnitten von den Vorbereitungen zur Verleihung. „Und wieder einmal haben wir Schwarmintelligenz bewiesen. Ein paar alte Hasen aber auch sehr viele Newcomer sind dabei. Mangelnde Vielfalt war noch nie unser Problem!“, so Strauss und Ruzowitzky abschließend, die sich damit auch bei den Filmschaffenden bedankten, „die durch ihre Leistungen diesen Abend notwendig machen.“

Der Schriftsteller Franz Schuh sprach in seiner Gastrede viele Aspekte der heimischen Kulturpolitik an und begann seinen Vortrag mit: „Wahrscheinlich steckt gerade



Foto: eSel

v.l.: Maria Hofstätter, Abdulkadir Tuncer, Hüseyin Tabak, Danny Krausz, Kurt Stocker, Paul-Julien Robert, Sabine Moser und Oliver Neumann



Foto: Newald

Schauspielerin Ursula Strauss und Landeshauptmann Erwin Pröll am Galaabend

darin, daß uns das Kino Glauben und Wissen unzer trennlich macht, eine eigene Geschichte. Es geht ums Nicht-Vergessen-Können ...“ Karl Markovics führte mit Bonmots durch einen besonderen Abend, für dessen Inszenierung Vorstandsmitglied Markus Schleinzner verantwortlich zeichnete. Der „Erster Chor der Akademie des Österreichischen Films“ unter der Leitung von Alexander Fennon sang die PreisträgerInnen mit eigens komponierten Nummern für Beatbox und Scat Singing schwungvoll ein. Die spiralförmige Statuette stammt von der renommierten österreichischen Künstlerin Valie Export, die demnächst von Yoko Ono den „Courage Award for the Arts“ in New York (Modern Arts) entgegen nehmen darf. Jede Statuette ist signiert und somit auch ein originales

Kunstwerk. Prof. Valie Export war auch unter den Gästen der Gala.

Erstmals gab es am Vorabend der Verleihung den Abend der Nominierten im Wiener Rathaus (Stadt senatssitzungssaal), auf Einladung von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. In lockerer Atmosphäre, im Setting von Markus Schleinzners Wohnzimmer – inklusive Plattenspieler und Nierentischchen – wurden die Nominierten vorgestellt und diese erzählten auch einiges über die Arbeit zu ihren Filmen.

Die Akademie gratuliert allen PreisträgerInnen herzlich und bedankt sich bei den Akademiemitgliedern, die zum Gelingen der Abende beigetragen haben sowie bei allen Förderern und Sponsoren. ■

<http://www.oesterreichische-filmakademie.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **73. Folge** portraitiert er

Fritz Spielmann

Komponist

Fritz Spielmann, Sohn des Geschäftsmannes Max Spielmann und dessen Gattin Mathilde¹⁾, geboren am 20. November 1906 in Wien, erhielt bereits im Alter von zwölf Jahren eine klassische Ausbildung, 1927 schloß er sein Studium an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in den Fächern Harmonielehre und Klavier bei Joseph Marx und Hans Gál ab. Seine eigentliche Karriere begann in Berlin, als er Anfang der sogenannten „roaring twenties“ in die quirliche deutsche Hauptstadt kam, wo er die Liebe zur amerikanischen Musik entdeckte. Spielmann arbeitete eine Zeit als Korrepetitor und zweiter Kapellmeister, die politischen Verhältnisse veranlaßten ihn jedoch zur Rückkehr nach Wien. Er debütierte 1931 als Solist im Konzerthaus, wurde Hauskomponist an Stella Kadmons zeitkritischem Kabarett „Der liebe Augustin“ und gab später als Nachtclub-Pianist eigene Lieder zum Besten. Sein großes Vorbild war Kurt Weill. Aus der Zusammenarbeit mit Stephan Weiss, einem weiteren Komponisten der damaligen jüngeren Garde, entstanden Wiener Evergreens, teils nach Texten von Fritz Löhner-Beda, saisonale Schlager, 1936 ein Lied für den Franziska-Gaal-Film „Fräulein Lilli“ (A)²⁾ und Musik zu Bühnenwerken wie die Komödie „Jimmys Bar“ von G. Fetter (pseud.)³⁾ und die im November 1937 im Theater an der Wien aufgeführte für Wien neuartige Singspiel-Revue „Pam Pam“ von Max Kolbe.

Während Partner Stephan Weiss bereits Ende 1937 vorausschauend in die USA emigrierte, ignorierte Fritz Spielmann, der einen erfolgreichen Aufstieg vor sich sah, die Zeichen der Zeit. Der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich war indes für ihn existenzgefährdend. Ende Mai 1938 glückte ihm die Ausreise nach Frankreich, im Frühjahr 1939 kam auch seine Verlobte Mary Blakey (geb. Fels, Wienerin, in erster Ehe mit einem Engländer verheiratet) nach Paris. In den Monaten des unsicheren Aufenthaltes in der Seine-Metropole vermochte Spielmann seine Schlager auch dort zu popularisieren, dazu komponierte er mit dem Ungarn Joe Hajos (József Hajós) die Musik zum Filmdrama „L'inconnue de Monte Carlo“, „La signora di Montecario“ einer franco/italienischen Produktionsgesellschaft. Sein endgültiges Ziel aber waren die Vereinigten Staaten. Das Paar heiratete auf dem beschwerlichen Fluchtweg in Havanna auf Kuba und traf, nachdem ein Verwandter mit dem benötigten „Affidavit“ bürgte, am 4. September 1939 per Schiff in Miami, Florida ein, um von dort per Zug die Weiterfahrt nach New York anzutreten.

Dem Allrounder gelang es, auch im Exil mit großem Erfolg in seinem erwählten Beruf zu reüssieren. Mit Auftritten als Pianist im neu eröffneten Restaurant „Wiener Fiaker“ in der 80. Straße an der Upper West Side Manhattans wurde Spielmann, dessen Repertoire am Flügel auch Gershwin- und Jerome Kern-Musik enthielt, neben Jimmy Berg und Hermann Leopoldi zu einem Begriff in der New Yorker „Wiener Kleinkunstszene“. In der Stadt am Hudson sprach man bald vom „Cole Porter from Vienna“, aus Hollywood kamen Stars und Produzenten, um den originellen Entertainer zu hören, Ingrid Bergman, Greta Garbo, John Huston, Otto Preminger und eines Tages sein Freund aus Wiener Tagen Billy Wilder. Spielmann hatte eben „My

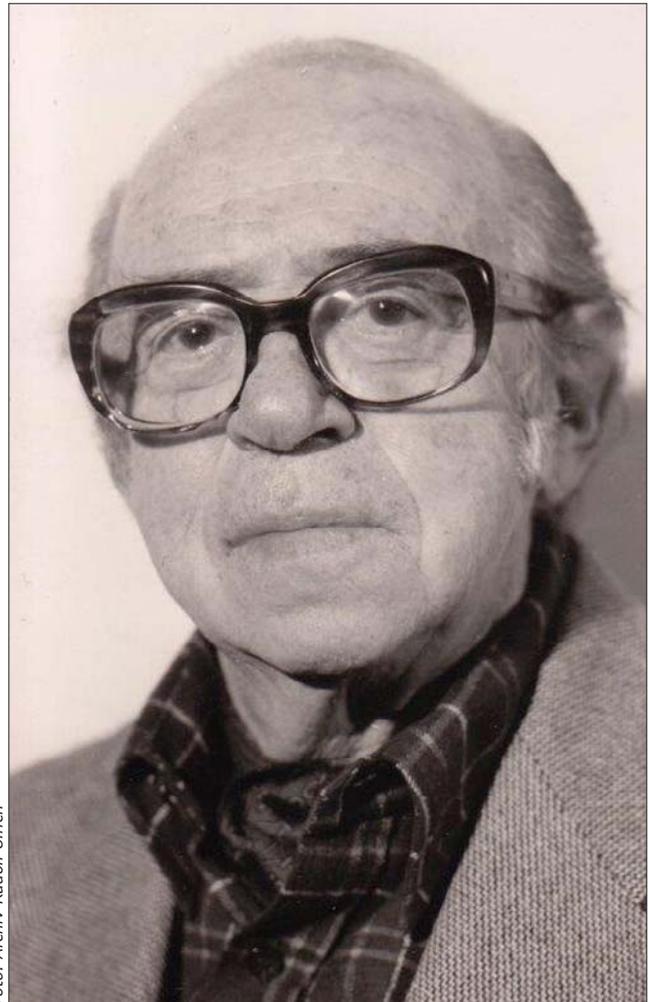


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

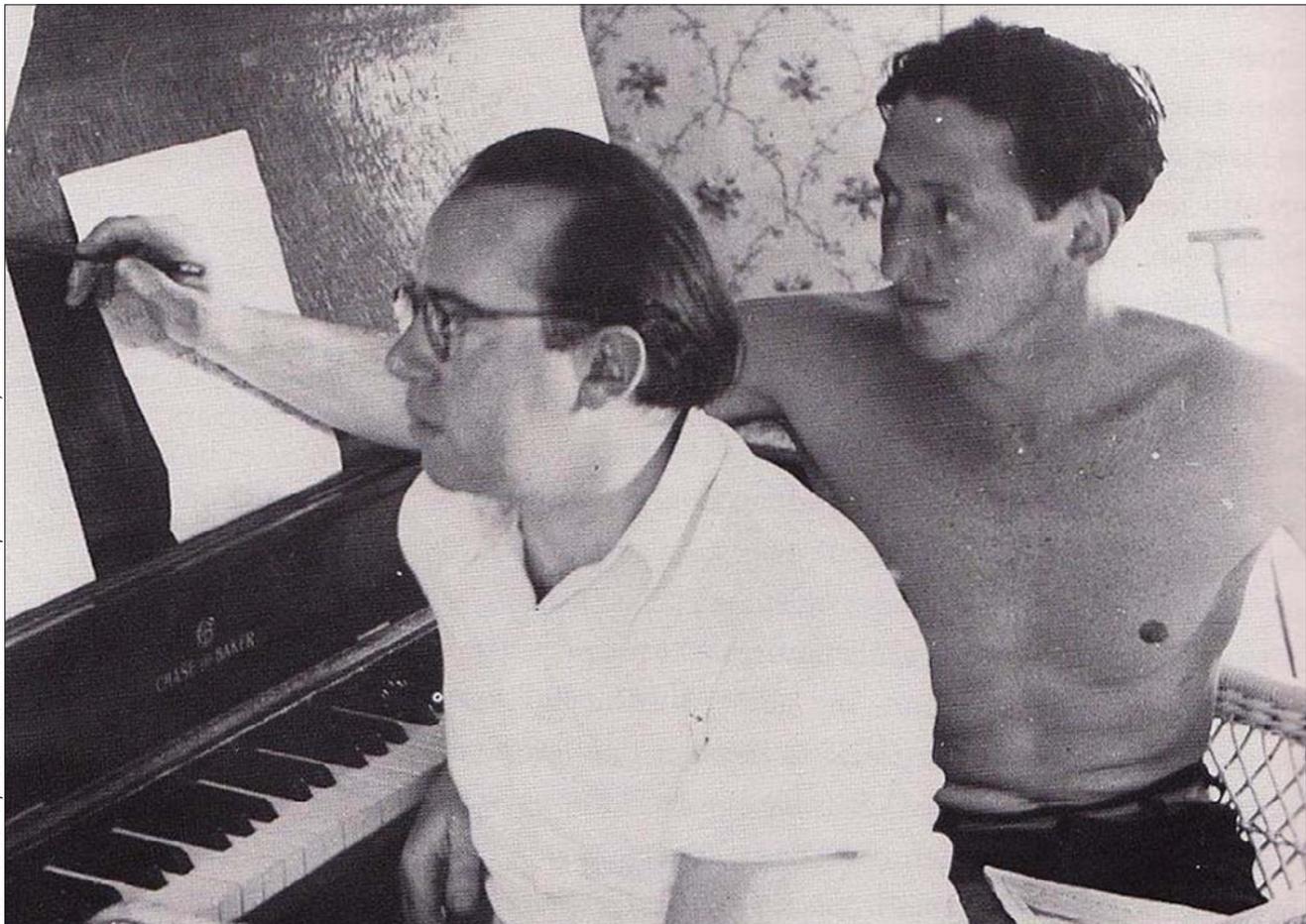
Fritz Spielmann

Boy, My Boy“ geschrieben, weil Wilder das Lied für sein im Emigrantenmilieu spielendes romantisches Drama „Hold Back the Dawn“ („Das goldene Tor“, 1941) haben wollte, erwarb Paramount die Rechte, die Verwendung im Film erfolgte letztlich nur instrumental. Es war der Einstieg des Exil-Wieners in das US-Movie Business, wenngleich er vorerst noch in New York blieb. Mit dem Song „Shepherd Serenade“, gespielt von der Horace Heidt Band, gesungen von Bing Crosby, gelang ihm 1941 ein millionenfach verkaufter Hit, 1945 erhielt er den Kompositionsauftrag zum Musical „A Lady Says Yes“ von Stanley Adams, das einige Zeit im Broadhurst Theatre lief. Die Songtexte verfaßte George Gershwins Bruder Arthur, das Werk bestätigte Spielmann als europäischen Komponisten mit Gefühl für amerikanische Musik.

Mitten im Krieg holte ihn Hollywood, Fritz Spielmann nannte sich nun Fred Spielman. Der Newcomer schrieb als Song Provider 1943

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Aus der Orpheus Trust-Edition zum »Fritz Spielmann Festival«, Wien 1998



Fritz Spielmann mit seinem Texter Kermit Goell in den 40er Jahren,

mit seinem Texter Kermit Goell „You Better Give Me Lots of Loving“ für die von Universal für die „homefront“ produzierte musikalische Komödie „Swingtime Johnny“. Mit Liedern, gesungen von Ann Dvorak in „Abilene Town“ (1946), von Guild Productions als „Western with songs“ apostrophiert, beeindruckte Spielmann neben Kritikern auch die Filmgewaltigen Hollywoods. Dies sicherte seinen längeren Aufenthalt in Kalifornien. In den Jahren bis 1952 folgten Beiträge für weitere zehn Filme von United Artists, RKO, MGM und Eagle Lion, darunter Musicals wie „The Bachelor’s Daughters“, „Song of My Heart“ (Biografie Peter Ijitsch Tschaikowskij), wobei Spielmanns Songs auf Themen des russischen Komponisten basierten, „Big City“, „In the Good Old Summertime“ mit Judy Garland (Song „Merry Christmas“) und „Nancy Goes to Rio“ nach einer Story des Altösterreicher Fredrick (Friedrich) Kohner. Die „lyrics“ schuf nun meist die Text- und Drehbuchautorin Janice Torre, bei dem Streifen „Night Song“ co-operierte Spielmann mit Hoagy Carmichael. „Spring Came Back to Vienna“, komponiert auf Wunsch seines Produzenten-

freundes Joe Pasternak, mitgetextet vom Wiener Fritz Rotter für die MGM-Komödie „Luxury Liner“ und gesungen von Jane Powell, geriet über das Kino hinaus zu einem profitablen Tagesschlager. Es waren Fritz Spielmanns „goldene“ Jahre in der Traumfabrik.

Nach dem Tod seiner Frau 1950, deren Krankheit seine Barschaft aufgebraucht hatte, fing Spielmann 1952 in New York von neuem an. 1955 gründete er mit „Spielman Music Corp.“ seinen eigenen Musikverlag. Außerhalb des filmischen Bereichs interpretierten Frank Sinatra die „One Finger Melody“, Doris Day „A Purple Cow“ und „Instant Love“, Nat King Cole den Riesenhit „If Love Is Good to Me“. Weihnachten 1956 lief im Rahmen der NBC-TV-Serie „The Alcoa Hour“ das von ihm musikalisch untermalte, mit bekannten Stars besetzte extravagante Special „The Stingiest Man in Town“ als Musicaladaption von Charles Dickens’ „A Christmas Carol“ landesweit über die Bildschirme. Die mit Peggy Lee gestalteten, von der Kritik als „high caliber“ bezeichneten Songs zu der 1958 in den britischen MGM-Studios gedrehten musikalischen Fantasy „Tom Thumb“, nach dem bekannten Märchen „Der

kleine Däumling“ der Gebrüder Grimm, der Country & Westernsong „Paper Roses“ von 1960⁴⁾, der vom Distributor MGM initiierte

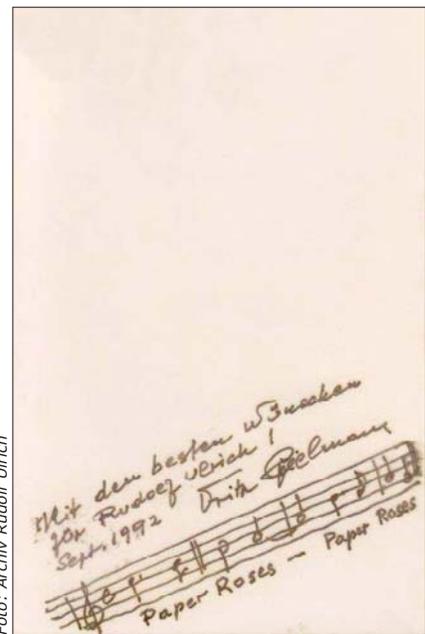


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Widmung von Fritz Spielmann auf einem Rudolf Ulrich 1992 zugesandten Portraitfoto

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Werbung für das »animated« NBC-Special »The Stingiest Man in Town« von 1978, mit persönlichen Hinweisen und einer Widmung Fritz Spielmanns vom Mai 1994.

Titelsong für das japanische Animations-Melodram „Shonen Sarutobi Sasuke“ (in USA „Magic Boy“, 1960) und der von Elvis Presley 1962 in Paramounts Musikfilm „Girls! Girls!

Girls!“ verwendete Song „I Don’t Want To“ brachte ihn wieder auf die Erfolgsstraße zurück. „The Stingiest Man in Town“ entzückte auch auf der Bühne, am 22. Dezem-

ber 1978 strahlte NBC eine auf dem gleichen Thema beruhende und mit Spielmanns Musik ausgestattete „animated“ TV-Version aus. Miles Davis und Keith Jarrett holten die 1953 von Joan Crawford im MGM-Drama „Torch Song“ kreierte Nummer „You Won’t Forget Me“ aus der Vergessenheit, die Sängerin Shirley Horn hievte diese 1992 an die Spitze der Jazz Charts.

Musik war stets ein Lebenselixier des produktiven Wieners, der sich in den USA mit einer Unmenge von Songs einen Namen machte. American Society of Composers, Authors and Publishers (ASCAP) würdigte mehrfach sein Schaffen, Österreich, das er in lebenslanger Verbundenheit mit seiner Heimatstadt 1970 erstmals wieder und danach regelmäßig besuchte, ehrte ihn 1975 mit dem Professorentitel, die Stadt Wien mit dem Silbernen Ehrenzeichen. Fritz Spielmann, seit 1944 US-Bürger, ein einzigartiges Showtalent und „magic boy“ der Unterhaltungsbranche, gab 1990 seinen letzten Konzert-

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Filmplakat zu »Magic Boy« (1960)

Einige Links zu Fritz Spielmann auf Youtube

- Shepherd Serenade, gesungen von Bing Crosby (1941) <http://www.youtube.com/watch?v=JhyYRQwMrvg>
- Merry Christmas, gesungen von Judy Garland (1949) <http://www.youtube.com/watch?v=kUEHM6NutKk>
- Spring Came Back To Vienna (Luxury Liner-1948) Finale, gesungen von Jane Powell & Lauritz Melchior <http://www.youtube.com/watch?v=-VbwiQEaq80>
- One finger melody, gesungen von Frank Sinatra <http://www.youtube.com/watch?v=zfEP7Hk1iqk>
- A Purple Cow, gesungen von Doris Day <http://www.youtube.com/watch?v=GmDOWBPPAgh>

- Instant Love, gesungen von Doris Day <http://www.youtube.com/watch?v=7EG5-UCD678>
- If Love Is Good To Me, gesungen von Nat King Cole <http://www.youtube.com/watch?v=-2KuJYnvauc>
- Tom Thumb "This Is My Song" <http://www.youtube.com/watch?v=XuEFRC7YG6M>
- Paper Roses, gesungen von Maureen Evans <http://www.youtube.com/watch?v=xNRZTK2iND4>
- I Don't Want To, gesungen von Elvis Presley <http://www.youtube.com/watch?v=EPkTCR3-M-o>
- You Won't Forget Me, gesungen von Shirley Horn <http://www.youtube.com/watch?v=ZUWNhW-WNEI>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Poster zur romantischen MGM-Komödie »Luxury Liner« von 1948, produziert von Joe Pasternak, ein Filmhit in Technicolor mit einem reizenden Plot und einer Fülle an musikalischen Nummern, wofür das Studio berühmt war.

abend in der Carnegie Hall. Er starb, in letzter Zeit erblindet, am 21. März 1997 in seinem Domizil an der West End Avenue in Manhattan, nach der Kremierung wurde die Asche wunschgemäß an seinem langjährigen Sommerwohnsitz East Jewett in den nördlich von New York gelegenen Catskill Mountains verstreut.

Am Ende seines bewegten Lebens wünschte sich Fritz Spielmann, daß sein Nachlaß in Wien aufgenommen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würde. Orpheus Trust, 1996 in Wien als „Verein zur Erforschung und Veröffentlichung vertriebener und vergessener Kunst“ gegründet, sicherte 1998 die umfangreiche Hinterlassenschaft des Emigranten, 33 Kisten mit Manuskripten, Fotos, Auszeichnungen, Briefen, Bild- und Tonmaterial, Notenhandschriften,

Korrespondenz sowie persönlichen Gegenständen, die zunächst im Literaturhaus Wien einen bleibenden Platz erhielten und Fritz Spielmanns erfolgreiches und erfülltes Musikerleben in den drei Zentren Wien, New York und Hollywood umfassend dokumentieren sollten. Nachdem der Verein aufgrund unerfüllter Forderungen nach Subventionserhöhung aus Bundesmitteln am 31. August 2006 der Auflösung anheim fiel, wurde der Großteil des Nachlasses unter Außerachtlassung der Übernahme-Wünsche österreichischer Institutionen der Akademie der Künste in Berlin überlassen. Ein Teilnachlaß lediglich in Doubletten- und Kopienform befindet sich in der Wien-Bibliothek. Daß man in Österreich, beziehungsweise der Metropole und Kunststadt Wien nicht in der Lage war, dieses wichtige nationale Konvolut zu

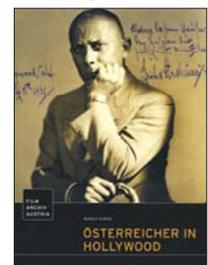
halten, ist unverständlich und ein Makel im Kulturgeschehen des Landes⁵⁾. ■

- 1) Es war Fritz Spielmann nicht geglückt, seine Eltern aus Österreich herauszuholen und vor den Nazischergen in Sicherheit zu bringen. Nach Kriegsende ergaben seine Ermittlungen, daß bis auf ihn und zwei Cousins seine Eltern und nahe Verwandte in einem Vernichtungslager der Nationalsozialisten Opfer der Shoa geworden sind.
- 2) Der Schlager „Ich kann nicht mehr länger allein sein“ wurde später von den Nazis aus dem Film herausgeschnitten.
- 3) G. Fetter – Pseudonym der Autorin Grete Fetter Felsing.
- 4) Der Song „Paper Roses“ von 1960, gesungen von Anita Bryant, wurde 1973 in der Interpretation von Marie Osmond erneut ein ungeahnter Erfolg, der sich wochenlang auf Platz Eins der Hitparaden hielt und neben einer ASCAP-Auszeichnung eine „Grammy“-Nominierung erzielte.
- 5) Die Kurzbiografie ist eine Hommage an Fritz Spielmann. Die Abbildungen mit Kermit Goell und zum Film „Luxury Liner“ entnahm ich dafür der Orpheus Trust-Edition zum „Fritz Spielmann Festival“ von 1998.
r.u. – Mitglied Orpheus Trust

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Ausgezeichnete Bergberührungen

Millstätter See Höhensteig erhält das Österreichische Wandergütesiegel



Foto: MTG GmbH - steve.haider.com

Das Granattor: Hoch oben auf der Millstätter Alpe thront der mächtige Durchgang, der die »Blutropfen der Nocke« durch seine Füllung mit Tonnen von Granatgestein ehrt. Gleichzeitig öffnet es einen faszinierenden Blick über den Millstätter See.

Eindrucksvolle Berge, weite Seeblicke, spannende Geschichte(n): Bei einer Wanderung auf dem Millstätter See Höhensteig entdecken Besucher zu Fuß den Charakter der Destination um den Millstätter See. Für seine hohe Qualität und seinen Erlebniswert erhielt der Weg nun das Österreichische Wandergütesiegel. Damit honoriert die „Ver-einigung zur Qualitätssicherung für Wandern in Österreich“ das umfassende Wandererlebnis am Millstätter See Höhensteig, das die „Magie des Gehens“ – so das Credo des Vereins – eindrucksvoll erlebbar macht. Der Höhensteig darf sich nun als einziger Weitwanderweg Kärntens und als einer von drei Mehrtageswegen österreichweit mit der begehrten Auszeichnung schmücken.

Umfassendes Wandererlebnis

Das Siegel wurde im Rahmen der Ferienmesse Wien am 16. Jänner von Obmann Reinhard Ferner und Geschäftsführer Sieghard Preis an Maria Wilhelm, Geschäftsführerin der Millstätter See Tourismus GmbH, übergeben. Um die Auszeichnung zu erhalten, hatte der Millstätter See Höhensteig, der 2014 sein fünfjähriges Jubiläum feiert, 95

Kriterien zu erfüllen, die von der Beschaffenheit des Wegs bis hin zur landschaftlichen Dramaturgie reichen. Die Route zeichnet sich etwa durch attraktive Logenplätze, Einkehrmöglichkeiten, eine verständliche Beschilderung und umfassende Serviceleistungen wie Wanderkarten und Transportservice aus. „Das Wandergütesiegel macht die Qualität des Millstätter See Höhensteigs deutlich, der die Erlebnisareale um den See harmonisch verbindet und das Wesen der Destination mit ihren Berg- und Seerberührungen® auf Schritt und Tritt erfahrbar macht“, meint Wilhelm stolz.

Entdeckungsreise zu Berg und See

Auf einer Länge von 200 km führt der Höhensteig in acht Etappen rund um den Millstätter See – vorbei an acht eindrucksvollen Plätzen: Da geht's auf 600 bis 2600 Höhenmetern zum kunstvollen Granattor, das dem Granatstein als regionale Ressource ein Denkmal setzt, zum Sternenbalkon, einer Aussichtsplattform, die den Blick über den See eröffnet, zu den Wegen der Salamanca oder zum Weltenberg Mirmock, dem als „Gipfel der Kraft“ seit jeher besondere Ener-

gie zugeschrieben wird. Der gesamte Weg läßt sich in 13 Tagen mit Etappen von bis zu acht Stunden erwandern. Und als Erinnerung nehmen sich die Wanderer einen „Feuerstein der Liebe“ mit nach Hause, wie der funkelnde Granatstein auch genannt wird, der Wanderern auf vielen Pfaden entgegenstrahlt.

Der Wanderführer ist im Infocenter Millstätter See in Seeboden kostenlos erhältlich.

Package »Vom Granattor zum Sternenbalkon«

- Drei Nächte in einer Unterkunft rund um den Millstätter See,
- Wanderung zum Granattor inkl. Hütten-einkehr auf der Lammersdorferalm mit Käseverkostung aus der Almsennerei,
- Picknick bei Sonnenuntergang am Sternenbalkon, mit Spezialitäten der Mirmockbauern und
- Eintritt ins Granatium, die Erlebniswelt rund um den Granatstein, inkl. „Schürfrecht“ und Veredelung des Granatsteins.

Den jeweils günstigsten Pauschalpreis und weitere Informationen und Angebote finden Sie auf

<http://www.millstaettersee.com>

Auf der sportlichen Spur ins Glück

Langlaufen in Oberösterreich – Naturgenuß in allen Facetten



Foto: ÖÖ Tourismus/Erber

Echte Höhenloipen finden sich – zum Beispiel – im Skigebiet auf der Wurzeralm in Spital am Pyhrn.

Oberösterreich ist den Fans des Skilanglaufes längst ein Begriff. Denn mit der atemberaubenden Vielfalt seiner Winterlandschaften ist es bestens geeignet für das genussreiche Gleiten über bestens präparierte Loipen. Sportler, die dem nordischen Vergnügen gerne in Wald und Flur nachgehen und die sanfte Hügelkuppen vorziehen, sind in der von Granit geformten Welt des Mühlviertels bestens aufgehoben. Wer aber seine Runden gerne dort zieht, wo von oben markante Bergriesen grüßen und eine markante Tallandschaft die Kulisse bildet, der sollte sich auf den Weg ins Salzkammergut oder in die Pyhrn-Priel Urlaubsregion machen.

<http://www.oberoesterreich.at/aktivitaeten/winter/langlaufen.html>

Das Nordische Zentrum Böhmerwald

Die Ferienregion Böhmerwald im äußersten Nordwesten Oberösterreichs bietet passionierten Langläufern eine einzigartige

Einrichtung – das Nordische Zentrum Böhmerwald. Auf einem Hochplateau in 1000 Metern Seehöhe gelegen, erstrecken sich zwischen den Orten Schöneben und Grünwald die schönsten Waldloipen der Region. Ausgangspunkt des Netzes, das mehr als 80 Kilometer zweispurige Loipen umfaßt, ist die Böhmerwald Arena in Ulrichsberg/Schöneben. Sie bietet mit Umkleideräumen, Sportverleih, Gastronomie und Sanitäranlagen die optimale Infrastruktur für Langläufer. Höhepunkt und Referenz an den Weltmeister und Olympiasieger zugleich ist die „Christian-Hoffmann-Loipe“. Auf 13 Kilometern zwischen Grünwald und Schöneben können Langläufer in die Spur des Profis steigen. Speziell für den Nachwuchs wurde übrigens die Spiel-Loipe „Spi-Lo“ eingerichtet. Auf einem abwechslungsreichen Rundkurs mit Schanze, Wellenbahnen, Torlauf und anderen Hindernissen werden Kin-

der spielerisch mit dem Langlauf vertraut.

<http://www.oberoesterreich.at/oesterreich/poi/43009936/nordisches-zentrum-boehmerwald-schoeneben.htm?F=33>

»Run & Win« im Mühlviertler Kernland

Auch weiter östlich ist in den Hügeln des Mühlviertels sportliches Dahingleiten angesagt. Zum Beispiel im Mühlviertler Kernland, wo eine übersichtliche Beschilderung sicher den Weg durch 220 Loipenkilometer weist. Mit dem Loipengewinnspiel „Run & Win“ können die Sportler einen Beitrag zur Erhaltung der Langlaufloipen beitragen und gleichzeitig voll auf der Gewinnerseite sein. Zu diesem Zweck wurden an den Einstiegsstellen Loipenautomaten aufgestellt, an denen gegen einen geringen Unkostenbeitrag eine Tageskarte gelöst werden kann. Die Karte ist gleichzeitig ein Los, das in jedem Fall gewinnt. Der Erlös von „Run & Win“ wird in die Loipenpflege investiert.

<http://www.oberoesterreich.at/detail/article/langlaufregion-muehlviertler-kernland.html>

ÖJ-Reisetip

Foto: ÖÖ Tourismus Böbl



Die Ferienregion Böhmerwald bietet passionierten Langläufern eine einzigartige Einrichtung: das Nordische Zentrum Böhmerwald.

Etwa 180 Kilometer umfaßt zudem das Loipennetz auf der Mühlviertler Alm. Die familienfreundlichen Loipen sind doppelt gespurt, für sportliche Langläufer stehen eigene Skating-Loipen zur Verfügung.

<http://www.oberoesterreich.at/detail/article/langlaufregion-muehlviertler-alm.html>

Lebensgefühl Langlauf im Inneren Salzkammergut

Daß der Langlauf zu einem besonders intensiven Lebensgefühl werden kann, das weiß jeder der sich die langen Langlaufbretter schon einmal in der Region Dachstein-Salzkammergut angeschnallt hat. Hier finden sich mehr als 100 Loipenkilometer in allen Schwierigkeitsgraden, vor allem aber unvergleichliche Panoramablicke. Zum Beispiel im Höhenloipenzentrum von Bad Goisern mit dem bezeichnenden Namen „PanoramaNova“. Vier Loipen sind rund um den Predigtstuhl hier auf einer Seehöhe zwischen 1000 und 1200 Metern gespurt. Sie sind zwischen zwei und 7,5 Kilometer lang und im Schwierigkeitsgrad abgestuft von der für Anfänger und Genießer geeigneten Flohwiesenloipe bis hin zur als „nordische Herausforderung“ titulierten Murenschleife. Die Lage auf der Sonnenseite des Goiserer Tales und die Anlage der einzelnen Loipen – die immer wieder den Blick auf das majestätische Dachsteinmassiv freigeben – lassen eine Runde auf der PanoramaNova zu einem unvergesslichen Erlebnis werden.

<http://www.oberoesterreich.at/detail/article/langlaufregion-ferienregion-dachstein-salzkammergut.html>

Der zweite „Hot Spot“ des nordischen Skisports im Inneren Salzkammergut ist das Gosautal. Das gesamte Tal, mit dem malerischen Wintersportort Gosau als Zentrum, ist

von mehr als 50 Kilometern Langlaufloipen durchzogen. Von hoch droben grüßen die schroffen Zacken des Gosaukammes und weiß verschneite Berghänge die Langläufer drunten im Tal, wo gleitende Genießer genauso die passende Herausforderung finden wie ehrgeizige Sportsleute, welche die harte Prüfung der fünf Kilometer langen Sportloipe auf sich nehmen. Die attraktiven Talloipen zwischen den Orten Bad Goisern und Obertraun runden das Angebot für Langläufer im Inneren Salzkammergut noch ab,

wobei jene durch das Naturschutzgebiet Koppenwinkel in Obertraun ein echter Höhepunkt für Freunde stiller Naturschönheiten ist. Übrigens: Alle Langlaufgebiete im Inneren Salzkammergut sind mit dem kostenlosen Skibus bequem zu erreichen.

Langlaufen in der Urlaubsregion Pyhrn-Priel

Die mächtigen Gipfel des Toten Gebirges und des Nationalparks Kalkalpen sind die Kulisse, in die sich Langläufer in der Pyhrn-Priel Urlaubsregion im Südosten Oberösterreichs bewegen. Die 130 Kilometer bestens gespurt Langlaufloipen verteilen sich auf vier verschiedene Höhenlagen, zwischen 600 und 1400 Meter Seehöhe. Echte Höhenloipen finden sich zum Beispiel in Oberweng und in den Skigebieten auf der Hutterer Höss in Hinterstoder und auf der Wurzeralm in Spital am Pyhrn. Besonders beeindruckend sind hier die malerischen Gebirgspanoramen, die sich den Sportlern aus den verschiedensten Perspektiven bieten. Die Talloipen hingegen führen immer wieder an urigen Hütten und gemütlichen Gasthäusern vorbei, die zur verdienten Rast einladen. Zu internationalen Wettkampffahren brachte es darüber hinaus das Langlauf- und Biathlonzentrum in der Innerrosenau.

<http://www.oberoesterreich.at/detail/article/langlaufregion-urlaubsregion-pyhrn-priel.html>

Mehr zu Ihrem Urlaub in Oberösterreich: <http://www.oberoesterreich.at>

Foto: Höhenloipe Bad Goisern: ÖÖ Tourismus, Hims



Höhenloipe von Bad Goisern am Hallstättersee